universität wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Eine Protestaktion von und mit Flüchtlingen. Frame-Analyse der öffentlichen Debatte rund um die österreichische Refugee Protestbewegung“

verfasst von / submitted by

Martina Frühstück, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 841
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Betreut von / Supervisor:	Priv.-Doz. DDr. Julia Wippersberg

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 24. September 2019 Martina Frühstück

Danksagung

Wer was zu sagen hat,
hat keine Eile.
Er lässt sich Zeit und sagt's
in einer Zeile.
(Erich Kästner 1950: 9)

Mein aufrichtiger Dank richtet sich an jene, die mich auf diesem Weg begleitet und unterstützt haben und es mir abverlangt haben, diese Arbeit abzuschließen.

Christoph
Clarissa
Doris
Erich
Markus
Michael
Tim

Mein besonderer Dank gilt auch Frau PD DDr. Julia Wippersberg für die Gesprächsbereitschaft und Betreuung meiner Magisterarbeit.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung 1

1. Einführung 1

1.1. Problemstellung 3

1.2. Erkenntnisinteresse 4

1.3. Relevanz 5

1.4. Forschungsziel 7

1.5. Aufbau der Arbeit 8

II. Thematische Einbettung 11

2. Flucht, Asyl und Migration 13

2.1. Flucht 13

2.2. Asyl 17

2.3. Migration 19

3. Protestbewegung 21

3.1. Zivilgesellschaftliche Protestaktionen für Geflüchtete 23

3.2. Selbstorganisierte Flüchtlingsproteste 24

3.3. Refugee Protestbewegung 26

3.3.1. Forderungen der Refugee Protestbewegung 27

3.3.2. Verlauf der österreichischen Refugee Protestbewegung 28

III. Theoretischer Teil 31

4. Kommunikationswissenschaftliche Perspektive 31

4.1. Funktionen der Massenmedien 32

4.1.1. Informationsfunktion der Massenmedien 33

4.1.2. Soziale Funktionen der Massenmedien 34

4.1.3. Integrationsfunktion der Massenmedien 35

4.1.4. Politische Funktionen der Massenmedien 38

4.2. Konstruktion von Realität in Nachrichtenmedien 40

4.3. Die Rolle des Journalismus bei der Konstruktion medialer Realität 44

4.3.1. Gatekeeping 46

4.3.2. Nachrichtenwerttheorie 47

4.3.3. News-Bias-Forschung 50

4.4. Funktion von Frames bei der Konstruktion medialer Realität 52

5. Forschungsstand 57
5.1. Medien und MigrantInnen 58
5.2. Medien und AsylwerberInnen 62
5.3. Medien und Protestbewegungen 65
5.3.1. Zivilgesellschaftliche Protestaktionen für Flüchtlinge 65
5.3.2. Selbstorganisierte Protestaktionen von AsylwerberInnen 67
IV. Empirischer Teil 69
6. Untersuchungsgegenstand 70
7. Forschungsfragen und Hypothesen 71
7.1. Forschungsfrage Struktur der Berichterstattung 72
7.2. Forschungsfrage Akteure 75
7.3. Forschungsfrage Frames 77
8. Forschungsdesign 79
8.1. Forschungsmethode: Inhaltsanalyse 80
8.2. Recherchestrategie und Selektionsentscheidung 82
8.2.1. Medienauswahl 82
8.2.2. Untersuchungszeitraum 84
8.2.3. Untersuchungsmaterial 84
8.3. Methodisches Vorgehen 85
8.3.1. Explorative Vorstudie 85
8.3.2. Systematisch-quantitative Analyse 88
9. Untersuchungsergebnisse 89
9.1. Untersuchungsergebnisse Struktur der Berichterstattung 90
9.1.1. Thematischer Stellenwert 91
9.1.2. Präsenz im Zeitverlauf 93
9.1.3. Präsenz im Medienvergleich 95
9.1.4. Ressort-Platzierung 96
9.1.5. Darstellungsform 99
9.1.6. Bewertung 102
9.2. Untersuchungsergebnisse Akteure 107
9.2.1. Präsenz Akteure 108
9.2.2. Präsenz Akteure im Zeitverlauf 113
9.3. Untersuchungsergebnisse Frames 118

9.3.1. Präsenz Frames 119
9.3.2. Frame-Nutzung im Zeitverlauf 130
9.3.3. Frame-Nutzung im Medienvergleich 133
10. Interpretation 137
10.1. Interpretation Berichterstattungsstruktur 138
10.2. Interpretation Akteure 142
10.3. Interpretation Frames 147
V. Conclusio 151
11. Resümee 151
12. Rückblick und Kontextualisierung 156
13. Ausblick 158
VI. Verzeichnisse 161
14. Quellenverzeichnis 161
14.1. Literaturverzeichnis 161
14.2. Internetquellen 165
14.3. Zeitungs- und Zeitschriftenquellen 167
14.4. Zeitungsquelle der Untersuchung 168
14.5. Sonstige Quellen 169
15. Abbildungsverzeichnis 170
16. Tabellenverzeichnis 171
VII. Anhang 173

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AMS	Arbeitsmarkservice Österreich
Anm.	Anmerkung
APA	Austria Press Agentur
Art.	Artikel
AsylG	Asylgesetzt
BFA	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl
BKA	Bundeskanzleramt
BMI	Bundesministerium für Inneres
bspw.	beispielsweise
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
d. h.	das heißt
dt.	deutsch
eng.	englisch
ebd.	ebenda
et al.	et alii, unter anderem
etc.	et cetera
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
FF	Forschungsfrage
FPG	Fremdenpolizeigesetzt
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreich
FSW	Fonds Soziales Wien
GFK	Genfer Flüchtlingskonventionen
ggf.	gegebenenfalls
H	Hypothese
Hrsg.	Herausgeber
IE	Idee-Element
IOM	UN Migration Agency
MA 48	Magistratsabteilung 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

NGO	Non-Governmental-Organization, Nichtregierungsorganisation
o.J.	ohne Jahresangabe
ÖAK	Österreichische Auflagenkontrolle
ÖH	Österreichische Hochschulgemeinschaft
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RPB	Refugee Protestbewegung
S.	Seite
sic	Hinweis auf Fehler in Zitat
sog.	sogenannt
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreich
stv.	stellvertretend
u. a.	unter anderem
u. v. m.	und vieles mehr
UN	United Nations, Vereinte Nationen
UNHCR	United Nations High Commissioner of Refugees, Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
WEGA	Sondereinheit der österreichischen Polizei
z. B.	zum Beispiel

I. Einleitung

1. Einführung

Nicht erst seit der großen Fluchtbewegung im Jahr 2015 vergeht kaum ein Tag, an dem die Themen Flucht, Asyl und Integration medial präsent sind und von Zivilgesellschaft und Politik kontrovers diskutiert werden. Menschenrechtsverletzungen, Perspektivlosigkeit in Herkunftsländern, Fluchtgeschichten, die tödlich enden, „Schließung" der Balkanroute, menschenunwürdige Unterbringungen, Rückführungen nach Dublin-III-Verordnung u. v. m. – JournalistInnen berichten beinahe täglich über diese brisanten Themen. So auch über jene zivilgesellschaftlichen Protestaktionen für bzw. von Menschen mit Fluchthintergrund, die in Europa in den vergangenen Jahren stattgefunden haben (vgl. Ataç, 02.2013). Beispielsweise formierten sich im Herbst 2012 in zahlreichen mitteleuropäischen Großstädten Protestgruppen rund um AsylwerberInnen, die das Ziel verfolgten, auf EU-weite strukturelle Missstände in der Asylpolitik hinzuweisen. Die Forderungen der europaweiten Protestbewegungen, wie exemplarisch Aufenthaltsrecht bzw. Arbeitserlaubnis für AsylwerberInnen, deckten sich großteils (vgl. Kuster/Tsianos, 2013).

Das Spezifikum der sog. *Refugee Protestbewegungen* aus dem Jahre 2012 ist die selbstständige Konstituierung der Bewegung durch die AsylwerberInnen. Die Asylsuchenden agierten als AktivistInnen, im Zentrum standen ihre politischen Aktionen und selbstartikulierte Forderungen an die politischen EntscheidungsträgerInnen. Die sog. *Refugees* trugen ihr Ansinnen öffentlich wirksam vor und handelten eigenverantwortlich. Die Protestaktionen stellten damit eine neue Qualität des selbstorganisierten Widerstandes durch AsylwerberInnen dar. Strategien, Taktiken und Wissen wurden gemeinsam mit UnterstützerInnen entwickelt, im Mittelpunkt stand jedoch die Selbstbestimmtheit der Refugees. (vgl. Ataç, 02.2013) So auch in Österreich: Mit einem Protestmarsch von AsylwerberInnen des damals überfüllten Erstaufnahmezentrums Traiskirchen (Niederösterreich) und deren UnterstützerInnen in ein Protest-Camp nach Wien und der anschließenden Besetzung der Votivkirche hielten die Themen Flucht, Asyl und Integration in die österreichische Berichterstattung Einzug. Über einen Zeitraum von zwei Jahren (2012 – 2014) waren die Geschehnisse rund um die Refugee Protestbewegung in Österreich Teil des öffentlichen Diskurses.

Ein großer Teil der österreichischen Zivilgesellschaft, so zumindest die Annahme, zeigte in der Anfangsphase der Refugee Protestbewegung Verständnis für die Geflüchteten

und deren Forderungen. So beispielsweise Gabriela K.: „*Einen großen Teil der Forderungen kann ich auch unterstützen.*“ (Kurier 03.01.2013). Florian Klenk von der Wochenzeitung Falter schrieb: „*Irgendwas ist da passiert. Die Krone zeigt Mitgefühl mit Flüchtlingen.*“ (2013: 16). Diese Aussage weist bereits auf den wesentlichen Einfluss der Massenmedien auf die öffentliche Meinung hin.

Die massenmediale Aufbereitung gesellschaftspolitisch kontroversen Themen ist am individuellen Meinungsbildungsprozess in der Gesellschaft maßgeblich beteiligt. Die individuelle Meinungsbildung ist abhängig von einer Kombination aus rezipierten Medieninhalten sowie individuellen Erfahrungen, persönlicher Betroffenheit oder eigenen Themenprioritäten. (vgl. Rhomberg 2009: 22f.; Gamson/Modigliani 1989: 2; Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 326) Die Refugee Protestbewegung, die sich für strukturelle Änderungen im (europäischen) Asylsystem einsetzte, spiegelt diesen komplexen Meinungsbildungsprozess wider. Die mediale Informationsvermittlung der Ereignisse diente einem Großteil der Bevölkerung als Grundlage für ihre Meinungsbildung. Denn wie Luhmann 1996 festhielt (^{3}2004: 9): „*Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.*“ Die Rolle der Medien ist es, eine konstruierte Realität abzubilden. Diese Medienrealität ist ein geschlossenes System, welches von der Gesellschaft als verbindlich angesehen wird. Besonders bei Themen, bei denen die RezipientInnen nicht auf eigene Erfahrungen zurückgreifen können, sind es die Massenmedien und ihre Realitätskonstruktion, die zur Meinungsbildung herangezogen werden. Bei politischen Ereignissen ist das Publikum im Speziellen auf das medial vermittelte Politikbild angewiesen. (vgl. Schulz ^{2}2008: 75f.)

Die mediale Berichterstattung rund um die Refugee Protestbewegung war geprägt von einer Vielzahl von Positionen und Meinungen der unterschiedlichsten Akteure. Denn öffentliche Debatten entstehen einerseits aus der Realitätskonstruktion von Themen und kollektiven Akteueren und andererseits aus der strategischen Durchsetzung von konkurrierenden Argumentationsmustern, die von den Akteueren in die Debatte eingebracht werden. Politische Themen, die in der Medienöffentlichkeit von unterschiedlichen Akteuren behandelt werden, wie etwa die Refugee Protestbewegung und deren Forderungen, sind vielschichtig und differenziert. Mit Hilfe von sog. *Frames* werden Themenaspekte und Deutungsmuster selektiert und hervorgehoben, um bestimmte Probleme, Ursachen, moralische Bewertungen oder Lösungen hervorzuheben. (vgl. Entman 1993: 52; Schulz ^{2}2008: 148f.; Matthes 2014: 11f.) Durch die Argumentationsmuster, die im öffentlichen Diskurs dargestellt werden, ist es den

Akteuren möglich, ihre Positionen und Bewertungen des Themas zu kommunizieren und so die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

1.1. Problemstellung

Die vorliegende Magisterarbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, die öffentliche Debatte rund um die österreichische Refugee Protestbewegung thematisch zu untersuchen. Der Fokus der Arbeit liegt dabei auf der Darstellung von protestierenden AsylwerberInnen in der Berichterstattung der Mehrheitsgesellschaft.

Wie eingangs formuliert, ist die massenmediale Aufbereitung von komplexen Themen wesentlich für den Meinungsbildungsprozess in der Öffentlichkeit. Öffentliche Debatten sind grundsätzlich vom journalistischen Informationsangebot geprägt. JournalistInnen wählen, abhängig von ihrer redaktionellen Ausrichtung, gewisse Fakten für ihre Berichterstattung aus und stellen andere in den Hintergrund. (vgl. Matthes 2014: 9; Scheufele 2003: 46) Ein tatsachenbetonter Journalismus verpflichtet sich der Objektivität, Relevanz und Wahrheit (vgl. Schulz [3]2011: 87). Daher ist es unumgänglich, die unterschiedlichsten Akteure aus den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen zu Wort kommen zulassen. Das Ziel der handelnden Akteure ist es, die Deutungshoheit in der öffentlichen Debatte zu erreichen (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 19). Je öfter einzelne Akteure in der Berichterstattung zitiert werden, desto höher ist die Chance, dass ihre Positionen und Deutungen in der Öffentlichkeit auf Resonanz stoßen (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 27).

Protestaktionen für bzw. von AsylwerberInnen lassen sich in ein klassisches Links-Rechts-Thema einordnen (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 329f.). Massenmedien haben dabei die Aufgabe eine Ausgewogenheit der unterschiedlichen Positionen in der Berichterstattung herzustellen, gesellschaftliche Vielfalt und individuelle Anschauungen, Lebensformen und Interessen zu präsentieren, Minoritäten zu berücksichtigen und die Nöte und Probleme diverser Gruppen abzubilden (vgl. Maletzke [3]2002: 71). Massenmedien haben einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag: Geißler und Pöttker halten fest, dass mediale Integration die Integration von ethnischen Minderheiten in das Mediensystem und in die Öffentlichkeit umfasst (vgl. 2006: 13). Massenmedien sind normativ dazu verpflichtet, sich in ihrer täglichen Berichterstattung Minoritäten zuzuwenden (vgl. Burkart [4]2002: 388).

Ob dieser Aufgabe der Massenmedien wissend, ist es unumgänglich sich in Bezug auf die Refugee Protestbewegung mit der medialen Darstellung von Minoritäten zu beschäftigen. Die Darstellung von MigrantInnen stellt nach Geißler einen wichtigen Akzeptanz-Faktor in der Gesellschaft dar (vgl. 2005: 21). Zahlreiche Studien weisen eine unausgewogene und negativ-verzerrte mediale Darstellung von ethnisch Minderheiten auf. Vor allem in Boulevardmedien werden Minoritäten stark überzeichnet und überrepräsentativ negativ dargestellt. Auch Stereotypisierungen konnten nachgewiesen werden. Über MigrantInnen wird vergleichsweise häufig in Verbindung mit Kriminalität und Gewalt berichtet. (vgl. Geißler/Pöttker 2006: 13; Herczeg 2012: 180; Bonfadelli 2003: 83)

1.2. Erkenntnisinteresse

Das grundlegende Forschungsinteresse dieser Arbeit bezieht sich auf die Darstellung der Refugee Protestbewegung in österreichischen Tageszeitungen zwischen November 2012 und Dezember 2014. Die Auswahl der Refugee Protestbewegung begründet sich einerseits darauf, dass die öffentliche Debatte rund um die Themen Flucht, Asyl und Migration grundsätzlich geprägt ist von einer Vielzahl kontroverser Positionen und andererseits im Speziellen auf die öffentliche Debatte über das politische Empowerment von AsylwerberInnen, das die Refugee Protestbewegungen in zahlreichen mitteleuropäischen Großstädten ausgelöst haben. Der großzügige Untersuchungszeitraum von 26 Monaten ergibt sich durch die langanhaltende Berichterstattung und die Vielzahl an medialen „Höhepunkten“ rund um die Refugee Protestbewegung, beispielsweise Protestmarsch, Besetzung der Votivkirche, Hungerstreiks, Räumung des Refugee Protest Camps im Sigmund-Freud-Park, Übersiedelung in das Servitenkloster, Schlepper-Prozess.

Mit Hilfe einer Mediendiskursanalyse soll untersucht werden, welche Akteure sich mit welchen Argumentationsmustern in der öffentlichen Debatte rund um die Protestbewegung positionieren und welche Änderungen in der Darstellung des Themas im Untersuchungszeitraum feststellbar sind. Bestehende Ähnlichkeiten sowie Unterschiede in der medialen Darstellung der Refugee Protestbewegung zwischen den ausgewählten Tageszeitungen werden herausgearbeitet. Außerdem soll die Berichterstattungsstruktur analysiert werden. Die Analyse umfasst neben der Darstellungsform und der Ressort-Platzierung auch den Stellenwert in den einzelnen Medien sowie die generelle Bewertung der Thematik.

1.3. Relevanz

In der Kommunikationswissenschaft wird umfassend den Grundfragen nach den Produktionsprozessen und der Präsentation von Medieninhalten nachgegangen, die Rolle von JournalistInnen in diesen Prozessen wird eingehend analysiert. Nachrichtenredaktionen erreichen tagtäglich unzählige Informationen. Zu den Aufgaben der JournalistInnen gehört es, aktuelle, relevante und für das Publikum interessante Ereignisse und Themen herauszufiltern und entsprechend aufzubereiten. (vgl. Maier 2010: 13) Nachrichtenmedien bilden nicht die Realität ab, sondern sie vermitteln eine Medienrealität, die von der Gesellschaft als verbindlich angesehen wird. Besonders bei politischen Ereignissen ist das Publikum auf das Politikbild angewiesen, das über die Medien vermittelt wird. (vgl. Schulz ^{2}2008: 75f.) In der konstruktivistischen Perspektive werden Massenmedien als ein integraler Bestandteil der Gesellschaft verstanden. Sie greifen aktiv in die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit ein. Ihre Aufgabe ist die Selektion, Verarbeitung und Interpretation von Themen und Ereignissen der sozialen Umwelt. Diese konstruierte Realität wird durch Veröffentlichung allgemein zugänglich gemacht. Massenmedien bilden die Basis für soziales Handeln in der Gesellschaft. (vgl. Schulz 1989: 141ff.; Burkart ^{4}2002: 273ff.; Rhomberg 2009: 132) Zu den Aufgaben der Massenmedien zählt es, über politische Ereignisse, Absichten, Programme und Maßnahmen zu berichten, Probleme und Herausforderungen darzustellen und eine Öffentlichkeit herzustellen. In diesem Forum der Öffentlichkeit treten alle am politischen Prozess beteiligten Akteure miteinander in Kommunikation. RezipientInnen haben so die Möglichkeit auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen. Sie können Aussagen aus dem politischen System kommentieren, kritisieren bzw. eigene Forderungen artikulieren. Die Massenmedien transportieren die Stimmung in der Bevölkerung und sind das Sprachrohr für alle, die am demokratischen Prozess teilnehmen. Massenmedien sorgen für Pluralismus. (vgl. Burkart ^{4}2002: 391ff.; Rhomberg 2009: 26ff.)

Eine der zentralen Fragen der Kommunikationswissenschaft dreht sich um die Rolle der Massemedien bei der gesellschaftlichen Integration. Es herrscht die Annahme vor, dass die Integrationsfunktion der Massenmedien den Zusammenhalt einer Gesellschaft fördert bzw. sogar dafür verantwortlich ist. (vgl. Vlasic/Brosius 2002: 93ff.) Der Fokus der vorliegenden Magisterarbeit liegt auf der medialen Darstellung von protestierenden AsylwerberInnen. Der Großteil der österreichischen Bevölkerung musste rund um die Refugee Protestbewegung auf medial vermittelte Informationen zurückgreifen, auf sog. *Sekundärerfahrungen*. Durch die Berichterstattung war es dem Publikum möglich, sich ein allgemeines Bild über die österreichische Asylpolitik zu machen und die eigene

Meinung bzw. Einstellung zu verfestigen oder zu revidieren. Aus diesem Grund ist es wesentlich, die generelle Rolle der Medien bei der Integration von MigrantInnen zu thematisieren. (vgl. Geißler/Pöttker 2006: 16; Herczeg 2011: 228) Massenmedien wird für den öffentlichen Diskurs die zentrale Aufgabe zugesprochen, eine faire und ausgewogene Berichterstattung über Migrationsthemen zu veröffentlichen (vgl. Herczeg 2012: 189). Denn „*mediale Integration bedeutet Integration der ethnischen Minderheiten in das Mediensystem und in die Öffentlichkeit.*“ (Geißler/Pöttker 2006: 13) Weiter gefasst kann festgehalten werden, dass Massenmedien normativ dazu verpflichtet sind, in ihrer täglichen Berichterstattung Minoritäten zu berücksichtigen. Es wird das Ziel verfolgt, eine Vielfalt von Lebensformen, Anschauungen und Interessen für die Allgemeinheit widerzuspiegeln. (vgl. Burkart [4]2002: 388)

Massenmedien beeinflussen durch die Nachrichtenauswahl nicht nur über welche Themen in der Öffentlichkeit diskutiert wird, sondern auch wie über Themen gesprochen wird (vgl. Maier et al. 2010: 127). Kollektive Akteure, wie Organisationen, politische Parteien, Interessensgruppen, soziale Bewegungen etc. und individuelle Akteure wie bspw. ExpertInnen oder WissenschaftlerInnen versuchen, ihre spezifische Deutung eines Themas in der Öffentlichkeit zu platzieren. Das strategische Ziel der kollektiven und individuellen Akteure ist es, die eigenen Schwerpunkte zu vermitteln und diese auf der gesellschaftlichen Agenda zu positionieren um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. (vgl. Matthes 2014: 9, 14f.) Akteure beziehen meist nicht nur Position zu einem Thema, sondern interpretieren dieses auch in spezifischer Weise. Es werden bestimmte Problemdefinitionen, Ursachenzuschreibungen, moralische Bewertungen oder Lösungszuschreibungen betont. (vgl. Entman 1993: 52; Gamson/Modigliani 1989: 2; Schulz [2]2008: 148f.; Matthes 2014: 11f.; Schmid-Petri 2012: 64) So wird die Meinung der Öffentlichkeit sowie die Elitenmeinung durch die massenmediale positive oder negative Darstellung eines Themas, entsprechend begünstigt. (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 123) Da nur wenige Frame-Analysen auf selbstorganisierte Protestbewegungen von AsylwerberInnen verweisen, ist es aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive relevant herauszuarbeiten, mit welchen Deutungsmustern Asylberichterstattung und Protest beschrieben werden.

1.4. Forschungsziel

Vor den genannten Hintergründen hat sich die vorliegende Arbeit zum Ziel gesetzt, die Struktur sowie die dominierenden Akteurssysteme in der österreichischen Refugee Berichterstattung zu erheben, die verwendeten Argumentationsmuster auszuwerten und sie in Beziehung mit der Berichterstattungsstruktur und den Akteuren zu stellen.

Das Ziel der Analyse der Berichterstattungsstruktur ist es, Ähnlichkeiten sowie Unterschiede in der medialen Darstellung der Refugee Protestbewegung zwischen den untersuchten Medien deutlich zu machen. Für die Analyse der Medienberichterstattung werden die Online-Outlets von vier österreichischen Tageszeitungen (Der Standard, Die Presse, KURIER, Wiener Zeitung) herangezogen. Analysiert wird, welchen Stellenwert die Protestbewegung in der Berichterstattung einnimmt. Die Analyse soll zudem Erkenntnisse über Veränderungen im Untersuchungszeitraum liefern (November 2012 – Dezember 2014). Die Untersuchung beschäftigt sich außerdem damit, ob es betreffend der Darstellung der Protestaktion Unterschiede zwischen den untersuchten Tageszeitungen gibt, z. B. in Hinblick auf die Ressort-Platzierung oder bei der Verwendung der Darstellungsformen (z. B. Nachricht, Kommentar, Interview, Reportage, ...). Es wird erhoben, ob und welche Unterschiede es in der Bewertung der Protestbewegung zwischen den untersuchten Medien gibt.

Die Untersuchung soll Aufschluss darüber geben, welche Akteure die mediale Debatte dominieren und aus welchen gesellschaftlichen Kontexten sie stammen. Es wird auch erfasst, in welchem Ausmaß es den handelnden Akteuren gelingt zu Wort zu kommen. Die Untersuchung soll aufzeigen, ob sich das Empowerment der Flüchtlinge auch in ihrer Medienpräsenz widerspiegelt. So soll das Ausmaß ihrer Sprechrolle im medialen Diskurs ausgewertet und dem der UnterstützerInnen gegenübergestellt werden. Es wird auch erhoben, ob es im Untersuchungszeitraum zu Veränderungen bei der Medienpräsenz der einzelnen Akteure kommt.

Die empirische Untersuchung soll zudem den Fragen nachgehen, welche Argumentationsmuster die Berichterstattung dominieren, in welchen gesellschaftlichen Kontexten die Frames diskutiert werden und ob sich die Frames im Untersuchungszeitraum verändern. Abschließend soll die Frage beantwortet werden, ob es Unterschiede bei der Frame-Nutzung zwischen den untersuchten Medien gibt.

Für die vorliegende Forschungsarbeit war es zweckdienlich sich für die Inhaltsanalyse als methodische Durchführung zu entscheiden. Grundsätzlich wird in der Minderheitenforschung häufig die Medieninhaltsanalyse als methodisches Instrument benutzt, denn mittels dieser Methode kann herausgefunden werden, wie häufig, in welchen Rollen und mit welchen Stereotypen Minderheiten in der Öffentlichkeit dargestellt werden (vgl. Brosius/Koschel ^{3}2005: 147).

Der methodische Rahmen bildet eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Instrumenten (Mixed-Method). Die Grundlage der Untersuchung ist eine induktiv-explorative Inhaltsanalyse, mit der die inhaltlichen Charakteristika des Diskurses erfasst werden. Sie bilden den Ausgangspunkt der quantitativen Analyse. Durch den explorativen Ansatz können Medien-Frames direkt aus der Stichprobe des Untersuchungsmaterials herausgearbeitet werden, wodurch präzise auf das vorliegende Material eingegangen werden kann. Da die Frames im Folgenden auf ihre Häufigkeit ausgewertet werden sollen, ist eine systematische Inhaltsanalyse unumgänglich. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 21ff.)

1.5. Aufbau der Arbeit

Diese Magisterarbeit ist im Wesentlichen in vier große Blöcke gegliedert. Der erste Abschnitt stellt den thematischen Rahmen dar. Hier werden Begrifflichkeiten definiert und es wird auf gesetzliche Definitionen eingegangen. Die Bereiche Flucht, Asyl und Migration werden dabei genauer beleuchtet. Die gesellschaftliche Relevanz sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlichem Engagements im Allgemeinen wird ebenso beschrieben wie Protestbewegungen rund um Geflüchtet. Abschließend wird in diesem Kapitel auf die Charakteristika der österreichischen Refugee Protestbewegung und die damit verbundenen Forderungen nach strukturellen Änderungen in der Asylpolitik eingegangen. (siehe Kapitel Thematischer Rahmen)

Aufbauend darauf beschäftigt sich der theoretische Teil der Arbeit mit der kommunikationswissenschaftlichen Einbettung des Themas. Die normativen Aufgaben und Funktionen der Massenmedien für die Gesellschaft werden ausführlich besprochen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Integrationsfunktion der Massenmedien gelegt. (siehe Kapitel Funktionen der Massenmedien) Anschließend wird die Perspektive der Realitätskonstruktion durch Massenmedien betrachtet (siehe Kapitel Konstruktion von Realität in Nachrichtenmedien) und auf die spezifische Rolle des Journalismus im Konstruktionsprozess eingegangen. Die Selektionsprozesse der Nachrichtenproduktion

werden analysiert. Vier Forschungsansätze zur Nachrichtenproduktion werden hierbei hervorgehoben: Nachrichtenwerttheorie, Gatekeeper-Ansatz, News-Bias-Konzept sowie der Frame-Ansatz. (siehe Kapitel Die Rolle des Journalismus und Funktion von Frames bei der Konstruktion medialer Realität) Der dritte Block der Arbeit schließt mit einer Präsentation des Forschungsstandes rund um die Themen Medien und Migration, Flüchtlinge sowie Protestaktionen. (siehe Kapitel Forschungsstand)

Im empirischen Teil der Arbeit wird einleitend auf den Untersuchungsgegenstand (siehe Kapitel Untersuchungsgegenstand) und die daraus abgeleiteten Forschungsfragen und Hypothesen (siehe Kapitel Forschungsfragen und Hypothesen) eingegangen. Aufbauend auf den theoretischen Überlegungen wird in einem nächsten Schritt das Forschungsdesign der Studie beschrieben und die Auswahl des methodischen Instrumentariums begründet (siehe Kapitel Forschungsmethode) ehe die Untersuchungsergebnisse (siehe Kapitel Untersuchungsergebnisse) dargestellt werden. Abschließend ist dem empirischen Teil der Arbeit zu entnehmen, wie die Erkenntnisse zu interpretieren sind. (siehe Kapitel Interpretation Untersuchungsergebnisse).

Im vierten und letzten Teil der Arbeit wird nochmals auf die Ergebnispräsentation eingegangen und herausgearbeitet, ob die analysierten Frames einen allgemeingültigen Statuts besitzen, d. h. ob und in welchem Ausmaß sie auch auf aktuelle Phänomene der österreichischen Innen- und Migrationspolitik übertragbar sind (siehe Kapitel Conclusio).

II. Thematische Einbettung

Die Themen Flucht, Asyl und Migration sind Gegenstand kontroverser öffentlicher Debatten und politischer Mobilisierung. Ihr zentraler Stellenwert in der Öffentlichkeit macht sie zu einem wesentlichen Faktor im politischen Parteien Wettbewerb. (vgl. Meyer/Peintinger 2012: 143) Aktuell sind so viele Menschen auf der Flucht wie nie zuvor. Die Fluchtbewegung stellt Europa und Österreich vor große Herausforderungen. In der Europäischen Union laufen gegenwärtig hitzige Debatten rund um die Fremden- und Asylpolitik, besonders aufgrund der hohen Belastung für Staaten an den EU-Außengrenzen, wie Italien und Griechenland. Aktuell wird die politische Strategie verfolgt die EU-Außengrenzen zu „sichern". (vgl. Cremer 2016: 40) Eine gerechte Verteilung auf die EU-Länder wird von den Mitgliedssaaten diskutiert, auch sollen Drittstaaten in die Pflicht genommen werden, der höhere Einsatz von Geldern für die Entwicklungszusammenarbeit wird debattiert, eine (europaweite) Lösung für die strukturellen Probleme im Asyl- und Fremdenrecht ist aktuell jedoch nicht in Sicht (vgl. Der Standard, 23.07.2019). Die Themen Flucht, Asyl und Migration werden in der europäischen und österreichischen Bevölkerung gegensätzlich diskutiert und stehen auf der politischen Agenda der Realpolitik aller Aufnahmeländer weit oben. Die Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 veränderte die politische und öffentliche Debatte nachhaltig und in Ländern wie Österreich ist ein Rechtsruck in der Gesellschaft wahrnehmbar. War die Stimmung im Herbst 2015 in Österreich noch von einer „Willkommenskultur" geprägt, schlug sie Anfang 2016 um. Ein Gefühl der Überforderung kam auf, und auch die Medien, v. a. die Boulevard-Medien, berichteten nachweisbar kritischer. Die BürgerInnen verlangen nach politischen Lösungen. (vgl. Gruber 2017: 39; 48f.). Einzelne politische Akteure, v. a. von rechts-konservativen Parteien, aber auch Teile der Zivilgesellschaft verlangen nach restriktiven Zuwanderungsgesetzen – sowohl auf nationaler, wie auch auf europäischer Ebene – diese Stimmen stehen humanitären Forderungen von links-liberalen politischen VertreterInnen und anderen Teilen der Zivilgesellschaft gegenüber, die sich für ein solidarisches Aufnahme- und Verteilungssystem und einheitliches Asylverfahren in Europa einsetzen.

Pro-immigrantische Mobilisierungsaktionen von der Bevölkerung und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie NGOs setzen sich mit Protestaktionen für eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik ein, z. B. bei Anti-Abschiebungsprotesten. (vgl. Meyer/Peintinger 2012: 143f.)

Die aktive Gestaltung und Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse kann sowohl von BürgerInnen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgehen, aber auch direkt von Flüchtlingen und AsylwerberInnen, beispielsweise durch selbstorganisierten Flüchtlingsproteste. Im Mittelpunkt ihrer Protestaktionen steht das Bedürfnis nach gesellschaftlicher und politischer Partizipation im Aufnahmeland. (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 448ff.; Langthaler/Sohler 2009: 7) Ein solches Beispiel ist die Refugee Protestbewegung aus dem Jahr 2012. Die Protestbewegung stellte eine neue Qualität des selbstorganisierten Widerstandes durch Flüchtlinge und AsylwerberInnen dar.

Nachfolgenden werden einleitend die Begrifflichkeiten *Flucht*, *Asyl* und *Migration* definiert und eine theoretische Abgrenzung vorgenommen. Im Anschluss wird auf Protestbewegungen für und von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden eingegangen. Im Konkreten wird die europaweite Refugee Protestbewegung aus dem Jahr 2012 beschrieben. Im Fokus steht die österreichische Refugee Protestbewegung und deren Forderungen an das politische System. Eine ausführliche Chronologie der Refugee Protestbewegung in Österreich findet sich im Anhang dieser Arbeit (siehe Anhang Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich).

2. Flucht, Asyl und Migration

Weltweit waren Ende 2018 nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Über die Hälfte von ihnen (41,3 Millionen) suchten innerhalb ihres Heimatlandes Schutz. 25,9 Millionen Menschen flüchteten aus ihrer Heimat vor Krieg, Gewalt, Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen. 3,5 Millionen Menschen suchten außerhalb ihrer Herkunftsstaaten um Asyl an. (vgl. UNHCR, 19.06.2019b)

Im alltäglichen Sprachgebrauch und in öffentlichen Debatten werden die Termini *Flüchtling*, *AsylwerberInnen* und *MigrantInnen* oft fälschlicherweise synonym gebraucht und dadurch gleichgesetzt. In den nachfolgenden Kapiteln wird eine präzise Abgrenzung der Begrifflichkeiten vorgenommen.

2.1. Flucht

Nach Angaben des UNHCR steigt die Zahl der Flüchtlinge weltweit seit Mitte der 1970er-Jahre kontinuierlich und sprunghaft an. Waren es vor knapp 50 Jahren noch 2,5 Millionen Menschen, die auf der Flucht waren, stieg die Zahl Mitte der 1990er-Jahr – aufgrund von Kriegen und Konflikten u. a. im ehemaligen Jugoslawien – auf 20 Millionen an. Ende 2018 waren 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Das sind mehr als doppelt so viele als vor 20 Jahren. Die Zahl fasst *Flüchtlinge*, *Asylsuchende* und *Binnenvertriebene* zusammen. Rund 25,9 Millionen sind Personen, die vor Konflikten, Krieg, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen aus ihrem Land geflohen sind. Etwa 80 % der Flüchtlinge haben 2018 in einem direkten Nachtbarstaat ihres Herkunftslandes Schutz gefunden. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge weltweit sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 2018 kamen über die Hälfte der UNHCR registrierten Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Südsudan. (vgl. Han [3]2013: 93; UNHCR, 19.06.2019a; UNHCR, 19.06.2019b)

Grundsätzlich sind Staaten für den Schutz ihrer BürgerInnen und die Achtung der grundlegenden Menschenrechte verantwortlich. Fliehen Menschen aufgrund von Konflikten, Krieg, Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen aus ihrem Heimatland, benötigen die Betroffenen den Schutz eines anderen Staates. (vgl. UNHCR, o.J.a) Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde 1948 von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Sowohl auf internationaler, als auch auf nationaler Ebene wurden zahlreiche Menschenrechtverträge geschaffen, die auf den Schutz und

die Rechte des Einzelnen im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Vertragsparteien abzielten. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) wurde im Jahr 1950 verabschiedet. (vgl. Cremer 2016: 41)

Die hohe Zahl an Flüchtlingen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg führte Anfang der 1950er-Jahre zur Gründung des UNHCR (Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen). Wenig später wurde, im Juli 1951, das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge verabschiedet. Noch heute bildet die Genfer Flüchtlingskonvention[1] (GFK) aus dem Jahr 1951 und das 1967 zugefügte Protokoll die Grundlage des internationalen Flüchtlingsschutzes. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, im Sinne der Konvention ein Aufenthaltsrecht und weitere Rechte für Geflüchtete zu gewähren. Die Konvention legt fest, wer als Flüchtling anerkannt wird (*Flüchtlingseigenschaften*) und welcher rechtliche Schutz damit einhergeht, z. B. Religions- und Bewegungsfreiheit, das Recht auf Arbeit und Bildung sowie das Recht auf Erhalt von Reisedokumenten. Darüber hinaus definiert die GFK die Pflichten von Flüchtlingen gegenüber dem Aufnahmeland. 146 Vertragsstaaten sind zur Rechtsstellung von Flüchtlingen verpflichtet. Die Bundesrepublik Österreich ist seit 1951 Mitglied der GFK und hat sowohl die Konvention als auch das Protokoll unterzeichnet. (vgl. Cremer 2016: 41f.; UNHCR, o.J.b; Han [3]2010: 94; Götzelmann 2010: 41f.) Die Flüchtlings-Definition nach der GFK lautet wie folgt:

> *Ein Flüchtling ist eine Person, die „(...) aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will (...).“*
> Artikel 1, Kapitel A, Nummer 2, GFK (1951)
> (UNHCR, 2015)

Demnach ist ein Flüchtling eine Person, die sich außerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes befindet und eine begründete Furcht vor Verfolgung aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Nationalität, politischen Meinung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe hat.

[1] Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen zunächst darauf beschränkt europäische Flüchtlinge zu schützen und wurde ursprünglich nur für drei Jahre eingesetzt. 1967 wurde die Konvention erweitert. (vgl. Cremer 2016: 41f.; UNHCR, o.J.b)

Menschen verlassen ihre Heimat aus den unterschiedlichsten Gründen: Krieg, Terror, Gewalt, soziale oder politische Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierungen aller Art, wie z. B. religiöse oder sexuelle, Armut, Naturkatastrophen ... Aus völkerrechtlicher Sicht wird unterschieden zwischen jenen, die aus ihrer Heimat flüchten müssen und jenen, die ihre Heimat „freiwillig" verlassen. (vgl. Kühne [2]2010: 79f.; UNHCR, o.J.c; Han [3]2010: 94)

Mit der Anerkennung als Flüchtling gemäß Art. 24 der GFK wird Flüchtlingen die gleiche Behandlung in puncto Arbeit und soziale Sicherheit zugesprochen wie den StaatsbürgerInnen der Aufnahmegesellschaft. Anerkannte Flüchtlinge dürfen sich beispielsweise in Vereinen organisieren und politische Versammlungen und Kundgebungen abhalten. Sie sind jedoch von einer aktiven und/oder passiven Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen. Es gelten für sie die gleichen Pflichten, wie für die BürgerInnen der Aufnahmegesellschaft. (vgl. Han [3]2010: 94f.; vgl. Langthaler/Trauner 2009: 453)

Gegenwärtig gibt es auch Kritik an der GFK. Sowohl die Definition des Flüchtlingsbegriffes, als auch die genannten Verfolgungsgründe sind aus heutiger Sicht nicht umfassend genug formuliert. In der GFK wurde nicht festgehalten nach welchen Kriterien Verfolgung als solche anerkannt wird. Auch geht nicht klar hervor, wann begründete Furcht vor Verfolgung vorliegt. Die GFK stellt den Mitgliedsstaaten frei, wem Schutz gewährt wird. (vgl. vgl. Han [3]2010: 94)

Die UN hat auf die weltweit ansteigende Zahl an Flüchtlingen und MigrantInnen reagiert und im Jahr 2016 einen Pakt von Verpflichtungen zur Verbesserung des Schutzes von Flüchtlingen und MigrantInnen[2] verabschiedet. Der *UN-Flüchtlingspakt* wurde – nach Ergänzung einer Präambel und Schlussbemerkung – im Dezember 2018 von 176 Mitgliedsstaaten unterzeichnet und verpflichtet die Staaten dazu, die Menschenrechte von Flüchtlingen in vollem Umfang zu respektieren. Der UN-Flüchtlingspakt baut auf dem bestehenden Internationalen Flüchtlingsrecht sowie der GFK aus. Das Ziel des Pakets ist es eine planbare und angemessene Lasten- und Verantwortungsverteilung zwischen den UN-Mitgliedsstaaten in Flüchtlingsfragen zu erreichen, z. B. durch einen

[2] Der *UN-Migrationspakt* wird im Kapitel Migration genauer erklärt. (siehe Kapitel Migration)

verbesserten Zugang zu *Resettlement*[3] und anderen humanitären Aufnahmeprogrammen oder durch eine Verbesserung der Bedingungen für eine sichere und würdevolle Rückkehr in das Heimatland. Flüchtlinge sollen im Aufnahmeland einen besseren Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten, ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten können und ab dem ersten Tag in die Mehrheitsgesellschaft integriert werden. (vgl. UNHCR, o.J.d)

Wie einleitend erwähnt, stellen Binnenvertriebene bzw. Binnenflüchtlinge die größte Gruppe der Geflüchteten dar (41,3 Millionen Menschen, Stand Ende 2018). Binnenflüchtlinge sind Personen, die Schutz in anderen Regionen innerhalb ihres Heimatlandes suchen und keine Staatsgrenzen überschreiten. (vgl. UNHCR, 19.06.2019a; UNHCR, 19.06.2019b; Han [3]2010: 93) Laut Hochgerner kommt es besonders in flächenmäßig großen Staaten, mit einer multiethnischen Vielfalt sowie einem stark unterschiedlichen Wohlstandniveau häufig zu Binnenwanderung. Gründe für Binnenwanderung können u. a. Naturkatastrophen sein. (vgl. 2011: 161)

Österreich hat rückblickend gezeigt, dass es mit größeren Flüchtlingsbewegungen umgehen kann (vgl. Gruber 2017: 40f). Laut UNHCR flüchteten im Jahr 1956 während der Ungarn-Krise knapp 200.000 Menschen ins benachbarte Österreich. (vgl. UNHCR o.J.b) Für viele der Flüchtlinge war Österreich damals jedoch ein Transitstaat. Seit Ende des Kalten Krieges gab es zwei Hochphasen an globalen Flüchtlingsbewegungen, von denen auch Österreich betroffen war. Anfang der 1990er-Jahre flüchteten knapp 100.000 Menschen aufgrund der Kriege im ehemaligen Jugoslawien nach Österreich. Mitte der 2010er-Jahre suchten über 90.000 Menschen in Österreich um Asyl an. (vgl. Gruber 2017: 40f.; IöThE 2017: 1)

[3] Unter *Resettlement* versteht man ein Schutzprogramm für Flüchtlinge, das Staaten ergänzend für besonders schutzbedürftige Menschen anbieten. Flüchtlinge, darunter ältere bzw. schwer kranke Menschen oder Menschen mit Behinderung, sollen aus einem Erstaufnahmeland direkt in ein sicheres Land gebracht werden, das sich bereit erklärt hat sie aufzunehmen. Das Aufnahmeprogramm wird von UNHCR durchgeführt. Österreich hat sich zwischen 2013 bis 2017 am *Resettlement-Programm* für syrische Flüchtlinge beteiligt. (vgl. UNHCR o.J.e, UNHCR [5]2017: 13)

2.2. Asyl

Wie einleitend erwähnt gab es Ende 2018 weltweit 3,5 Millionen Asylsuchende. AsylwerberInnen sind Menschen, die außerhalb ihres Heimatlandes um Schutz vor Verfolgung ansuchen und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. (vgl. UNHCR, 19.06.2019a) Als Asylwerber werden Person bezeichnet, die sich im Stadium zwischen Stellung des Asylantrages und Abschluss des Verfahrens befinden. Sie erhalten auf die Dauer ihres Asylverfahrens eine Aufenthaltsberechtigung. Das Asylverfahren kann sowohl positiv als auch negativ entschieden werden. Ein in letzter Instanz negativer Asylbescheid führt zu einer Abschiebung ins Heimatland. Bei einem positiven Abschluss des Asylverfahrens sind sie *Asylberechtigt* bzw. *anerkannte Flüchtlinge*. (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 448; Bundesministerium Inneres, o.J.)

Menschen, die aus ihrem Herkunftsland aus schwerwiegenden Gründe flüchten müssen, werden zumeist nicht unmittelbar verfolgt und daher im Sinne der GFK nicht als Flüchtlinge anerkannt. Ihr Asylantrag wird mangels Verfolgung abgewiesen. Da ihr Leben oder ihre Unversehrtheit im Herkunftssaat jedoch bedroht sind, erhalten sie *Subsidiären Schutz*. Subsidiär Schutzberechtigte sind keine Asylberechtigten im eigentlichen Sinne, sie erhalten jedoch eine befristete Aufenthaltsbewilligung, die ggf. auch verlängert werden kann. Sie haben in Österreich Zugang zum Arbeitsmarkt und eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen. (vgl. Han ^{3}2010: 94; UNHCR, 02.2015; Bundesministerium Inneres, o.J.; asylKoordination, 2019)

Die rechtliche Grundlage des österreichischen Asylverfahrens ist die GFK, die EMRK (Art. 14), die EU-Grundrechtecharta, die EU-Verfahrensrichtlinien und das Österreichische Asylgesetzt (AsylG) (vgl. asylKoordination, 2019).

In Österreich ist das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), eine unmittelbar nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums für Inneres (BMI), für erstinstanzliche asyl- und fremdenrechtliche Verfahren zuständig. Das BFA vollzieht das Asyl-, Fremdenpolizei und Grundversorgungsgesetz. Im Asylverfahren werden durch das BFA die Fluchtgründe geprüft und entschieden wer von Gesetztes wegen als Flüchtling anerkannt wird und in Österreich um Asyl ansuchen kann. (vgl. Bundesministerium Inneres, o.J.; Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, o.J.)

Bereits in den 1990er-Jahren antwortete die österreichische Politik auf steigende Asylanträge mit einem restriktiven Kurs in der Asyl- und Migrationspolitik. Die

Fremdengesetze wurden in den letzten 20 Jahren zunehmend verschärft, begleitet von einer negativen Politisierung von Asyl, insbesondere in Phasen des Wahlkampfs. (vgl. Rosenberger/Winkler 2013: 115; Ataç, 02.2013) Politische VertreterInnen der FPÖ, ÖVP und SPÖ bezeichneten die die Fremdenrechtpakete aus den Jahren 2005, 2009, 2011, 2015 und 2017 und die darin umgesetzten Reformen als „*Meilenstein gegen den Missbrauch im Asylsystem*“ (Ataç, 02.2013)

Obwohl die Flüchtlingszahlen weltweit weiter ansteigen, sind die Asylanträge in Österreich im vergangenen Jahr zurückgegangen. Nachstehende Tabelle liefert einen Überblick über die Asylanträge seit 2013:

Tabelle 1: Asylanträge in Österreich, ohne Berücksichtigung von Resettlement

Jahr	Anzahl Asylanträge	Differenz
2013	17.503	+ 0,52 %
2014	28.064	+60,3 %
2015	88.340	+214,78 %
2016	42.285	-52,13 %
2017	24.735	-41,50 %
2018	13.746	-44,43 %
2019: Stand Juli	6.949	-17,61 %

Quelle: nach Bundesministerium Inneres, 2019.

2.3. Migration

Die Begrifflichkeit *MigrantIn* wird im täglichen Gebrauch vielschichtig verwendet. Die Fachliteratur zeigt auf, dass es für den Begriff *Migration* eine breite Vielfalt an Definitionen gibt.

Der Begriff *Migration* beschreibt traditionell die dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes aus dem Herkunftsland in einen anderen Staat. Dadurch kommt es zu einer sozialen, politischen und/oder kulturellen Abgrenzung. Das gewohnte soziale und kulturelle Umfeld zu verlassen nehmen Menschen aus verschiedenen Gründen auf sich. Die Verwirklichung persönlicher Ambitionen kann genauso ein Grund sein, wie der Wegfall der Lebensgrundlage oder Verfolgung. In der Literatur wird zwischen *aktivem* und *passivem* Ortswechsel unterschieden. *Arbeitsmigration* beschreibt beispielsweise einen aktiven Ortswechsel. Flucht oder Verschleppung werden dem passiven Ortswechsel zugeschrieben. Bei Migration geht es nicht nur um eine geographische Verlegung des Lebensmittelpunktes, sondern auch um einen sozialen Prozess, der sich über einen langen Zeitraum hinziehen kann. (vgl. Hochgerner 2011: 161; Oswald 2007: 13f.) MigrantInnen unterscheiden sich durch ihre Rechte zur Aufnahmegesellschaft. Einer dieser Unterschiede liegt in der Möglichkeit, politisch zu partizipieren und das aktive und passive Wahlrecht auszuüben. (vgl. Patscheider/Perlot 2016: 159) Während Österreich und andere Länder durch die internationalen Abkommen dazu verpflichtet sind Flüchtlingen Schutz vor Verfolgung zu garantieren, steht es den Staaten frei zu entscheiden, ob und wie viele MigrantInnen aufgenommen werden. Nur BürgerInnen der EU und einiger weiterer europäischer Staaten (Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Island) steht es frei, in jedes Land der EU zuzuwandern. (vgl. UNHCR [5]2017: 4)

Laut der UN Migration Agency (IOM) gab es im Jahr 2017 weltweit 258 Millionen MigrantInnen, die IOM-Definition lautet wie folgt: Ein Migrant oder eine Migrantin ist eine Person, die den Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts für längere Zeit verlässt, um sich in einem anderen Staat niederzulassen. Von da an ist der neue Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes jener Ort, an dem die Person die tägliche bzw. wöchentliche Ruhe- und Freizeit verbringt. Wenn die Person sich länger als ein Jahr an diesem Aufenthaltsort niederlässt, dann spricht man von *LangzeitmigrantInnen*. (vgl. United Nations, o.J)

Die Flucht- und Migrationsbewegung hat ein nie zuvor dagewesenes Ausmaß angenommen, aus diesem Grund wurde der *UN-Migrationspakt* im Jahr 2016 eingesetzt,

der gemeinsam mit dem *UN-Flüchtlingspakt*[4] im Dezember 2018 von den Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde. Er regelt alle Dimensionen der weltweiten Migration, abgesehen von jenen, die bereits in im UN-Flüchtlingspakt geregelt sind. Ziel der Vereinbarung ist es einerseits, die Situation in den Herkunftsländern der MigrantInnen zu verbessern, damit sie die Möglichkeit haben dort zu bleiben und andererseits die Menschenrechte zu sichern. (vgl. ebd.)

Abschließend kann festhalten werden, dass der Begriff *MigrantIn* als Sammelbegriff verstanden werden kann. Einerseits werden damit Personen bezeichnet, die aus ihren Herkunftsländern aus den unterschiedlichen Gründen flüchten (z. B. „Klimaflüchtlinge“ oder aufgrund von Verfolgung, Armut, Not,), aber keinen Flüchtlingsstatus nach der GFK erhalten und somit keinen Recht auf Asyl haben. Der Begriff umfasst desgleichen Personen, die freiwillig ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes Zielland verlagern (z.B. Arbeitsmigration, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten). Es wird auch unterschieden zw. Migranten der *Ersten Generation*, damit sind jene Personen gemeint, die im Ausland geboren sind und MigrantInnen der *Zweiten Generation*, jene Personen von denen beide Elternteile im Ausland geboren wurden (vgl. Statistik Austria, 05.04.2019).

Müller versteht als Personen mit Migrationshintergrund ethnische Gruppen, denen von der Öffentlichkeit bzw. vom politischen System ein Integrationsbedarf, gemessen an den Defiziten der gesellschaftlichen Teilhabe, nachgesagt wird (vgl. 2005: 83). Diese Definition soll für die vorliegende Arbeit übernommen werden.

[4] Der *UN-Flüchtlingspakt* wird im Kapitel Flucht genauer erklärt. (siehe Kapitel Flucht)

3. Protestbewegung

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht eine selbstorganisierte Protestbewegung von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in Österreich. In diesem Kapitel wird allgemein auf Protestbewegungen eingegangen und die Begriffe *Protest* und *Protestbewegung* an sich definiert. Anschließend werden zivilgesellschaftliche Protestaktionen für Flüchtlinge und AsylwerberInnen beschrieben und die Formalien rund um selbstorganisierte Flüchtlingsproteste erklärt. Abschließend wird konkret auf die Refugee Protestbewegung aus dem Jahr 2012 eingegangen.

Das Nachrichtenmagazin „Time“ hat bei der Wahl zur „Person des Jahres 2011“ die weltweiten Protestbewegungen gewürdigt. Auf den Straßen von Ägypten, Tunesien, Syrien, Athen, London, New York ... wurde Widerstand laut. Der Protestinhalt unterschied sich, gemeinsam hatten die Aktionen, dass sie medial viel Aufmerksamkeit erreichten. (vgl. Ertl 2015: 12ff.) Bürgerliches Engagement hat Konjunktur: Hongkong, G7, Stuttgart 21, Arabischer Frühling, Hochschulproteste, Demos gegen politischen Rechtsruck, Schuldenkrise-Griechenland, Pegida, London Riots, Femen, Occupy Wall Street ... um exemplarisch Protestbewegungen zu nennen, die von zivilgesellschaftlichen Engagement getragen werden und die in der medialen Berichterstattung thematisiert werden.

Rosenberger und Winkler verstehen unter dem Begriff *Protest*, dass kollektiv und in direkter Weise gegen etwas oder jemand gehandelt wird. Über den Weg der öffentlichen Aufmerksamkeit werden politisch-administrative EntscheidungsträgerInnen herausgefordert. (vgl. 2013: 115)

Protestbewegungen sind organisierte Gruppen, in denen sich Individuen sammeln, um sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren und zu partizipieren. Unter politischer Mobilisierung werden die Bestrebungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden, die sich für Veränderung in der politischen Gestaltung oder bei Rechts- und Gesetzgebungen einsetzen und sich hierfür der Öffentlichkeit bedienen. Die organisierte Zivilgesellschaft stellt ein Bindeglied zwischen ausgewählten BürgerInneninteressen und dem politisch-institutionellem System dar. Sie haben in der Regel keinen institutionalisierten Zugang zum Gesetzgebungsprozess, daher findet ihre Form der Mobilisierung über öffentliche Proteste bzw. Einmischung in die öffentliche Debatte statt. Massenmedien spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Denn sie können durch die

Kommunikation der Protestinhalte eine breitenwirksame Mobilisierung und ggf. Solidarisierung bewirken. (vgl. Meyer/Peintinger 2012: 145)

Es wird zwischen verschiedenen *Protestformen* unterschieden. Die häufigste Form ist der *demonstrativ-appellative Protest*. Dazu zählen öffentliche Appelle an Politik und Verwaltung, Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Aufrufe zu Protestaktionen und Solidaritätsbekundungen. Am zweithäufigsten werden *intermediäre Protestrepertoires* genutzt. Darunter versteht man die öffentliche Kritik an jemand oder etwas, die von Öffentlichkeits- und Medienarbeit begleitet wird. Es wird versucht mit den EntscheidungsträgerInnen in Kontakt zu treten. Die dritte Protestform ist das *direkte Protestrepertoires*. Durch schriftliche oder direkte Interventionen bei administrativen und/oder politisch zuständigen Stellen wird versucht Einfluss zu nehmen. Zu den Ausnahmefällen zählen Akte des *zivilen Widerstandes*, dazu zählen u.a. Sitzblockaden. (vgl. Rosenberger/Winkler 2013: 120)

Grundsätzlich wird zwischen *lokalen* und *supra-lokalen Protesten* unterschieden. Persönliche Beziehungsverhältnisse oder geografische Nahverhältnisse fallen unter lokale Proteste. Wenn sich organisierte Gruppen, wie z. B. NGOS oder Parteien bzw. Einzelpersonen, wie beispielsweise Prominente engagieren, wird von supra-lokalen Protestaktionen gesprochen. (vgl. ebd.: 119)

Wie bereits erwähnt, spielen Massenmedien für die Kommunikation von Protestinhalten eine bedeutende Rolle. Raschke hielt bereits 1985 fest: „*Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt.*“ (1985: 343) Um gesellschaftliche oder politische Änderung durch Protestaktionen einzuleiten, sind öffentliche Kommunikation und die politische Auseinandersetzung über die Protestinhalte notwendig. In der medialen Berichterstattung können die Interessen und Standpunkte der einzelnen handelnden Akteure abgebildet werden und ein öffentlicher Diskurs stattfinden. (vgl. Ertl 2015: 25) Auch werden Soziale Medien zur Kommunikation und Organisation von Protestbewegungen genutzt. Über Twitter-Nachrichten und Facebook-Seiten können die Forderungen und Aktivitäten der sozialen Bewegungen an eine breite Öffentlichkeit kommuniziert und auf Missstände hingewiesen werden. (vgl. Brunnengräber 2012: 42)

3.1. Zivilgesellschaftliche Protestaktionen für Geflüchtete

Laut den Autorinnen Meyer und Peintinger kann grundsätzlich zwischen zwei Einstellungen zu den Themen Flucht, Asyl und Migration unterschieden werden: Einerseits gibt es *pro-immigrantischen Akteuren*, anderseits *anti-immigrantische Akteure*. Unter pro-immigrantischen Akteuren werden Personen verstanden, die sich für eine liberale Migrations- und Asylpolitik einsetzen und sich zu Zuwanderung bekennen, sie vertreten ihre Anliegen auch im öffentlichen Diskurs. Zu dieser Gruppe zählen beispielsweise zivilgesellschaftliche Organisationen wie Initiativen von BürgerInnen, Vereine, Selbsthilfegruppen, kirchliche Organisationen und NGOs. Anti-immigrantischen Akteure verlangen nach restriktiven Fremden- und Asylgesetzten, z. B. politische Parteien, Vereine oder Initiativen von BürgerInnen. (vgl. 2012: 143f). Der Fokus in der vorliegenden Arbeit richtet sich explizit auf pro-immigrantische Mobilisierung.

Beispiele für pro-immigrantische Mobilisierungsaktionen in Österreich, getragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, stellen das Lichtermeer für mehr Solidarität und gegen Fremdenfeindlichkeit im Jahr 1993 mit 100.000 UnterstützerInnen dar, die Donnerstags-Demo gegen die FPÖ Regierungsbeteiligung oder die Veranstaltung „Voices for Refugees“ am Heldenplatz 2015 mit 150.000 UnterstützerInnen.

In Österreich häufen sich seit Ende der 1990er-Jahre vor allem Anti-Abschiebungsproteste, diese werden von BürgerInnen, lokalen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen. Zu den prominentesten Anti-Abschiebungsprotesten, die auch mediale eine hohe Aufmerksamkeit erreichten, zählten die Protestaktionen rund um den tödlichen Ausgang der Abschiebung von Marcus Omofuma im Jahr 1999. Sowie die Abschiebungsfälle der Familien Zogaj (2007) und Komani (2010). (vgl. Rosenberger/Winkler 2013: 111) Eine ausführlichere Beschreibung von Anti-Abschiebungsprotest sowie deren mediale Darstellung findet sich in der Beschreibung des Forschungsstandes. (siehe Kapitel Zivilgesellschaftliche Protestaktionen für Flüchtlinge)

Die angeführten Protestaktionen wurden überwiegend von der organisierten Zivilgesellschaft getragen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie NGOs und Menschenrechtsorganisationen spielen im Politikfeld von Flucht, Asyl und Migration eine zentrale Rolle. Sie verstehen sich als VermittlerInnen zwischen den Anliegen von ihrer „KlientInnen“ und politischen Akteuren und weisen öffentlich auf Missstände in der Asylpolitik hin. (vgl. Meyer/Peintinger 2012: 144; Langthaler/Trauner 2009: 462) NGOs werden als *Advokaten* derjenigen verstanden, die keine Stimme in der Öffentlichkeit

haben, oder sich im politischen System kein Gehör verschaffen können. Durch ihre Expertise, Lobbying-Arbeit und professionelle Kampagnenarbeit können sie Protestaktionen unterstützen und so öffentliche Aufmerksamkeit generieren. (vgl. Brunnengräber 2012: 43) Langthaler und Trauner verweisen aber auch darauf, dass NGOs in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren haben. Private Sozialdienstleister (z. B. European Homecare) und regierungsnahe Organisationen (z. B. Verein Menschenrechte Österreich) haben hingegen an Bedeutung gewonnen (vgl. 2009: 464)

3.2. Selbstorganisierte Flüchtlingsproteste

Die aktive Gestaltung und Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse kann von BürgerInnen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgehen, aber auch direkt von Flüchtlingen und AsylwerberInnen, beispielsweise durch *selbstorganisierte Flüchtlingsproteste* (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 449).

Mittels selbstorganisierter Strukturen schließen sich Flüchtlinge, AsylwerberInnen und MigrantInnen mit Fluchtbiographie sowohl informell als auch in Vereinen zusammen, um sich gemeinsam für ihre Anliegen in der Öffentlichkeit zu positionieren. Im Mittelpunkt der Aktionen steht das Bedürfnis nach gesellschaftlicher und politischer Partizipation im Aufnahmeland. Flüchtlinge und AsylwerberInnen haben aufgrund ihres Rechtsstatus kaum Möglichkeiten der politischen Partizipation. Oft bleiben nur prekäre Formen des Widerstandes, beispielsweise unter Einsatz ihrer körperlichen Unversehrtheit, wie Hungerstreik, angedrohter Suizid, Selbstverletzungen ... Eine Schwierigkeit für Flüchtlingsselbstorganisationen stellt dar, dass sie häufig nicht als politische AnsprechpartnerInnen wahrgenommen werden. NGOs können als sog. *Gatekeeper*[5] für Flüchtlingsselbstorganisationen agieren, da sie über die nötige Infrastruktur, Kontakte zu MedienvertreterInnen, Zugänge zum politischen System und staatlichen Institutionen verfügen. Zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen über Wissen betreffend organisatorischer und bürokratischer Abläufe das sie weitergeben können. Sie bringen Erfahrung beim Organisieren von Veranstaltungen oder Aktionen mit und kennen die kulturellen Codes der Aufnahmegesellschaft. Dieses Wissen nennt sich *civic skills*. Zahlreiche Flüchtlinge und AsylwerberInnen bringen dieses Wissen bereits aus ihren Herkunftsländern mit, da sie auf eine höhere Bildung, berufliche Positionen oder

[5] Das *Gatekeeping-Konzept* wird ausführlich im gleichnamigen Kapitel beschrieben. (siehe Kapitel Gatekeeping)

politisches Engagement zurückblicken können[6]. (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 448ff.; Langthaler/Sohler 2009: 7)

Durch die Form des selbstorganisierten Flüchtlingsprotests erhalten Menschen mit Fluchthintergrund ein Gesicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Ihre individuellen Schicksale und politischen Forderungen werden für die breite Öffentlichkeit mit der Zuhilfenahme von Massenmedien sichtbar.

Selbstorganisierte Flüchtlingsproteste kommen in den vergangenen zwei Jahrzehnten vermehrt vor. Beispielsweise der Ansturm von Geflüchteten in Marokko auf die spanische Exklave Melilla im Jahr 2005. Auf der griechischen Insel Lesbos kämpften Flüchtlinge im Jahr 2009 gegen die schlechten Verhältnisse in einem Unterbringungslager an und forderten dessen Schließung. 2012 campierten somalische Flüchtlinge auf den Stufen vor dem Parlament in Wien. Ebenfalls 2012 fanden zahlreiche Protestmärsche und Protestaktionen in europäischen Großstädten statt (z. B. Amsterdam, Berlin, Hamburg, Budapest, Den Haag, Lille ...) Die sog. *Refugee Protestbewegung* stellte eine neue Qualität des selbstorganisierten Widerstandes durch Flüchtlinge und AsylwerberInnen dar (vgl. Ataç, 02.2013).

[6] Ataç führt an, dass die „Figur des Flüchtlings“ historisch gesehen eng mit der Idee von Widerstand verbunden ist. Der Akt, das Herkunftsland aufgrund von unerträglichen sozialen und politischen Umständen zu verlassen, gilt bereits als politischer Akt. (vgl. Ataç, 02.2013)

3.3. Refugee Protestbewegung

Im folgenden Abschnitt wird allgemein die Refugee Protestbewegung aus dem Jahr 2012 beschrieben, die mittels Protestaktionen auf EU-weite strukturelle Missstände in der Asylpolitik hingewiesen haben. Im Konkreten wird die österreichische Bewegung und ihre politischen Forderungen nach einer gerechten Fremden- und Asylpolitik thematisiert sowie eine Chronologie der Ereignisse bis ins Jahr 2014 zusammengefasst.

Die Bezeichnung *Refugee* stammt ursprünglich aus dem Englischen und wurde 2012 zur Selbstbezeichnung der europaweiten Asylwerber-Protestbewegung verwendet. Ziel der Begrifflichkeit ist es, die Selbstorganisation in den Mittelpunkt zu rücken. (vgl. Brickner, 18.11.2013) Unter dem Begriff *Refugees* wurden in der allgemeinen Berichterstattung alle Personen zusammengefasst, die an der Protestbewegung teilgenommen haben, es handelte sich per Definition um Flüchtlinge, AsylwerberInnen und MigrantInnen[7].

2012 fanden in zahlreichen europäischen Ländern, wie Frankreich, Italien, Ungarn, Deutschland, Griechenland, Niederlande, Dänemark und Österreich selbstorganisierte Flüchtlingsproteste statt. Menschen mit Fluchthintergrund traten in der sog. *Refugee Protestbewegung* als AktivistInnen in der Öffentlichkeit auf und forderten strukturelle Änderungen in der Fremden- und Asylpolitik. Die Refugees marschierten aus ländlichen Gegenden in die nächstgelegenen Großstädte, sie protestierten vor nationalen Parlamenten und richteten sich im Zentrum der Städte Protestcamps ein, sog. *Refugee Camps*. (vgl. Ataç, 02.2013) Auf ihren Protestschildern war zu lesen „*Refugees bleiben*“, „*Open Border*“, „*Niemand ist illegal, nirgendwo.*“ Zahlreiche BürgerInnen sympathisierten – v. a. zu Beginn der Protestaktionen – mit den AktivistInnen (Scholz, 20.03.2014). Die Einrichtung der Refugee Camps erfolgte keineswegs spontan, sondern folgte einer Dramaturgie, ähnlich wie bei der Occupy-Bewegung sollten die Asylcamps den politischen Diskurs verändern (vgl. Klenk, 08.01.2013).

Die Refugees setzten eine Vielzahl an Protestaktionen ein, um ihre politischen Forderungen öffentlichkeitswirksam formulieren und mit politischen EntscheidungsträgerInnen verhandeln zu können. Zu den Aktionen gehörte beispielsweise die Besetzung von öffentlichen Räumen, Kirchenasyl und Hungerstreiks.

[7] Bei der österreichischen Refugee Protestbewegung waren zu Beginn der Protestaktion weibliche Flüchtlinge und Asylwerberinnen unter den AktivistInnen. Mit der Besetzung der Votivkirchen waren ausschließlich Männer an den Protestaktionen beteiligt.

Die Refugee Protestbewegung zeichnete sich nach Ataç durch zwei signifikante Merkmale aus: Einerseits die eigenständige und medienwirksame Formulierung der Forderungen sowie die selbstständige Durchführung der politischen Aktionen. (vgl. Ataç, 02.2013) Im medialen Diskurs rund um Flüchtlings-Protestbewegungen wurde bisher meist über Geflüchtete gesprochen, selten wurde mit ihnen diskutiert oder gar von ihnen die Diskussion aktiv geführt (vgl. Gruber 2015: 64). Im Mittelpunkt der Protestbewegung stand das politische Empowerment der Refugees.

Die Refugee Protestaktionen stellten eine neue Qualität des selbstorganisierten Widerstandes durch AsylwerberInnen und Flüchtlinge dar. Das Spezifikum der Refugee Protestbewegungen ist die selbstständige Konstituierung der Bewegung durch die AsylwerberInnen und Flüchtlinge. Sie agierten als AktivistInnen, im Zentrum standen ihre politischen Aktionen und selbstartikulierten Forderungen an die politischen EntscheidungsträgerInnen. Die Refugees trugen ihr Ansinnen öffentlich wirksam vor und handelten eigenverantwortlich. Strategien, Taktiken und Wissen wurden gemeinsam mit UnterstützerInnen entwickelt, im Mittelpunkt stand jedoch die Selbstbestimmtheit der Refugees. (vgl. Ataç, 02.2013)

3.3.1. Forderungen der Refugee Protestbewegung

Zu den zentralen Forderungen der europaweiten Refugee Protestbewegung zählten *Aufenthaltsrecht*, *Zugang zum Arbeitsmarkt*, *Bewegungsfreiheit* für alle AsylwerberInnen sowie die *Abschaffung des Dublin-Systems*[8].

Die VertreterInnen der österreichischen Refugee Protestbewegung forderten zusätzlich das *Recht auf Datensouveränität* ein. Konkret verlangten sie, dass aus der Datenbank Eurodac[9] ihre Fingerabdrücke gelöscht werden, um in einem anderen EU-Land um Asyl ansuchen zu können. Österreich kam dieser Forderung nicht nach, mit der Begründung, dass der Staat nicht in der Lage sei, da es sich um europäisches Recht handle. (vgl. Kuster/Tsianos, 2013)

[8] Das Dubliner Übereinkommen regelt den Umgang mit Asylanträgen zwischen den EU-Staaten. Im Dublin-Verfahren wird festgestellt, welcher europäische Staat für die Prüfung des Asylantrags zuständig ist. Demzufolge muss jener EU-Staat das Asylverfahren durchführen, in dem ein Flüchtling zuerst eingereist ist. (vgl. Bundesministerium Inneres, o.J.)

[9] Eurodac ist eine europäische Datenbank, die Fingerabdrücke von AsylwerberInnen bzw. illegal in der EU aufhaltenden Personen aufnimmt und verwaltet (vgl. Kuster/Tsianos, 2013).

Die Forderungen der österreichischen Refugee Protestbewegung lassen sich in sechs Kernforderungen unterteilen: (vgl. Refugee Protest Camp Vienna, 18.12.2012)

(1) Grundversorgung für alle AsylwerberInnen, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, solange sie in Österreich aufhältig sind.
(2) Freie Wahl des Aufenthaltsortes sowie Zugang zum öffentlichen Wohnbau für alle in Österreich aufhältigen AsylwerberInnen – keine Transfers gegen den Willen der davon Betroffenen.
(3) Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildungsinstitutionen und Sozialversicherung für alle in Österreich aufhältigen MigrantInnen.
(4) Stopp aller Abschiebungen nach Ungarn – Stopp aller Abschiebungen im Zusammenhang mit der Dublin-Verordnung.
(5) Einrichtung einer unabhängigen Instanz zur inhaltlichen Überprüfung aller negativ beschiedenen Asylverfahren.
(6) Anerkennung von sozioökonomischen Fluchtmotiven neben den bisher anerkannten Fluchtgründen.

Darüber hinaus forderten die österreichischen Refugees u. a. den Einsatz von qualifizierten DolmetscherInnen im Asylverfahren, bessere medizinische Versorgung und Abschiebestopps. (vgl. Refugee Protest Camp Vienna, 25.11.2012)

3.3.2. Verlauf der österreichischen Refugee Protestbewegung

Eine detaillierte Chronologie der österreichischen Refugee Protestbewegung findet sich im Anhang dieser Arbeit. (siehe Anhang Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich) An dieser Stelle wird auf die wichtigsten Ereignisse im Überblick eingegangen: (wenn nicht anders angemerkt vgl. Refugee Protest Camp Vienna, o.J.; Die Presse, 17.03.2014; Der Standard, 22.09.2013; Ataç 2016: 629; Grobner 2014: 34ff.; Burg Programm, 2015)

Im Herbst 2012 hielt die Debatte um die Überbelegung im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen (Niederösterreich) Einzug in die mediale Berichterstattung. **24. November 2012**: Rund 100 AsylwerberInnen und 400 UnterstützerInnen marschieren von der Erstaufnahmestelle Traiskirchen nach Wien. Im Sigmund-Freud-Park vor der Votivkirche wird ein Refugee Camp von den Refugees und UnterstützerInnen eingerichtet. Erste politische Forderungen der Asylsuchenden werden artikuliert. **18. Dezember 2012**: 30 Refugees aus dem Refugee Camp suchen in der Votivkirche symbolisch Schutz. "*Wir haben uns bewusst gegen das Wort ‚Besetzung' entschieden, denn wir wollen kein Haus Gottes übernehmen*.", so ein Refugee Sprecher. (Wiener Zeitung, 18.12.2012). Die

Caritas und die Erzdiözese Wien sichern den Refugees Schutz in der Kirche zu. **21. Dezember 2012**: Ein Runder Tisch findet auf Initiative der Caritas, in Anwesenheit von VertreterInnen der Refugee-Bewegung, Kirche, NGOs und BMI statt. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ) nehmen nicht persönlich teil. **23. Dezember 2012**: Die ersten 14 Refugees in der Votivkirche treten in Hungerstreik. **25. Dezember 2012:** Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) sichert zu, „*dass die Politik zu weiteren Gesprächen mit den Refugees bereit sei.*" (Der Standard, 26.12.2012). **28. Dezember 2012:** Das Refugee Camp im Sigmund-Freud-Park wird durch Beamte der Polizei geräumt.

02. Jänner 2013: Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Wolfgang Taucher (Leiter des Bundesasylamts) treffen sich mit vier Vertretern der Refugee Protestbewegung sowie Klaus Schwertner (Pressesprecher Caritas Erzdiözese Wien) im Innenministerium. Konkrete Ergebnisse werden nicht erzielt. Immer mehr Prominente solidarisieren sich mit den Refugees und übernachten teils in der Votivkirche, unter ihnen Jean Ziegler (Soziologe, Globalisierungskritiker), Susanne Scholl (Journalistin, Autorin), Elias Bierdel (Menschenrechtsaktivist), Peter Waterhouse (Schriftsteller), Paul Gulda (Pianist). **14. Jänner 2013**: Die FPÖ fordert die Räumung der Votivkirche. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache: „*Allianz zwischen Kirche und Anarchisten. (...) Jeder, der meint, Asylbetrüger unterstützen zu müssen, ist ein Beitragstäter.*" (Der Standard, 17.01.2013). **22. Jänner 2013**: Nach 31 Tagen Hungerstreik entscheiden sich die Refugees ihren Streik für zehn Tage auszusetzen. "*Wir wollen bei Kräften sein, wenn jemand mit uns verhandelt.*" (Wiener Zeitung, 22.01.2013). Innenministerin Johanna Mikl-Leitner begrüßt das Aussetzen des Hungerstreiks in einer offiziellen Mitteilung, stimmt jedoch weiteren Austauschtreffen mit den Refugees nicht zu (vgl. Der Standard, 22.01.2013). **01. Februar 2013**: Wiederaufnahme des Hungerstreiks. Rund 60 Personen halten sich in der Votivkirche auf. **05. bis 06. Februar 2013**: Abschiebung nach Dublin-Verordnung von zwei Refugees nach Ungarn, die im Jänner 2013 in Schubhaft genommen wurden. **10. Februar 2013:** Neun Mitglieder der Identitären Bewegung versuchen die Votivkirche zu besetzen. Die Besetzung wird unter Schutz der WEGA abgebrochen. **13. Februar 2013**: Antwortschreiben von Bundespräsident Heinz Fischer auf ein E-Mail der Refugees. Er spricht sein Verständnis aus und weist darauf hin, dass es in Österreich kein allgemeines Bleiberecht gibt. **18 Februar 2013:** Der Hungerstreik wird erneut unterbrochen, die Forderungen der Refugees sind weiterhin aufrecht. **03. März 2013:** Der Protest in der Votivkirche wird beendet. 63 Personen ziehen nach 76 Tagen des Protests aus der Votivkirche aus und Übersiedelung in das, von der Caritas zur Verfügung gestellte, Quartier im Servitenkloster. **26. März 2013**: 27 Refugees haben seit

Einzug ins Servitenkloster einen negativen Asylbescheid erhalten. **28. Juli 2013**: Inschubhaftnahme durch Polizei von acht pakistanischen Refugees, nachdem ihre Asylbescheide negativ beschieden wurden. Kardinal Schönborn zeigt sich bestürzt und stellt die Frage nach einem Zusammenhang mit der Nationalratswahl im Herbst 2013: „*Rechtsstaat und Menschlichkeit dürfen kein Widerspruch sein. Weiters stelle ich die Frage, welche Rolle es gespielt hat, dass Wahlkampfzeit ist?*“ (Kurier, 28.07.2013). **30. Juli 2013**: Verdacht auf Beteiligung an Schlepperei von Refugees. Drei Personen, mit Meldeadresse Servitenkloster, werden festgenommen, insgesamt werden sechs Personen in Österreich und Italien verhaftet. Die Refugee-Aktivisten werden in Untersuchungshaft genommen. **06. August 2013**: Ministerin Johanna Mikl-Leitner spricht davon, dass die Schlepper „*äußerst unmenschlich*" agiert hätten (Wiener Zeitung, 06.08.2013). **22. September 2013**: 17 Refugees und zehn UnterstützerInnen kehren kurzfristig in die Votivkirche zurück und versuchen diese erneut zu besetzen. Die Erzdiözese Wien duldet ihre Anwesenheit nicht, Polizeibeamte führen eine Räumung der Votivkirche durch. **29. September 2013**: Österreichische Nationalratswahl. **29. Oktober 2013**: 24 Refugees suchen nach einer Diskussionsrunde Schutz in der Akademie der Bildenden Künste. **30. Oktober 2013**: Pressekonferenz der Refugees in der Akademie der Bildenden Künste, bei der mitgeteilt wird, dass die Refugees bis auf weiteres in den Uni-Räumen bleiben wollen, solange bis eine Unterkunft gefunden wird, in der sie zusammenleben können. **05. November 2013**: Auszug der Refugees aus der Akademie der Bildenden Künste. **10. Dezember 2013**: Die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt erhebt Anklage gegen acht Personen wegen gewerbsmäßiger Schlepperei, darunter sind auch Refugee-Aktivisten. **17. März 2014**: Prozessbeginn am Landesgericht Wiener Neustadt. **27. März 2014**: Die Staatsanwältin im Schlepper-Prozess beantragt die Enthaftung aller Angeklagten nach acht Monaten Untersuchungshaft. Der Prozess wird vertagt. **08. September 2014**: Der Schlepper-Prozess wird fortgesetzt. Die Angeklagten zeigen sich teilgeständig, jedoch nicht im Sinne der angeklagten Straftat. **04. Dezember 2014**: Nach 43 Verhandlungstagen kommt es zur Urteilsverkündung im Schlepper-Prozess. Sieben Angeklagte werden der Schlepperei schuldig gesprochen, ein Freispruch. Teilbedingte Freiheitsstrafen zwischen sieben und 28 Monaten werden verhängt. Keiner der Angeklagten muss erneut ins Gefängnis, da bereits der unbedingt verhängte Teil der Strafe durch Untersuchungshaft verbüßt wurde.

III. Theoretischer Teil

4. Kommunikationswissenschaftliche Perspektive

In der Kommunikationswissenschaft wird umfassend den Grundfragen nach den Produktionsprozessen und der Präsentation von Medieninhalten nachgegangen, auch die Rolle von JournalistInnen in diesen Prozessen wird eingehend analysiert. Die Leistungs-Thematisierung des Journalismus ist besonders bei gesellschaftspolitisch kontroversen Themen, wie der Flüchtlings- und Asylpolitik, von großer Bedeutung. Dieses komplexe Thema massenmedial aufzubereiten ist ausschlaggebend für den individuellen Meinungsbildungsprozess in der Gesellschaft, denn es muss davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der Zivilgesellschaft nicht auf individuelle Erfahrungen, soziale Kontakte bzw. Sachkenntnis zurückgreifen kann, sondern auf mediale Sekundärerfahrungen zurückgreifen muss. (vgl. Rhomberg 2009: 22f.) Der theoretische Teil dieser Arbeit beschäftigt sich zunächst mit den normativen Aufgaben der Massenmedien für die Gesellschaft bevor anschließend die Perspektive der Realitätskonstruktion durch Massenmedien betrachtet und auf die spezifische Rolle des Journalismus im Konstruktionsprozess eingegangen wird.

4.1. Funktionen der Massenmedien

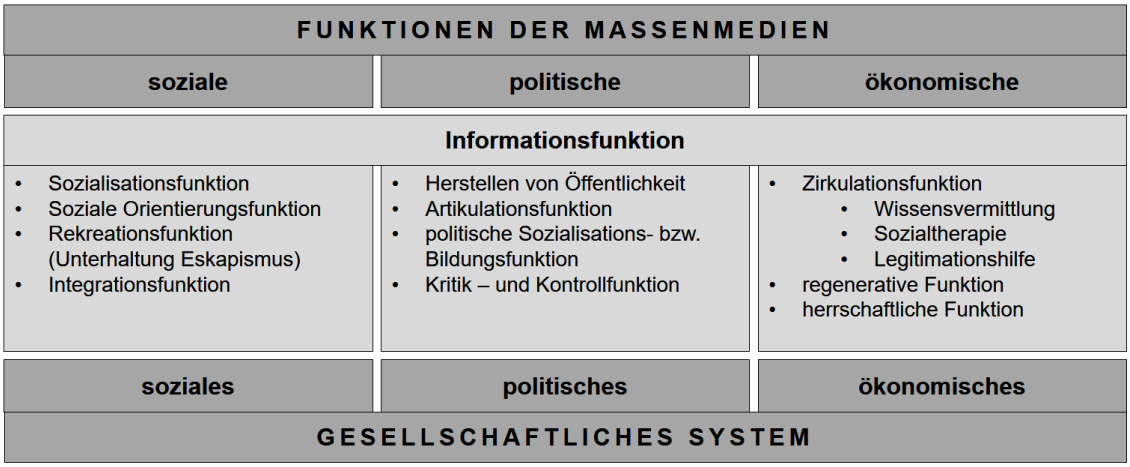
In einer modernen Gesellschaft übernehmen Massenmedien[10] gewisse Funktionen bzw. werden diese normativ von ihnen eingefordert. Der Begriff *Funktion* stammt ursprünglich aus dem Kontext der systemtheoretischen Perspektive, darunter werden Leistungen verstanden, die die Massenmedien für Einzelne bzw. das jeweilige Gesellschaftssystem[11] erbringen. (vgl. Rhomberg 2009: 21f.; vgl. Burkart [4]2002: 179) Maletzke formuliert allgemein, dass Funktionen als Prozesse verstanden werden, „*die dem Erreichen des Wünschenswerten dienen*" und somit positive Auswirkungen im gesellschaftlichen Bereich mit sich bringen ([3]2002: 70). Ronneberger formuliert bei der Beschäftigung mit den Funktionen des Systems Massenkommunikation folgende Fragen: 1.) Welche gesellschaftlichen Bedürfnisse sind durch das System Massenkommunikation zu befriedigen? 2.) Welche Erwartungen werden dem System Massenkommunikation entgegengebracht? 3.) Wie werden diese Erwartungen durch das System Massenkommunikation erfüllt? (vgl. [3]2002: 61)

Generell besitzen Massenmedien soziale, politische und ökonomische Funktionen. Für die vorliegende Arbeit sind besonders die politischen sowie sozialen Funktionen, insbesondere die Integrationsfunktion, von Interesse, weshalb in weiterer Folge auf diese ausführlich eingegangen wird. Wesentlich für alle Leistungen der Massenmedien ist deren Funktion zur Information, die nachfolgend analysiert wird. Der Abbildung 1 Funktionen der Massenmedien sind die Funktionen der Massenmedien zu entnehmen.

[10] Luhmann versteht unter dem Begriff *Massenmedien* alle Einrichtungen der Gesellschaft, die sich zur Kommunikationsverbreitung technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen. Massenmedien erzeugen Produkte in großer Zahl, für einen vorerst unbestimmten Adressatenkreis. (vgl. Luhmann [3]2004: 10) Laut Burkart kann von einem Massenmedium gesprochen werden, wenn das technische Medium zusätzlich in einen sozialen Prozess integriert ist, der als Massenkommunikation bezeichnet wird. Der Einsatz von Massenmedien ermöglicht Massenkommunikation. Unter *Massenkommunikation* wird jener Prozess verstanden, bei dem Aussagen öffentlich, indirekt und einseitig durch technische Verbreitungsmittel (sog. Massenmedien bzw. Massenkommunikationsmittel) an ein disperses Publikum vermittelt werden. (vgl. Burkart [4]2002: 171f.)

[11] Das Systemverständnis entstammt der funktional-strukturellen Systemtheorie. Ein soziales System ist demzufolge als ein System von Handlungen zu begreifen, die durch ihren gemeinten oder implizierten Sinn verbunden sind und dadurch aufeinander verweisen. (vgl. ebd.: 180)

Abbildung 1: Funktionen der Massenmedien



Quelle: nach Burkart [4]2002: 382.

4.1.1. Informationsfunktion der Massenmedien

Die Informationsfunktion stellt die zentrale Leistung der Massenkommunikation in einer modernen Gesellschaft dar, ohne die die anderen Funktionen der Massenmedien nicht erfüllt werden könnten. Die Massenmedien erbringen die Informationsleistung im Hinblick auf das soziale, politische und ökonomische gesellschaftliche System. Ereignisse und Erkenntnisse müssen medial durch Informationen vermittelt werden, damit die Gesellschaft davon Kenntnis nehmen kann. Eine sog. *informative Mitteilung* ist eine Mitteilung, die den Informationsstand der Empfänger erweitert, indem sie das subjektive Unwissen verringert oder gar beseitigt. Informationen können auf zwei Arten gewonnen werden: Reduktion bzw. Beseitigung von subjektivem Nichtwissen oder subjektiver Ungewissheit durch 1.) eigene Erfahrungen (sog. *Primärerfahrung*) oder 2.) Kommunikation (sog. *Sekundärerfahrung*). Massenmediale Informationsvermittlung vollzieht sich im Rahmen der Sekundärerfahrung. Es kann festgehalten werden, dass der Großteil der gesellschaftlichen Erfahrungen und Ereignisse massenmedial vermittelt wird, daher besteht in demokratischen Gesellschaften ein Anspruch an die Qualität der medialen Informationsvermittlung. Damit einher geht die Forderung, dass Nachrichten vollständig, objektiv und verständlich sein sollen. (vgl. Rhomberg 2009: 22ff.; Burkart [4]2002: 402ff.) Die genannten Leistungsanforderungen werden, unter Berücksichtigung der medialen Konstruktion von Wirklichkeit sowie den medialen Selektions- und Darstellungsregeln, im Weiteren detailliert besprochen (siehe Kapitel Konstruktion von Realität in Nachrichtenmedien und Kapitel Die Rolle des Journalismus bei der Konstruktion medialer Realität). Für die vorliegende Arbeit ist besonders die Informationsfunktion im Bereich der Politik von Relevanz. Politische Ereignisse, ob auf nationaler oder transnationaler Ebene, können hauptsächlich durch die massenmediale

Informationsvermittlung von der Gesellschaft wahrgenommen werden, da in den seltensten Fällen auf Primärerfahrungen zurückgegriffen werden kann. So auch bei der Refugee Protestbewegung und den politischen Rahmenbedingungen, die damit zusammenhängen. (vgl. Rhomberg 2009: 23)

4.1.2. Soziale Funktionen der Massenmedien

Massenmedien erbringen für die Gesellschaft soziale Funktionen, diese Leistungen umfassen insbesondere *Sozialisation, Orientierung, Unterhaltung* und *Integration*. Zentral für das gesellschaftliche Zusammenleben in modernen, komplex organisierten Gesellschaften ist die *Sozialisationsfunktion*. Die Rolle, die den Massenmedien – neben anderen gesellschaftlichen Teilbereichen (wie z. B. Familie, Schule, Kirche, Gemeinde, Peer-Groups) – zugeschrieben wird, ist das Vermitteln von Anschauungs- und Verhaltensweisen, Status- und Rollenbildern, Images und Typvorstellungen, an denen sich das Publikum orientieren kann. Dadurch tragen die Massenmedien zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Gesellschaft bei. Eine weitere soziale Funktion, die von der Sozialisationsfunktion kaum zu trennen ist, stellt die *soziale Orientierung* dar. Massenmedien versorgen die Gesellschaft tagtäglich mit einer Fülle an Informationen, die das Zurechtfinden in einer komplexen Umwelt erst ermöglichen. Massenmedien bieten zusätzlich die Möglichkeit, der gesellschaftlichen Realität zu entkommen, sie sorgen für Zerstreuung und Ablenkung. Medien unterhalten (*Unterhaltungsfunktion*), sie ermöglichen es der Wirklichkeit zu entfliehen (*Eskapismus*) und entspannen (*Rekreationsfunktion*). Die angeführten Einzelfunktionen ermöglichen die Integration des Einzelnen in eine bestimmte Gesellschaftsordnung (*Integrationsfunktion*). (vgl. Rhomberg 2009: 24f.; Burkart [4]2002: 383ff.; Ronneberger [3]2002: 63; Maletzke [3]2002: 71)

4.1.3. Integrationsfunktion der Massenmedien

Eine der zentralen Fragen der Kommunikationswissenschaft dreht sich um die Rolle der Medien bei der gesellschaftlichen Integration. Es herrscht die Annahme, dass die Integrationsfunktion der Massenmedien den Zusammenhalt einer Gesellschaft fördert bzw. sogar dafür verantwortlich ist.[12] Gesellschaftliche Wert- und Normvorstellungen werden via Medien diskutiert und verbreitet. (vgl. Vlasic/Brosius 2002: 93ff.) Die Gesellschaft, wie wir sie heute kennen, ist komplex und differenziert organisiert. In einer derartig pluralistischen Gesellschaft besteht generell die Gefahr des Auseinanderfalles (sog. *Desintegration*). Massenmedien zählen zu den integrierenden Faktoren einer modernen Gesellschaft, da sie sich der gesellschaftlichen Integration[13] verschrieben haben. (vgl. Maletzke ^{3}2002: 71) Geißler und Pöttker sprechen den Massenmedien ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Integration zu, sie weisen aber auch darauf hin, dass Massenmedien nicht zum Kernbereich der Integration gehören, wie beispielsweise das Bildungssystem. (vgl. 2006: 16) Die Untersuchung der integrierenden Wirkung von Massenmedien ist daher bedeutsam für die Gesellschaft und stellt gleichzeitig eine große Herausforderung dar, da es sich – wie bereits angedeutet – um ein komplexes Konzept handelt. (vgl. Vlasic/Brosius 2002: 93f.)

Der Integrationsbegriff wird vielfältig eingesetzt, das führt dazu, dass unter der Begrifflichkeit sehr unterschiedliche Konzepte zusammengefasst und untersucht werden. Der Integrationsbegriff hat einen „Doppelcharakter", es handelt sich um einen analytisch-wissenschaftlichen, aber auch um einen normativ-politischen Begriff. (vgl. Geißler/Pöttker 2006: 17) Die Folge ist ein heterogenes Bild der bisherigen empirischen Befunde dieser Thematik. Als Integration kann nach Vlasic und Brosius sowohl der Prozess des Zusammenfügens (dynamisch) als auch der Zustand der geglückten Verbindung (statisch) verstanden werden. Vorausgesetzt, dass festgelegt ist, was das Gesamte ist, zu dem sich die Einzelteile zusammenfügen sollen. Vlasic und Brosius plädierten dafür, den Integrationsbegriff vergleichsweise eng zu definieren, um ihn empirisch fassbar zu machen. (vgl. 2002: 94ff.) Nach Jarren werden Integrationsforderungen in erster Linie an „betroffene" Gruppe sowie staatliche und gesellschaftliche Akteure gerichtet. Er geht davon aus, dass Integration vorranging als

[12] Vor allem dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird eine hohe Integrationsleistung zugesprochen (vgl. Jarren 2003: 240).
[13] So auch zu lesen im 2. Rundfunkurteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts. 1971 wurde festgehalten, dass den Massenmedien eine „integrierende Funktion für das Staatsganze" zukommt. (vgl. Maletzke ^{3}2002: 71)

eine politische, soziale und kulturelle Aufgabe angesehen werden muss, um die sich das politische System zu bemühen hat. (vgl. 2003: 239)

Es lässt sich festhalten, dass Integration als anzustrebender Zustand in sozialen Systemen angesehen wird. Kenntnisse über bestimmte Norm-, Wert- und Kulturvorstellungen sollen mittels Massenmedien vermittelt werden. Diese Werte und Normen werden als gesellschaftlicher „Kitt" angesehen. Wobei die kollektive Akzeptanz dieser Themen nach Jarren den funktional-strukturellen Ansätzen zugeordnet werden kann und nicht erstrebenswert ist, da ein Konsens nicht das allgemeingültige Ziel sein soll, da es diesen weder „strukturell" noch „faktisch" gibt. Medien ermöglichen jedoch den gesellschaftlichen Diskurs, indem sie Themen, Wissen und Deutungen bereitstellen. All diese Themen und Wertvorstellungen werden gleichwohl nicht ausschließlich durch die Massenmedien vermittelt und erzeugt, Akteure aus anderen Teilsystemen (z. B. Bildungs- oder Politiksystem) spielen – wie bereits erwähnt – ebenfalls eine zentrale Rolle. (vgl. ebd.: 240f., 250; Vlasic/Brosius 2002: 96) Vlasic und Brosius gehen davon aus, dass die Analyse der Integrationsfunktion der Massenmedien sich auf das Konzept der sozialen Integration stützt, darunter wird die Beziehung zwischen Akteuren verstanden. Um die Gründe für das individuelle Handeln zu verstehen muss laut den beiden Autoren die Analyse auf der individuellen Ebenen ansetzen, um dann Gesetzmäßigkeiten auszumachen, die die gesellschaftlichen Phänomene auf der Meso- bzw. Makroebenen erklären können. (vgl. 2002: 101f.)

Nach Maletzke gehört es zu den Integrationszielen der Massenmedien eine Ausgewogenheit in der Berichterstattung herzustellen, gesellschaftliche Vielfalt und individuelle Lebensformen, Anschauungen und Interessen zu präsentieren, Minoritäten zu berücksichtigen und die Nöte, Probleme und Schwierigkeiten diverser Gruppen darzustellen. (vgl. ^{3}2002: 71) Jarren spricht den Medien eine Art „Generalintegrationsleistung" ab, er geht jedoch davon aus, dass Medien in der Interaktion mit gesellschaftlichen Akteuren aus anderen Teilsystemen in der Lage sind gesellschaftliche Selbstverständigungsdiskurse zu ermöglichen und zu führen und dadurch Integrationsleistungen erbringen. Diese Aufgabe wird nach Jarren vor allem von jenen Medien wahrgenommen, die normativ an einer Abbildung politischer und sozialer Realität interessiert sind, sich entsprechend organisieren und deren Unternehmenskultur darauf abgestimmt ist. Jarren versteht Integration als einen Prozess der Einzelne, Gruppen, Organisationen und Institutionen umfasst und sich daher auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen vollzieht. Den Massenmedien kommt somit eine zentrale Funktion für den Integrationsdiskurs zu. (vgl. 2003: 235)

Die normative Integrationsfunktion der Massenmedien lässt sich in diesem Sinne nach Vlasic in fünf Dimensionen strukturieren: (vgl. 2004: 67)

(1) Bereitstellung gemeinsamer Themen/Bildung von Basiswissen
(2) Ermöglichung von Repräsentation
(3) Konstituieren von (politischer) Öffentlichkeit
(4) Vermittlung gemeinsamer Normen und Werte
(5) Konstruktion von Realität

Es wurde bereits angeführt, dass die Integrationsfunktion der Massenmedien ein fester Bestandteil der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte ist. Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf der Darstellung von protestierenden AsylwerberInnen in den Mehrheitsmedien, konkret in der österreichischen Tagespresse. Der Großteil der österreichischen Bevölkerung greift auf mediale Sekundärerfahrung bei den Themen Flucht und Asyl zurück, so gestaltete es sich auch im konkreten Fall der österreichischen Refugee Protestbewegung. Durch die Berichterstattung war es dem Publikum möglich sich ein allgemeines Bild über die österreichische Asylpolitik zu machen und die eigene Meinung bzw. Einstellung zu verfestigen oder zu revidieren. Aus diesem Grund ist es zentral, die generelle Rolle der Medien bei der Integration von MigrantInnen genauer zu betrachten, stellen die Massenmedien doch einen wichtigen Bezugspunkt für den gesellschaftlichen Integrationsprozess[14] dar. (vgl. Geißler/Pöttker 2006: 16; Herczeg 2011: 228) Massenmedien wird im Zusammenhang dieser Arbeit die zentrale Aufgabe zugesprochen, eine faire und ausgewogene Berichterstattung über Migrationsthemen widerzuspiegeln, die in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden kann. (vgl. Herczeg 2012: 189) Denn „*mediale Integration bedeutet Integration der ethnischen Minderheiten in das Mediensystem und in die Öffentlichkeit*." (Geißler/Pöttker 2006: 13) Weiter gefasst kann festgehalten werden, dass Massenmedien normativ dazu verpflichtet sind in ihrer täglichen Berichterstattung Minoritäten zu berücksichtigen. Es wird das Ziel verfolgt eine Vielfalt von Lebensformen, Anschauungen und Interessen für die Allgemeinheit widerzuspiegeln. (vgl. Burkart ^{4}2002: 388) Der Forschungsstand zur Darstellung von MigrantInnen in Massenmedien wird in dieser Arbeit ausführlich besprochen. (siehe Kapitel Forschungsstand Medien und Migration)

[14] Wenn an dieser Stelle von der Integrationsfunktion der Massenmedien geschrieben wird, geht es vor allem um die Funktion der Medien die Integration von Individuen in die Gesellschaft zu leisten.

4.1.4. Politische Funktionen der Massenmedien

Die politischen Funktionen der Massenmedien umfassen all jene Leistungen, die sie für das politische System zu erbringen haben. Darunter fallen Leistungen wie die *Herstellung von Öffentlichkeit*, die *Artikulationsfunktion*, *politische Sozialisations- bzw. Bildungsfunktion* sowie die *Kritik- und Kontrollfunktion*. (vgl. Burkart [4]2002: 390ff.) Die politische Rolle, die jedes Mitglied der Gesellschaft lernen muss, wird in erster Linie durch primäre Sozialisationsinstanzen vermittelt, nach Ronneberger benötigt es zusätzlich die Massenmedien, um eine zeit-, form- und rechtmäßige Ausgestaltung dieser Rolle zu gewährleisten. Darüber hinaus werden die Massenmedien von politischen Akteuren genutzt, um ihre Argumentationen, Deutungen und/oder Problemlösungen zu kommunizieren. (vgl. [3]2002: 63f.) Für die Integration in eine demokratische Gesellschaft ist es notwendig, „*dem öffentlichen Geschehen folgen zu können, politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge zu erkennen, seine eigenen Positionen in der Gesellschaft wahrzunehmen, die demokratische Verfassung zu verstehen und über die Absichten und Handlungen des politischen Systems informiert zu sein.*“ (Rhomberg 2009: 26) Da – wie bereits erwähnt – von der Gesellschaft auf Sekundärerfahrungen im politischen System zurückgegriffen werden muss, ist es die Aufgabe der Massenmedien über politische Ereignisse zu berichten, Probleme und Herausforderungen darzustellen und eine Öffentlichkeit herzustellen. *Öffentlichkeit* entsteht und besteht durch die massenmediale Veröffentlichung von Informationen, wie z. B. politische Absichten, Programme und Maßnahmen. In diesem Forum der Öffentlichkeit treten alle, am politischen Prozess beteiligten Akteure, miteinander in Kommunikation. So hat das Publikum die Möglichkeit auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen, indem es die Aussagen aus dem politischen System kommentiert und ggf. kritisiert sowie eigene Wünsche und Forderungen artikuliert (sog. *Artikulationsfunktion*). Die Massenmedien transportieren die Stimmung in der Bevölkerung und sind das Sprachrohr für alle, die am demokratischen Prozess teilnehmen. Massenmedien sorgen für Pluralismus, so entsteht politische Willensbildung. Äquivalent zur Sozialisations- und Integrationsfunktion wird im politischen System von der *politischen Sozialisationsfunktion* gesprochen. Die modernen gesellschaftlichen Entwicklungen führen zu einer Komplexität der politischen Strukturen. Die Aufgabe der Massenmedien ist es, dem Publikum die Funktionen und Aufgaben des politischen Systems näher zu bringen und die politischen Rollen (z. B. WählerInnen, Parteimitglieder, Demonstranten) transparent zu machen. Dadurch wird eine aktive Teilnahme am politischen Geschehen ermöglicht. Eng mit der politischen Sozialisationsfunktion ist die massenmediale Funktion der *politischen Bildung* verbunden. Für eine demokratische Gesellschaft ist die *Kritik- und Kontrollfunktion*

innerhalb des politischen Systems wesentlich. Eine Demokratie zeichnet aus, dass gesellschaftliche Akteure (Medien, Zivilgesellschaft, Regierung, Opposition, Interessensgruppen, Gewerkschaften usw.) die Möglichkeit haben politisch Verantwortliche (sog. *Machtträger*) zu kritisieren und das staatliche Handeln zu kontrollieren. In parlamentarischen Regierungssystemen nimmt die Aufgabe der Kontrolle vor allem die Opposition sowie JournalistInnen wahr. (vgl. Burkart ^{4}2002: 391ff.; Rhomberg 2009: 26ff.)

4.2. Konstruktion von Realität in Nachrichtenmedien

Was wir über unsere Gesellschaft,
ja über die Welt, in der wir leben, wissen,
wissen wir durch die Massenmedien.
(Luhmann [3]2004: 9)

Eine eindrucksvolle Zahl an kommunikationswissenschaftlichen Studien beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Realität und medial vermittelter Realität. Schulz kommt zu dem Schluss, dass „*die Massenmedien die Wirklichkeit nicht repräsentieren und schon gar nicht widerspiegeln*." ([2]2008: 65) Nach Schulz gestaltet sich die Medienberichterstattung oft als ungenau und verzerrt und bietet eine „*tendenziöse und ideologisch eingefärbte Weltsicht."* (1989: 139) Die mediale Wirklichkeit repräsentiert Stereotype und Vorurteile von JournalistInnen, spiegelt ihre professionellen Regeln und politischen Einstellungen wider und orientiert sich an Zwängen der Nachrichtenproduktion und -darstellung. (vgl. ebd.: 139) In diesem Sinne bilden Medien nicht die Realität ab, sondern sie schaffen, nach ihren eigenen Regeln, eine Vorstellung von Realität. (vgl. Rhomberg 2009: 132)

Schulz beschäftigte sich intensiv mit den Fragen, welche Konsequenzen die verzerrte Medienrealität für die Gesellschaft hat und wie mit dem Widerspruch des faktischen Verhaltens der Massenmedien und den Prinzipien Objektivität, Unparteilichkeit und Wahrhaftigkeit umzugehen ist. (vgl. 1989: 139) Er erläuterte zwei gegensätzliche Vorstellungen über das Verhältnis von Medien und Realität, diese werden nachstehend besprochen.

Bei der *realistischen Perspektive*, die Schulz als *ptolemäische Perspektive* bezeichnet, werden die Medien als Spiegel der Gesellschaft angesehen. Es wird von der Existenz einer wahrnehmbaren Realität ausgegangen. Die Aufgabe der Massenmedien ist es, die Wirklichkeit widerzuspiegeln, damit das Publikum ein möglichst getreues und genaues Abbild der Welt erhält. Mit diesem Bild einher geht die Vorstellung, dass die Gesellschaft und Massenmedien gegensätzliche Konstrukte darstellen. Massenmedien werden als passive Vermittler der Realität verstanden, die in der Lage sind, das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu manipulieren. Aus medienpolitischer Sicht gilt beim realistischen Ansatz das Ziel Objektivität, Ausgewogenheit und Neutralität in der Berichterstattung zu garantieren. (vgl. ebd.: 140f.; Burkart [4]2002: 272f.; Rhomberg 2009: 131)

Bei der *konstruktivistischen Perspektive*, die Schulz als *kopernikanische Perspektive* bezeichnet, werden die Medien als Teil der Wirklichkeit gesehen. Massenmedien werden als Instanzen der Selektion und Sinngebung verstanden. Bei der

konstruktivistischen Perspektive werden die Gesellschaft und Massenmedien nicht als Gegensatz verstanden, sondern die Massenmedien sind ein integraler Bestandteil der Gesellschaft. Sie greifen aktiv in die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit ein und stellen somit ein aktives Element im Definitionsprozess der sozialen Wirklichkeit dar, aus dem die Vorstellung von Wirklichkeit hervorgeht. Massenmedien bringen unverzichtbare Leistungen für das soziale System mit sich. Ihre Aufgabe ist die Selektion, Verarbeitung und Interpretation von Themen und Ereignissen der sozialen Umwelt. Massenmedien konstruieren Realität und machen sie durch Veröffentlichung allgemein zugänglich. Sie bilden die Basis für soziales Handeln in der Gesellschaft. Im Konstruktivismus ist die Wirklichkeit real existent, wird aber erst durch Informationsverarbeitungsprozesse konkret erfahrbar. Der Grad der Verzerrung lässt sich nicht konkret bestimmen. (vgl. Schulz 1989: 141ff.; Burkart [4]2002: 273ff.; Rhomberg 2009: 132)

Bezugnehmend auf das einleitende Zitat geht auch Luhmann von einer konstruktivistischen Realitätskonstruktion aus. Luhmann hält fest, dass das vorherrschende Gesellschafts- und Weltwissen weitgehend aus den Massenmedien stammt. Luhmann meint weiter: „*Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, daß (sic) wir diesen Quellen nicht trauen können*." ([3]2004: 9) Trotzdem baut die Gesellschaft auf das Gefüge der Massenmedien auf, da davon ausgegangen wird, dass die Gesellschaft die präsentierte Realität annimmt. Massemedien konstruieren eine Realität, die für die gesamte Gesellschaft wahrnehmbar wird. (vgl. Rhomberg 2009: 132) Für Luhmann ist es unerheblich, ob das, was in den Medien berichtet wird wahr ist oder nicht. Für ihn ist Wahrheit nicht die entscheidende Kategorie, entscheidend ist, dass Massenmedien einen Rahmen für Kommunikation bilden, indem sie Themen selektieren und präsentieren. Diese massenmedial vermittelten Themen und Ereignisse können nach Luhmann als allgemein bekannt angesehen werden. (vgl. Rhomberg 2009: 133; Luhmann [3]2004: 15f.)

Von PolitikerInnen, Interessensgruppen, Unternehmen etc. wird vielfach die Kritik geübt, dass die mediale Berichterstattung einseitig und verzerrt ausfällt. Der Vorwurf an die Medien lautet, nicht ausgewogen und objektiv über die Realität zu berichten. (vgl. Bonfadelli 2003: 79) Für die Abweichung der Medienberichterstattung von den Prinzipien der Objektivität und Wahrheit lassen sich nach Schulz zwei Argumentationen festmachen. 1.) Kann es sich um *politisch-ideologisch motivierte Einseitigkeit* handeln 2.) können die Abweichungen auf *strukturelles Unvermögen der Medien* zurückgeführt werden. Die *politisch-ideologisch motivierte Einseitigkeit* der Berichterstattung wird als

Bias (dt. Verzerrung) bezeichnet. Unausgewogenheit, Einseitigkeit und politische Tendenzen in der Berichterstattung lassen sich demzufolge der subjektiven Einstellung von JournalistInnen und Medien zuschreiben. Unter *strukturelles Unvermögen der Medien* wird die massenmediale Informationsverarbeitung (u. a. Nachrichtenselektion und -präsentation) verstanden, welche die Realität in eine Medienrealität transformiert. Trotz alledem ist eine objektive, neutrale und wahrheitsgetreue Berichterstattung als Zielvorgabe zu verstehen, die das journalistische Handeln steuern muss. (vgl. Schulz [2]2008: 65f.) Im nachstehenden Kapitel Die Rolle des Journalismus bei der Konstruktion medialer Realität wird detailliert auf die angeführten Ansätze eingegangen (siehe Kapitel Die Rolle des Journalismus bei der Konstruktion medialer Realität).

Eine Vielzahl an empirischen Studien befasst sich damit, wie VertreterInnen unterschiedlichster Akteurssysteme in den Medien repräsentiert werden und ob sich Ausgewogenheit und Vielfalt bei der Darstellung in der Berichterstattung niederschlägt. (vgl. Rhomberg 2009: 128) Während politische Akteure in der Berichterstattung durchwegs als Individuen und handelnde Subjekte dargestellt werden, werden Personen aus der Zivilgesellschaft eher als soziale Kategorien identifiziert – in weiterer Folge oft auch als direkt Betroffene der politischen Agenda, z. B. WählerInnen, SteuerzahlerInnen, MigrantInnen oder Kriegsopfer. Die Medienrealität unterscheidet sich vielfach von der demographischen Realität, das bedeutet, dass sich die tatsächliche Bevölkerungsverteilung nicht in der Medienrealität widerspiegelt. Dies zeigt sich bei der Darstellung der Geschlechterverteilung, der Repräsentanz diverser Altersgruppen sowie bei Angehörigen verschiedener sozialer Schichten und Berufsgruppen. Zahlreiche Studien beschäftigen sich mit der Darstellung von Minderheiten in den Medien. Es gibt eine Vielzahl von Belegen in der Medienanalyse die besagen, dass Bevölkerungsminoritäten meist unterrepräsentiert und stark stereotypisiert werden. Für die vorliegende Arbeit ist besonders die Darstellung von Menschen mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund von Interesse. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass deren Mediendarstellung ein integrationspolitisch bedeutsames Forschungsthema ist. (vgl. Schulz [2]2008: 67ff.) Seit Ende der 1980er-Jahre hat sich die Forschung im deutschsprachigen Raum vermehrt der Untersuchung von Migrations- und Asylberichterstattung zugewandt. In diesem Zusammenhang wurde häufig der Frage nach der Entstehung und Verstärkung von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in Bezug auf die Nachrichtenberichterstattung nachgegangen. Weiters wurde die Berichterstattung über Konflikte, Krisen und Krieg intensiv untersucht. Dabei haben Studien ergeben, dass sich die Mediendarstellung über soziale Unruhen und Protestbewegungen besonders häufig am Wertesystem des herrschenden

politischen Systems orientiert. Im Mittelpunkt von Protest-Berichterstattung stehen weniger die inhaltlichen Anliegen der Protestierenden, sondern das hohe Konfliktpotenzial, das sich oft im Umfeld von Demonstrationen abzeichnet. (vgl. Bonfadelli 2003: 83f.)

Empirische Untersuchungen haben grundsätzlich herausgefunden, dass Medien negativen Ereignissen, wie Gewalt, Kriminalität, Terrorismus, Krisen und Krieg, in der Nachrichtenpräsentation überproportional viel Raum einräumen. Dieser Negativismus der Medien wird häufig im Zusammenhang mit Realitätsverzerrung beklagt (sog. *Negativismus-Bias*). Auch wird dem Publikum ein verzerrtes Bild von Kriminalität über die Medien vermittelt, denn verglichen mit Realitätsindikatoren, wie beispielsweise Kriminalitätsstatistiken, zeichnet sich auch hier eine verzerrt negative Darstellung der Wirklichkeit ab. (vgl. Schulz ^{2}2008: 69f.) Auf den News-Bias wird im Folgenden detailliert eingegangen (siehe Kapitel News-Bias-Forschung) auch wird im Kapitel Forschungsstand die verzerrte Darstellung von Minoritäten ausführlich diskutiert (siehe Kapitel Forschungsstand).

Abschließend lässt sich festhalten, dass Nachrichten eine konstruierte Realität abbilden, diese Medienrealität ist ein geschlossenes System, das von der Gesellschaft als verbindlich angesehen wird. Besonders bei Themen und Ereignissen, bei denen die RezipientInnen nicht auf eigene Erfahrungen zurückgreifen können, sind es die Medien und ihre Realitätskonstruktion, auf die zurückgegriffen wird. Im speziellen bei politischen Ereignissen ist das Publikum auf das Politikbild angewiesen, das über die Medien vermittelt wird. (vgl. ebd.: 75f.) Es wird davon ausgegangen, dass die mediale Wirklichkeit sozial anerkannt ist und die Grundlage für soziales Handeln bildet. (vgl. Rhomberg 2009: 132f.)

4.3. Die Rolle des Journalismus bei der Konstruktion medialer Realität

Im vorherigen Teil der theoretischen Ausführung dieser Arbeit wurde auf die Rolle der Massenmedien bei der Realitätskonstruktion eingegangen. Es wurde festgehalten, dass Massenmedien in der Regel nicht die Realität widerspiegeln, sondern eine mediale Realität konstruieren. Diese Medienrealität repräsentiert „*die Stereotype und Vorurteile der Journalisten, ihre professionellen Regeln und politischen Einstellungen, die Zwänge der Nachrichtenproduktion und die Erfordernisse medialer Darstellung.*“ (Schulz 1989: 139) Medien sind nach Schulz als informationsverarbeitende Systeme zu begreifen, sie sammeln und sichten Informationen, interpretieren und bewerten diese. (vgl. ebd.: 140ff.; Schulz [2]2008: 74)

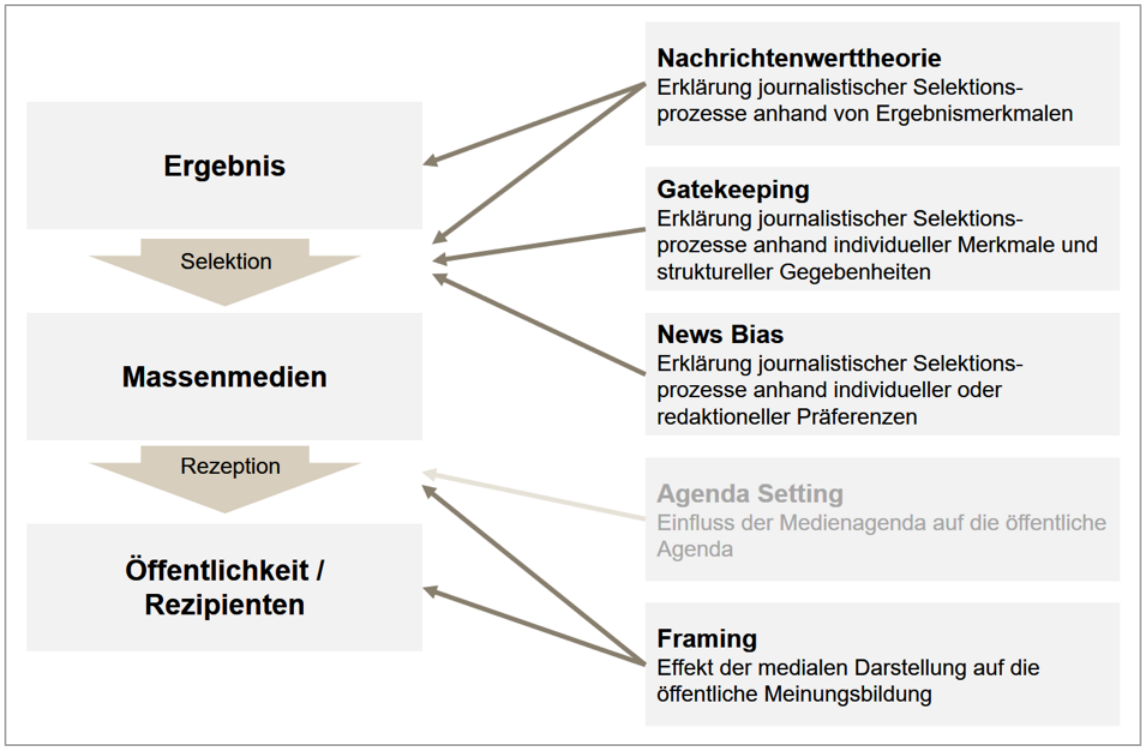
Nachrichtenredaktionen sehen sich tagtäglich einer Flut an vielfältigsten Informationen gegenüber. Zu den Aufgaben der JournalistInnen gehört es aktuelle, relevante und für das Publikum interessante Ereignisse und Themen herauszufiltern und diese entsprechend aufzubereiten. (vgl. Maier et al. 2010: 13) Nachstehend wird auf die Selektionsprozesse der Nachrichtenproduktion eingegangen. Die Nachrichtenforschung soll Erkenntnisse darüber liefern, welche Faktoren Einfluss auf den Nachrichtenfluss haben, nach welchen Kriterien Nachrichten ausgewählt werden, wie sich die Präsentation und Thematisierung bestimmter Ereignisse in den Medien erklären lässt und welche Gründe für die Unausgewogenheit zwischen Realität und Medienrealität festzustellen sind.

Scheufele fasste vier Forschungstraditionen zur Nachrichtenproduktion zusammen: (vgl. 2003: 49)

(1) Nachrichtenwerttheorie
(2) Gatekeeper-Ansatz
(3) News-Bias-Konzept
(4) Frame-Ansatz

Die angeführten Prozesse zur journalistischen Nachrichtenselektion und -präsentation, müssen noch ergänzt werden um den Agenda-Setting-Ansatz. Dieser untersucht welchen Einfluss die Medien auf die Bedeutung von Themen bei der öffentlichen Meinungsbildung haben (vgl. Maier et al. 2010: 124).

Abbildung 2: verschiedene Ansätze der Nachrichtenforschung



Quelle: nach Maier et al. 2010: 116.

Die Nachrichtenwerttheorie widmet sich der Untersuchung von journalistischen Selektionsprozessen, während der Gatekeeping- und News-Bias-Ansatz die strukturellen Gegebenheiten und individuellen Präferenzen der JournalistInnen bzw. Redaktionen untersucht. Das Agenda-Setting- und das Framing-Konzept analysieren die Wirkung dieser Auswahlprozesse auf die Themenagenda und die öffentliche Meinungsbildung. (vgl. Maier et al. 2010: 131) Jeder einzelne der genannten Zugänge der Nachrichtenforschung ermöglicht es, „*sich auf bestimmte Aspekte im Rahmen der komplexen Zusammenhänge zwischen medialer Berichterstattung, öffentlicher Diskussion und politischer Entscheidungsfindung zu fokussieren*." (ebd.: 131) Im Folgenden werden die wesentlichen Grundlagen und relevanten Entwicklungen der Nachrichtenforschung – die für die vorliegende Arbeit von Bedeutung sind – dargestellt.[15] In den 1920er-Jahren formulierte Walter Lippmann eine – für damalige Zeiten – radikale These, die besagte, dass Nachrichten nicht die Realität abbilden. Er ging der Frage nach, welche Kriterien bestimmte Ereignisse erfüllen müssen, damit über sie in den Massenmedien berichtet wird. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung stand die Auswahl und Interpretation von Nachrichten. Lippmann stellte erstmalig fest, dass JournalistInnen eine Reihe von Abwägungen vornehmen, bevor sie die Entscheidung treffen, ob ein

[15] Der *Agenda-Setting-Ansatz* wird für die vorliegende Untersuchung nicht herangezogen und wird daher nicht weiter besprochen.

Ereignis Einzug in die Berichterstattung findet, oder nicht. Lippmann kam zu der Erkenntnis, dass verschiedene Aspekte den Nachrichtenwert (eng. *news value*) von Ereignissen bestimmen, darunter: Ungewöhnlichkeit, Bezug zu bereits eingeführten Themen, zeitliche Begrenzung, Einfachheit, Konsequenzen, Beteiligung von bzw. Bezug zu Elite-Personen, Betroffenheit des Publikums und Entfernung des Ereignisorts zum Verbreitungsgebiet des Mediums. Die von Lippman definierten Kriterien weisen eine gewisse Übereinstimmung mit den Nachrichtenfaktoren auf, die sich in den 1960er-Jahren in Europa etablierten (siehe Kapitel Nachrichtenwerttheorie). (vgl. Rhomberg 2009: 118; Schulz [2]2008: 88f.; Burkart [4]2002: 275; Maier et al. 2010: 28)

4.3.1. Gatekeeping

In den 1950er-Jahren entwickelte sich der Gatekeeper-Ansatz. Das Konzept des Gatekeeping bezeichnet die Schlüsselposition einzelner EntscheidungsträgerInnen in sozialen Gruppen, die Nachrichten selektieren, bearbeiten und präsentieren und somit direkten Einfluss auf den Prozess der Nachrichtenauswahl haben. Sie werden als „Schleusenwärter" (eng. *Gatekeeper*) gesehen. Im Mittelpunkt stehen v. a. redaktionelle Strukturen und JournalistInnen sowie deren individuelle Kriterien, die zu journalistischen Selektionsentscheidungen führen. David Manning White (1950) zeigte mit seiner Studie zur Gatekeeper-Analyse den Einfluss subjektiver Anordnungen, Zuweisungen und Einstellungen von JournalistInnen auf die Selektionsentscheidungen auf. Breed (1955) und Gieber (1956) legten Studien vor, die sich vor allem mit den Abläufen und Zwängen innerhalb der Redaktionen beschäftigten. In der Weiterentwicklung des Konzepts wiesen Westley (1955) und MacLean (1957) auch den Einfluss von institutionellen Faktoren nach. Zusammenfassend lassen sich folgende Faktoren festmachen, die neben der aktuellen Ereignislage Einfluss auf die journalistische Auswahl von Nachrichten haben: Wertvorstellungen und Sozialisation der JournalistInnen, Quellen, organisatorische Restriktionen und Routinen (z. B. Deadlines), berufsbezogene Ideologien, Eigentümerverhältnisse, Redaktions- und Verlagsrichtlinien sowie gesetzliche Restriktionen. Außerdem spielen die Vorstellungen der JournalistInnen bezüglich der Erwartungen der RezipientInnen eine wesentliche Rolle bei der Nachrichtenselektion. (vgl. Burkart [4]2002: 276ff.; Rhomberg 2009: 118f.; Maier et al. 2010: 17, 117ff.) Neuere Studien belegen, dass sich die Einstellung von JournalistInnen zu politischen Themen deutlich von der Bevölkerungsmehrheit unterscheidet. Auch gibt es deutliche Unterschiede bei der inhaltlichen Analyse und Problembeschreibung von Themen zwischen JournalistInnen und ExpertInnen, z. B. bei politisch kontroversen Themen wie Kernenergie oder Umweltschutz. (vgl. Schulz [2]2008: 100)

4.3.2. Nachrichtenwerttheorie

Die empirisch-sozialwissenschaftliche Forschung zur Nachrichtenwerttheorie entwickelte sich konkret in den 1960er-Jahren in Europa weiter. Beinahe zeitgleich beschäftigten sich die WissenschaftlerInnen Einar Östgaard sowie Johan Galtung und Mari Holmboe Ruge mit dem Wert von Nachrichten bei Selektionsentscheidungen. (vgl. Maier et al. 2010: 31ff.; Burkart [4]2002: 279; Schulz [2]2008: 89)

Östgaard identifizierte Faktoren, die bei der Nachrichtenselektion und -darstellung von Bedeutung sind. Er ging davon aus, dass äußere Faktoren politischer und wirtschaftlicher Art zu Verzerrungen des Nachrichtenflusses führen und jede Nachricht bestimmte Faktoren aufweisen sollte, die sie besonders interessant und beachtenswert für die RezipientInnen macht. Östgaard ging davon aus, dass nur über jene Ereignisse berichtet wird, die gewisse Faktoren aufweisen und dadurch die Nachrichtenschwelle überwinden. Folgende drei Nachrichtenfaktoren (eng. *news factors*) wurden von Östgaard benannt: (vgl. Burkart [4]2002: 279f.; Maier et al. 2010: 33f.)

(1) *Vereinfachung*: Einfache Nachrichten werden komplexeren vorgezogen bzw. werden komplexe Inhalte simplifiziert, um sie leichter zugänglich zu machen.
(2) *Identifikation*: JournalistInnen versuchen die Aufmerksamkeit des Publikums zu gewinnen, indem sie über bereits bekannte Themen und Ereignisse berichten und prominente Akteure bzw. solche mit hohem sozialen Status zu Wort kommen lassen. Ereignisse, die den RezipientInnen geographisch, kulturell oder zeitlich nahe sind bieten ebenfalls die Möglichkeit der Identifikation.
(3) *Sensationalismus*: Nachrichten, die dramatische, emotionale und erregende Elemente beinhalten werden in den Vordergrund gerückt, z. B. Konflikte, Bedrohungen, Katastrophen oder Kuriositäten.

An die Vorarbeiten von Östgaard knüpft die Nachrichtenwertforschung von Galtung und Ruge an. Zentrales Element des theoretischen Ansatzes von Galtung und Ruge ist die analytische Unterscheidung zwischen *Nachrichtenfaktoren* und *Nachrichtenwert*. (vgl. Schulz [2]2008: 89) Die Nachrichtenwerttheorie geht davon aus, dass die ausgewählten Ereignisse und Themen, die in die Berichterstattung eingehen, bestimmte Merkmale aufweisen, die sowohl den Nachrichtenwert als auch die Publikumswürdigkeit bestimmen. Diese Ereignismerkmale werden als Nachrichtenfaktoren bezeichnet. Durch die Kombination und Intensität einzelner Nachrichtenfaktoren erhalten Themen und Ereignisse einen Nachrichtenwert, umso mehr Nachrichtenfaktoren eine Nachricht aufweist, umso größer ist ihr Nachrichtenwert. Der Nachrichtenwert entscheidet darüber, ob ein Thema bzw. Ereignis Einzug in die mediale Berichterstattung findet und in

welchem Umfang die Präsentation stattfindet. Es besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen den Nachrichtenfaktoren eines Ereignisses und seinem Nachrichtenwert. Die Begriffe *Nachrichtenfaktoren* und *Nachrichtenwert* werden in der Literatur oft synonym verwendet, sind aber strikt voneinander zu unterscheiden. (vgl. Maier et al. 2010 18f.)

Folgende 12 Selektionsfilter, die Galtung und Ruge als *Nachrichtenfaktoren* bezeichneten, wurden identifiziert. Die Nachrichtenfaktoren eins bis acht werden von Galtung und Ruge als kulturunabhängig angesehen, während die letzten vier als kulturgebunden Faktoren definiert wurden: (vgl. Rhomberg 2009: 120f.; Maier et al. 2012 36f.)

(1) *Frequenz*: Übereinstimmung von Ereignisdauer und Erscheinungsperiodik des Mediums.
(2) *Schwelle*: [Absolute Intensität der Berichterstattung, Intensitätszunahme]: Auffälligkeits-Schwellenwert von Ereignis muss überschritten werden.
(3) *Eindeutigkeit*: Je eindeutiger ein Ereignis ist, umso eher wird es zur Nachricht.
(4) *Bedeutsamkeit*: [kulturelle Nähe/Betroffenheit, Relevanz]: Umso größer die Tragweite eines Ereignisses, umso mehr persönliche Betroffenheit wird ausgelöst.
(5) *Konsonanz*: [Erwartung, Wünschbarkeit]: Übereinstimmung eines Ereignisses mit den Vorstellungen und Erwartungen der RezipientInnen.
(6) *Überraschung*: [Unvorhersehbarkeit, Seltenheit]: Je überraschender ein Ereignis ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit zur Nachricht zu werden.
(7) *Kontinuität*: Wurde ein Ereignis bereits als Nachricht identifiziert, wird es voraussichtlich auch weiterhin als solche behandelt.
(8) *Komposition/Variation*: Vielschichtigkeit ist wichtig für Medien, daher kann ein vergleichsweise unwichtiges Thema Einzug in die Berichterstattung finden, sofern es zur Ausgeglichenheit des gesamten Nachrichtenbildes beiträgt.

(9) Bezug auf *Elite-Nation*: Ein Ereignis, das eine wirtschaftlich oder militärisch mächtige Nation betrifft hat einen hohen Nachrichtenwert.
(10) Bezug auf *Elite-Person*: Ein Ereignis, das eine prominente, mächtige bzw. einflussreiche Person einschließt hat einen hohen Nachrichtenwert.
(11) *Personalisierung*: Je stärker ein Ereignis personalisiert ist bzw. das individuelle Schicksal einer Person in den Mittelpunkt stellt, desto eher wird es zur Nachricht.
(12) *Negativismus*: Je konfliktreicher und negativer ein Ereignis ist, umso höher ist der Nachrichtenwert.

Galtung und Ruge formulierten zusätzlich drei Thesen über das Zusammenwirken der Nachrichtenfaktoren: (vgl. Rhomberg 2009: 121)

(1) *Additivität*: Umso mehr Nachrichtenfaktoren auf ein Ereignis zutreffen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Ereignis in die Berichterstattung aufgenommen wird.
(2) *Komplementarität*: Wenn ein Ereignis einen oder mehrere Nachrichtenfaktoren nicht oder nur in geringem Maße erfüllt, kann dies durch einen hohen Wert eines anderen Nachrichtenfaktors ausgeglichen werden.
(3) *Exklusion*: Wenn ein Ereignis zu wenig Nachrichtenfaktoren aufweist, wird darüber nicht berichtet.

Angeregt durch die Arbeit von Galtung und Ruge folgte eine Vielzahl an empirischen Untersuchungen. Die Nachrichtenwerttheorie entwickelte sich über die Jahre hinweg weiter, u. a. durch Winfried Schulz (1976, 1990), Joachim Staab (1990) oder Christine Eilders (1997). Die Untersuchungen zeigen, dass die Nachrichtenfaktoren einen wesentlichen Einfluss auf die Nachrichtenproduktion ausüben und die inhaltliche Struktur der Berichterstattung prägen. Insbesondere die Nachrichtenfaktoren Nähe, Negativismus, Elite-Person, Kontinuität, Überraschung und Trageweite sind bedeutend. (vgl. Schulz ^{2}2008: 91)

Eine wesentliche Weiterentwicklung in der Forschung rund um die Nachrichtenwerttheorie brachte die Studie von Schulz Mitte der 1970er-Jahre, der die Übertragbarkeit der Theorie auf den Journalismus in Deutschland überprüfte. (vgl. Maier et al. 2010: 39) Schulz ging davon aus, dass ein Ereignis, welches von JournalistInnen als wichtig und berichtenswert erachtet wird, einen großen Nachrichtenwert aufweist und somit Einzug in die Berichterstattung findet. Schulz definierte 18 Nachrichtenfaktoren, die er unter sechs Faktorendimensionen zusammenfasste: (vgl. Burkart ^{4}2002: 280ff.)

(1) *Zeit*: Dauer, Thematisierung
(2) *Nähe*: räumliche Nähe, politische Nähe, kulturelle Nähe, Relevanz
(3) *Status*: regionale Zentralität, nationale Zentralität, persönlicher Einfluss, Prominenz
(4) *Dynamik*: Überraschung, Struktur
(5) *Valenz*: Konflikt, Kriminalität, Schaden, Erfolg
(6) *Identifikation*: Personalisierung, Ethnozentrismus

Schulz kam zu der Erkenntnis, dass der Nachrichtenwert nur von wenigen Faktoren bestimmt wird. Die größte Bedeutsamkeit räumte er den Nachrichtenfaktoren Thematisierung und Relevanz ein. (vgl. Rhomberg 2009: 121)

4.3.3. News-Bias-Forschung

Die News-Bias-Forschung (dt. Nachrichten Verzerrung) widmet sich der Messung von Ursachen für die Unausgewogenheit, Einseitigkeit und politische Tendenz in der journalistischen Berichterstattung. Dieser Ansatz fragt grundsätzlich nach Mustern der Unausgewogenheit bzw. Verzerrung der medialen Realität. Es wird davon ausgegangen, dass die ereignisorientierte Berichterstattung der JournalistInnen einer impliziten oder expliziten Bewertung unterliegt. Medien stellen also nicht nur Sachverhalte dar, sondern bewerten diese auch. Diese Bewertungen können auf die Wertehaltungen der JournalistInnen bzw. die generelle redaktionelle Blattlinie der Medien zurückgeführt werden. Medien bewerten Sachverhalte und Akteure subjektiv und das nicht nur in den explizit ausgewiesenen meinungsorientierten Beiträgen (z. B. Kommentar oder Meinungsbeitrag). Die News-Bias-Forschung weist einen Zusammenhang zwischen der politischen Tendenz der Berichterstattung und der politischen Einstellung von JournalistInnen oder HerausgeberInnen bzw. Verlag nach. (vgl. Rhomberg 2009: 124f.; Burkart [4]2002: 278)

Diverse Untersuchungen, beispielsweise von Weischenberg, Löffelholz und Scholl (1994) oder Weischenberg, Malik und Scholl (2006), haben ergeben, dass die politische Einstellung von JournalistInnen häufig links der Mitte einzuordnen ist und sich somit von der Bevölkerungsmehrheit unterscheidet. (vgl. Schulz [2]2008: 100) Eine Untersuchung von Parenti (1996) beschäftigte sich beispielsweise mit dem journalistischen Selbstverständnis. Diese Studie hat ergeben, dass es zum Selbstverständnis vieler JournalistInnen gehört über Missstände, wie soziale Ungerechtigkeiten oder politische Verfehlungen, zu berichten. Parenti führte aber auch an, dass die Medienhäuser meist konservativ geführt werden und somit auch ein politischer Einfluss in die entgegengesetzte Richtung denkbar sei. (vgl. Maier et al. 2010: 123)

Im Sinne der eigenen Glaubwürdigkeit müssen JournalistInnen darum bemüht sein Regeln einzuhalten, welche die Berufsethik gewährleisten. Zu jenen besagten Regeln gehört nach Weischenberg, dass JournalistInnen Distanz bewahren. Dies ist besonders in der Konfliktberichterstattung, also auch bei Protestbewegungen, von immenser Wichtigkeit. (vgl. Weischenberg 2001: 251 ff.) Demgegenüber steht eine auf Nähe angelegte Form des journalistischen Selbstverständnisses, der sog. *anwaltschaftliche Journalismus*. Dieser ist geprägt von parteiischer Subjektivität und versteht sich als „*Advokat von Personen und Gruppen, die selbst keinen Zugang zu Medien und Interessensvertretungen haben.*“ (Pürer 2003: 122) JournalistInnen die anwaltschaftlich agieren verzichten auf Sachlichkeit und Objektivität. Die Probleme die daraus resultieren können liegen auf der Hand, denn JournalistInnen laufen Gefahr sich für unredliche Zwecke missbrauchen zu lassen. (vgl. ebd.: 122f.).

4.4. Funktion von Frames bei der Konstruktion medialer Realität

Es ist festzuhalten, dass es in medialen Debatten einerseits um die Realitätskonstruktion durch Themen und Akteure geht und andererseits um die strategische Durchsetzung von konkurrierenden Argumentationsmustern, welche von Akteuren in die Debatte eingebracht werden. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 19) Massenmedien beeinflussen durch die Nachrichtenauswahl nicht nur über welche Themen in der Öffentlichkeit diskutiert wird, sondern auch wie über Themen gesprochen wird. (vgl. Maier et al. 2010: 127) Öffentliche Debatten sind, trotz digitaler Medienangebote mit ihrer spezifischen Logik, immer noch generell durch journalistische Informationsangebote der Massenmedien geprägt. Kollektive Akteure, wie Organisationen, politische Parteien, Interessensgruppen, soziale Bewegungen etc. und individuelle Akteure wie beispielsweise ExpertInnen, WissenschaftlerInnen versuchen dabei ihre spezifische Deutung eines Themas in der Öffentlichkeit zu platzieren. Das strategische Ziel der KommunikatorInnen ist es, die eigenen Deutungsmuster (Frames) zu vermitteln und auf der gesellschaftlichen Agenda zu positionieren. (vgl. Matthes 2014: 9, 14f.) Akteure beziehen meist nicht nur Position zu einem Thema, sondern interpretieren dieses auch in spezifischer Weise. Mit Hilfe von Frames werden unterschiedliche akteursspezifische Themenaspekte und Meinungen selektiert und hervorgehoben. Dadurch werden bestimmte Problemdefinitionen, Ursachenzuschreibungen, moralische Bewertungen oder Lösungszuschreibungen betont. (vgl. Entman 1993: 52; Gamson/Modigliani 1989: 2; Schulz [2]2008: 148f.; Matthes 2014: 11f.; Schmid-Petri 2012: 64) Öffentliche Diskussionen und Medienberichte über politische Themen, wie beispielsweise die Asyl- und Migrationspolitik, sind in der Regel vielschichtig und komplex. Für die Selektion und Akzentuierung bestimmter Themenaspekte hat sich in der Wissenschaft der Framing-Ansatz etabliert. (vgl. Schulz [2]2008: 148) Scheufele nimmt folgende Definition des Framing-Ansatzes vor:

> *Framing ist ein Vorgang, bei dem (1) bestimmte* Objekte und Relationen *zwischen Objekten betont, also bestimmte Ausschnitte der Realität beleuchtet werden und (2) bestimmte* Maßstäbe *bzw. Attribute, die man an Objekten anlegen kann, salient gemacht werden.* (Scheufele 2003: 46)

Der Framing-Prozess bezeichnet jedoch nicht nur die reine Prominenz, die sog. *Salienz der Deutungsmuster*, sondern umfasst darüber hinaus die Deutung und Einbettung eines Sachverhaltes. (vgl. Schmid-Petri 2012: 60) Der Prozess des Framing geschieht außerdem über die Betonung bzw. Auslassung bestimmter Aspekte. (vgl. Entman, 1993: 52)

Framing stellt einen Prozess der gesellschaftlichen Themenstrukturierung dar und findet im gesamten politischen Kommunikationsprozess statt. Framing kann sowohl bei JournalistInnen, Redaktionen bzw. dem Mediensystem, als auch bei den öffentlichen Akteuren sowie RezipientInnen verortet werden. Das bedeutet, dass sich der Framing-Ansatz sowohl auf die journalistische Strukturierung von Sachverhalten bezieht, als auch auf den Versuch von Akteuren konkrete Sachverhalte in Beziehung zueinander zu stellen, um Entscheidungen strategisch zu beeinflussen. Ebenso umfasst der Ansatz die Verarbeitung von Medieninhalten durch die Gesellschaft. Beim Framing-Prozess handelt es sich um einen dynamischen Prozess. (vgl. Schulz [2]2008: 149; Scheufele 2003: 47; Schmid-Petri 2012: 60; Matthes 2014: 19) Der Framing-Ansatz eignet sich somit „*zur Beschreibung von strategischen Kommunikatoren und Journalisten, zur Analyse der Medienberichterstattung sowie zur Untersuchung von Medienwirkungen*“ (Matthes 2014: 13). Der Framing-Ansatz ermöglicht es JournalistInnen die Komplexität eines Themas oder Ereignisses zu reduzieren, in dem der Fokus auf bestimmte, von JournalistInnen ausgewählte, Argumentationsmuster gelenkt wird. (vgl. Maier et al. 2010: 128)

Da sich der Framing-Ansatz interdisziplinär großer Beliebtheit erfreut und der Begriff *Frame* von den verschiedenen Disziplinen unterschiedlich verwendet und theoretisch eingebettet wird, gibt es bisher keine einheitliche Framing-Theorie. (vgl. Schmid-Petri 2012: 60) Mit Bezug auf soziologische Theorien hat die Kommunikationswissenschaft mit dem Konzept des Framing ein passendes Instrumentarium entwickelt, das sich mit der Analyse medialer Debatten beschäftigt. An sich lässt sich das wissenschaftliche Konzept des Frames bzw. des Prozesses des Framings auf Erving Goffman (1980) zurückführen. Ausgangspunkt von Goffmans Analyse war die Annahme, dass Alltagssituationen sinnvoll strukturiert werden müssen, um sie einordnen zu können. Ein Rahmen (Frame) kann als Sinnstruktur verstanden werden, der es Akteuren ermöglicht Situationen zu erkennen und das eigene Handeln danach auszurichten. Komplexe Situationen benötigen dementsprechend mehrere Rahmen. Der Begriff Frame findet in Anlehnung an die Rahmen-Analyse von Goffman in der Kommunikationswissenschaft Verwendung. Der Framing-Ansatz betont, dass einzelne Aspekte aus der Realität ausgewählt und im kommunikativen Kontext salient, sprich sichtbar gemacht bzw. betont werden. Der medial vermittelte Kommunikationsprozess spielt eine wichtige Rolle, ebenso die Einbettung und Deutung der Argumentationsmuster. (vgl. Matthes 2014: 24f.; Schmid-Petri 2012: 60) Themen in öffentlichen Debatten wirken, je nachdem mit welchen Rahmen sie umwoben sind, unterschiedlich auf das Publikum, so auch bei der Debatte rund um die Themen Protestbewegungen, Flucht und Asyl. In der politischen Kommunikationsforschung gehört der Ansatz derzeit zu den zentralen

Forschungsbereichen und stellt einen der wichtigsten Ansätze zur Untersuchung von Medieninhalten dar. (vgl. Matthes 2014: 12; 35) Schulz stellt fest, dass sich die Forschung zum Framing-Konzept in erster Linie auf die Analyse von Frames in der Medienberichterstattung konzentriert. (vgl. ^{3}2011: 149) Besonders in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft erfreut sich der Framing-Ansatz in den letzten Jahren großer Beliebtheit, da er ein vielschichtig anwendbarer Ansatz ist. Laut Matthes wird ein Großteil der Inhaltsanalysen in der Kommunikationswissenschaft mit dem Framing-Ansatz als theoretischem Hintergrund durchgeführt. (vgl. 2014: 12)

Matthes hält fest, dass Frames strategische Blickwinkel auf politische Themen sind, die gewisse Argumentationsmuster in den Vordergrund und andere in den Hintergrund rücken, bzw. ignorieren. Die verschiedenen Akteure und ihre Frames stehen in Konkurrenz zueinander. Ziel ist es, die konkurrierenden Interpretationsangebote auf Ebene der Kommunikatoren, Medieninhalte und der Bevölkerungsmeinung zu dominieren. Problemdefinitionen, Ursachen- bzw. Lösungszuschreibung, Handlungsaufforderungen oder Bewertungen werden durch Frames vermittelt. (vgl. ebd.: 11ff.)

> *Während sich die Frames von strategischen Akteuren, von Journalisten und von Rezipienten auf der Mikro-Ebene befinden, lassen sich anhand der Inhaltsframes, also der Frames, die sich in der medialen Berichterstattung oder in politischen Dokumenten manifestieren, Diskurse auf einer gesellschaftlichen Ebene nachvollziehen.* (Schmidt-Petri 2012: 61)

Folgende forschungsleitende Fragen umfassen den kommunikationswissenschaftlichen Framing-Ansatz: (vgl. Schmid-Petri 2012: 61)

- Wie gelingt es strategischen Kommunikatoren ihre Frames in den Medien unterzubringen?
- Wie strukturieren JournalistInnen ein Thema und welche Frames finden sich in ihrer Berichterstattung wieder?
- Welche Rahmung eines Themas nehmen die RezipientInnen unter Berücksichtigung der Berichterstattung sowie ihrer eigenen Erfahrungswelt vor?

Der Erfolg von Akteuren bemisst sich darin, dass Akteure eines Systems und deren Argumentationsmuster eines Themas in die mediale Berichterstattung aufgenommen werden und sich bestimmte Interpretationsangebote in der Debatte etablieren (strategisches Framing). Auf der Diskursebene konkurrieren die Medien mit den anderen Akteuren um Deutungsmacht. Die Deutungshoheit eines Themas ist mit der Macht verbunden Sachverhalte in ein bestimmtes Licht zu rücken, sowie Handlungs- und

Lösungsvorschläge breit zu kommunizieren. À la longue können so Positionen und Haltungen der Zivilgesellschaft, Eliten und EntscheidungsträgerInnen beeinflusst werden. Durch eine positive bzw. negative Darstellung eines Themas wird die öffentliche Meinung dahingehend begünstigt. (vgl. Koch-Baumgarten/Voltmer 2009: 304; Schmid-Petri 2012: 66; Gerhards/Schäfer 2006: 123) Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Erfolg von Akteuren und der Frage welche Frames die mediale Berichterstattung dominieren.

In den Sozialwissenschaften wird eine begriffliche Unterscheidung zwischen *Frame* und *Framing* vorgenommen. Vielfach kommt es jedoch zu einer Vermischung, dies lässt sich darauf zurückführen, dass sich die beiden Begriffe oft in ihrer Definition nur um Nuancen voneinander unterscheiden. Scheufele nimmt folgende Unterscheidung vor: „*Frames kann man als Interpretationsmuster verstehen, die helfen, neue Informationen sinnvoll einzuordnen und effizient zu verarbeiten. Framing ist der Vorgang, bestimmte Aspekte zu betonen, also salient zu machen, während andere in den Hintergrund treten*“ (2003: 46).

Grundsätzlich gilt das Framing-Konzept als besonders geeignet für die Berichterstattungs-Analyse von komplexen Themen mit kontroversen Inhalten und Konfliktpotenzial, so z. B. die Flucht- und Asylthematik. Das Konzept ermöglicht es, vielschichtige Argumentations- und Interpretationsmuster im Rahmen der öffentlichen Debatte zu untersuchen. (vgl. Maier et al. 2010: 130) Aus diesem Grund wurde bei der vorliegenden inhaltsanalytischen Untersuchung der österreichischen Refugee Protestbewegung auf den Frame-Ansatz zurückgegriffen.

Vielfach wird zwischen kognitiven und textuellen Frames unterschieden. Textuelle Frames sind gekennzeichnet durch eine Orientierungsfunktion für RezipientInnen. Das bedeutet, der Frame repräsentiert eine bestimmte Grundidee und legt bestimmte Bewertungen und Entscheidungen zum Thema eher nahe als andere. Hierbei geht es vor allem um textliche Merkmale wie Sprache, Stil, Struktur sowie Logik und Argumentation. (vgl. Potthoff 2012: 18f.) Kognitive Frames sind gedankliche Vorstellungen von einem Thema, die sich nur indirekt mit Hilfe wissenschaftlicher Testmethoden beobachten lassen. Beispielsweise werden ProbandInnen gebeten Vorstellungen von einem Thema zu beschreiben oder einen Medienbericht nachzuerzählen. Die Vorstellungen der einzelnen Akteure bilden ein konsistentes System an Erwartungen ab. (vgl. Schulz ^{3}2011: 149; Scheufele 2003: 47f.) In der Analyse der vorliegenden Arbeit wird auf textuelle Frames zurückgegriffen.

Wie bereits angemerkt verfolgen beim strategischem Framing Akteure das übergeordnete Ziel Sichtweisen, Lösungen und Interpretationen in der öffentlichen Debatte zu etablieren und die Deutungshoheit zu gewinnen. Mehrere strategische Frames konkurrieren zeitgleich um die Medienpräsenz. Frames gestalten sich als dynamisch und wandelbar im Laufe der medialen Debatte. Erfolglose Kommunikationsstrategien werden beispielsweise ausgetauscht bzw. erfolgreiche Frames werden durch Akteure aus anderen Akteurssystemen abgeschwächt. Die Zivilgesellschaft informiert sich vorwiegend über Massenmedien über die Deutungsangebote der öffentlichen Akteure, da sie in der Regel keinen direkten Zugang zu Pressemitteilungen, Reden oder Dokumenten besitzt. (vgl. Matthes 2014: 14,19)

Die journalistische Berichterstattung wird wiederum von journalistischen Frames getragen. Dieser Ansatz beleuchtet den Framing-Prozess der Nachrichtenproduktion. JournalistInnen können den Argumentationsmustern der Akteure eigene Sichtweisen, Interpretationen und Argumente hinzufügen. Außerdem können sie gewisse Themen in den Vordergrund der Berichterstattung rücken, oder ganz weglassen. JournalistInnen sind somit aktiv an der Selektion und Konstruktion von Frames beteiligt. Journalistische Frames fungieren als Selektions- und Strukturierungskriterien und werden meist als inhaltsgebundene Rahmen konzipiert. (vgl. ebd.: 15ff.; Scheufele 2003: 49ff.) Journalistische Frames schlagen sich in Strukturen der Berichterstattung nieder, die als Medien-Frames bezeichnet werden. Medien-Frames entstehen in journalistischen Texten durch ein spezifisches Muster von Problemdefinitionen, Verantwortungszuschreibungen, Bewertungen und Handlungsanweisungen. Sie werden als Argumentationsmuster verstanden, um spezifische Sichtweisen, die einer Berichterstattung zu entnehmen sind, wiederzugeben. Oft sind die Grenzen zwischen journalistischen Frames und Medien-Frames fließend. (vgl. Matthes 2014: 18; Scheufele 2003: 49, 59)

5. Forschungsstand

In der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gibt es eine Vielzahl an Forschungsstudien, die sich mit der massenmedialen Darstellung von MigrantInnen beschäftigen. Im nachfolgenden Kapitel wird der aktuelle Forschungsstand zur medialen Darstellung von MigrantInnen erhoben. Darüber hinaus werden Untersuchungen angeführt, die sich mit dem medialen Diskurs rund um AsylwerberInnen und Protestbewegungen für bzw. von Flüchtlingen beschäftigen. Vorwegzunehmen ist, dass der Forschungsstand betreffend der beiden letztgenannten Punkte wesentlich geringer ausfällt. Nachfolgend wird der aktuelle Forschungsstand zu den genannten Themenbereichen aufgegriffen, systematisiert und gegenübergestellt. Es wird aufgezeigt, wie sich der, in dieser Arbeit gewählte Ansatz in die Forschung einpasst.

Auf die Realitätskonstruktion in Nachrichtenmedien sowie die Rolle der Massenmedien bei der Integration im Allgemeinen wird in der Theorie-Diskussion ausführlich eingegangen. (siehe Kapitel Konstruktion von Realität in Nachrichtenmedien und Kapitel Integrationsfunktion der Massenmedien) An dieser Stelle wird der Fokus auf die soziale Integrationsfunktion der Massenmedien für Minoritäten gerichtet, spezifisch die Darstellung von AsylwerberInnen in Massenmedien. Außerdem wird die massenmediale Darstellung von Protestbewegungen analysiert, ebenso mit dem Schwerpunkt auf AsylwerberInnen. Die Diskussion der Forschungsübersicht konzentriert sich auf aktuelle Studien, eine systematische Erarbeitung des Forschungsstandes würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, aus diesem Grund werden exemplarisch Studien vorgestellt, vorzugsweise mit Bezug auf den deutschsprachigen Raum.

Nachrichtenmedien nehmen für sich in Ansprach objektiv und neutral über die Realität zu informieren. Massenmedien bilden jedoch nicht die Realität ab, sondern schaffen eine medial geprägte Darstellung der Wirklichkeit. Diese mediale Wirklichkeit repräsentiert Stereotype und Vorurteile von JournalistInnen, spiegelt ihre professionellen Regeln und politischen Einstellungen wider und orientiert sich an Vorgaben der Nachrichtenproduktion und -darstellung. (vgl. Luginbühl 2007: 53; Rhomberg 2009: 132; Schulz 1989: 139) Massenmedien vermitteln Werte und Normen und bieten so die Möglichkeit, an Themen des öffentlichen Lebens teilzunehmen. Besonders bei Themen und Ereignissen, bei denen die RezipientInnen nicht auf persönliche Erfahrungen zurückgreifen können, sind es die Medien und ihre Realitätskonstruktion, auf die zurückgegriffen wird. Massenmedien vermitteln durch Wort und Bild ein bestimmtes Abbild gewisser Gruppen. Insbesondere bei Minoritätsgruppen ist die

Integrationsfunktion der Medien von gesellschaftlicher Bedeutung. Massenmedien tragen auf vielfältige Weise zur Integration einzelner Gruppen in die Mehrheitsgesellschaft bei, oder steuern gegen. (vgl. Schulz [2]2008: 75f.; Bonfadelli 2007: 95f.)

5.1. Medien und MigrantInnen

Der Abschnitt Medien und Migration beschäftigt sich konkret mit der medialen Darstellung von MigrantInnen. Als Personen mit Migrationshintergrund werden an dieser Stelle – im Verständnis nach Müller – ethnische Gruppen verstanden, denen von der Öffentlichkeit bzw. vom politischen System ein Integrationsbedarf, gemessen an den Defiziten der gesellschaftlichen Teilhabe, nachgesagt wird (vgl. 2005: 83). Trebbe spricht von einem unspezifischen Personenkreis im Migrationskomplex und versteht darunter MigrantInnen, Flüchtlinge, AsylwerberInnen ... (vgl. 2009: 84). Eine detaillierte Abgrenzung der Begriffe findet sich im Kapitel Thematischer Rahmen.

Kalter begründet das steigende Interesse an der Migrationsforschung damit, dass sich der gesellschaftliche Stellenwert dieses Themas unausweichlich gewandelt hat (vgl. 2008: 10f.). Grundsätzlich wird das Untersuchungsfeld Medien und Migration, im speziellen mit der sozialwissenschaftlichen Ausrichtung in der Kommunikations- und Medienwissenschaft, im deutschsprachigen Raum seit den 1990er-Jahren intensiv untersucht. Erste Studien in diesem Bereich gehen in die 1960er-Jahre zurück. (vgl. Herczeg 2012: 179; Trebbe 2009: 78) Dies weist auf die gesellschaftliche Relevanz des Themas hin. Geißler und Pöttker konkretisieren sechs Kategorien von Faktoren, die es im Hinblick auf die Rolle der Medien bei der sozialen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu erforschen gibt[16].

[16] Die Übersicht von Geißler und Pöttker basiert auf Lasswells Formel über den Kommunikationsprozess, mit kulturellen Einflüssen auf die Massenkommunikation, wie sie ursprünglich von Weber geprägt wurde (vgl. 2006: 14).

Folgende Auflistung führt exemplarisch forschungsleitende Fragen an: (vgl. 2006: 14)

Tabelle 2: Faktoren für die soziale Integration von MigrantInnen

	Forschungsleitende Fragestellung
Kommunikatoren	Wie stark sind Minderheiten in Redaktionen vertreten?
Inhalte	Wie sieht die Darstellung von Minderheiten in Massenmedien aus?
Kanäle	Welche Funktion erfüllt die Entwicklung ethnischer Medien?
Publikum	Wie stark nutzen Minderheiten ethnische Medien im Vergleich zur Nutzung von Mehrheitsmedien?
Wirkung	Gibt es Wechselbeziehungen zwischen Mediennutzung, kultureller Identität und dem Willen sich zu integrieren?
Kulturelle Einflüsse	Welche Maßnahmen unterstützen die interkulturelle mediale Integration?

Quelle: nach Geißler/Pöttker 2006: 14.

Für die weitere Diskussion des Forschungsüberblicks wird der Fokus auf die inhaltliche Ebene der Berichterstattung gelegt, konkret die mediale Darstellung von MigrantInnen.

Forschungsarbeiten zur medialen Darstellung von MigrantInnen gibt es inzwischen zahlreich. Seit Beginn der 1970er-Jahre besteht verstärktes Interesse der Frage nachzugehen, wie MigrantInnen in Medien dargestellt werden. Meist werden Medieninhaltsanalysen – qualitativer, quantitativer bzw. diskursanalytischer Art – methodologisch herangezogen, um Auskunft über die Repräsentanz von MigrantInnen in Massemedien geben zu können. (vgl. Herczeg ^{2}2012: 248; Trebbe 2009: 43; 77ff.) Gruber et al. weisen darauf hin, dass es im österreichischen Kontext wenige, v.a. qualitative Studien, zur Repräsentation von MigrantInnen in Mehrheitsmedien gibt. Deutschland[17] kann vergleichsweise auf eine ausgeprägte Forschungstradition blicken. (vgl. 2012: 17; Herczeg 2011: 229). Brantner und Herczeg halten fest, dass der Fokus der nationalen und internationalen verstärkt bei Print-Analysen liegt. Sie begründen dies mit der einfachen Verfügbarkeit sowie der analytischen Handhabbarkeit. (vgl. 2015: 56)

Rückblickend lässt sich auch eine semantische Entwicklung über die letzten Jahrzehnte in der deutschsprachigen Berichterstattung nachweisen. So wurde Anfang der 1970er-Jahre von *Gastarbeitern* gesprochen, in den 1980er-Jahren wurden MigrantInnen als *Ausländer* betitelt und ab den 1990er-Jahren folgte die Bezeichnung *Migranten*. (vgl. Müller 2006: 85)

Geißler und Pöttker verweisen darauf, dass ein wesentlicher Teil der empirischen Forschungsstudien eine unausgewogene und negativ verzerrte mediale Darstellung von

[17] Klassische Einwanderungsländer, wie USA und Kanada, können auf eine lange Forschungstradition im Bereich Medien und Menschen mit Migrationshintergrund zurückblicken. In den genannten Ländern ist es bereits zu einer systematischen Aufarbeitung des vielschichtigen Forschungsfeldes gekommen sowie zu einer Durchdringung der damit verbundenen Problematik. (vgl. Geißler/Pöttker 2006: 17)

MigrantInnen in den deutschen Massenmedien aufweisen. Der Negativismus in der MigrantInnen-Berichterstattung sei signifikant häufig nachweisbar. (vgl. 2006: 13). Was mit dieser Negativ-Tendenz in der Berichterstattung gemeint ist, fassen Ruhrmann et al. zusammen: (vgl. 2006: 48f.; Trebbe 2009: 44f.)

(1) MigrantInnen werden häufig als kriminell dargestellt.
(2) Bestimmte Nationalitäten werden überrepräsentiert dargestellt, das führt zu einem negativen Image der MigrantInnen.
(3) MigrantInnen sind oft nur passive Objekte in der Berichterstattung, sie kommen selten selbst zu Wort.
(4) Positives Verhalten wird als Ausnahme, negatives als Regel dargestellt.
(5) Die Berichterstattung über MigrantInnen wird vor allem unter der Verwendung der Nachrichtenfaktoren *Negativismus*, *Kontroverse*, *Aggression* und *Schaden* akzentuiert. Die Berichterstattung ist durch *Sensationalismus* und *Emotionalisierung* geprägt.
(6) Die Berichterstattung unterscheidet zwischen *erwünschten* und *weniger erwünschten* MigrantInnen.
(7) MigrantInnen werden bezüglich der Nachrichtenfaktoren *Einfluss*, *Prominenz* und *Personalisierung* als einflusslos dargestellt.
(8) Die Darstellung von Gewalt und Konflikt wird überwiegend bildlich dargestellt, so auch die Darstellung von MigrantInnen.
(9) Dabei kommt es zu Framing-Effekten: Bestimmte Schlüsselereignisse begünstigen journalistische Erwartungen. Journalisten richten sich nach Meinungsführermedien.

Diverse Studien haben ergeben, dass Gruppen mit Migrationshintergrund nicht nur überrepräsentativ negativ dargestellt werden, sondern dass über sie verhältnismäßig oft in Verbindung mit Kriminalität und Gewalt berichtet wird. Die Rede ist vom sog. *Kriminalitätssyndrom*, d. h., dass über MigrantInnen, im Speziellen männliche Migranten, häufig im Kontext von kriminellen Handlungen berichtet wird. Studienautoren sprechen von sog. *unerwünschten Nationalitäten*, hierzu zählen laut Forschungsergebnissen u. a. Türken, Asiaten und Afrikaner. Besonders in Boulevardmedien werden MigrantInnen als unvertraut und stark überzeichnet dargestellt. (vgl. Herczeg 2012: 180; Bonfadelli 2003: 83)

Die Darstellung von MigrantInnen stellt nach Geißler einen wichtigen Akzeptanz-Faktor in der Gesellschaft dar (vgl. 2005: 21). Herczeg greift diesen Ansatz ebenfalls auf und führt weiter aus, dass die Bilder, die man von „den Anderen“ im Kopf hat, unabhängig

von realen Erfahrungen, den Umgang mit Minoritäten prägen. Die Darstellung von MigrantInnen in den Massenmedien hat sowohl eine Auswirkung auf die Mehrheitsgesellschaft, als auch auf die MigrantInnen selbst. (vgl. 2012: 179f.)

Trebbe verweist in seinem Forschungsüberblick darauf, dass zwei gegensätzliche Richtungen bei den Untersuchungen der medialen Repräsentanz von MigrantInnen im Hinblick auf die Quantität nachweisbar sind: Einerseits verweisen Studien auf eine Marginalisierung, eine zu geringe Präsenz in der Berichterstattung, anderseits auf eine Überrepräsentation (vgl. 2009: 79ff.). MigrantInnen sind im Vergleich zu ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert[18]. In der Berichterstattung über MigrantInnen dominieren – wie bereits angeführt – die Nachrichtenfaktoren *Negativität* und *Kriminalität*, wobei diese Befunde vor allem auf den Boulevardjournalismus sowie private Fernsehsender zutreffen. Diese negativ konnotierte Überrepräsentanz von MigrantInnen in den Medien führt zu einer verzerrten Wahrnehmung in der Mehrheitsgesellschaft. (vgl. Brantner/Herczeg 2015: 56)

Bei der Beschäftigung mit österreichischen Forschungsstudien zum Thema mediale Darstellung von MigrantInnen werden wiederholt zwei Studien vorgestellt: Erstens die quantitative Inhaltsanalyse von Gruber et al., die sich mit dem öffentlichen Diskurs in österreichischen Medien rund um die Abschiebung der kosovarischen Familie Zogaj[19] im Jahr 2007 beschäftigt. Knapp 2.000 Beiträge aus Print und Funk wurden untersucht. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass nur zu einem geringen Teil Parameter für einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über Identität und Integration identifiziert werden konnten. Die zweite Studie beschäftigt sich mit der Integrationsleistung des österreichischen Hörfunks. Es wurde der Frage nachgegangen, wie MigrantInnen in ausgewählten Nachrichtenformaten von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern dargestellt werden. Die quantitative Inhaltsanalyse hat aufgezeigt, dass Menschen mit

[18] Laut Statistik Austria leben in Österreich über 2 Millionen Migrantinnen. Fast jede vierte Person in der österreichischen Gesamtbevölkerung hat einen Migrationshintergrund. (vgl. Statistik Austria, 05.04.2019). (siehe Kapitel Migration)

[19] Familie Zogaj, die in Österreich 2005 um Asyl angesucht hat, was auf mehreren Instanzen abgewiesen wurde, sollte im Herbst 2007 in den Kosovo abgeschoben werden. Die fünfköpfige Familie, die gut integriert war, erhielt Unterstützung mittels Protestaktionen aus der Gemeinde in Oberösterreich, in der sie lebte. Am Tag der Abschiebung verschwand Tochter Arigona. Wenige Tage später tauchte ein Brief und wenig später ein Video auf, in dem sie ihren Selbstmord im Falle einer Abschiebung ankündigte. Unterschlupf erhielt sie bei einem Pfarrer der Nachbargemeinde, gemeinsam hielten sie eine Pressekonferenz aufgrund des großen Medieninteresses ab. Teile der Familie wurden in den Kosovo abgeschoben, Arigona und ihre Mutter konnten vorerst in Österreich bleiben. 2010 reisten sie aus Österreich aus und suchten kurz später um Einreisevisa für eine befristete Arbeitserlaubnis an. Mittlerweile leben Teile der Familie in Österreich. (vgl. Meinhart, 12.12.2014)

Migrationshintergrund kaum aktiv als SprecherInnen in den Medien zu Wort kommen. Außerdem hat die Untersuchung ergeben, dass die ausgewerteten Inhalte nur wenige Bewertungen beinhaltet, weder von MigrantInnen, noch von anderen Akteuren. Es wurde drauf verwiesen, dass bei der Darstellungsform *Nachrichten* allgemein wenig Bewertungen vorkommen und die Tonalität grundsätzlich tatsachenbetont ist. Der Vergleich zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern konnten keine signifikanten Unterschiede bei der Darstellung von Personen mit Migrationshintergrund nachweisen. (vgl. Herczeg 2016: 111ff.; Gruber et al. 2012: 19ff.)

Die Forschungsergebnisse zur Berichterstattung über MigrantInnen werden u. a. folgenden Theoriekomplexen zugeordnet: Nachrichtenwert- und News-Bias-Forschung, Agenda Setting und Framing. Sie werden auf das Verhalten der JournalistInnen, auf die Medieninhalte und die Publika dieser Inhalte angewandt. (vgl. Trebbe 2009: 44f.)

Vor allem das Framing-Konzept wird gerne herangezogen, wenn es um die Beschreibung der Berichterstattung über MigrantInnen oder ethnische Minderheiten geht. Trebbe hält fest, dass v. a. in der migrationsbezogenen Inhaltsforschung Frames und Framingeffekte gerne eingesetzt werden, um Stereotypen zu beschreiben. Er führt aber auch an, dass beispielsweise Entman der Ansicht ist, dass Stereotypen für den Aufbau und die Gestaltung von Frames kausal sind. (vgl.1993: 50f.)

5.2. Medien und AsylwerberInnen

Im vorherigen Kapitel wurden exemplarisch Forschungsstudien zur medialen Darstellung von MigrantInnen vorgestellt. An dieser Stelle wird konkret auf die Repräsentanz von AsylwerberInnen in Massenmedien eingegangen.

Welche Chancen Minoritätsgruppen haben, am öffentlichen Diskurs der Mehrheitsgesellschaft aktiv teilzunehmen, hängt u. a. davon ab, wie sie im Diskurs verortet werden (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 453). Wie im vorherigen Kapitel angeführt (vgl. Kapitel Medien und MigrantInnen), ist der öffentliche bzw. politische Diskurs betreffend Menschen mit Migrationshintergrund häufig negativ konnotiert und von einem problemorientierten Zugang geprägt.

Schlagwörter wie „Asylmissbrauch“, „Überfremdung“ oder „mangelnde Integration“ sind der Berichterstattung rund um Personen mit Fluchthintergrund häufig zu entnehmen. (Bonfadelli 2007: 99) Krejcik hält fest, dass im medialen Diskurs Ängste und

Unsicherheiten aller Beteiligten sowohl bewusst, als auch unbewusst eingesetzt werden. Im Asyldiskurs werden AsylwerberInnen einerseits als Gefahr dargestellt, zum anderen werden sie in der medialen Debatte als Opfer ohne Handlungsfähigkeiten repräsentiert. In beiden Fällen werden Stereotype in der Darstellung eingesetzt. (vgl. 2015) Langthaler und Trauner führen an, dass sich die mediale Darstellung von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in den vergangenen 30 Jahren grundlegend verändert hat: Wurden Flüchtlinge bis Ende der 1980er-Jahre in den Medien als Opfer dargestellt (z. B. Flüchtlinge aus Ungarn), so werden sie aktuell vielfach als „Bedrohung der inneren Sicherheit“ inszeniert (z. B. junge arabische Männer). (vgl. 2009: 453f.)

In den 1980er- und 1990er-Jahren hat sich die kommunikationswissenschaftliche Forschung in Deutschland intensiv mit der Flüchtlings- und Asylberichterstattung beschäftigt. Zusammenhänge mit der Entstehung und Verstärkung von Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikalen politischen Tendenzen wurden dabei untersucht. (vgl. Bonfadelli 2003: 83f.) Hömberg und Schlemmer veröffentlichten 1995 eine Studie, die laut Müller als Pionierstudie in Bezug auf Asylberichterstattung im deutschsprachigen Raum angesehen werden kann. Die Studie, die über 800 Artikel in deutschen Qualitäts- und Boulevardmedien untersuchte, konnte nachweisen, dass AsylwerberInnen in der Berichterstattung nur in wenigen Ausnahmefällen als selbstständig handelnde Subjekte dargestellt wurden. (vgl. Müller 2006: 96f.)

Die Flüchtlings- und Asyldebatte ist stark geprägt von Positionen und Stellungnahmen politischer Parteien, Verwaltungs-VertreterInnen und ExpertInnen. Flüchtlinge und AsylwerberInnen kommen meist nur dann zu Wort, wenn es um unzureichende Qualitätsstandards in Unterbringungsquartieren geht, oder in Konfliktsituationen bzw. wenn individuelle Schicksale erzählt werden. NGOs werden verhältnismäßig selten zitiert, genauso stellt es sich bei zivilgesellschaftlichen Akteuren dar. Sie kommen häufig nur dann zu Wort, wenn sie von sich aus aktiv an die Öffentlichkeit herantreten. (vgl. Langthaler/Sohler 2009: 18; Bonfadelli 2007: 101)

Bonfadelli hält fest, dass die öffentliche Debatte rund um Geflüchtete in den vergangenen Jahrzehnten auch von einer Diskussion, betreffend der jeweiligen Herkunftsländer geprägt war. Diese wechseln zuweilen, abhängig von bestimmten Schlüsselereignissen, wie Krieg, Verfolgung und damit verbundene Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingsbewegungen. Standen in den 1980er-Jahren beispielsweise Türken und Libanesen im Mittelpunkt der Berichterstattung, waren es in den 1990er-Jahren Flüchtlinge aus dem Kosovo, in den 2000er-Jahren –

aufgrund von Terroranschlägen, u.a. in den USA 2001 – die Bevölkerungsgruppe der Muslime und Musliams. (vgl. 2007: 99ff.) Aktuell stehen beispielsweise Personen aus Herkunftsländern wie Afghanistan oder Syrien im Fokus der öffentlichen Debatte.

Eine Schlüsselstudie betreffend der Asylberichterstattung, die sich auf das Framing-Konzept bezieht, stellt nach Trebbe die Untersuchung von D'Haenens und De Lange aus dem Jahr 2001 dar. Für die inhaltsanalytische Untersuchung wurden fünf Basis-Frames (*Verantwortung, Human-Interest, Konflikt, ökonomische Konsequenzen, religiöse Aspekte*) auf die niederländische Asylberichterstattung umgelegt. Ziel war es, mit den gewählten Frames die Grundlagen für die mediale Darstellung von AsylwerberInnen zu beschreiben. Am häufigsten konnte der *Human-Interest-Frame* ausgewertet werden, darunter ist die Darstellung eines Problems als individuelles Schicksal zu verstehen. (vgl. Trebbe 2009: 85)

Langthaler und Sohler argumentieren in ihrer Studie, dass es in der politischen und medialen Debatte um AsylwerberInnen in Österreich seit Beginn der 1990er-Jahre zu einem Paradigmenwechsel gekommen ist. Nach den beiden Studienverfassern werden in den Medien vermehrt folgende Frames eingesetzt: *Missbrauchs-Frame* (z. B. „Wirtschaftsflüchtlinge", „Asylbetrüger"), *Effizienz-Frame* (Forderung nach Beschleunigung der Asylverfahren), *Sicherheits-Frame* (Aussagen wie „Wir können nicht alle aufnehmen") bzw. *Humanitäts-Frame* (Forderung nach menschlichen und fairen Lösungen im Asylsystem). Links-liberale Parteien greifen in der politischen Diskussion vermehrt auf den *Humanitäts-Frame* zurück, während recht-konservative Parteien sich an den *Frames Missbrauch* und *Sicherheit* bedienen. (vgl. 2009: 18)

Trotz der Aufmerksamkeit, die dem Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik in der sozialwissenschaftlichen Forschung entgegengebracht wird, gibt es Teilbereiche die noch wenig bis kaum erforscht sind. Die Analyse des Forschungsstandes zum Thema Asyl- und Flüchtlingsberichterstattung hat ergeben, dass es gegenwärtig im deutschsprachigen Raum nur wenige Untersuchungen gibt. (vgl. Haller 2017: 5) Langthaler und Trauner sehen einen wesentlichen Forschungsbedarf bei Untersuchungen, die Flüchtlinge und AsylwerberInnen als eigenständige Akteure wahrnehmen. Auch die Rolle von NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde in Österreich bisher kaum erforscht, sowie das Zusammenwirken mit Geflüchteten. (vgl. 2009: 447; 465) Die Forschungslücke betreffend der aktiven Rolle von Menschen mit Fluchthintergrund in der medialen Debatte soll die vorliegen Arbeit aufgreifen.

5.3. Medien und Protestbewegungen

In der Kommunikationswissenschaft gibt es zahlreiche Studien, die sich mit dem Thema Protestberichterstattung beschäftigen. An dieser Stelle wird konkret die mediale Darstellung von Protestbewegungen für Flüchtlinge bzw. selbstorganisierte Flüchtlingsproteste, wie z. B. die österreichische Refugee Protestbewegung, diskutiert.

Im Zuge der medialen Aufmerksamkeit gegenüber Protestbewegungen im Allgemeinen haben Studien untersucht, von welchen Faktoren die Intensität sowie die Bewertung der Anliegen der Protestgruppen abhängt. Es wurde festgestellt, dass die Medien grundsätzlich weniger als *Watchdogs*, sondern eher als *Guarddogs* operieren. Das bedeutet, dass im Mittelpunkt der Berichterstattung nicht die inhaltlichen Anliegen der Protestgruppen stehen, sondern jene Ereignisse, die sich im Umfeld einer Protestbewegung ereignen. Medien orientieren sich in ihrer Auslegung vorzugsweise am Wertesystem des vorherrschenden politischen Systems. (vgl. Bonfadelli 2003: 84)

5.3.1. Zivilgesellschaftliche Protestaktionen für Flüchtlinge

Die Instrumentalisierung der Themen Flucht, Asyl und Migration, v. a. durch rechts-konservative politische Parteien, führen vielfach zu Solidarisierung in der Mehrheitsgesellschaft. Die Folge sind Protestkundgebungen bzw. -aktionen für Geflüchtet durch die Zivilgesellschaft. In Österreich beispielsweise das Lichtermeer für Solidarität und gegen Fremdenfeindlichkeit im Jahr 1993 oder – damals wie heute – die Donnerstags-Kundgebungen gegen eine FPÖ-Regierungsbeteiligung. Diese Protestaktionen werden überwiegend von zivilgesellschaftlichen Organisationen, v. a. NGOs getragen. Meyer und Peintinger sprechen von einer sog. *pro-immigrantischen Mobilisierung*. Darunter verstehen die Autorinnen, ein grundsätzliches Bekenntnis zu Zuwanderung. Massenmedien spielen dabei eine wesentliche Rolle, da sie unmittelbar dazu beitragen, dass die Protestaktionen über das Netzwerk der Beteiligten hinaus sichtbar gemacht werden und es zu einer breitenwirksamen Mobilisierung kommen kann. Meyer und Peintinger stellen fest, dass es nur wenige Studie gibt, die sich mit der Mobilisierung von pro-immigrantischen Akteuren im Mediendiskurs beschäftigen. (vgl. 2012: 143f.; Rosenberger/Winkler 2013: 113)

In Österreich gab es in den vergangenen Jahren vermehrt zivilgesellschaftliche Initiativen gegen geplante Abschiebungen, die auch mediale Aufmerksamkeit erlangen. Diese Mobilisierung geht von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, Menschenrechtsorganisationen, lokalen Initiativen und besonders von BürgerInnen aus

dem nachbarschaftlichen Umfeld aus. Die anlassbezogenen Ereignisse sind großteils mit Forderungen verbunden, z. B. die Aussetzung der Abschiebung, aber auch Änderungen der gesetzlichen Bleiberechtsregelung. (vgl. Meyer/Peintinger 2012: 157; Rosenberger/Winkler 2013: 113; 123) Nach Rosenberger und Winkler ist auffallen, dass sich besonders Personengruppen gegen die Abschiebung von Geflüchteten einsetzen, „*die sich sonst wenig an elitenherausfordernden politischen Maßnahmen beteiligen.*" (2013: 113) Anti-Abschiebungsproteste können als eine besondere Form des politischen Protestes verstanden werden. Denn die zivilgesellschaftliche Partizipation bei politischen Aktionen gegen Abschiebung ist nicht mit einem direkten Eigeninteresse verbunden, sondern basiert auf normativen Überzeugungen und Empathie. In Österreich kommt hinzu, dass der öffentliche Asyldiskurs vermehrt von einer ablehnenden Haltung in der Bevölkerung geprägt ist. Rosenberger und Winkler untersuchten österreichische Anti-Abschiebungsfälle und haben herausgefunden, dass sich lokale Protestakteure überwiegend für abschiebungsbedrohte Familien einsetzen. (vgl. ebd.: 113ff.)

Die ersten Anti-Abschiebungsproteste faden in Österreich erst 1999 statt. Auslöser war der Tod des nigerianische Asylwerber Marcus Omofuma während seiner Abschiebung nach Bulgarien. Es folgten weitere Protestaktionen gegen Abschiebungen und die damit verbundene mediale Diskussion in der österreichischen Presselandschaft. So z. B. bei den Abschiebungsfällen der Familien Zogaj[20] im Jahr 2007 und Komani[21] im Jahr 2010. Rosenberger und Winkler haben in ihrer Studie herausgefunden, dass die meisten österreichischen Anti-Abschiebungsproteste in Oberösterreich zu verzeichnen sind. Sie begründen dies damit, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt in diesem Bundesland lange Zeit weniger restriktiv gehandhabt wurde. (vgl. 2013: 113ff.)

Die beschriebenen Anti-Abschiebungsproteste waren alle mit einer ausführlichen Medienberichterstattung verknüpft. So wurde bspw. „*die Kälte*", die der damals zuständige Innenminister Platter im Fall der Familie Zogaj zeigte, medial heftig kritisiert (Klenk, 08.01.2013). Es kann davon ausgegangen werden, dass die positive und effektive Darstellung der Proteste in den Medien zu einer Häufung derartiger Aktivitäten

[20] Der Abschiebungsfall der Familie Zogaj wird in Kapitel Medien und MigrantInnen beschrieben. (vgl. Kapitel Medien und MigrantInnen)

[21] Im Fall der Familie Komani aus dem Jahr 2010 sollte ein Vater und seine beiden achtjährigen Töchter in den Kosovo abgeschoben werden, während der Mutter, aufgrund eines längeren Krankenhausaufenthaltes in Österreich, der Aufenthalt genehmigt wurde. Der Fall sorgte auch deshalb für mediales Aufsehen, da die Familie durch bewaffnete Fremdenpolizisten abgeholt wurde, um sie in Schubhaft zu bringen. Es wurden Anti-Abschiebungsproteste von der lokalen Bevölkerung organisiert. Der Vater und die Zwillingsschwestern wurden abgeschoben, erhielten jedoch wenig später eine unbefristete Niederlassungsbewilligung aus humanitären Gründen, ebenso die Mutter. (vgl. Die Presse, 19.01.2011)

geführt hat. Tendenziell kann die Berichterstattung der beschriebenen Fälle als positiv eingestuft werden. Es wurde die Annahme getroffen, dass die positive Berichterstattung den Boden für darauffolgende Protestaktionen, wie die österreichische Refugee Protestbewegung, geebnet hat. Die Protestaktionen haben zu einer Sensibilisierung in der Öffentlichkeit geführt. (vgl. Schiefer, 12.03.2013)

Abschließend ist festzuhalten, dass öffentliche und medial beachtete Protestaktionen in Einzelfälle Abschiebungen verhindern bzw. aufschieben konnten. (vgl. Rosenberger/Winkler 2013: 131)

5.3.2. Selbstorganisierte Protestaktionen von AsylwerberInnen

Selbstorganisierte Protestaktionen von AsylwerberInnen gab es bereits Ende der 1980er-Jahre in Frankreich. Mitte der 1990er-Jahre erhielt die „Sans-Papiers-Bewegung“ europaweit mediale Aufmerksamkeit. Die europäische Vernetzungsinitiative forderte u. a. *vollständige Freizügigkeit, Legalisierung aller Illegalisierten, Abschiebestopp* ... Es waren AsylwerberInnen aus den Aufnahmeländern Frankreich, Deutschland, Niederlande, Italien, Spanien, Portugal ... beteiligt. (vgl. Brickner, 18.11.2013; Schwenken 2006: 133) Selbstorganisierte Protestaktionen von Geflüchteten, die sich für eine liberale Umgestaltung der politischen Rahmenbedingungen im Asylsystem einsetzen, stellen in Europa keine Neuartigkeit dar.

Flüchtlinge und AsylwerberInnen haben in Aufnahmeländern aufgrund ihres Rechtsstatus kaum Möglichkeiten der politischen Partizipation. Für sie bleibt häufig nur der politische Widerstand in Form von Protestaktionen, wie z. B. Protestkundgebungen oder die Besetzung von öffentlichem Raum, z. B. Kirchen. Ziel der selbstorganisierten Protestaktionen ist es, auf Missstände aufmerksam zu machen. (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 446 ff.) Dies zeigt sich auch daran, dass Flüchtlinge bzw. AsylwerberInnen in der Medienberichterstattung kaum als aktive SprecherInnen vorkommen (vgl. Herczeg 2016: 111).

Langthaler und Trauner befassen sich in einer Studie mit den Rahmenbedingungen für eine zivilgesellschaftliche Beteiligung in Österreich von Flüchtlingen bzw. AsylwerberInnen. Sie haben dabei festgestellt, dass Flüchtlingsselbstorganisationen kaum mediale Beachtung finden. Eine Schwierigkeit für die Selbstorganisation von Protestaktionen durch Flüchtlinge bzw. AsylwerberInnen stellt, neben der sprachlichen Barriere, das Problem dar, dass sie meist nicht als politische AnsprechpartnerInnen von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 446ff.)

In den vergangenen Jahren fanden vermehrt selbstorganisierte Flüchtlingsproteste statt. So beispielsweise die Refugee Protestbewegungen die 2012 in zahlreichen Europäischen Großstädten sowie an den EU-Außengrenzen stattgefunden hat und die Untersuchungsgrundlage für die vorliegende Arbeit bildet. Ataç beschäftigte sich intensiv mit den Refugee Protestbewegungen, u. a. auch mit jener in Wien. Er hält fest, dass das Spezifikum der Protestaktion die selbstständige Konstituierung der Bewegung durch die Flüchtlinge und AsylwerberInnen ist. Die Asylsuchenden agierten als AktivistInnen, im Zentrum standen ihre politischen Aktionen und selbstartikulierte Forderungen für liberale Einreise- und Asylgesetze. Die Protestaktionen stellten eine neue Qualität des selbstorganisierten Widerstandes durch AsylwerberInnen dar. Strategien, Taktiken und Wissen wurden gemeinsam mit UnterstützerInnen entwickelt, im Mittelpunkt stand jedoch das Empowerment der Refugees. Die Protestbewegung zeichnete sich auch durch dir großflächige Vernetzung, z. B. durch Social Media aus. (vgl. Ataç, 02.2013)

Abschließend kann festgehalten werden, dass bei der Durchsicht des Forschungsstandes deutlich wurde, dass sich ein Großteil der wissenschaftlichen Studien mit der Darstellung von MigrantInnen beschäftigt und gehäuft aus den 1990er-Jahren stammt. Die meisten Studien aus dieser Zeit beschäftigen sich mit der Thematik Fremdenfeindlichkeit sowie rechtsradikale politische Tendenzen (vgl. Bonfadelli 2003: 83f.). Die Forschungsübersicht hat ergeben, dass für die österreichische Presselandschaft verhältnismäßig wenig wissenschaftliche Daten vorliegen, v. a. die Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in den Medien betreffend. Generell treten selbstorganisierte Flüchtlingsproteste selten auf, daher ist der aktuell Forschungsstand zu dieser Thematik überschaubar. Ein Forschungsbedarf besteht bei der Untersuchung von Flüchtlingen und AsylwerberInnen als selbstständige Akteure in den Medien (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 465). Ziel dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zur Analyse der medialen Darstellung von Menschen mit Fluchthintergrund zu leisten. Es soll erfasst werden, mit welchen Deutungsmustern die Themen Flucht und Asyl in der österreichischen Tagespresse in Verbindung gebracht werden und wie über selbstbestimmte Flüchtlingsproteste, mit AsylwerberInnen als aktive SprecherInnen, in den Medien berichtet wird.

IV. Empirischer Teil

Diese Arbeit legt einen Fokus auf die massenmediale Realitätskonstruktion bei gesellschaftspolitisch relevanten Themen. Deshalb stehen in der Analyse erstens Medieninhalte im Vordergrund. Zweitens geht es darum, innerhalb dieser Medieninhalte zur Thematik medial akzentuierte Schwerpunkte herauszuarbeiten, zu analysieren welche Akteursgruppen in der Debatte vertreten sind und welche Argumentationsmuster von den Akteuren verwendet werden. Für dieses Vorgehen bietet sich eine Medieninhaltsanalyse mit dem Frame-Ansatz an.

Unter dem Begriff Akteure werden sowohl Individuen (z. B. PolitikerInnen, MedienvertreterInnen, WissenschaftlerInnen, ExpertInnen ...), als auch Kollektive (z. B. Interessensgruppen, politische Parteien, Ministerien, Organisationen oder Institutionen) verstanden. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015b)

Im empirischen Teil der Arbeit wird einleitend auf den Untersuchungsgegenstand (siehe Kapitel Untersuchungsgegenstand) und die daraus abgeleiteten Forschungsfragen und Hypothesen (siehe Kapitel Forschungsfragen und Hypothesen) eingegangen. Aufbauend auf den theoretischen Überlegungen wird in einem nächsten Schritt das Forschungsdesign der Studie beschrieben und die Auswahl des methodischen Instrumentariums begründet (siehe Kapitel Forschungsmethode), ehe die Untersuchungsergebnisse (siehe Kapitel Untersuchungsergebnisse) dargestellt und interpretiert (siehe Kapitel Interpretation Untersuchungsergebnisse) werden.

6. Untersuchungsgegenstand

Das grundlegende Forschungsinteresse dieser Arbeit bezieht sich auf die Darstellung der Asyldebatte in der massenmedialen Berichterstattung in Österreich. Im Konkreten wird die Darstellung der Refugee Protestbewegung in Tageszeitungen untersucht. Die Auswahl der Refugee Protestbewegung begründet sich einerseits daraus, dass die öffentliche Debatte rund um die Themen Flucht, Asyl und Migration grundsätzlich geprägt ist von einer Vielzahl kontroverser Positionen und andererseits, die Refugee Protestbewegungen in zahlreichen mitteleuropäischen Großstädten zu einer öffentlichen Debatte über das politische Empowerment von AsylwerberInnen führte. Im Zentrum steht die Frage: Wie wird über die Refugee Protestbewegung berichtet?

Mit Hilfe der Analyse des Mediendiskurses soll untersucht werden, welche Akteure sich mit welchen Argumentationsmustern in der öffentlichen Debatte rund um die Protestbewegung von Asylwerbern positionieren und welche Änderungen im Untersuchungszeitraum feststellbar sind. Bestehende Ähnlichkeiten sowie Unterschiede in der medialen Darstellung der Refugee Protestbewegung zwischen den ausgewählten Tageszeitungen sollen herausgearbeitet werden. Auch die Berichterstattungsstruktur soll analysiert werden, dies umfasst neben der Darstellungsform und der Ressort-Platzierung auch den Stellenwert sowie die generelle Bewertung der Thematik.

In einem ersten Schritt soll aus dem Material erhoben werden, welche Akteure sich medial positionieren (können) und aus welchen gesellschaftlichen Kontexten sie stammen. Für den zweiten Schritt, die thematische Untersuchung der medialen Refugee-Debatte, wird auf die Frame-Analyse zurückgegriffen. Das Ziel ist es anhand einer induktiv-explorativen Analyse einer Stichprobe des Textmaterials Frames zu generieren, die in einem dritten Schritt auf das gesamte Textmaterial angewendet und statistisch ausgewertet werden. In der Interpretation dieser Ergebnisse soll dann herausgearbeitet werden, ob diese Frames bzw. die Ergebnisse einen allgemeingültigen Status besitzen, also ob und in welchem Ausmaß sie auch auf aktuelle Phänomene der österreichischen Innen- und Migrationspolitik übertragbar sind.

7. Forschungsfragen und Hypothesen

Aus dem bereits beschriebenen Erkenntnisinteresse, der gesellschaftspolitischen Relevanz, dem darauf folgenden thematischen Rahmen, den Arbeitsdefinitionen, der theoretischen Diskussion sowie dem Forschungsüberblick zur Rolle der Medien in den Bereichen Darstellung von Asylwerbenden und Protestbewegungen von Menschen mit Fluchthintergrund, ergibt sich folgende forschungsleitende Frage: Wie wird über die Refugee Protestbewegung in österreichischen Tageszeitungen berichtet?

Diese Forschungsfrage wird durch Unterforschungsfragen konkretisiert und soll Erkenntnisse bringen über 1.) die Struktur und die dominierenden Akteurssysteme in der untersuchten Refugee-Berichterstattung sowie 2.) die verwendeten Argumentationsmuster und diese in Beziehung mit der Berichterstattungsstruktur und den Akteuren stellen. Die Forschungsfragen orientieren sich an einer Multiplikatorenanalyse von Rhomberg und Kaiser zum Thema transformierende gesellschaftliche Strategien. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 19ff.)

Die forschungsleitende Frage teilt sich in drei Forschungsfragen (FF 1 – FF 3) auf. Diese Forschungsfragen sind in weitere Teilfragen ausdifferenziert und mit Hypothesen (H 1 – H 15) hinterlegt.

7.1. Forschungsfrage Struktur der Berichterstattung

Die Rolle der Medien für die Realitätskonstruktion wurde bereits beschrieben. Die Annahme der Medienrealität geht davon aus, dass sich die Nachrichtenproduktion an den Nachrichtenwerten von Ereignissen orientiert. JournalistInnen richten sich nach Kriterien der Selektion, Interpretation und Sinngebung der Wirklichkeit. Nachrichten werden in den Redaktionen ausgewählt und bearbeitet, die Auswahl wird nach dem Nachrichtenwert von Informationen getroffen. Einfluss auf diese Auswahl und die Platzierung der Nachrichten hat v. a. die inhaltliche Ausrichtung der Medien. Die Nachrichtenauswahl orientiert sich ebenso an Nachrichtenfaktoren. Die Gesamtstrategie nennt sich Berichterstattungsstruktur. Der wesentliche Typus ist der Informations-Journalismus, bei der die objektive Berichterstattung im Mittelpunkt steht. Dies ist eine journalistische Möglichkeit zur Darstellung der Wirklichkeit. (vgl. Weischenberg 2001: 23ff., 41ff.) Das Ziel der Analyse der Berichterstattungsstruktur ist es, Ähnlichkeiten sowie Unterschiede in der medialen Darstellung der Refugee Protestbewegung zwischen verschiedenen Medien deutlich zu machen. Die Berichterstattungsstruktur der Medien umfasst neben der Darstellungsform und der Ressort-Platzierung auch die Thematisierung. Die Auswertung der Untersuchungsergebnisse soll Auskünfte über die thematische Struktur der Berichterstattung liefern und die formalen Unterschiede der untersuchten Artikel hervorheben. Daraus ergibt sich die erste Forschungsfrage:

FF 1 Welche Unterschiede lassen sich in der Berichterstattungsstruktur über die Refugee Protestbewegung feststellen?

Daraus ergeben sich folgende Unterfragen und Hypothesen:

Untersucht werden soll der Stellenwert, den die Refugee Protestbewegung in den untersuchten Artikeln einnimmt. Unterschieden wird, ob die Protestbewegung als Hauptthema, Nebenthema oder Randthema im Artikel positioniert wird (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 333).

FF 1.1 Welchen Stellenwert hat die Refugee Protestbewegung in der untersuchten Berichterstattung? (z. B. Haupt-, Nebenthema ...)

FF 1.2 Welche Unterschiede lassen sich zwischen den Medien und im Zeitverlauf beim thematischen Stellenwert feststellen?

Die Untersuchung soll zudem Erkenntnisse über Veränderungen im Zeitverlauf liefern. Im Theorieteil der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen, warum Medien über bestimmte Ereignisse berichten. Hierfür wird u. a. Bezug auf die Nachrichtenfaktoren genommen (siehe Kapitel Nachrichtenwerttheorie) sowie den Grad der Bedeutsamkeit eines Ereignisses. Ereignisse, wie beispielsweise eine Nationalratswahl bzw. der Wahlkampf im Vorfeld weisen einen hohen Nachrichtenwert auf. Daher wird davon ausgegangen, dass es Änderungen bei der Präsenz der Refugee-Protestaktion in der Berichterstattung vor der Nationalratswahl im September 2013 gibt. Östgaard nennt drei Nachrichtenfaktoren, darunter den Sensationalismus. Hierbei handelt es sich um dramatische, emotional erregende Sachverhalte, die in den Vordergrund der medialen Berichterstattung rücken (z. B. Unglücksfälle, Verbrechen, Kuriositäten, Krisen, Konflikte ...). (vgl. Burkart [4]2002: 279f.; Rhomberg 2009: 119f.) Als ein solches Ereignis kann die Besetzung der Votivkirche durch die Refugees, kurz vor Weihnachten und über mehrere Wochen hinweg, verstanden werden.

FF 1.3 Welche Änderungen lassen sich im Untersuchungszeitraum bei der Präsenz der Refugee-Berichterstattung feststellen?

H 1 Der Häufigkeits-Höhepunkt der Refugee-Berichterstattung liegt während der Besetzung der Votivkirche (12.2012 – 03.2013).

H 2 Vor der Nationalratswahl (09.2013) wird vergleichsweise häufig über die Refugee Protestbewegung berichtet.

Die Untersuchung soll darüber hinaus Erkenntnisse über Medienunterschiede betreffend der Darstellung der Berichterstattung rund um die Refugee Protestbewegung liefern. Wie beschrieben polarisieren die Themen Flucht und Asyl die Gesellschaft. Die Protestbewegung von AsylwerberInnen lässt sich in ein klassisches Links-Rechts-Thema einordnen. (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 329f.) Die News-Bias-Forschung beschäftigt sich mit den Ursachen der Unausgewogenheit in der Berichterstattung, die u. a. auf die unterschiedlichen politischen Blattlinien zurückzuführen sind (vgl. Burkart [4]2002: 278). Dies kann durch journalistische Bewertungen (z. B. Meinungsbeiträge) oder durch das zitieren diverser Akteure geschehen (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 330).

FF 1.4 Welche Unterschiede in der Prominenz der Refugee-Berichterstattung sind zwischen den untersuchten Medien zu vernehmen?

FF 1.5 In welchen Ressorts dominiert die Refugee-Berichterstattung?

FF 1.6 Welche Unterschiede lassen sich bei der Ressort-Platzierung zwischen den untersuchten Medien feststellen?

FF 1.7 Welche Änderungen lassen sich bei der Ressort-Platzierung im Untersuchungszeitraum feststellen?

FF 1.8 In welchen Genres dominiert die Berichterstattung über die Refugee Protestbewegung? (z. B. Nachricht, Kommentar ...)

FF 1.9 Welche Unterschiede gibt es bei der Verwendung der Darstellungsformen zwischen den untersuchten Medien?

FF 1.10 Welche Änderungen lassen sich bei den Darstellungsformen im Untersuchungszeitraum feststellen?

Während bei links-liberalen Medien (z. B. Der Standard) von einer befürwortenden Position zur Protestbewegung ausgegangen wird, wird die Annahme getroffen, dass konservative Medien (z. B. Die Presse) das Thema negativer bewerten. Die überregionale Tageszeitung KURIER gilt als Mid-Market-Paper und stellt ein sogenanntes Hybrid-Medium dar, es enthält sowohl Elemente aus dem Qualitäts- sowie Boulevardjournalismus, eine Mischung aus Information und Unterhaltung (vgl. Weischenberg 2001: 67). Deshalb wird zunächst nach der generellen Bewertung der Refugee Protestbewegung gefragt, um daran anschließend ggf. medienspezifische und programmatische Unterschiede in der Bewertung herauszufinden.

FF 1.11 Wie wird die Refugee Protestbewegung in der untersuchten Berichterstattung bewertet? (z. B. Pro, Contra ...)

FF 1.12 Welche Unterschiede in der Bewertung der Refugee Protestbewegung lassen sich zwischen den untersuchten Medien feststellen

H 3 Die konservative Tageszeitung Die Presse bewertet die Refugee Protestbewegung in ihrer Berichterstattung negativer als der liberale Standard.

H 4 Das Mid-Market-Paper KURIER verwendet, im Vergleich zu den anderen drei untersuchten Medien, am häufigsten Contra-Argumente.

FF 1.13 Welche Änderungen lassen sich bei der Bewertung der Refugee Protestbewegung im Untersuchungszeitraum feststellen?

7.2. Forschungsfrage Akteure

Das Ziel der handelnden Akteure in einer medialen Debatte ist es, Deutungshoheit zu erreichen (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 19). In der Untersuchung soll erfasst werden, in welchem Ausmaß es Akteuren gelingt in der medialen Debatte zu Wort zu kommen und zitiert zu werden. Als „Standing" von Akteuren wird der Erfolg bezeichnet überhaupt zu Wort zu kommen, unabhängig von bestimmten Inhalten. Je öfter einzelne Akteure zitiert werden, desto höher ist die Chance, dass ihre Positionen und Deutungen in der öffentlichen Debatte auf Resonanz stoßen. (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 27) Deshalb lautet die zweite Forschungsfrage:

FF 2 Welche Akteure dominieren die mediale Berichterstattung der Refugee Protestbewegung?

Daraus ergeben sich folgende Unterfragen und Hypothesen:

FF 2.1 Welche Akteure sind präsent in der medialen Debatte und aus welchen gesellschaftlichen Kontexten stammen sie?

In den vergangenen Jahren fanden vermehrt selbstorganisierte Flüchtlingsproteste statt. Auch bei der Refugee Protestbewegung ist das Spezifikum die Konstituierung der Bewegung durch die AsylwerberInnen selbst. Die Asylsuchenden agieren als AktivistInnen, im Zentrum stehen politischen Aktionen und selbstartikulierte Forderungen an politische EntscheidungsträgerInnen. Die Refugees versehen sich mit Macht, indem sie ihr Ansinnen öffentlich wirksam machen und eigenverantwortlich verhandeln. Die Protestaktion stellt eine neue Qualität des selbstorganisierten Widerstands durch Menschen mit Fluchthintergrund dar. Strategien, Taktiken und Wissen werden gemeinsam mit UnterstützerInnen mobilisiert, im Mittelpunkt steht die Selbstbestimmtheit der AsylwerberInnen. (vgl. Ataç, 02.2013) Die Untersuchung soll aufzeigen, ob sich das Empowerment der Flüchtlinge auch in ihrer Präsenz in den Medien widerspiegelt. So soll das Ausmaß ihrer Sprechrolle im medialen Diskurs ausgewertet und dem der UnterstützerInnen und AktivistInnen gegenübergestellt werden.

H 5 Refugees werden häufiger in den Medienberichten zitiert als UnterstützerInnen und AktivistInnen.

Bezugnehmend auf die Nachrichtenfaktoren Bedeutsamkeit, Identifikation und Sensationalismus, wird davon ausgegangen, dass sich im Untersuchungszeitraum Veränderungen bei der Präsenz der Akteure feststellen lassen (vgl. Burkart [4]2002: 280; Rhomberg 2009: 120).

FF 2.2 Welche Veränderungen bei der Medienpräsenz der Akteure sind im Untersuchungszeitraum feststellbar?

Im Oktober 2013 besetzten Refugees, nach einer Diskussionsrunde, die Akademie der Bildenden Künste. Es wird die Annahme getroffen, dass die Besetzung einer Hochschule dazu führt, dass Akteure aus dem System Wissenschaft durch den Grad der Bedeutsamkeit des Ereignisses an Präsenz gewinnen.

H 6 Akteure aus dem Wissenschaftssystem dominieren die Berichterstattung während der Besetzung der Akademie der Bildenden Künste durch Refugees.

Ein politisches Motiv wurde in der Abschiebung von acht pakistanischen Refugees im Juli 2013 von einzelnen Akteuren vermutet, vor allem in Anbetracht des Zeitpunkts – knapp zwei Monate vor der österreichischen Nationalratswahl 2013. Kardinal Schönborn äußerte öffentlich Kritik an den politischen EntscheidungsträgerInnen. „*Rechtsstaat und Menschlichkeit dürfen kein Widerspruch sein. Weiters stelle ich die Frage, welche Rolle es gespielt hat, dass Wahlkampfzeit ist?*“ (Kurier, 28.07.2013). Auch verschiedene Medien, wie beispielsweise der Falter gingen diesem Zusammenhang nach, „*denn schließlich wurde noch vor jeder Wahl versucht, rechts dicht zu machen*“ (Tóth/Klenk, 30.07.2013). In die Zeit des Nationalratswahlkampfs fielen ebenso die ersten Anschuldigungen aus dem Innenministerium betreffend der organsierten Schlepperei und einer Beteiligung von Votivkirchen-Flüchtlingen. Es wird die Annahme getroffen, dass zur Zeit des Nationalratswahlkampfs Akteure aus den Bereichen Politik und Verwaltung häufig in der Medienberichterstattung vorkommen.

H 7 Vor der Nationalratswahl im September 2013 sind VertreterInnen aus dem Akteurssystem Politik und Verwaltung überdurchschnittlich präsent in der Berichterstattung.

7.3. Forschungsfrage Frames

Politische Themen, die in der Medienöffentlichkeit von unterschiedlichen Akteuren behandelt werden sind meist vielschichtig und differenziert. Mit Hilfe von Frames werden Themenaspekte und Deutungsmuster selektiert und hervorgehoben, um etwa eine bestimmte Problemdefinition, eine Ursachenzuschreibung, eine moralische Bewertung oder eine Lösungszuschreibung zu betonen. Wenn ein Thema über einen längeren Zeitraum in der Medienberichterstattung präsent ist und somit Teil der öffentlichen Debatte ist, wechseln oft die tonangebenden Perspektiven und die vorgebrachten Argumentationen. (vgl. Entman 1993: 52; Schulz [2]2008: 148f.; Schulz [3]2011: 148f.; Matthes 2014: 11f.) Frames sind dynamisch und wandelbar, sie werden im öffentlichen Diskurs erkämpft, neu definiert, angepasst und/oder ausgetauscht (vgl. Matthes 2014: 15; Schulz [3]2011: 149). Demzufolge lautet die dritte Forschungsfrage:

FF 3 Welche Argumentationsmuster der Akteure dominieren die Berichterstattung?

Daraus ergeben sich die folgenden Unterfragen und Hypothesen:

FF 3.1 Welche Frames werden von welchen Akteuren in der Berichterstattung über die Refugee Protestbewegung genutzt?

H 8 Refugees und Einzelpersonen aus dem Bereich NGOs greifen – im Vergleich zu Akteuren aus dem System Politik und Verwaltung – öfter auf den Frame Forderungen der Protestbewegung zurück.

H 9 Der Frame Gewählte Protestorte und Unterbringung von Refugees kann dem Akteurssystem Kirchen am häufigsten zugeordnet werden.

Frames stellen grundsätzlich wichtige Parameter im massenmedialen Diskurs dar, denn durch die Deutungsangebote ist es Akteuren möglich ihre Positionen und Bewertungen eines Themas zu kommunizieren und so die Meinung der Zivilgesellschaft, der Eliten und EntscheidungsträgerInnen zu beeinflussen. Durch die massenmediale positive oder negative Darstellung eines Themas, wird auch die Meinung der Öffentlichkeit sowie die Elitenmeinung dahingehend begünstigt. (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 123)

FF 3.2 In welchen gesellschaftlichen Kontexten werden die Frames diskutiert?

H 10 Rechts-konservative Parteien, wie die FPÖ, fordern in stärkerem Umfang eine Beschleunigung der Asylverfahren, als etwa NGOs oder links-liberale Parteien, wie beispielsweise Die Grünen.

H 11 Links-liberale Parteien, NGOs und AsylwerberInnen fordern häufiger einen raschen Zugang zum Arbeitsmarkt, als konservative Parteien wie etwa ÖVP und FPÖ.

H 12 Links-liberale Parteien, NGOs und AsylwerberInnen fordern häufiger liberale Asylgesetze ein, als konservative Parteien wie ÖVP und FPÖ.

FF 3.3 Welche Änderungen bei der Frame-Nutzung können im Untersuchungszeitraum festgestellt werden?

H 13 Die Präsenz der Statements zum Frame Gesetzliche Rahmenbedingungen erreicht ihren Höhepunkt mit Beginn des Schlepper-Prozesses.

Auf Basis der News-Bias-Forschung ist zu erwarten, dass die Medien unterschiedliche Sichtweisen auf die Refugee Protestbewegung einnehmen. Die Nachrichtengebung folgt der jeweiligen redaktionellen Linie und die Thematik wird entsprechend unterschiedlich beurteilt. (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 331; Burkart [4]2002: 278) Das Thema bietet Medien mit unterschiedlichen Blattlinien Anreiz zur Positionierung in der Berichterstattung. Dies kann durch eigene journalistische Bewertungen oder durch die Auswahl an MultiplikatorInnen, die ihre Frames in der Debatte unterbringen und unterschiedlichste Positionen liefern, geschehen. (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 329f.) Daraus folgt die Annahme, dass sich aufgrund der unterschiedlichen redaktionellen Blattlinien der untersuchten Tageszeitungen, Unterschiede in der Präsenz der erhobenen Frames im Medienvergleich festlegen lassen.

FF 3.4 Welche Unterschiede können bei der Frame-Nutzung zwischen den Medien festgestellt werden?

H 14 Der liberale Standard nimmt von allen vier untersuchten Medien am ausführlichsten Bezug zu den Forderungen der Protestbewegung in der medialen Debatte.

H 15 Die Gesetzlichen Rahmenbedingungen werden im Mid-Market-Paper KURIER am wenigsten besprochen.

8. Forschungsdesign

Für die empirische Untersuchung der Darstellung der Refugee Protestbewegung in den Medien der Aufnahmegesellschaft wird eine Kombination von qualitativen und quantitativen Instrumenten herangezogen. Die Analyse der Medienberichterstattung aus den Online-Outlets von vier österreichischen Tageszeitungen (Der Standard, Die Presse, KURIER, Wiener Zeitung) erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird eine explorative Vorstudie und im Anschluss eine systematisch-quantitative Analyse des Untersuchungsmaterials durchgeführt. Der Untersuchungszeitraum umfasst 26 Monate (November 2012 bis Dezember 2014).

Von Interesse für die empirische Untersuchung sind vor allem die verwendeten Argumentationsmuster, die der Refugee Protestbewegung bestimmte Deutungsrahmen zuweisen. Da nur wenige Frame-Analysen auf selbstorganisierte Protestbewegungen von AsylwerberInnen verweisen, ist es aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive relevant herauszuarbeiten mit welchen Deutungsmustern Asylberichterstattung und Protest strukturiert werden.

Ziel der Arbeit ist es, die Deutungsrahmen in den Medien zur Berichterstattung über die Protestbewegung von Asylsuchenden festzumachen, mit Akteuren zu verknüpfen und herauszufinden, ob sich diese im Untersuchungszeitraum verändern.

8.1. Forschungsmethode: Inhaltsanalyse

> *Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, meist mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz auf mitteilungsexterne Sachverhalte.*
> (Früh [7]2011: 27)

Die Inhaltsanalyse ist ein Instrument der empirischen Sozialforschung. In der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft findet sie in erster Linie in der Medien-, Aussagen- und Kommunikatorforschung Verwendung. Erfasst werden dabei vor allem Form, Inhalt und Einstellungen, die sich in publizistischen Aussagen wiederfinden. (Atteslander zitiert nach Küpfer 1994: 44) Der Untersuchungsgegenstand der Inhaltsanalyse sind Medienprodukte: Texte aus Tageszeitungen oder auch Rundfunksendungen, Musik, Filme, Werbespots und vieles mehr (vgl. Brosius/Koschel [3]2005: 137). Ein weiteres Ziel der Inhaltsanalyse ist es Schlussfolgerungen auf beispielsweise gesellschaftliche Verhältnisse zu ziehen (vgl. Scheufele/Engelmann 2009: 148). So wird zum Beispiel in der Minderheitenforschung häufig die Medieninhaltsanalyse als methodisches Instrument benutzt. Dadurch kann herausgefunden werden wie häufig, in welchen Rollen und mit welchen Stereotypen Minderheiten in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Allgemeiner Befund ist, dass die medial konstruierte Realität nicht mit der tatsächlichen Realität übereinstimmt. (vgl. Brosius/Koschel [3]2005: 147) Da in der vorliegenden Studie Artikel über die Refugee Protestbewegung untersucht werden, ist es zweckdienlich sich für eine Inhaltsanalyse als methodische Durchführung zu entscheiden.

In der empirischen Kommunikationswissenschaft herrscht eine rege Debatte über qualitative versus quantitative Ansätze der Inhaltsanalyse. Rössler bevorzugt die Unterscheidung in eine standardisierte (quantitative) beziehungsweise in eine nicht standardisierte (qualitative) Inhaltsanalyse (vgl. [3]2017: 17f.). Nach Brosius und Koschel analysiert die quantitative Inhaltsanalyse im Gegensatz zur qualitativen Inhaltsanalyse eine große Textmenge, mit dem Ziel formale und inhaltliche Merkmale der Texte aufzuzeigen (vgl. [3]2005: 140). Diese Methode dient dazu, Hypothesen systematisch und intersubjektiv nachvollziehbar zu prüfen (vgl. Früh [7]2011: 28). Mayring verfolgt die These, dass die qualitative Inhaltsanalyse auch ohne Quantifizierung umgesetzt werden kann. In Untersuchungen in denen beide Modelle angewendet werden, sogenannten Mixed-Methods, wird stets getrennt voneinander vorgegangen (vgl. [12]2015: 17). Mayring bezieht sich auf das Unterscheidungskriterium, dass „*sobald Zahlenbegriffe und deren In-Beziehung-Setzen durch mathematische Operationen bei der Erhebung oder Auswertung verwendet werden*“ von einer quantitativen Analyse zu sprechen sei ([12]2015:

17). In der Wissenschaft wird zwischen induktiven und deduktiven Inhaltsanalysen unterschieden. Bei der Deduktion wird von theoretischen Konzepten auf Beobachtungsaussagen geschlossen. Bei der Induktion wird von empirischen Beobachtungen auf theoretische Konzepte geschlossen. (vgl. Früh [7]2011: 72)

Wiegt man die Vor- und Nachteilte der qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse ab, scheint es für diese Arbeit als sinnvoll sich für eine Kombination zu entscheiden. Einerseits liegen keine einschlägigen Frame-Studien zu selbstorganisierten Flüchtlingsbewegungen vor, deshalb gibt es kein geeignetes Material, auf welches deduktiv zurückgegriffen werden kann. Andererseits handelt es sich um einen weitläufigen Untersuchungszeitraum und auch das zu analysierende Material ist umfangreich, daher erscheint eine standardisierte Erhebung als sinnvoll. Diese Arbeit orientiert sich am Integrationsgedanken von Früh, für den die Abgrenzung zwischen qualitativ und quantitativ irreführend und nicht zielbringend ist. Denn jeder quantitativen Untersuchung gehe immer ein qualitatives Verfahren voraus. Früh geht davon aus, dass auch Quantitäten stets nach ihrer Bedeutung untersucht werden. (vgl. ebd.: 67f.)

Den Fokus der Arbeit bilden die aus der Berichterstattung herausgearbeiteten Frames. Angelehnt an die Theoriewahl des Frame-Ansatzes ist folgendes zu erwähnen: Beim deduktiven Methodenansatz werden Frames aus theoretischen Überlegungen gebildet bzw. aus Vorgängerstudien übernommen und im Anschluss auf das Untersuchungsmaterial umgelegt. Der methodische Aufwand ist geringer als beim induktiven Vorgehen, jedoch können mittels dieses Verfahrens selten passgenaue Frames erhoben werden. Mit der induktiven Variante können neue Frames ermittelt werden, die exakt auf das Untersuchungsmaterial umgelegt werden können. (vgl. ebd.: 72) Die Literaturrecherche hat gezeigt, dass es für die vorliegende Untersuchung Sinn macht nicht an Vorgängerstudien anzuknüpfen. Deshalb werden Frames in einem explorativen Verfahren aus einer Stichprobe herausgearbeitet, wodurch präzise auf das vorliegende Material eingegangen werden kann.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der methodische Rahmen dieser Arbeit bildet eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Instrumenten. Die Grundlage der Untersuchung ist eine induktiv-explorative Inhaltsanalyse, in der die inhaltlichen Charakteristika des Diskurses erfasst werden. Sie bilden den Ausgangspunkt der quantitativen Analyse. Durch den explorativen Ansatz können Medien-Frames direkt aus der Stichprobe des Untersuchungsmaterials herausgearbeitet werden. Da die Frames

im Folgenden auf ihre Häufigkeit ausgewertet werden sollen, ist eine systematische Inhaltsanalyse unumgänglich. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 21ff.)

8.2. Recherchestrategie und Selektionsentscheidung

Für das methodische Design wurde eine Medienauswahl getroffen und ein Untersuchungszeitraum festgelegt. Anschließend wurde das Untersuchungsmaterial ausgewählt.

8.2.1. Medienauswahl

Die Medienauswahl orientiert sich an den Kriterien Reichweite, gesellschaftliche Relevanz, Abbildung unterschiedlicher politischer Ausrichtungen – dies wurde anhand der jeweiligen politischen Positionierung des Blattes festgemacht – Medienvielfalt sowie überregionale Verfügbarkeit. Ziel bei der Medienauswahl war es, eine breite Perspektive auf die Berichterstattung der österreichischen Refugee Protestbewegung zu erhalten. Aus diesem Grund wurden folgende Medien in die Untersuchung aufgenommen:

1. Der Standard
2. Die Presse
3. KURIER
4. Wiener Zeitung

Die überregionale Tageszeitung Der Standard ist eine liberale Qualitätszeitung, die im Jahr 2014[22] eine Druckauflage von 94.148 laut ÖAK (2014) und eine Reichweite an LeserInnen pro Ausgabe von 5,7 % (Media-Analyse, 2014) aufwies. (vgl. Der Standard, 03.12.2014) Die überregionale Tageszeitung Die Presse (Qualitätszeitung) vertritt laut Blattlinie eine „*bürgerlich-liberale Auffassung auf (...) gehobenem Niveau*“ (Die Presse, 25.11.2010). 2014 wies Die Presse eine Auflagenzahl von 91.145 auf und erreichte eine Reichweite von 4,2 % (ÖAK, 2014; Media-Analyse, 2014). Bei der Tageszeitung KURIER handelt es sich um ein Mid-Market-Paper. Die Reichweite lag 2014 bei 8,2 % (Media-Analyse, 2014) und die Auflage bei 185.874 (ÖAK, 2014). Den Redaktionsstatuten der Wiener Zeitung ist zu entnehmen, dass es sich um eine überparteiliche Qualitäts-Tageszeitung handelt, die im Besitz der Republik Österreich ist (vgl. Wiener Zeitung, 07.12.2015), sie erscheint von Dienstag bis Samstag, die politische Ausrichtung ist liberal. Die Auflage liegt durchschnittlich bei ca. 32.000, wobei der

[22] Sämtliche Zahlen der Medienauswahl (Reichweite, Auflage) beziehen sich auf das Jahr 2014, da dies den Untersuchungszeitraum abschließt.

Auflagenverteilung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte: 72 % in Wien und Niederösterreich; 28 % restliches Bundesgebiet (vgl. Wiener Zeitung, 21.05.2014). Die drei erstgenannten Medien reihen sich unter die zehn größten Bezahl-Tageszeitungen in Österreich, gemessen an ihrer Reichweite. (vgl. Media-Analyse, 2017). Alle genannten Zeitungen erscheinen multimedial.

Um größtmögliche Verfügbarkeit zu schaffen wurden auf die Online-Nachrichtenportale der genannten Medien zurückgegriffen: derstandard.at, diepresse.com, kurier.at und wienerzeitung.at.

Für die Untersuchung wurden sämtliche redaktionellen Artikel in den Online-Outlets von Der Standard, Die Presse, KURIER und Wiener Zeitung herangezogen (Nachricht, Bericht, Kommentar, Leitartikel, Glosse, Interview, Reportage, Feature, Portrait ...). Ausgeschlossen von der Untersuchung sind Leserbriefe, Werbung und kommentierte Fotostrecken, da keine Bildanalyse durchgeführt wird. Sämtliche journalistische Darstellungsformen, die sich auf die österreichische Refugee Protestbewegung beziehen sollen untersucht werden, um möglichst detailliert die Forschungsfragen beantworten zu können. Die Untersuchung umfasst sämtliche Ressorts der genannten Medien.

In einer Volltextsuche wurde in den Online-Archiven der angeführten Zeitungen nach folgenden Schlagworten in der Überschrift oder im Artikel gesucht:

Flüchtling OR Refugee OR Asylwerber AND
Votiv OR Servitenkloster OR Protest OR Schlepper

Das Untersuchungsmaterial bezieht sich auf einen Zeitraum von 26 Monaten (November 2012 bis Dezember 2014), die Refugee Protestbewegung war in dieser Zeit von verschiedenen Höhepunkten geprägt (siehe Anhang Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich), aus diesem Grund musste eine umfangreiche Suchsyntax angewendet werden. Zu beobachten war u. a., dass im Laufe der Berichterstattung in den untersuchten Medien von der Begrifflichkeit *Flüchtling* häufig auf *Refugee* umgestellt wurde. Der Begriff *Votiv* umfasst die Begriffe *Votivpark* und *Votivkirche*, der Begriff *Protest* umfasst die Begriffe *Protest*, *Protestbewegung* und *Protestcamp*. Die Auswahl dieser Schlagworte ergab sich aus einer ersten Medienanalyse.

8.2.2. Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Marsch von AsylwerberInnen und UnterstützerInnen vom Erstaufnahmezentrum Traiskirchen nach Wien (22.11.2012) bis zum Ende des sog. Schlepper-Prozesses (29.12.2014). Die Chronologie der Refugee-Berichterstattung ist geprägt von zahlreichen „Höhepunkten" der Protestbewegung, wie beispielsweise Besetzung der Votivkirche, Beginn Hungerstreik, Räumung Refugee Protest Camp im Sigmund-Freud-Park, Übersiedelung in Servitenkloster, Schlepper-Prozess. (siehe Anhang Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich)

8.2.3. Untersuchungsmaterial

In die Analyse gehen nur jene Artikel ein, die folgende Kriterien erfüllen:

1. Der Artikel beschäftigt sich mit der österreichischen Refugee Protestbewegung. Anhand des festgelegten Untersuchungszeitraums und der definierten Suchsyntax wurden 535 Artikel aus den Online-Archiven ausgehoben, die diesen Kriterien entsprechen.
2. Im Artikel müssen direkte und/oder indirekte Zitate von Akteuren zum genannten Thema vorkommen. 34 der 535 Artikel waren ohne Zitate. Ein Artikel wurde auf Deutsch und Englisch publiziert, für die Untersuchung wurde der deutsche Artikel herangezogen.

Die Untersuchungseinheit stellt Aussagen von Akteuren innerhalb eines Artikels dar, es kann sich hierbei um direkte und/oder indirekte Zitate handeln. Aussagen werden nach inhaltlich-semantischen Kriterien definiert. Dementsprechend gilt als Aussage ein Bedeutungs- oder Sinnzusammenhang, vorgetragen von ein- und demselben Akteur. Akteure machen Aussagen in einem Artikel, die über den Artikel verteilt sein können. Aussagen können direkte Zitate (in Anführungszeichen) oder indirekte Zitate (im Konjunktiv) sein. Grammatikalische Zweifelsfälle verbaler Äußerungen werden als indirekte Zitate codiert (z. B. das Vergessen des Konjunktivs). Nicht als Aussagen gelten einzelne kurze Labels in Anführungszeichen. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015b)

Akteure sind identifizierbare Individuen oder Kollektive, über die im Artikel nicht nur berichtet wird, sondern die über direkte oder indirekte Zitate die Chance bekommen, ihre Ansicht zur österreichischen Refugee Protestbewegung zu kommunizieren. Es kann sich dabei um Personen, Gruppen, politische Parteien, Ministerien, Organisationen oder Institutionen handeln. Auch JournalistInnen werden als Aussageträger codiert, wenn

Aussagen über die Refugee Bewegung erkennbar von ihnen stammen (z. B. Meinungsbeiträge). (vgl. ebd.)

Um aussagekräftige Ergebnisse für die Untersuchung garantieren zu können, wurde auf eine Teilerhebung verzichtet. Mittels einer Vollerhebung kann eine Vielfalt der Akteure, deren Statements sowie explorativen Frames garantiert werden. Basierend auf den genannten Selektionsentscheidungen gehen n=500 Artikel[23] in die Analyse ein. Insgesamt wurden n=1.508 Aussagen identifiziert und ausgewertet.

8.3. Methodisches Vorgehen

Wie im Kapitel Forschungsmethode (siehe Kapitel Forschungsmethode) bereits angeführt ist die Grundlage der Untersuchung eine induktiv-explorative Inhaltsanalyse. Diese bildet den Ausgangspunkt der qualitativen Inhaltsanalyse.

8.3.1. Explorative Vorstudie

In der ersten Phase der Untersuchung werden aus einer geschichteten Stichprobe des Untersuchungsmaterials induktiv spezifische Idee-Elemente formuliert. Thematisch verwandte Idee-Elemente werden zu Frame-Paketen zusammengefasst, welche abschließend zu übergeordneten Medien-Paketen verdichtet werden. Darüber hinaus wird aus der Stichprobe eine Akteurs-Liste erstellt. Basierend auf der Stichprobe werden Merkmale der Artikel herausgearbeitet, anhand dieser Ergebnisse wird ein Codebuch erstellt (siehe Anhang Codebuch), welches im zweiten Schritt auf das gesamte Untersuchungsmaterial umgelegt wird. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 21)

Der Begriff „idea-element“ wurde ursprünglich von Gamson und Modigliani geprägt, er beschreibt kleinste Deutungseinheiten, die Frames zugeordnet werden können. Gerhards und Schäfer sprechen von grundlegenden Analyseeinheiten, die aus Argumenten bestehen können. Idee-Elemente stellen inhaltlich-semantisch voneinander unterscheidbare Einheiten dar. Sie beschreiben thematisch erkennbare Aussaugen im Statement von Akteuren. Konkret handelt es sich um direkte oder indirekte Zitate in Artikeln, die eindeutig Akteuren zugeschrieben werden können. Thematisch zusammengehörende Idee-Elemente werden zu Gruppen verdichtet. Jedes Idee-Element muss dabei genau einer übergeordneten Gruppe, einem Frame zugeordnet

[23] Im Anhang findet sich eine Übersicht der 500 Artikeln, die für die empirische Untersuchung analysiert wurden. (siehe Anhang Übersicht ausgewertete Clippings)

werden können. Die so erarbeiteten Frames werden auf einer letzten Stufe zu Medien-Paketen aggregiert. (vgl. Scheufele 2003: 85; Gerhards/Schäfer 2006: 72f.; Rhomberg/Kaiser 2015a: 21) Inhaltlich zusammengehörende Frames wurden von Gamson und Modigliani zu sogenannten „media packages“ zusammengefasst. Ein Medien-Paket hat eine interne Struktur und enthält eine zentrale Organisationsidee (vgl. 1989: 3).

In der explorativen Vorstudie wurde folgendermaßen vorgegangen: Zuerst wurde das Untersuchungsmaterial (siehe Kapitel Recherchestrategie und Selektionsentscheidung) aus den Archiv-Datenbanken der Tageszeitungen (Der Standard, Die Presse, KURIER, Wiener Zeitung) erhoben. Die Artikel wurden gesichtet und nummeriert. Zutreffende Aussagen von Akteuren wurden mittels der Analyse-Software MAXQDA codiert. MAXQDA ist ein Computerprogramm zur Unterstützung und Durchführung von qualitativen, quantitativen und Mixed-Methods-Forschungsprojekten. MAXQDA wird in den verschiedensten Wissenschafts- und Praxisfeldern eingesetzt und eignet sich besonders gut für die systematische Auswertung von Datensätzen in den Sozialwissenschaften. (vgl. MAXQDA, o.J.) Für das Forschungsvorhaben war es wichtig, dass Textpassagen herausgefiltert und gewissen Kategorien (Akteurssystemen) zugeordnet werden konnten. Im Fokus der Vorstudie standen klar erkennbare Aussagen, die von Akteuren geäußert wurden. In einem nächsten Schritt wurde eine detaillierte Akteurs-Liste erstellt.

Für die Untersuchung ist es zwingend erforderlich die vielfältigen gesellschaftlichen Akteure, die in der medialen Debatte rund um die österreichische Refugee-Berichterstattung vorkommen, zu identifizieren und thematisch zu strukturieren. Akteure bringen über die Medien unterschiedliche Deutungsangebote (Frames) in die öffentliche Debatte ein. Akteure aus gesellschaftlichen Teilsystemen (sog. *Akteurssysteme*) wie Politik, Interessensverbände, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften und Medien stehen sich in ihrer befürwortenden oder ablehnenden Haltung zur Refugee Protestbewegung gegenüber. Darunter befinden sich Ministerien, politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Interessensgruppen, Kirchen, MedienvertreterInnen, WissenschaftlerInnen, ExpertInnen ... Das Akteurssystem Medien wurde dann gewählt, wenn Medien sich selbst thematisieren, z. B. indem sie auf Berichte anderer Medien verweisen oder in Meinungsbeiträgen eigene Aussagen über die Refugee Protestbewegung treffen (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 28). Die einzelnen Akteurssysteme setzen sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle 3: Verteilung von Akteurssystemen nach Akteuren

Akteurssysteme Anteil	
Politik und Verwaltung	35,1%
Ministerien und Verwaltung	19,9%
Parteien	12,1%
Andere Politik	3,1%
Zivilgesellschaft	32,0%
NGO	26,3%
UnterstützerInnen und AktivistInnen	5,2%
Andere Zivilgesellschaft	0,5%
Refugees	17,3%
Refugees	14,2%
RechtsvertreterInnen	2,5%
SprecherInnen Refugees	0,7%
Kirchen	6,0%
Katholische Kirche	5,6%
Evangelische Kirche	0,2%
Islamische Glaubensgemeinschaft	0,1%
Israelitische Kultusgemeinde	0,1%
Medien	5,6%
Der Standard	3,5%
Die Presse	0,7%
Kurier	0,7%
Kronen Zeitung	0,3%
Falter	0,2%
Wiener Zeitung	0,1%
unzensuriert.at	0,1%
wien.orf.at	0,1%
Wissenschaft	2,7%
Wissenschaft	2,7%
Sonstige	1,5%
Dokumente	0,7%
Sonstige	0,5%
DolmetscherInnen	0,3%
Gesamtergebnis	100,0%

Angaben in Prozent (n = 1.508 Aussagen) | Gliederung Akteurssysteme

Für den ersten Schritt der Frame-Analyse, das explorative Herausarbeiten von Frames aus dem Untersuchungsmaterial, wurde eine geschichtete Stichprobe von 10 % der Grundgesamtheit gezogen. Insgesamt wurden N=1.508 Aussagen in 500 Artikeln erhoben. n=151 Aussagen wurden für die Formulierung der Idee-Elemente, Frames und Medien-Pakete herangezogen. Die Schichtung richtet sich nach den Kriterien Medium, Erscheinungsmonat und Frequenz von Aussagen (Der Standard am meisten, Die Presse und KURIER gleich auf, Wiener Zeitung am wenigsten; erstes Drittel Untersuchungszeitraum am meisten, zweites Drittel am wenigsten). Um für das explorative Verfahren die größtmögliche Vielfalt an Deutungen und Interpretationen sicherstellen zu können, wurde ebenfalls auf eine Akteurs-Vielfalt geachtet.

So setzt sich beispielsweise der in der Analyse definierte Frame *Asylgesetze*, der im Medien-Paket *Forderungen* verortet ist, aus drei Idee-Elementen zusammen:

Tabelle 4: Beispiel für Medien-Paket, Frame und Idee-Elemente

2	FORDERUNGEN
2200	Asylgesetze
2201	Asylgesetze müssen humanitärer gestaltet werden.
2202	Bestehenden Asylgesetze sind ausreichend.
2203	Asylgesetze müssen verschärft werden.

Die Idee-Elemente wurden u. a. aus folgenden Zitaten gewonnen:

1. „Ein positives Signal der Bundesministerin. In manchen Bereichen braucht das Asylwesen aber Reformen." (# 373)
2. Mikl-Leitner bekräftigte, dass es keine strukturellen Änderungen im österreichischen Asylwesen geben werde, da es eines der besten Asylsysteme in Europa sei. (...) (# 337)
3. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky nahm die Besetzung der Votivkirche zum Anlass, eine Verschärfung der Asylgesetzgebung zu verlangen, etwa durch eine "Anreizminimierung" für jene, die Missbrauch betreiben würden. (...) (# 520)

Anhand der Ergebnisse wurde ein Codebuch[24] erstellt, welches im zweiten Schritt der Untersuchung auf das gesamte Untersuchungsmaterial angewendet wurde. (siehe Anhang Codebuch)

8.3.2. Systematisch-quantitative Analyse

An das explorative Verfahren schließt eine systematisch-quantitative Inhaltsanalyse an, so können breite Aussagen über den Untersuchungsgegenstand getroffen werden. Für die quantitative Analyse wurden elementare Aspekte (Akteure, Themen, Bewertung) sowie formale Aspekte (Datum, Medium, Darstellungsform, Ressortplatzierung) der Mediendebatte erhoben. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 21f.)

Die codierten Aussagen wurden aus dem Analyseprogramm MAXQDA in ein Excel-Dokument übertragen. In diesem Codierblatt erfolgte anschließend die Codierung des gesamten Untersuchungsmaterials sowie die Auswertung.

[24] Das Codebuch basiert auf der Studie von Rhomberg und Kaiser 2015: Multiplikatorenanalyse zur Untersuchung von transformierenden gesellschaftlichen Strategien. Die Studienautoren haben dieses Codebuch auf Nachfrage der Autorin dieser Arbeit zur Verfügung gestellt. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015b)

9. Untersuchungsergebnisse

Die Darstellung der Ergebnisse orientiert sich an den Forschungsfragen und Hypothesen (siehe Kapitel Forschungsfragen und Hypothesen). Zunächst wird auf die Struktur der Berichterstattung eingegangen. Im nächsten Schritt werden die identifizierten Akteure präsentiert. Anschließend werden die erhobenen Frames analysiert und in Relation zu den Akteurssystemen sowie zur Berichterstattungsstruktur gebracht.

Es wurden anhand der festgelegten Selektionskriterien (Medienauswahl, Suchsyntax, Untersuchungsmaterial, -zeitraum ...) n=500 Artikel in die Analyse aufgenommen und untersucht. Insgesamt wurden n=1.508 Aussagen identifiziert und ausgewertet.

Tabelle 5: Übersicht Artikel in Medien

Medien	2012	2013	2014	Gesamtergebnis
Der Standard	38	136	21	195
Die Presse	36	56	6	98
KURIER	17	67	15	99
Wiener Zeitung	18	73	17	108
Gesamtergebnis	**109**	**332**	**59**	**500**

Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Gesamtübersicht Artikel in Medien

195 Artikel wurden in Der Standard publiziert, 98 in Die Presse, 99 in KURIER und 108 in Wiener Zeitung.

9.1. Untersuchungsergebnisse Struktur der Berichterstattung

In diesem Kapitel wird die Berichterstattungsstruktur in den vier untersuchten Medien analysiert. Unterschiede und Ähnlichkeiten bei der Medien-Präsenz der österreichischen Refugee Protestbewegung werden herausgearbeitet. Der Stellenwert der Protestbewegung wird in den untersuchten Artikeln erhoben und es wird ermittelt, ob die Bewegung das Haupt- oder Nebenthema in der Berichterstattung darstellt und welche Unterschiede es zwischen den Medien und im Zeitverlauf gibt. Außerdem wird der Frage nachgegangen, ob es Unterschiede in der Quantität der Präsenz im Untersuchungszeitraum – z. B. während der Wahlkampfzeit 2013 – und/oder zwischen den untersuchten Medien gibt. Es wird analysiert in welchen Ressorts die Refugee-Berichterstattung platziert ist und auf welche Darstellungsformen zurückgegriffen wird. Auch der Frage über etwaige Veränderungen bei der Ressort-Platzierung und den Darstellungsformen im Untersuchungszeitraum und Medienvergleich wird nachgegangen. Die Untersuchung soll Erkenntnis über die generelle Bewertung der Thematik in den Medien liefern. All diese Aspekte sind wichtig zu erheben, da sie die Rolle der Medien bei der Realitätskonstruktion beschreiben.

Anhand der festgelegten Selektionskriterien gehen n=500 Artikel in die Analyse der Medienberichterstattung rund um die Refugee Protestbewegung ein.

9.1.1. Thematischer Stellenwert

Die Untersuchung soll Aufschluss darüber geben, welchen Stellenwert die Refugee Protestbewegung in der medialen Debatte einnimmt. Unterschieden wird, ob das Thema als Haupt-, Neben- oder Randthema im Artikel positioniert wird (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 333).

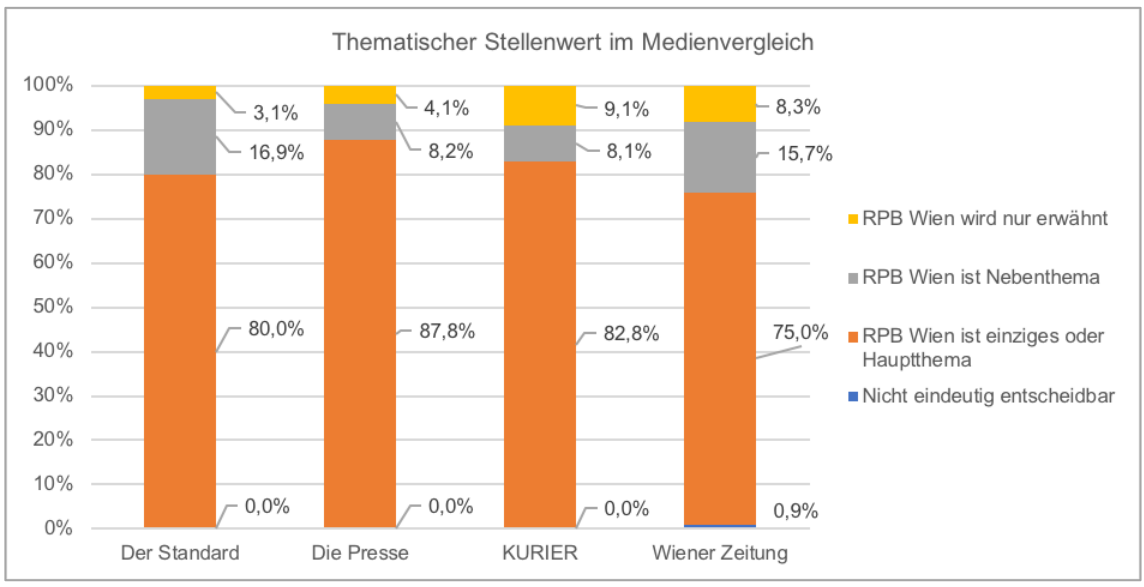
Tabelle 6: Stellenwert der Refugee Protestbewegung in der Berichterstattung

Thema	Der Standard	Die Presse	KURIER	Wiener Zeitung	Gesamtergebnis
RPB ist einziges oder Hauptthema	156	86	82	81	405
RPB ist Nebenthema	33	8	8	17	66
RPB wird nur erwähnt	6	4	9	9	28
Nicht eindeutig entscheidbar				1	1
Gesamtergebnis	**195**	**98**	**99**	**108**	**500**

Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Thematischer Stellenwert in Berichterstattung

Bei Betrachtung des Stellenwerts in der untersuchten Berichterstattung zeigt sich, dass die Protestbewegung so gut wie immer das *einzige* bzw. das *Hauptthema* in den Artikeln darstellt. In 405 von insgesamt 500 untersuchten Artikeln dominiert das Thema die Berichterstattung. Mit sehr großem Abstand folgt die Refugee-Bewegung als *Nebenthemen* in der Berichterstattung (66 Artikel). Am seltensten wurde die Thematik in den Berichten lediglich als *Randthema* erwähnt (28 Artikel). Ein Artikel konnte nicht eindeutig zugeordnet werden.

Abbildung 3: Stellenwert der Refugee Protestbewegung im Medienvergleich

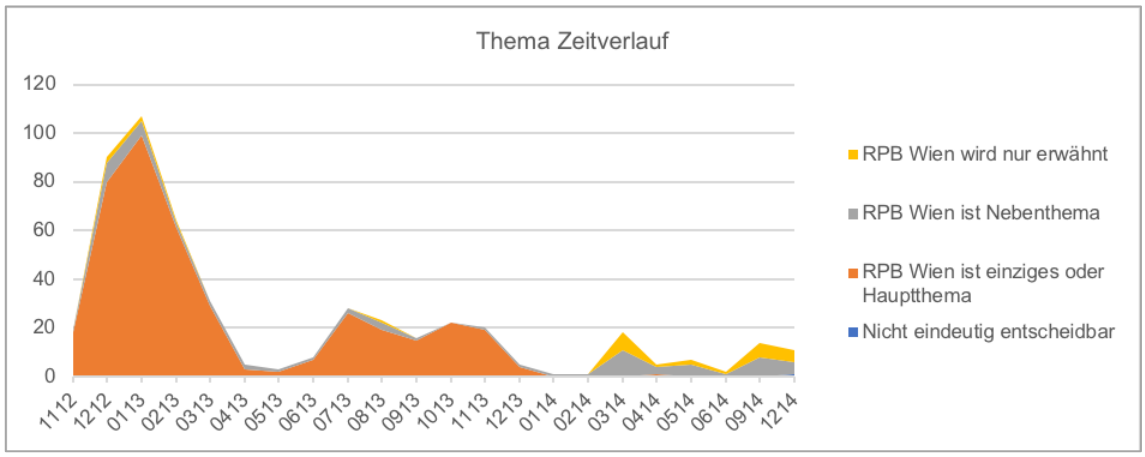


Prozentuelle Verteilung (n = 500 Artikel) | Prozentuelle Verteilung des Thematischen Stellenwerts im Medienvergleich

Vergleicht man den Stellenwert der Protestbewegung in der Berichterstattung zwischen den Medien zeigt sich, dass bei allen vier untersuchten Medien das Thema eindeutig

dominiert. Verhältnismäßig dominiert die Thematik bei Die Presse in 87,8 % der Artikel die Berichterstattung. Der geringste Anteil, mit 75 % als dominierendes Thema, weist die Wiener Zeitung auf. Auffällig ist, dass Der Standard nur in 3,1 % der Fälle der Berichterstattung die Refugee Protestbewegung lediglich erwähnt, im Vergleich dazu sind es beim KURIER 9,1 %. Die liberale Tageszeitung Der Standard räumt der Refugee Protestbewegung verhältnismäßig am meisten Raum in der Berichterstattung ein.

Abbildung 4: Thematischer Stellenwert der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf



Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Thematischer Stellenwert im Zeitverlauf nach Monaten

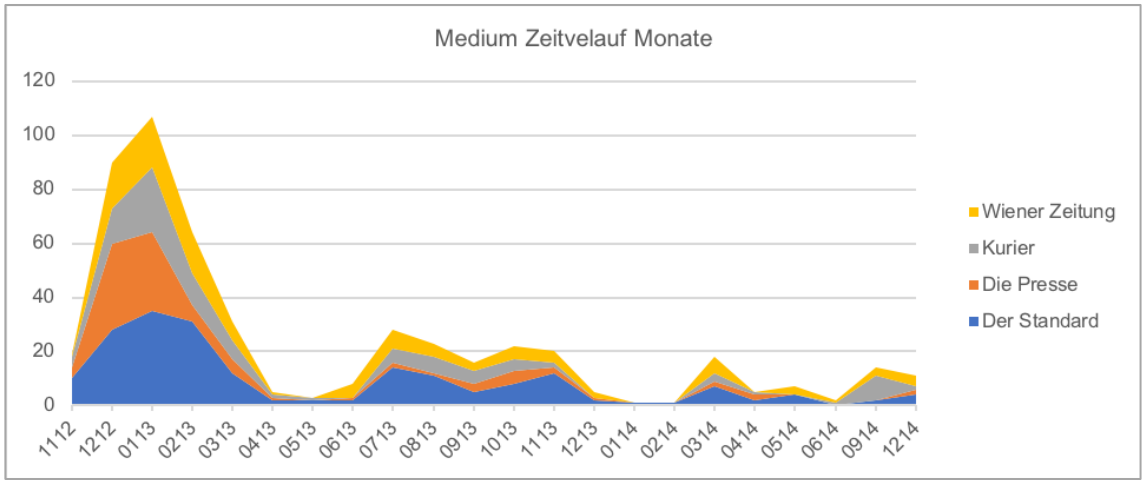
Dem Zeitverlauf ist eindeutig zu entnehmen, dass im Untersuchungszeitraum bis Ende 2013 der thematische Stellenwert der Refugee Protestbewegung die Medienberichterstattung dominiert (404 Artikel). Im Jahr 2014 ändert sich dies signifikant, die Refugee Bewegung wird in der Berichterstattung zum *Nebenthema* (35 Artikel) bzw. wird in 22 Artikeln *lediglich erwähnt*. 2014 ist die Refugee Protestbewegung ausschließlich in einem Artikel das *Hauptthema*.

Zusammenfassend können die Forschungsfragen 1.1 und 1.2 wie folgt beantwortet werden: Die Refugee Protestbewegung hat einen signifikant hohen Stellenwert in der Berichterstattung, in 405 von 500 Artikeln dominiert sie eindeutig die mediale Debatte. Der thematische Stellenwert ändert sich im Untersuchungszeitraum einschlägig. Bis Ende 2013 dominiert das Thema die Berichterstattung, im Jahr 2014 ist das Thema lediglich *Nebenthema* bzw. wird überhaupt in den untersuchten Medien *nur mehr erwähnt*. Im Medienvergleich fällt auf, dass die liberale Tageszeitung Der Standard der Thematik vergleichsweise am meisten Raum in der Berichterstattung einräumt.

9.1.2. Präsenz im Zeitverlauf

Der folgende Abschnitt soll Erkenntnisse über Veränderungen der Präsenz im Untersuchungszeitraum liefern und der Frage nach einem Zusammenhang zwischen Höhepunkten in der medialen Debatte und externen Ereignissen nachgehen.

Abbildung 5: Präsenz Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf monatlich



Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Vergleich vier Medien im Zeitverlauf nach Monaten

Die Analyse zeigt, dass der Höhepunkt der Präsenz der Refugee-Berichterstattung, gemessen an der Anzahl der publizierten Artikel, zwischen Dezember 2012 (90 Artikel), Jänner 2013 (107 Artikel), Februar 2013 (64 Artikel) und März 2013 (31 Artikel) zu verorten ist. In dieses Zeitfenster fällt die Besetzung der Votivkirche (Hypothese 1) und die damit verbundenen Aktionen wie beispielsweise Hunger- und Durststreik sowie folgende Ereignisse (siehe Anhang Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich):

21.12.2012: Runder Tisch findet statt. Anwesend sind VertreterInnen der Refugee-Bewegung, Kirchen, NGOs und BMI.

25.12.2012: Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) sichert weitere Gesprächsbereitschaft seitens der Politik zu.

28.12.2012: Räumung Refugee Protest Camp im Sigmund-Freud-Park.

02.01.2013: Treffen von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Wolfgang Taucher (Leiter Bundesasylamt) mit vier Vertretern der Refugee-Bewegung und Klaus Schwertner (Caritas).

14.01.2013: Forderung von FPÖ die Votivkirche zu räumen.

05. – 06.02.2013: Erste Abschiebungen von Refugee-Aktivisten nach Dublin-II werden durchgeführt.

12.02.2013: Veröffentlichung des Evaluierungsberichts zur Räumung des Refugee Protest Camp im Sigmund-Freud-Park.
13.02.2013: Antwortschreiben von Bundespräsidenten Heinz Fischer an Refugees.
03.03.2013: Protest in Votivkirche wird beendet, Übersiedelung in Servitenkloster, welches von der Caritas zur Verfügung gestellt wird.

Im Zeitraum April bis Juni 2013 (insgesamt 16 Artikel) schwächt die Berichterstattungsfrequenz deutlich ab. In den Monaten Juli 2013 (28 Artikel), August 2013 (23 Artikel) und September 2013 (16 Artikel) steigt die Präsenz der Protestbewegung in der Medienberichterstattung erneut an. Der signifikante Anstieg in der medialen Debatte kann voraussichtlich auf das Ereignis Wahlkampf zur Nationalratswahl 2013 zurückgeführt werden (Hypothese 2). In den Monaten Oktober (22 Artikel) und November 2013 (20 Artikel) wird das Thema ebenfalls breit diskutiert, dies fällt mit der Besetzung der Akademie der Bildenden Künste zusammen. Anschließend ebbt die Präsenz erneut signifikant ab, im Zeitfenster Jänner und Februar 2014 werden lediglich zwei Artikel veröffentlicht. Im März 2014 erhält die mediale Debatte rund um das Refugee-Thema inhaltlich wieder Schwung (18 Artikel), dies kann mit Beginn des Schleppers-Prozesses am Landesgericht Wiener Neustadt in Verbindung gebracht werden. Anschließend ebbt die Berichterstattung erneut ab, erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums steigt die Präsenz in den Monaten September (14 Artikel) und Dezember 2014 (elf Artikel) ein letztes Mal. Auch hier kann ein Zusammenhang zur Wiederaufnahme des Schlepper-Prozesses (09.2013) und der Urteilsverkündung im Prozess (12.2014) abgeleitet werden. In den Monaten Juli, August, Oktober und November 2014 werden keine Artikel zur Refugee Protestaktion in den untersuchten Medien publiziert.

Zusammenfassend können die Forschungsfrage 1.3 und Hypothesen 1 und 2 folgendermaßen beantwortet werden: Mit Abstand die höchste Berichterstattungsfrequenz erreicht die Refugee Protestbewegung in den Monaten Dezember 2012, Jänner 2013 und Februar 2013 (261 von 500 Artikel). In dieses Zeitfenster fällt die Besetzung der Votivkirche (Hypothese 1). Einen weiteren Häufigkeits-Höhepunkt in der Präsenz stellen die Monate Juli, August und September 2013 dar (insgesamt 67 Artikel). Dieser erneute medienübergreifende Anstieg der Präsenz kann voraussichtlich auf die Nationalratswahl 2013 und den vorhergehenden Wahlkampf zurückgeführt werden (Hypothese 2).

9.1.3. Präsenz im Medienvergleich

Folgender Abschnitt liefert Erkenntnisse über die Präsenz der Berichterstattung im Medienvergleich. Insgesamt beschäftigten sich im Untersuchungszeitraum n=500 Artikel mit der Refugee Protestbewegung. 195 Artikel wurden in Der Standard publiziert, 98 in Die Presse, 99 in KURIER und 108 in der Wiener Zeitung.

Tabelle 7: Präsenz Refugee Protestbewegung im Medienvergleich

	2012	2013				2014				
Medien	Q 4	Q 1	Q 2	Q 3	Q 4	Q 1	Q 2	Q 3	Q 4	Gesamt-ergebnis
Der Standard	38	78	6	30	22	9	6	2	4	**195**
Die Presse	36	40	2	6	8	2	2	0	2	**98**
KURIER	17	43	2	16	6	3	2	9	1	**99**
Wiener Zeitung	18	41	6	15	11	6	4	3	4	**108**
Gesamtergebnis	**109**	**202**	**16**	**67**	**47**	**20**	**14**	**14**	**11**	**500**

Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Vergleich vier Medien im Zeitverlauf nach Quartalen

Im 4. Quartal 2012 fällt auf, dass die Tageszeitungen *Der Standard* (38 Artikel) und *Die Presse* (36 Artikel) doppelt so viele Artikel publizieren, als im *KURIER* (17 Artikel) und in der *Wiener Zeitung* (18 Artikel) veröffentlicht wurden. Im 1. Quartal 2013 zeigt sich, dass Der Standard mit großem Abstand am häufigsten über die Refugee-Bewegung berichtet (78 Artikel), das sind fast doppelt so viele Artikel wie bei den anderen drei Tageszeitungen, die Verteilung zwischen *Die Presse* (40 Artikel), *KURIER* (43 Artikel) und *Wiener Zeitung* (41 Artikel) präsentiert sich ausgeglichen. Die Medienberichterstattung flacht im 2. Quartal 2013 bei allen vier Medien ab (insgesamt 16 Artikel) und zieht im 3. Quartal 2013 erneut an (67 Artikel insgesamt). Auch hier ist die Präsenz der Refugee-Berichterstattung in Der Standard (30 Artikel) am höchsten, während Die Presse sechs Artikel in diesem Zeitraum zur Thematik veröffentlicht. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im 4. Quartal 2013. Nennenswert ist, dass im 3. Quartal 2014 Die Presse keinen Artikel zur Refugee Protestbewegung veröffentlicht, dafür der KURIER im Vergleich zu Der Standard und Wiener Zeitung dreimal so viele (neun Artikel).

Zusammenfassend kann die Forschungsfrage 1.4 folgendermaßen beantwortet werden: Im gesamten Untersuchungszeitraum hat die Protestbewegung einen besonders hohen Nachrichtenwert in Der Standard, der größte Anteil der Berichterstattung ist in der liberalen Tageszeitung zu verorten (195 Artikel von insgesamt 500 Artikeln). Die zweitstärkste Prominenz der Thematik findet sich in der Wiener Zeitung wieder (108 Artikel). Die Präsenz in Die Presse und KURIER sind (mit 98 und 99 Artikeln) gleich auf.

9.1.4. Ressort-Platzierung

Dieser Teil der Untersuchung liefert allgemeine Erkenntnisse über die Ressort-Platzierung der Refugee-Berichterstattung sowohl im Medien-, als auch im Zeitvergleich.

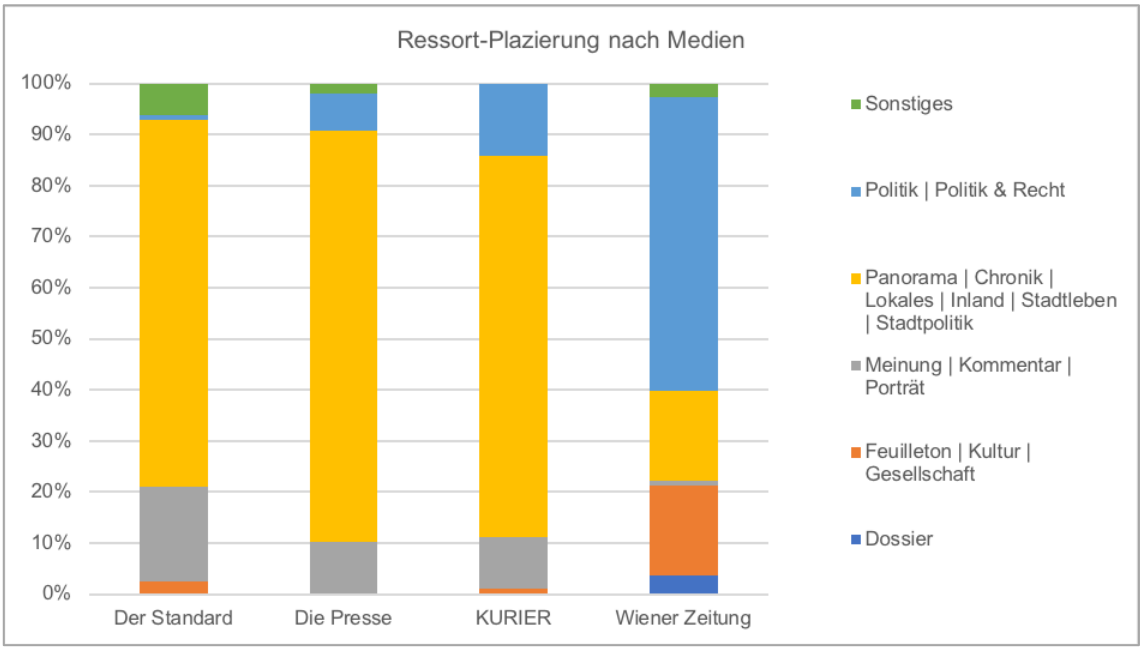
Tabelle 8: Ressort-Platzierung der Refugee Protestbewegung in der Berichterstattung

Ressort	Der Standard	Die Presse	KURIER	Wiener Zeitung	Gesamt-ergebnis
Feuilleton | Kultur | Gesellschaft	5		1	19	25
Meinung | Kommentar | Porträt	36	10	10	1	57
Panorama | Chronik | Lokales | Inland | Stadtleben | Stadtpolitik	140	79	74	19	312
Politik | Politik & Recht	2	7	14	62	85
Sonstiges	12	2		3	17
Dossier				4	4
Gesamtergebnis	**195**	**98**	**99**	**108**	**500**

Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Aussagen) | Ressort-Platzierung in Berichterstattung

Die Berichterstattung dominiert eindeutig im Ressort *Panorama, Chronik, Lokales, Inland, Stadtleben, Stadtpolitik* (312 von 500 Artikeln). Mit großem Abstand wurden die Artikel am zweithäufigsten im Ressort *Politik, Politik & Recht* platziert (85 Artikel). An dritter Stelle folgt *Meinung, Kommentar, Portrait* (57 Artikel). Die anderen Ressorts spielen eine untergeordnete Rolle. Von Interesse ist der Vergleich der Ressort-Platzierung zwischen den Medien, da sich hier charakteristische Unterschiede zeigen.

Abbildung 6: Ressort-Platzierung der Refugee-Berichterstattung im Medienvergleich

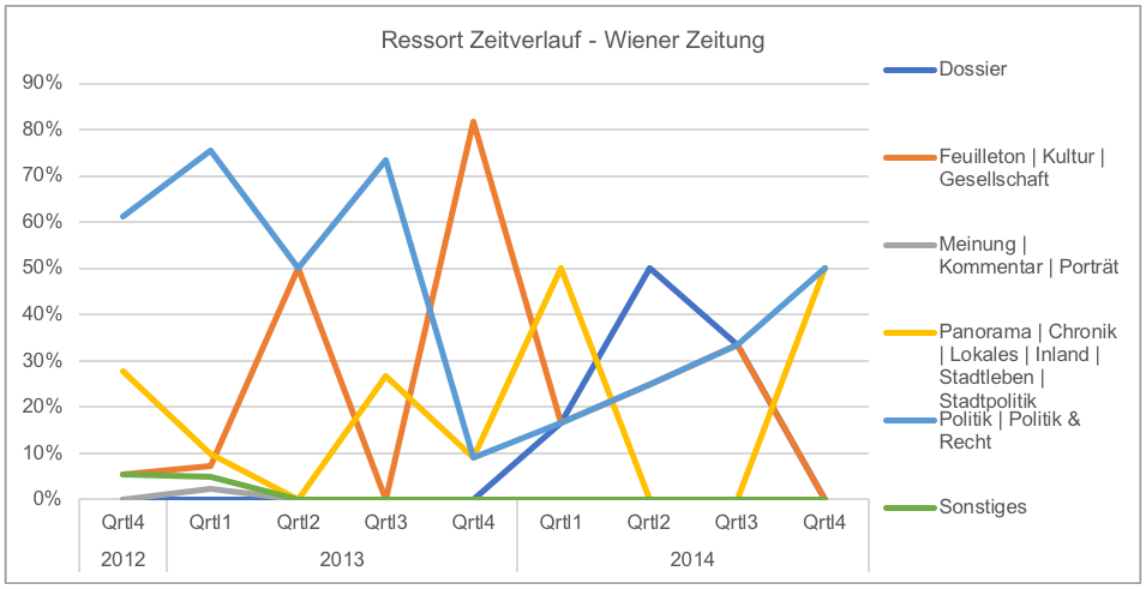


Prozentuelle Verteilung (n = 500 Artikel) | Prozentuelle Verteilung der Ressort-Platzierung im Medienvergleich

Während bei Der Standard, Die Presse und KURIER das Ressort *Panorama, Chronik, Lokales, Inland, Stadtleben, Stadtpolitik* dominiert (293 von insgesamt 312 Artikel), ist

es bei der Wiener Zeitung das Ressort *Politik, Politik & Recht* (62 Artikel), vergleichsweise werden in der Wiener Zeitung im allgemein dominierenden Ressort nur 19 Artikel publiziert. Der Standard wiederrum veröffentlicht lediglich zwei Artikel im Ressort *Politik, Politik & Recht*, Die Presse sieben und der KURIER 14 Artikel. Auffallend im Medienvergleich ist der Unterschied im Ressort *Meinung, Kommentar, Portrait*. Während Der Standard 36 Artikel im genannten Ressort bespricht, sind es bei Die Presse und KURIER jeweils zehn Artikel, in der Wiener Zeitung sogar nur ein Artikel. Auffallend ist auch, dass Die Presse das einzige Medium ist, welches keinen Artikel im Ressort *Feuilleton, Kultur, Gesellschaft* veröffentlicht. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass sich die Berichterstattung kaum in den Feuilletons niederschlägt. Die Darstellung im Medienvergleich zeigt, dass sich vor allem die Wiener Zeitung bei der Ressort-Platzierung deutlich von den anderen Medien unterscheidet. Nachstehende Grafik stellt die Vielschichtigkeit der Ressort-Platzierung der Tageszeitung dar:

Abbildung 7: Ressort-Platzierung der Refugee Protestbewegung Wiener Zeitung



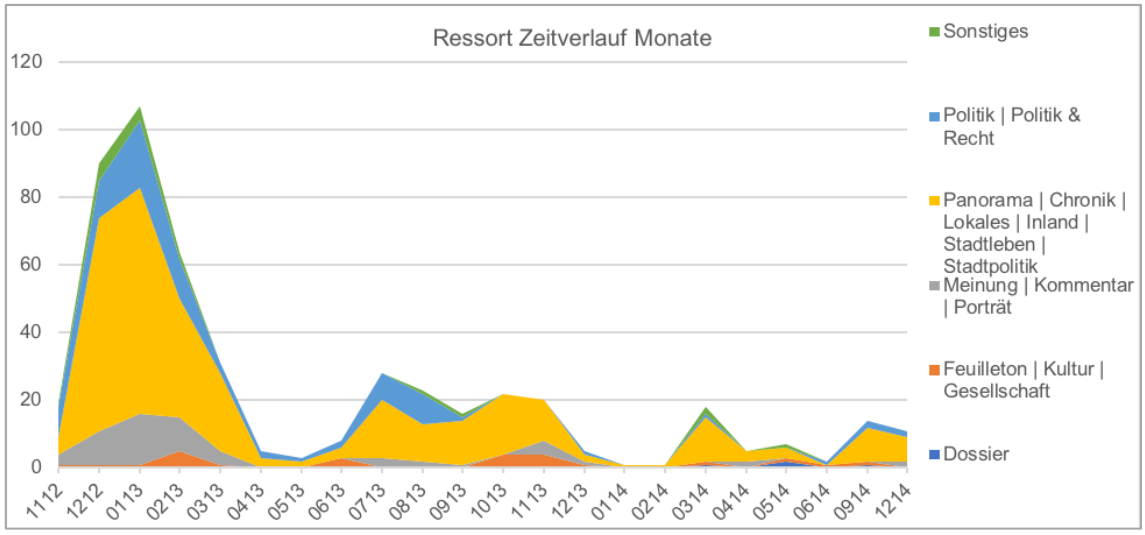
Prozentuelle Verteilung (n = 500 Artikel) | Prozentuelle Verteilung der Ressort-Platzierung in Wiener Zeitung im Zeitverlauf

Die Refugee Protestbewegung ist ein politisches Thema, dies spiegelt sich in der Wiener Zeitung auch bei der Ressort-Platzierung wider (Ressort *Politik, Politik & Recht*). Die Artikel der Wiener Zeitung finden sich auch in der lokalen und regionalen Berichterstattung wieder, wenn auch im Vergleich zu den anderen untersuchten Medien wesentlich weniger dominant (Ressort *Panorama, Chronik, Lokales, Inland, Stadtleben, Stadtpolitik*). Die Wiener Zeitung ist das einzige Medium, welches Artikel im Ressort *Dossier* veröffentlicht (vier Artikel), auch der Anteil aus dem Ressort *Feuilleton, Kultur,*

Gesellschaft ist bei der Wiener Zeitung im Vergleich zu den anderen Medien höher (19 Artikel).

Die Betrachtung der Ressort-Platzierung im gesamten Untersuchungszeitraum ergibt folgendes Bild:

Abbildung 8: Ressort-Platzierung der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf



Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Ressort-Platzierung im Zeitverlauf nach Monaten

Die vorherrschende Platzierung der Protestbewegung im Ressort *Panorama, Chronik, Lokales, Inland, Stadtleben, Stadtpolitik* bleibt über den gesamten Untersuchungszeitraum konstant stabil. In der ersten Hälfte der Analyse, bis September 2013, wird das Thema auch auf den *Politik- und Recht-Seiten* der untersuchten Medien verhandelt. Ende 2014 kommt es zu einem neuerlichen Anstieg bei der Platzierung im Ressort *Politik, Politik & Recht*. Das überrascht nicht, fällt dies mit dem Schlepper-Prozess und dessen Ausgang zusammen.

Zusammenfassend können die Forschungsfragen 1.5, 1.6 und 1.7 folgendermaßen beantwortet werden: Die Berichterstattung der Refugee Protestbewegung dominiert eindeutig im Ressort Panorama, *Chronik, Lokales, Inland, Stadtleben, Stadtpolitik* (312 von 500 Artikeln). Am zweithäufigsten wurden die Artikel im Ressort *Politik, Politik & Recht* platziert, wobei auffallend ist, dass 62 von 85 Artikel aus diesem Bereich in der Wiener Zeitung publiziert wurden. Auffallend ist auch, dass sich besonders die Ressort-Platzierung in der Wiener Zeitung sehr vielschichtig darstellt. Hier finden sich Artikel im Ressort *Dossier* sowie *Feuilleton, Kultur, Gesellschaft*. Für den Untersuchungszeitraum lässt sich festhalten, dass es Ende 2014 zu einem neuerlichen Anstieg bei der

Platzierung im Ressort *Politik, Politik & Recht* kommt. Das kann auf die Berichterstattung rund um den Schlepper-Prozess und die Diskussion der gesetzlichen Regelungen rund um den § 114 des Fremdenpolizeigesetzt (FPG) zurückgeführt werden.

9.1.5. Darstellungsform

Wichtig für das Framing des Themas, ist die Frage, in welcher Form die Berichterstattung rund um die Refugee Protestbewegung dargestellt wird.

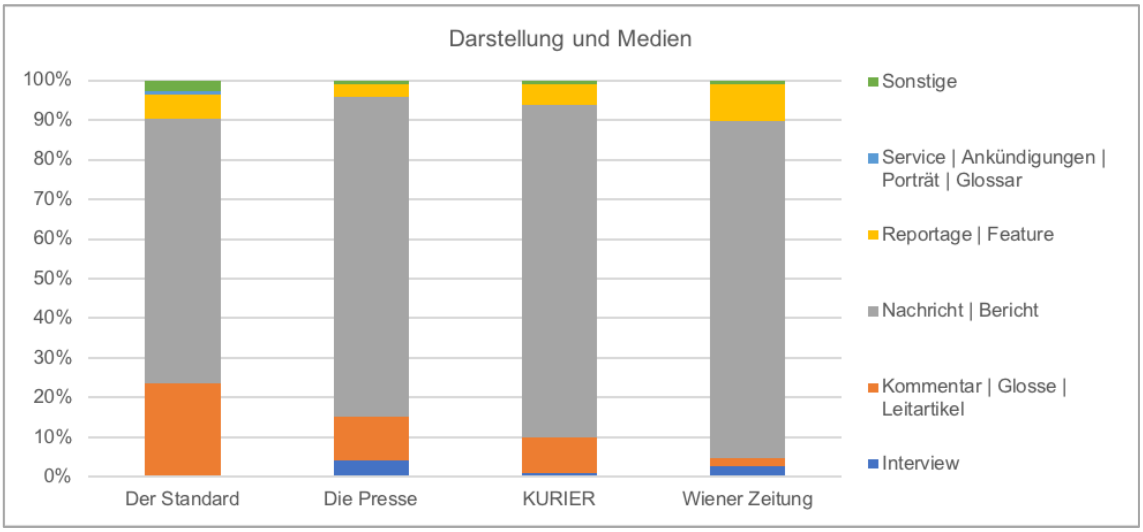
Tabelle 9: Darstellungsformen der Refugee Protestbewegung in Berichterstattung

Darstellungsform	Der Standard	Die Presse	KURIER	Wiener Zeitung	Gesamt-ergebnis
Interview	1	4	1	3	**9**
Kommentar | Glosse | Leitartikel	45	11	9	2	**67**
Nachricht | Bericht	130	79	83	92	**384**
Reportage | Feature	12	3	5	10	**30**
Service | Ankündigungen | Porträt | Glossar	2				**2**
Sonstige	5	1	1	1	**8**
Gesamtergebnis	**195**	**98**	**99**	**108**	**500**

Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Darstellungsformen der Berichterstattung

Die eindeutig dominierende Darstellungsform bei der Refugee-Medienberichterstattung stellen *Nachrichten bzw. Berichte* dar (384 Artikel). Die ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass es sich weitgehend um eine faktenbasierte Berichterstattung rund um die Refugee-Bewegung handelt. Mit großem Abstand folgt am zweithäufigsten die Darstellungsform *Kommentar, Glosse bzw. Leitartikel* (67 Artikel). An dritter Stelle folgt das Genre *Reportage bzw. Feature* (30 Artikel). Die anderen Darstellungsformen spielen eine untergeordnete Rolle. Die Verteilung der Darstellungsformen im Medienvergleich ergibt folgendes Bild:

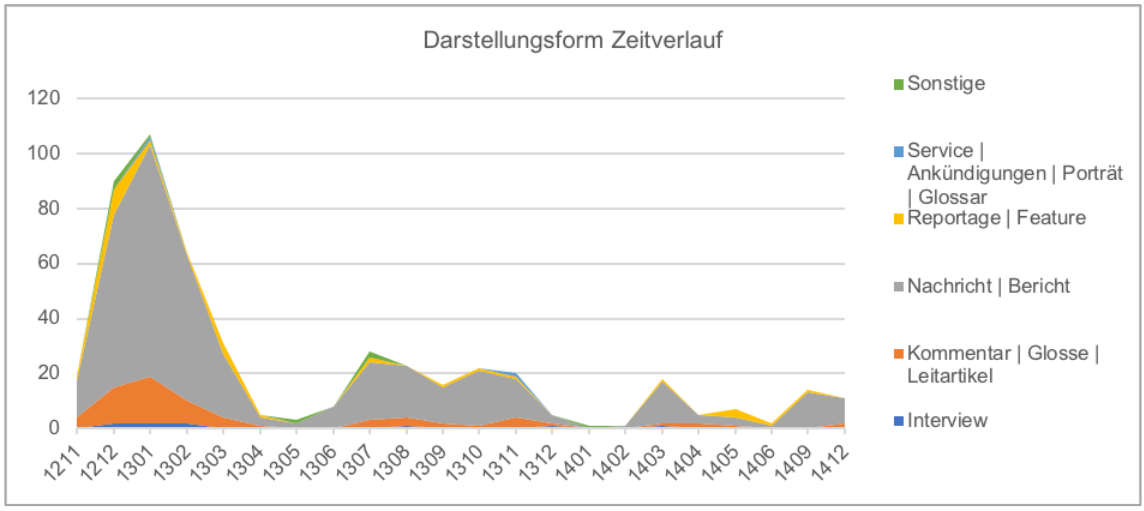
Abbildung 9: Darstellungsformen der Refugee- Protestbewegung im Medienvergleich



Prozentuelle Verteilung (n = 500 Artikel) | Prozentuelle Verteilung der Darstellungsformen im Medienvergleich

Im Medienvergleich zeigt sich, dass die Wiener Zeitung verhältnismäßig am häufigsten auf die faktenbasierte Darstellungsform *Nachricht bzw. Bericht* zurückgreift (92 Artikel von 384 Artikeln), ansonsten zeigen sich bei diesem Genre keine nennenswerten Unterschiede. Bei Betrachtung der Darstellungsform *Kommentar, Glosse bzw. Leitartikel* zeigt sich, dass Der Standard mit Abstand am häufigsten auf Meinungsjournalismus zurückgreift (45 Artikel von 67 Artikeln). Die Wiener Zeitung hat lediglich bei zwei Artikeln diese Form der Darstellung gewählt. Gemessen an den publizierten Artikeln veröffentlichte die Wiener Zeitung am häufigsten Artikel aus dem Bereich *Reportage bzw. Feature*. Die Presse veröffentlicht mit vier Artikeln am häufigsten *Interviews*. Hier fällt auf, dass Der Standard, trotz hoher Berichterstattungsfrequenz sowie hohem Anteil an meinungsbasierten Berichten, nur ein Interview im gesamten Untersuchungszeitraum veröffentlicht. Bei genauer Betrachtung des Untersuchungszeitraums ergibt sich darüber hinaus folgendes Bild:

Abbildung 10: Darstellungsformen der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf



Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Darstellungsformen im Zeitverlauf nach Monaten

Betrachtet man die Darstellungsformen der Refugee-Berichterstattung im Zeitverlauf ist auffallend, dass knapp zwei Drittel der publizierten Artikel des Genres *Kommentar, Glosse bzw. Leitartikel* aus dem 4. Quartal 2012 und dem 1. Quartal 2013 stammen (46 von 67 Artikel). Im restlichen Zeitverlauf nimmt diese Darstellungsform signifikant im Verhältnis zu der Berichterstattungsfrequenz ab. Die Darstellungsform *Nachricht bzw. Bericht* ist im gesamten Zeitverlauf dominierend und proportional verteilt. Der Anteil an *Reportagen bzw. Features* steigt im 2. Quartal 2014 erneut an (vier Artikel).

Zusammenfassend konnten die gestellten Forschungsfragen 1.8, 1.9 und 1.10 folgend beantwortet werden: Die dominierende Darstellungsform in der Medienberichterstattung stellen *Nachrichten bzw. Berichte* dar (384 Artikel), es handelt sich somit in weiten Teilen um eine faktenbasierte Berichterstattung. Im Medienvergleich zeigt sich, dass die Wiener Zeitung verhältnismäßig am häufigsten auf diese Darstellungsform zurückgreift (92 von 384 Artikel). Die Darstellungsform *Nachricht bzw. Bericht* ist im gesamten Zeitverlauf dominierend und proportional verteilt. Am zweithäufigsten wird die Darstellungsform *Kommentar, Glosse bzw. Leitartikel* für die Berichterstattung gewählt (67 Artikel). Hier ist Der Standard zu erwähnen, der mit Abstand am häufigsten dieses Genre im Medienvergleich verwendet (45 von 67 Artikel). Der Großteil der Artikel aus dem Genre *Kommentar, Glosse bzw. Leitartikel* stammt aus dem 4. Quartal 2012 und dem 1. Quartal 2013 (46 von 67 Artikel).

9.1.6. Bewertung

Nachstehend folgen die Ergebnisse aus der Analyse der Bewertung in den Artikeln zur Refugee Protestbewegung, ebenfalls werden medienspezifische und programmatische Unterschiede erhoben. Codiert wurde die generelle Tendenz des gesamten Artikels. Es wurde der Frage nachgegangen, ob sich anhand der im Artikel geäußerten Positionen in ihrer Gesamtheit eine Tendenz für oder gegen die Protestbewegung erkennen lässt. Hierfür wurden alle Aussagen im jeweiligen Artikel angesehen und aufgrund ihrer Länge bzw. Durchschlagskraft auf die generelle Bewertung der Refugee Protestbewegung im gesamten Artikel geschlossen. (siehe Anhang Codebuch)

Tabelle 10: Bewertung der Refugee Protestbewegung in der Berichterstattung

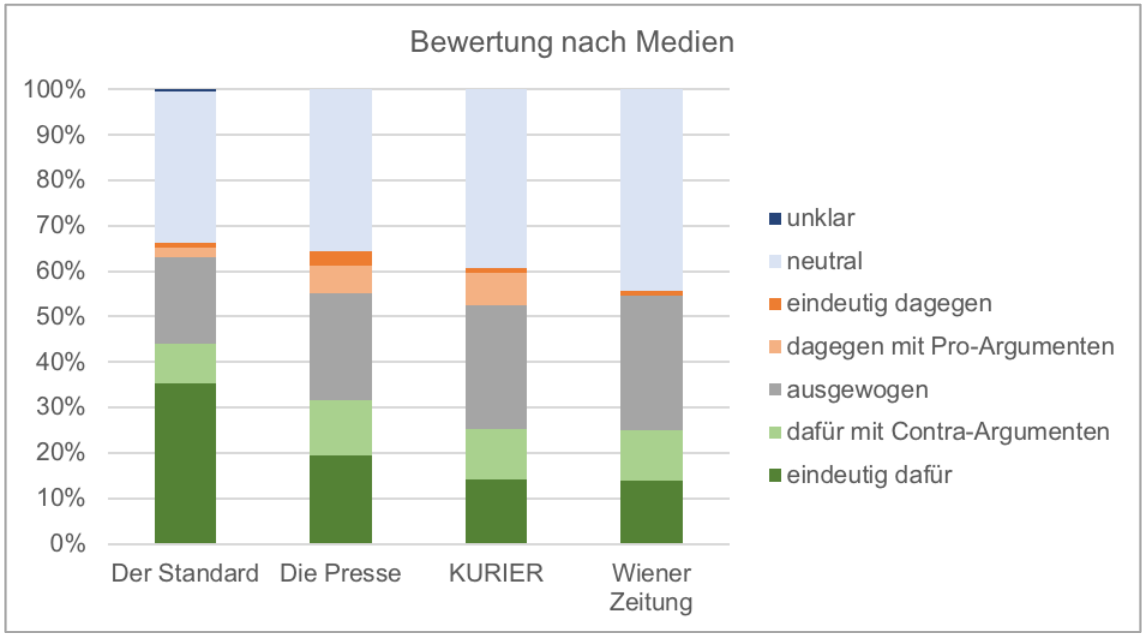
Bewertung nach Medien	eindeutig dafür	dafür mit Contra-Argumenten	ausgewogen	dagegen mit Pro-Argumenten	eindeutig dagegen	neutral	unklar	Gesamtergebnis
Der Standard	69	17	37	4	2	65	1	195
Die Presse	19	12	23	6	3	35		98
KURIER	14	11	27	7	1	39		99
Wiener Zeitung	15	12	32		1	48		108
Gesamt-ergebnis	**117**	**52**	**119**	**17**	**7**	**187**	**1**	**500**

Angaben in absoluten Zahlen (n = 500) | Bewertung in Berichterstattung

Die Tendenz des faktenbasierten Informations-Journalismus spiegelt sich auch bei der generellen Bewertung der Berichterstattung wider. Es fällt auf, dass der größte Anteil der Artikel – mit 37,4 % – *neutral* ausfällt (187 Artikel). An zweiter Stelle listet sich die *ausgewogene* Berichterstattung (23,8 %; 119 Artikel). Am dritthäufigsten, und nahezu gleichauf mit der ausgewogenen Bewertung, fällt die Bewertung mit *eindeutig dafür* aus (23,4 %; 117 Artikel). 10,4 % der Artikel weisen die Bewertung *dafür mit Contra-Argumenten* auf (52 Artikel) und 3,4 % sind *dagegen mit Pro-Argumenten* (17 Artikel). Lediglich 1,4 % waren *eindeutig gegen* die Refugee Protestbewegung (sieben Artikel). Ein Artikel wurde mit *unklar* codiert.

Ziel ist es herauszufinden, ob gewisse Medien bestimmte Positionen zur Refugee Protestbewegung favorisieren. Bei der Gegenüberstellung der vier untersuchten Tageszeitungen ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 11: Bewertung der Refugee Protestbewegung im Medienvergleich



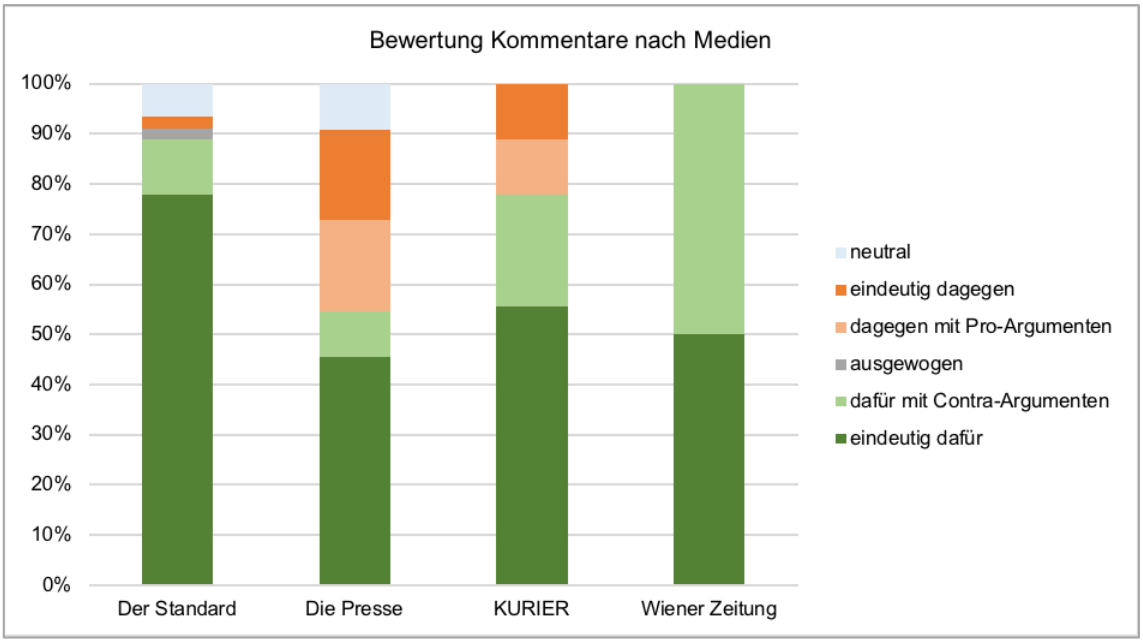
Angabe in Absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Prozentuelle Verteilung der Bewertung im Medienvergleich

Bei drei Medien dominiert die Bewertung *neutral*: 35,7 % Die Presse, 39,4 % Kurier und 44,4 % Wiener Zeitung. Bei Der Standard ist der Anteil jener Artikel, die mit *eindeutig dafür* bewertet werden erkennbar am größten (35,4 %; 69 Artikel) und liegt noch vor der Bewertung *neutral* (33,3 %; 65 Artikel), wobei die dominierende Darstellungsform *Nachrichten bzw. Berichte* darstellt. Auch der Anteil der Bewertung *dafür mit Contra-Argumenten* ist hoch bei Der Standard (8,7 %; 17 Artikel). Lediglich zwei Artikel wurden als *eindeutig dagegen* in Der Standard eingestuft. Die Presse weißt verhältnismäßig am meisten Artikel mit *eindeutig dagegen* (3,1 %; drei Artikel) auf, dem gegenüber stehen 19 Artikel, die als *eindeutig dafür* bewertet wurden (19,4 %). Die Presse publiziert 12 Artikel mit *dafür mit Contra-Argumenten* und sechs Artikel mit *dagegen mit Pro-Argumenten* (12,2 % und 6,1 %). Der größte Anteil der Artikel mit *dagegen mit Pro-Argumenten* kann dem KURIER zugeschrieben werden (7,1 %; sieben Artikel). (Hypothese 4) Die Wiener Zeitung weist von allen vier Medien den höchsten Anteil an ausgewogenen (29,6 %; 32 Artikel) und *neutralen* Artikeln (44,4 %; 48 Artikel) auf. Kein einziger Artikel konnte bei der Wiener Zeitung der Bewertung *dagegen mit Pro-Argumenten* zugeordnet werden, auch der Anteil der *eindeutig dagegen Artikel* liegt unter 1 %.

Es lässt sich daher festhalten, dass die liberale Tageszeitung Der Standard am positivsten über die Refugee Protestbewegung berichtet (*eindeutig dafür*: 35,4 %; *dafür mit Contra-Argumenten*: 8,7 %), die konservative Tageszeitung Die Presse am wenigsten positiv (*eindeutig dagegen*: 3,1 %; *dagegen mit Pro-Argumenten*: 6,1 %) und die Wiener Zeitung am neutralsten (*ausgewogen*: 29,6 %; *neutral*: 44,4 %). Der Grundtenor bei allen vier untersuchten Medien ist signifikant sachlich-neutral und nachweisbar positiv.

Die bisherige medienspezifische Analyse lässt die Vermutung eines Zusammenhanges zwischen Medium und Bewertung zu. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle die Darstellungsform *Kommentar, Glosse, Leitartikel* unter den genannten Aspekten genauer betrachtet. Bei einer Gegenüberstellung der generellen Bewertung und den vier untersuchten Tageszeitungen am Beispiel der meinungsdominierenden Darstellungsform ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 12: Bewertung der Darstellungsform Kommentar, Glosse, Leitartikel im Medienvergleich



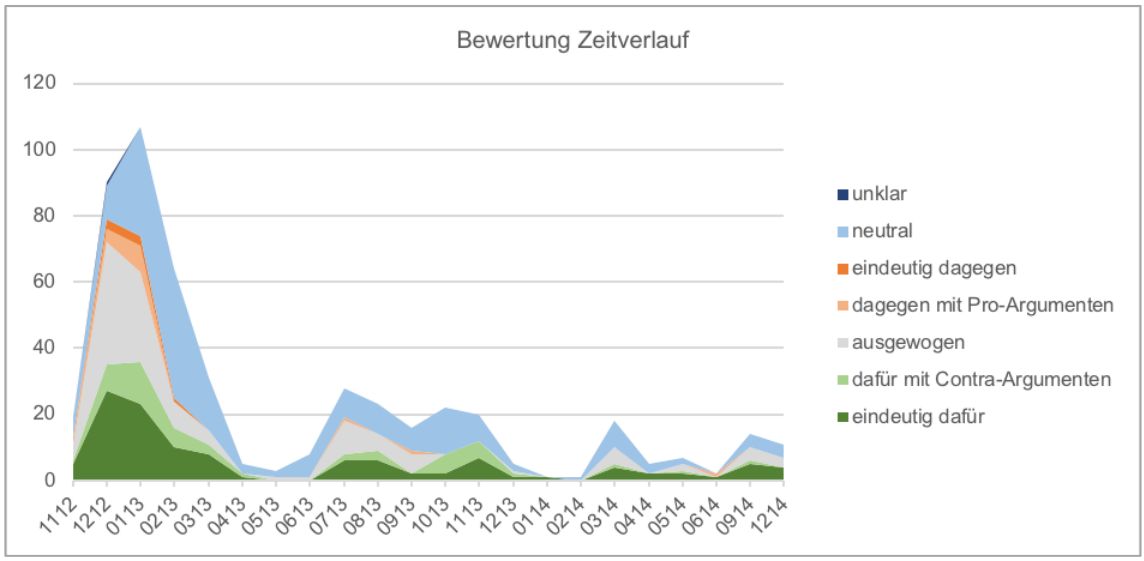
Prozentuelle Verteilung (n = 67 Artikel) | Prozentuelle Verteilung der Bewertung der Darstellungsform Kommentar, Glosse, Leitartikel im Medienvergleich

Wie diese Abbildung veranschaulicht, fällt die Bewertung der Darstellungsform *Kommentar, Glosse, Leitartikel* in Der Standard (45 Kommentare) signifikant positiv aus. Knapp 90 % dieser Darstellungsform sind *eindeutig dafür* oder *dafür mit Contra-Argumenten*, nur 2,2 % sind in der Bewertung als *eindeutig dagegen* einzustufen. Im Vergleich dazu sind bei Die Presse 36 % der Berichte *eindeutig dagegen* oder *dagegen*

mit Pro-Argumenten (elf Kommentare). Aber auch bei der Presse sind über 50 % der meinungsdominierenden Artikel durchwegs positiv. Die Annahme, dass Die Presse die Refugee Protestbewegung konservativer als der liberale Standard bewertet – bezugnehmend auf die Darstellungsform *Kommentar, Glosse, Leitartikel* – kann bestätigt werden. Die *Kommentare, Glossen, Leitartikel* fallen bei der Wiener Zeitung ebenfalls durchwegs positiv aus, wobei hier lediglich zwei Kommentare veröffentlicht wurden. Die Bewertung dieser Darstellungsform fällt bei KURIER verhältnismäßig am vielschichtigsten aus (neun Kommentare). 22 % aller Kommentare, die im KURIER publiziert wurden, sind *dafür mit Contra-Argumenten* und 11 % sind *dagegen mit Pro-Argumenten*. Die Annahme, dass das Mid-Market-Paper KURIER im Vergleich zu den anderen drei untersuchten Medien am häufigsten *Contra-Argumente* verwendet, kann am Beispiel der Darstellungsform *Kommentare, Glossen, Leitartikel* bestätigt werden.

Bei Betrachtung der generellen Bewertung der Refugee Protestbewegung im Untersuchungszeitraum ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 13: Bewertung der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf



Angaben in absoluten Zahlen (n = 500 Artikel) | Bewertung im Zeitverlauf nach Monaten

Parallel zur abnehmenden Berichterstattungsfrequenz sinkt auch die negative Bewertung der Protestbewegung in den Medien. Auffallend ist, dass die Bewertung eindeutig dagegen ab April 2013 nicht mehr codiert wurde. Eine positive Grundstimmung bleibt über den Analysezeitraum bestehen. Die Bewertung *neutral* dominiert ab dem 1. Quartal 2013 den gesamten Untersuchungszeitraum, lediglich im 4. Quartal 2012 ist die Bewertung ausgewogen stärker.

Zusammenfassend können die Forschungsfragen 1.11, 1.12 und 1.13 sowie die Hypothesen 3 und 4 folgendermaßen beantwortet werden: Die Tendenz des faktenbasierten Informations-Journalismus spiegelt sich auch bei der generellen Bewertung der Berichterstattung wider. Mehr als ein Drittel aller Artikel im Mediendiskurs werden als *neutral* eingestuft (37,4 %). Zusätzlich werden 23,8 % der untersuchten Artikel der Bewertung *ausgewogen* zugeordnet. Dies lässt sich eindeutig auf die dominierende Darstellungsform *Nachrichten bzw. Berichte* zurückführen. Insgesamt wurden 23,4 % der Artikel mit *eindeutig dafür* und lediglich 1,4 % mit *eindeutig dagegen* eingestuft. Während die liberale Tageszeitung Der Standard (35,4 % *eindeutig dafür*; 1 % *eindeutig dagegen*) deutlich Position für die Refugee Protestbewegung bezieht, vertritt die Berichterstattung von Die Presse (19,4 % *eindeutig dafür*; 3,1 % *eindeutig dagegen*) einen konservativeren Ansatz. Es lässt sich feststellen, dass Die Presse die Refugee Protestbewegung in ihrer Berichterstattung negativer bewertet, als Der Standard. Von einem signifikanten Unterschied kann jedoch nicht gesprochen werden. (Hypothese 3) Die Annahme, dass der KURIER im Vergleich zu den anderen drei Medien in der Berichterstattung am häufigsten Contra-Argumente verwendet, kann an dieser Stelle nicht bestätigt werden (Hypothese 4). Beim Vergleich der beiden erstgenannten Medien am Beispiel der Darstellungsform *Kommentar, Glosse, Leitartikel* zeichnet sich ein deutlicheres Bild ab: Die Bewertung der Darstellungsform fällt bei Der Standard signifikant positiv auf. Fast 90 % aller untersuchten Artikel sind *eindeutig dafür* oder *dafür mit Contra-Argumenten*. Nur 2,2 % des Meinungsjournalismus weisen *negative* Tendenzen in Der Standard aus. Dem gegenüber stehen 36 % aller meinungsdominierende Artikel in Die Presse, die die Refugee Protestbewegung *negativ* bewerten. Die Annahme, dass das Mid-Market-Paper KURIER im Vergleich zu den anderen drei untersuchten Medien am häufigsten *Contra-Argumente* verwendet, kann lediglich bei der Darstellungsform *Kommentar, Glosse, Leitartikel* bestätigt werden. (Hypothese 4) Die Berichterstattung der Wiener Zeitung ist im Vergleich zu den anderen drei Medien eindeutig am neutralsten. Entgegen der Annahme, dass es signifikante Unterschiede bei der medienspezifischen Analyse der Bewertung gibt, lässt sich festhalten, dass die Positionierung bei allen vier untersuchten Medien signifikant sachlich und nachweisbar positiv ist. Keines der Medien weist eine eindeutig ablehnende Grundhaltung gegenüber der Protestbewegung auf. Bei Betrachtung der generellen Bewertung der Refugee Protestbewegung im Untersuchungszeitraum ist auffallend, dass parallel zur abnehmenden Berichterstattungsfrequenz die negative Bewertung abnimmt, lediglich in den ersten sechs Monaten der Berichterstattung wurden Artikel mit der Bewertung *eindeutig dagegen* codiert. Der ausgewogene und neutrale Grundtenor dominiert den gesamten Untersuchungszeitraum.

9.2. Untersuchungsergebnisse Akteure

Im zweiten Teil der Ergebnis-Präsentation wird auf die Frage eingegangen, welche Akteure den medialen Diskurs dominieren. Es wird analysiert aus welchen gesellschaftlichen Kontexten die Akteure stammen und wer die Opinion Leader sind. Anhand des Standing-Konzepts soll gemessen werden, in welchem Ausmaß es Akteuren gelingt, in der öffentlichen Debatte zu Wort zu kommen (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 27). Außerdem werden etwaige Veränderungen bei der Präsenz der Akteure in Verbindung zu ergebnisgetriebenen Änderungen diskutiert (z. B. Nationalratswahlkampf 2013, Besetzung Akademie der Bildenden Künste durch Refugees).

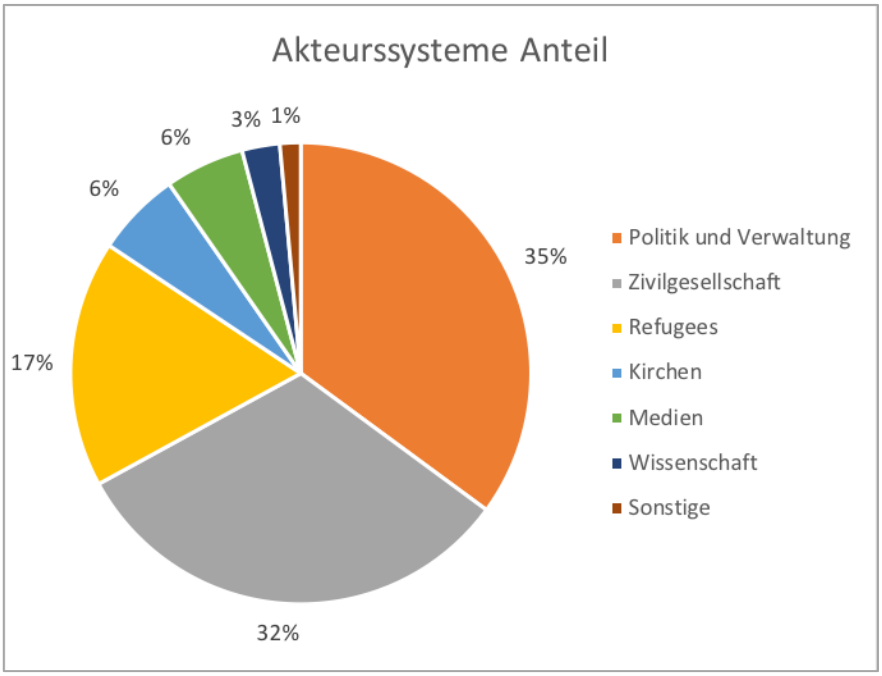
Für die Untersuchung ist es relevant die vielfältigen gesellschaftlichen Akteure, die in der medialen Debatte vorkommen, zu identifizieren und thematisch zu strukturieren. Akteure bringen über die Medien unterschiedliche Deutungsangebote in die öffentliche Debatte ein. Akteure aus gesellschaftlichen Teilsystemen (Akteurssysteme) wie Politik, Interessensverbände, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften und Medien stehen sich in ihrer befürwortenden oder ablehnenden Haltung zur Refugee Protestbewegung gegenüber.

Um den Erfolg der Akteure messen zu können, werden direkte und indirekte Zitate der Akteure aus der Berichterstattung zur Analyse herangezogen. Insgesamt wurden n=1.508 Aussagen erhoben.

9.2.1. Präsenz Akteure

Die Untersuchung soll Aufschluss darüber geben, welche Akteure die mediale Debatte der österreichischen Refugee Protestbewegung dominieren und aus welchen gesellschaftlichen Kontexten sie stammen. Das Ziel der handelnden Akteure ist es, Deutungshoheit in einer medialen Debatte zu erreichen (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 19). Die Analyse soll aufzeigen, in welchem Ausmaß es den Akteuren gelingt zitiert zu werden. Als „Standing" wird der Erfolg von Akteuren bezeichnet zu Wort zu kommen. Je öfter sie zitiert werden, desto höher ist die Chance, dass ihre Positionen und Deutungen in der öffentlichen Debatte auf Resonanz stoßen. (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 27) Die Akteurssysteme, die für die Untersuchung definiert wurden, setzen sich aus VertreterInnen aus den Bereichen Ministerien, Verwaltung, politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Interessensgruppen, Kirchen, MedienvertreterInnen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen zusammen. Das Akteurssystem Medien wurde gewählt, wenn sich Medien selbst thematisieren, z. B. indem sie auf Berichte anderer Medien verweisen oder in Meinungsbeiträgen eigene Aussagen über die Refugee Protestbewegung treffen (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 28). Bei Betrachtung der Präsenz der einzelnen Akteurssysteme ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 14: Standing nach Akteurssystemen



Angaben in Prozent (n = 1.508 Aussagen) | Prozentuelle Verteilung Akteursgruppen anteilsmäßig

Die Analyse der Akteurssysteme zeigt, dass Akteure aus dem System *Politik und Verwaltung* insgesamt am häufigsten in der Berichterstattung zitiert werden (35 %). Unmittelbar dahinter reiht sich das Akteurssystem *Zivilgesellschaft* (32 %). Mit einem

größeren Abstand folgt das Teilsystem *Refugees* (17 %). Anschließend folgen die Akteursdimensionen *Kirche und Medien* (mit jeweils 6 %) sowie *Wissenschaft* (3 %).

Im nächsten Schritt werden die einzelnen Akteurssysteme näher betrachtet, sie setzen sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle 11: Standing Akteurssysteme und Akteure

Politik und Verwaltung	**529**	**35,1%**
Ministerien und Verwaltung	**300**	19,9%
Bundeskanzleramt	4	
Innenministerium (BMI)	158	
Bundesamt Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung	3	
Bundeskriminalamt (BKA)	2	
Bundesasylamt	3	
Außenministerium	1	
Justizministerium	45	
Sozialministerium	3	
Wissenschaftsministerium	1	
Polizei	76	
Fonds Soziales Wien (FSW)	3	
Arbeitsmarktservice (AMS)	1	
Parteien	**182**	12,1%
SPÖ	35	
ÖVP	16	
FPÖ	62	
Die Grünen	62	
BZÖ	7	
Andere Politik	**47**	3,1%
Bundespräsidentenamt	17	
Volksanwaltschaft	7	
Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH)	8	
Studienvertretung	1	
Sozialistische Linkspartei	10	
Sozialistische Jugend	3	
Gewerkschaften und Sozialpartnerschaften	1	
Zivilgesellschaft	**482**	**32,0%**
NGO	**397**	26,3%
Refugee Protest Bewegung	5	
Caritas	293	
Diakonie Österreich	13	
Amnesty International Österreich	13	
UNHCR Österreich	14	
Die Johanniter	10	
SOS Mitmensch	18	
Asylkoordination Österreich	3	
Asyl in Not	4	
Identitäre Bewegung Wien	2	
Andere NGOs	22	
UnterstützerInnen & AktivistInnen	**78**	5,2%
Andere Zivilgesellschaft	**7**	0,5%
Refugees	**261**	**17,3%**
Refugees	**214**	14,2%
SprecherInnen Refugees	**10**	0,7%
RechtsvertreterInnen	**37**	2,5%
RechtsvertreterInnen Refugees	27	
RechtsvertreterInnen Schlepper-Prozess	10	
Medien	**84**	**5,6%**
Der Standard	**53**	3,5%
Die Presse	**10**	0,7%
Kurier	**10**	0,7%
Wiener Zeitung	**1**	0,3%
Falter	**3**	0,2%
Kronen Zeitung	**5**	0,1%
wien.orf.at	**1**	0,1%
unzensuriert.at	**1**	0,1%

Wissenschaft	**40**	**2,7%**
Kirchen	**90**	**6,0%**
Katholische Kirche	**84**	**5,6%**
Evangelische Kirche	**3**	**0,2%**
Israelitische Kultusgemeinde	**1**	**0,1%**
Islamische Glaubensgemeinschaft	**2**	**0,1%**
Sonstige	**22**	**1,5%**
Dokumente	**10**	**0,7%**
DolmetscherInnen	**5**	**0,3%**
Sonstige	**7**	**0,5%**
	1.508	**100%**

Angaben in absoluten Zahlen (n = 1.508 Aussagen) | Angaben in Prozent | Standing Akteure

Das Akteurssystem *Politik und Verwaltung* umfasst Akteure aus den Bereichen *Ministerien und Verwaltung* (19,9 %), *Parteien* (12,1 %) und *Andere Politik* (3,1 %). Insgesamt wurden von den Akteuren aus diesem System 529 Aussagen getroffen. Bei genauerer Betrachtung der Gruppe *Ministerien und Verwaltung* zeigt sich folgendes: Mit 158 Aussagen werden Akteure des *BMI* signifikant am häufigsten in der Berichterstattung zitiert. Auf dem zweiten Platz folgen Akteure der *Polizei* mit 76 Aussagen. Am dritthäufigsten werden Akteure aus dem Justizministerium zitiert (45 Aussagen). In absoluten Zahlen an Statements dominiert Innenministerin Johanna Mikl-Leitner mit 64 Aussagen, und einem großen Abstand zu den anderen Akteuren, die Debatte. Mit knapp einem Drittel weniger Aussagen folgt an zweiter Stelle Karl-Heinz Grundböck, der Sprecher des Innenministeriums (23 Aussagen). Roman Hahslinger, Sprecher Wiener Polizei (15 Aussagen) und Petra Harbich, Richterin im Schlepper-Prozess (14 Aussagen) weisen ebenfalls einen nennenswerten Anteil an Statements auf. Bei Ausdifferenzierung der politischen Parteien sind *Die Grünen* und die *FPÖ* mit jeweils 62 zitierten Aussagen gleich auf und dominieren die Debatte auf Ebene der Parteien. Ein Großteil dieser Zitate ist auf Alev Korun, Integrations- und Menschenrechtssprecherin von Die Grünen (28 Aussagen) und Heinz-Christian Strache, Bundespartei- und Klubobmann der FPÖ (21 Aussagen) zurückzuführen, die annähernd gleich oft zitiert werden. Die Regierungsparteien SPÖ (35 Aussagen) und ÖVP (16 Aussagen) zeigen sich in der öffentlichen Debatte wenig involviert. Das BZÖ ist kaum in der Debatte vertreten (sieben Aussagen). Unterschiede in der Verteilung lassen sich vor allem zwischen Bundes- und Landesebenen feststellen. VertreterInnen der Bundesparteien dominieren die Debatte. Lediglich die Präsenz von PolitikerInnen der Stadt Wien ist erwähnenswert. So z. B. Michael Häupl (SPÖ), Bürgermeister der Stadt Wien (vier Aussagen), Wolfgang Ulm (ÖVP), Abgeordneter Wiener Landtag (vier Aussagen) oder Sonja Wehsely (SPÖ), Sozialstadträtin Wien (zwei Aussagen). In das System *Andere Politik* fällt unter anderem das *Bundespräsidentenamt*, welches mit 17 Aussagen in der Berichterstattung präsent ist. 15 dieser Statements kommen direkt von Bundespräsident Heinz Fischer. Zu nennen ist noch die Sozialistische Linkspartei (zehn Aussagen).

Das Akteurssystem Zivilgesellschaft umfasst die Gruppen *NGO* (26,3 %), *UnterstützerInnen und AktivistInnen* (5,2 %) sowie *Andere Zivilgesellschaft* (0,5 %). Insgesamt wurden für dieses System 482 Aussagen erhoben. Der Kategorie *NGO* kann mit Abstand der größte Teil der Aussagen zugeschreiben werden (397 Aussagen). Auffallend ist, dass 293 dieser Aussagen von VertreterInnen der *Caritas* stammen, am zweithäufigsten folgt mit großem Abstand *SOS Mitmensch* mit 18 Aussagen. Innerhalb der Caritas wurde Klaus Schwertner, Pressesprecher und späterer Geschäftsführer der Caritas Wien, mit 161 Aussagen am häufigsten zitiert. Andere NGOs wie UNHCR Österreich, Amnesty International Österreich, Diakonie Österreich, Die Johanniter u. a. spielen aufgrund ihrer geringen Anzahl an Statements in den Medien keine wesentliche Rolle. 78 Aussagen können der Gruppe *UnterstützerInnen und AktivistInnen*[25] zugeschrieben werden. Insgesamt weisen die *UnterstützerInnen und AktivistInnen* eine breite Streuung an Einzelakteuren auf. Nennenswert ist, dass jene *UnterstützerInnen und AktivistInnen*, die nicht namentlich in den Medien genannt werden die größte Gruppe ausmachen (53 Aussagen), so gut wie alle *UnterstützerInnen und AktivistInnen*, die namentlich in der Berichterstattung genannt werden, sind im gesamten Untersuchungszeitraum mit nur einem Statement vertreten. Jene UnterstützerInnen die mit Vollnamen erwähnt werden sind zu einem Großteil Prominente, z. B. Jean Ziegler (Soziologe), Ute Bock (Menschenrechtsaktivistin), Josef Hader (Künstler), Peter Waterhouse (Schriftsteller), Paul Gulda (Pianist). Sieben Aussagen konnten im gesamten Untersuchungszeitraum *zivilgesellschaftlichen Akteuren* zugeordnet werden.

Die Akteursdimension *Refugees* setzt sich aus den Gruppen *Refugees* (14,2 %), *RechtsvertreterInnen Refugees* (2,5 %) und *SprecherInnen Refugees*[26] (0,7 %) zusammen. Insgesamt wurden in diesem System 261 Aussagen erhoben. Betrachtet man die Akteure in diesem Bereich eingehender, zeigt sich, dass 214 Aussagen direkt den Refugees zugeordnet werden können. In absoluten Zahlen an Statements haben

[25] In der Medienberichterstattung wird häufig zwischen UnterstützerInnen und AktivistInnen unterschieden. Vor allem politische VertreterInnen, aber auch Akteure aus den Bereichen NGOs und Kirchen konnotieren den Terminus *Aktivist* in ihren Statements mit negativen Eigenschaften, überwiegend wird von einer Instrumentalisierung seitens der AktivistInnen gegenüber den Refugees gesprochen. Die Bezeichnung „Aktivist" ist in der Berichterstattung aber nicht ausschließlich negativ besetzt und auch die allgemeine Definition umfasst keine negative Bedeutung per se. In einzelnen Fällen wurden die Begrifflichkeiten auch gleichbedeutend bzw. ohne inhaltliche Wertung verwendet. Aus diesem Grund wurde für die vorliegende Arbeit entschieden, UnterstützerInnen und AktivistInnen in einer Kategorie zusammenzufassen.

[26] Bei *SprecherInnen Refugees* handelt es sich um eine Bezeichnung, die aus den Medienberichten übernommen wurde. Diese Kategorie wurde gewählt, wenn aus der Berichterstattung nicht zu entnehmen war, ob es sich hierbei direkt um Sprecher aus der Refugee Gruppe handelt oder ob UnterstützerInnen gemeint sind, die stellvertretend für die Refugees sprechen.

Khan Adalat (39 Aussagen) und Mir Jahangir (37 Aussagen) den höchsten Anteil an Sprechrollen innerhalb der Bewegung. Davon ist abzuleiten, dass die Refugees neben der Caritas und dem Innenministerium die mediale Asyldebatte dominieren. 37 Aussagen können den RechtsvertreterInnen der Refugees zugeschrieben werden, wovon wiederum zwei Drittel der Aussagen von RechtsvertreterInnen während des Schlepper-Prozesses getätigt werden (27 Aussagen).

Insgesamt konnten im Akteurssystem *Kirche* 90 Aussagen verortet werden. Bei genauerer Betrachtung wird ersichtlich, dass abgesehen von der *Katholischen Kirche* kaum eine andere Religionsgemeinschaft eine Rolle in der Debatte spielt. Den Akteuren der *Katholische Kirche* sind 84 Aussagen zuzuschreiben. Kardinal Christoph Schönborn, Erzbischof Wien (25 Aussagen) und Michael Prüller, Sprecher Erzdiözese Wien (24 Aussagen) dominieren als Einzelpersonen dieses Akteurssystem.

Im Akteurssystem *Medien* sticht v. a. *Der Standard* mit 53 Aussagen hervor, weit abgeschlagen davon folgen *Die Presse* und *KURIER* mit je zehn Aussagen. Die Wiener Zeitung wird mit einer Aussage zitiert. In fünf Fällen wird auf die Kronen Zeitung und in drei Fällen auf den Falter verwiesen. In jeweils einem Fall wird auf unzensuriert.at und wien.orf.at hingewiesen. Aus diesen geringen Zahlen lässt sich ableiten, dass kaum auf Berichte aus anderen Medien verwiesen wurde.

Keine maßgebende Rolle in der überregionalen Berichterstattung spielen VertreterInnen aus dem *Wissenschaftssystem* mit 2,7 % Beteiligung (40 Aussagen).

Zusammenfassend kann die Forschungsfrage 2.1 folgendermaßen beantwortet werden: Insgesamt wurden für die Untersuchung n=1.508 Aussagen erhoben. Die Medienberichterstattung wird mit 529 Aussagen vom Akteurssystem *Ministerien und Verwaltung* dominiert. Am zweithäufigsten werden Akteure aus dem System *Zivilgesellschaft* (482 Aussagen) und am dritthäufigsten aus dem System *Refugees* (261 Aussagen) in der öffentlichen Debatte zitiert. Bei genauer Betrachtung der gesellschaftlichen Kontexte, aus denen die Akteure stammen, ergibt sich ein vielschichtiges Bild. Die Medienberichterstattung wird eindeutig von Akteuren der *Caritas* aus dem Akteurssystem Zivilgesellschaft dominiert (293 Aussagen) ebenso wie von den *Refugees* selbst (214 Aussagen). Im Bereich Politik und Verwaltung sind es VertreterInnen des *Innenministeriums*, die am häufigsten zitiert werden (158 Aussagen). Zu den Opinion Leadern in der medialen Debatte zählt Klaus Schwertner, der am häufigsten in seiner Funktion als Pressesprecher und späterer Geschäftsführer der

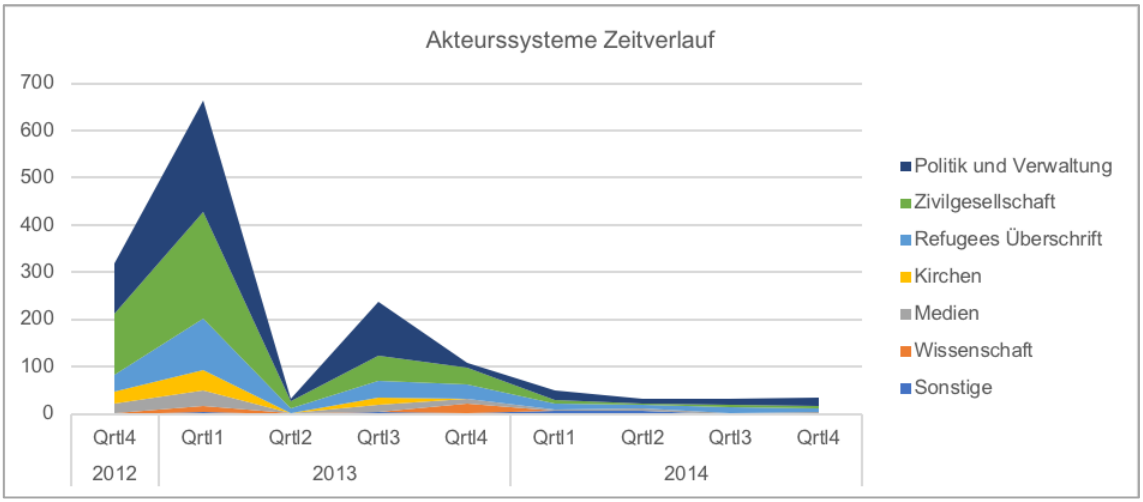
Caritas Wien (161 Aussagen) zitiert wird. Mit großem Abstand folgt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (64 Aussagen). Am dritthäufigsten wird Michael Landau, Direktor Caritas Wien und späterer Präsident Caritas Österreich (47 Aussagen) zitiert, dahinter folgen Khan Adalat (39 Aussagen) und Mir Jahangir (37 Aussagen) aus der Refugee-Bewegung.

Wie der Literatur zu entnehmen ist, ist das Spezifikum der Refugee Protestbewegung die Konstituierung der Bewegung durch die Asylwerber selbst. Es handelt sich um einen selbstorganisierten Widerstand durch Menschen mit Fluchthintergrund. Strategien, Taktiken und Wissen werden gemeinsam mit UnterstützerInnen erarbeitet, im Mittelpunkt steht stets das Empowerment der Refugees. (vgl. Ataç, 02.2013) Aus diesem Grund wurde die Annahme getroffen, dass die Refugees in der Medienberichterstattung häufiger zitiert werden, als ihre UnterstützerInnen. Das Ausmaß der Sprechrolle der Refugees ist signifikant höher als jenes der Gruppe UnterstützerInnen und AktivistInnen. 214 Aussagen können direkt den Refugees zugeordnet werden, dem gegenüber stehen 78 Statements aus der Gruppe der UnterstützerInnen und AktivistInnen. Hypothese 5 kann an dieser Stelle bestätigt werden.

9.2.2. Präsenz Akteure im Zeitverlauf

Im folgenden Abschnitt wird die Akteurs-Perspektive über den Untersuchungszeitraum von 26 Monaten betrachtet. Es wird der Frage nachgegangen, ob Veränderungen bei der Präsenz der Akteurssysteme und einzelner Akteure feststellbar sind. Insgesamt wurden n=1.508 Aussagen verifiziert. Im Jahr 2012 (11. – 12.2012) wurden 319 Aussagen von diversen Akteuren erhoben, im Jahr 2013 (01. – 12.2013) waren es insgesamt 1.042 Aussagen die identifiziert werden konnten und im Jahr 2014 (01. – 12.2014) 147 Aussagen. Auffällig ist, dass 69 % aller Statements dem Jahr 2013 zugeschrieben werden können und obwohl das Jahr 2012 ausschließlich zwei Monate in der Untersuchung umfasst, können diesem Zeitraum mehr als doppelt so viele Aussagen zugeordnet werden, als dem gesamten Jahr 2014.

Abbildung 15: Standing Akteurssysteme im Zeitverlauf



Angaben in absoluten Zahlen (n = 1.508 Aussagen) | Verteilung Akteurssysteme quartalsmäßig

Es wurde bereits festgehalten, dass das Akteurssystem *Politik und Verwaltung* die höchste Präsenz in der Berichterstattung aufweist. Insgesamt können 529 Aussagen diesem System zugeordnet werden. Die meisten Aussagen werden im 1. Quartal 2013 publiziert (236 Aussagen). Zu den dominierenden Einzelpersonen aus dieser Zeitspanne zählen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (24 Aussagen) sowie Bundespräsident Heinz Fischer (15 Aussagen). Heinz-Christian Strache, Bundesparteiobmann FPÖ (13 Aussagen), Johann Gudenus, stv. Bundesparteiobmann FPÖ (12 Aussagen), Alev Korun, Menschenrechtssprecherin Die Grünen (12 Aussagen) und Klaus-Werner Lobo, Nationalratsabgeordneter Die Grünen (8 Aussagen) werden in dieser Phase mehrmalig in der Berichterstattung zitiert. Einzelne VertreterInnen der SPÖ, ÖVP und BZÖ liegen jeweils unter zehn Aussagen. Ein Zusammenhang zwischen den Häufigkeits-Höhepunkten in der Berichterstattung in dieser Phase sowie externen Ereignissen konnte bereits nachgewiesen werden. An dieser Stelle werden die wichtigsten in Verbindung mit dem Akteurssystem *Politik und Verwaltung* kurz genannt:

02.01.2013: Treffen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Wolfgang Taucher (Leiter des Bundesasylamts) mit vier Refugees und Klaus Schwertner (Caritas).

14.01.2013: Forderung der FPÖ die Votivkirche zu räumen.

22.01.2013: Innenminister Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) begrüßt das Aussetzen des Hungerstreiks, weitere Austauschtreffen werden ihrerseits abgelehnt.

25.01.2013: Schriftliche Aufforderung des BMI an Refugees Votivkirche zu verlassen.

05. – 06.02.2013: Erste Abschiebungen der Refugees nach Dublin-II werden durchgeführt.

12.02.2013: Veröffentlichung des Evaluierungsberichts zur Räumung des Refugee Protest Camp im Sigmund-Freud-Park.

13.02.2013: Antwortschreiben von Bundespräsident Heinz Fischer an Refugees.
03.03.2013: Protest in der Votivkirche wird beendet. BMI sichert zu, dass laufende Asylverfahren der Refugees erneut geprüft werden.

Der Abbildung 15 Standing Akteurssysteme im Zeitverlauf kann entnommen werden, dass es im 3. Quartal 2013, nach einem allgemeinen Einbruch im 2. Quartal 2013, zu einem erneuten signifikanten Anstieg der Aussagen aus dem System *Politik und Verwaltung* kommt (115 Aussagen). Dieses Intervall fällt mit dem Nationalratswahlkampf 2013 zusammen. Betrachtet man die Akteursdimensionen genauer fällt auf, dass auch die meisten Aussagen aus dem BMI stammen (34 Aussagen), wovon 21 Aussagen direkt der Innenministerin zuzuschreiben sind. Am zweithäufigsten stammen die ermittelten Statements aus der Gruppe Polizei (30 Aussagen). VertreterInnen der SPÖ werden mit 12 Statements zitiert, VertreterInnen der FPÖ mit neun Aussagen und VertreterInnen von Die Grünen mit sieben Statements. Neben Akteuren aus dem Innen- und dem Justizministerium können drei Aussagen der ÖVP zugeschrieben werden. Erwähnenswert ist auch, dass in dieses Zeitfenster die ersten öffentlichen Vorwürfe der gewerbsmäßigen Schlepperei mit Beteiligung durch Refugees gefallen sind sowie Abschiebungen von acht pakistanischen Flüchtlingen. Kardinal Schönborn ließ Innenministerin Johanna Mikl-Leitner über die Medien folgendes ausrichten „*man müsse sich schon die Frage stellen, wieso die Abschiebungen genau jetzt, wo er beim Papst in Brasilien weile, durchgeführt werden (...) [und] ob es sich um ein Wahlkampfmanöver handle.*“ (Tóth/Klenk, 30.07.2013).

Das Akteurssystem *Zivilgesellschaft* dominiert den Mediendiskurs im 4. Quartal 2012 (130 Aussagen), 2. Quartal 2013 (16 Aussagen) und 4. Quartal 2013 (36 Aussagen). Insgesamt können den Akteuren aus dem Teilsystem *Zivilgesellschaft* 482 Aussagen zugeordnet werden, davon sind fast die Hälfte der Aussagen im 1. Quartal 2013 zu verorten (225 Aussagen). Der größte Anteil der Sprechrolle geht in diesem Zeitabschnitt an die Caritas (126 Aussagen). Wobei sich auch hier zeigt, dass Klaus Schwertner, Pressesprecher und späterer Geschäftsführer der Caritas Wien, eindeutig zu den Opinion Leadern zählt (84 Aussagen). Andere NGOs die über den gesamten Untersuchungszeitraum aufgrund ihrer geringen Anzahl an Statements keine wesentliche Rolle in der öffentlichen Debatte spielen, sind aber in ihrer Gesamtheit besonders im 1. Quartal 2013 zu erwähnen (47 Aussagen). 42 Statements können in dieser Phase UnterstützerInnen und AktivistInnen zugeschrieben werden, hier ist besonders die hohe Dichte an prominenten Persönlichkeiten zu erwähnen, z. B. Jean Ziegler (Soziologe), Peter Waterhouse (Schriftsteller), Livia Klingl (Journalistin), Paul

Gulda (Pianist). Auffallend ist, dass nur eine Handvoll zivilgesellschaftlicher Akteure mit dem Vollnamen zitiert werden. Wie die Abbildung 15 Standing Akteurssysteme im Zeitverlauf veranschaulicht gibt es einen erneuten Anstieg der Aussagen aus dem System *Zivilgesellschaft* im 3. und 4. Quartal 2013 (54 und 36 Aussagen). 70 % aller Aussagen aus diesen sechs Monaten können der Caritas zugeschrieben werden. Anschließend stagnieren die Aussagen in diesem System.

Das Akteurssystem *Refugees* verbucht insgesamt 261 Statement für sich. Das 1. Quartal 2013 stellt den Höhepunkt der medialen Präsenz mit 110 Aussagen dar. Mit den ersten Vorwürfen einer Beteiligung an der gewerbsmäßigen Schlepperei im 3. Quartal 2013 steigt der Anteil der Statements der Refugee-RechtsvertreterInnen signifikant. Im Jahr 2014 entfällt der Großteil der erhobenen Aussagen auf die RechtsvertreterInnen (28 Aussagen). 14 Aussagen von 42 Aussagen aus dem Jahr 2014 können den Refugees zugeordnet werden. Von diesen 14 Aussagen werden zehn in Bezug auf den Schlepper-Prozess getroffen und vier im Zuge der Refugee Protestbewegung.

Das Akteurssystem *Kirche* ist vor allem im 4. Quartal 2012 (27 Aussagen) und 1. Quartal 2013 (44 Aussagen) in der Medienberichterstattung vertreten. Wie der Abbildung 15 Standing Akteurssysteme im Zeitverlauf zu entnehmen ist gibt es im 3. Quartal 2013 und im gesamten Jahr 2014 keine Aussagen, die diesem Akteurssystem zugeordnet werden konnten. Die Akteursdimension *Kirche* ist somit das einzige identifizierte Teilsystem, das ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr Teil der medialen Debatte ist.

Wie bereits erwähnt spielt das Akteurssystem *Wissenschaft* eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu den anderen Systemen. Auffallend ist der Anstieg der Präsenz dieses Akteurssystems im 4. Quartal 2013 (20 Aussagen von insgesamt 40 Aussagen). Hier sind besonders VertreterInnen der Akademie der Bildenden Künste zu nennen, allen voran Rektorin Eva Blimlinger (14 Aussagen).

Das Akteurssystem *Medien* ist im 4. Quartal 2012 (19 Aussagen) und im 1. Quartal 2013 (32 Aussagen) präsent vertreten. Ansonsten bleibt die Präsenz konstant niedrig und liegt zwischen einer bis 14 Aussagen pro Quartal.

Zusammenfassend können die Forschungsfrage 2.2 und die Hypothesen 6 und 7 folgendermaßen beantwortet werden: Von den insgesamt n=1.508 Aussagen, die in einem Untersuchungszeitraum von 26 Monaten erhoben wurden, können 1.042 Aussagen dem Jahr 2013 zugeordnet werden. Das Untersuchungsintervall aus dem

Jahr 2012 umfasst zwei Monate, in diesem Zeitraum wurden 319 Aussagen publiziert, das sind mehr als doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2014. Bezugnehmend auf die Nachrichtenfaktoren Bedeutsamkeit, Identifikation und Sensationalismus wird davon ausgegangen, dass sich im Untersuchungszeitraum Veränderungen bei der Präsenz der Akteure feststellen lassen. In den Quartalen 4.2012, 2.2013 und 4.2013 dominieren Akteure aus dem Teilsystem *Zivilgesellschaft* die mediale Debatte. In allen anderen Quartalen ist das Akteurssystem *Politik und Verwaltung* das vorherrschende. Einzig das Teilsystem *Kirche* ist nicht über den gesamten Untersuchungszeitraum Teil der Medienanalyse. Sowohl im 3. Quartal 2013, als auch im gesamten Jahr 2014 konnten diesem System keine Statements zugeordnet werden. Gemessen an den absoluten Zahlen der Statements ist bei sämtlichen Akteurssystemen das 1. Quartal 2013 jener Zeitraum mit der höchsten Medienpräsenz, außer beim Teilsystem *Wissenschaft*. In diesem System steigt die Dichte der Aussagen im 4. Quartal 2013 signifikant an und erreicht dann den Höhepunkt der Aussagen-Frequenz. Dies lässt sich auf die Besetzung der Akademie der Bildenden Künste zurückführen. Von 29. Oktober bis 05. November 2013 besetzten die Refugees die Universitätsräumlichkeiten, mit dem Ziel eine gemeinsame Unterkunft mit Hilfe der österreichischen Bevölkerung zu finden. Für die Untersuchung wurde die Annahme getroffen, dass die Besetzung der Hochschule dazu führt, dass Akteure aus dem System *Wissenschaft* durch den Grad der Bedeutsamkeit des Ereignisses die Berichterstattung dominieren. Die Hypothese kann nur teils bestätigt werden. Wissenschaftliche Akteure dominieren in diesem Zeitraum die mediale Debatte zwar nicht, sie gewinnen aber signifikant an Präsenz (Hypothese 6). Im Akteurssystem *Refugees* ist im Untersuchungszeitraum ebenfalls eine Veränderung festzustellen. Mit den ersten Vorwürfen einer Beteiligung an der gewerbsmäßigen Schlepperei im 3. Quartal 2013 steigt der Anteil der Statements der Refugee-RechtsvertreterInnen signifikant, während die Aussagen, die direkt den Refugee-Aktivisten zugeordnet werden können rapide abnehmen. 2014 dominieren die Aussagen der RechtsvertreterInnen das Teilsystem *Refugees*. Die Analyse zeigt auf, dass das Akteurssystem *Politik und Verwaltung* im 3. Quartal 2013 einen signifikanten Anstieg an Statements aufweist. Für die Untersuchung wurde die Hypothese gebildet, dass vor der Nationalratswahl im September 2013 die Präsenz der Akteure aus dem Teilsystem *Politik und Verwaltung*, im Vergleich zu den anderen Akteuren, überdurchschnittlich präsent ist (115 Aussagen). Diese Annahme kann an dieser Stelle bestätig werde (Hypothese 7).

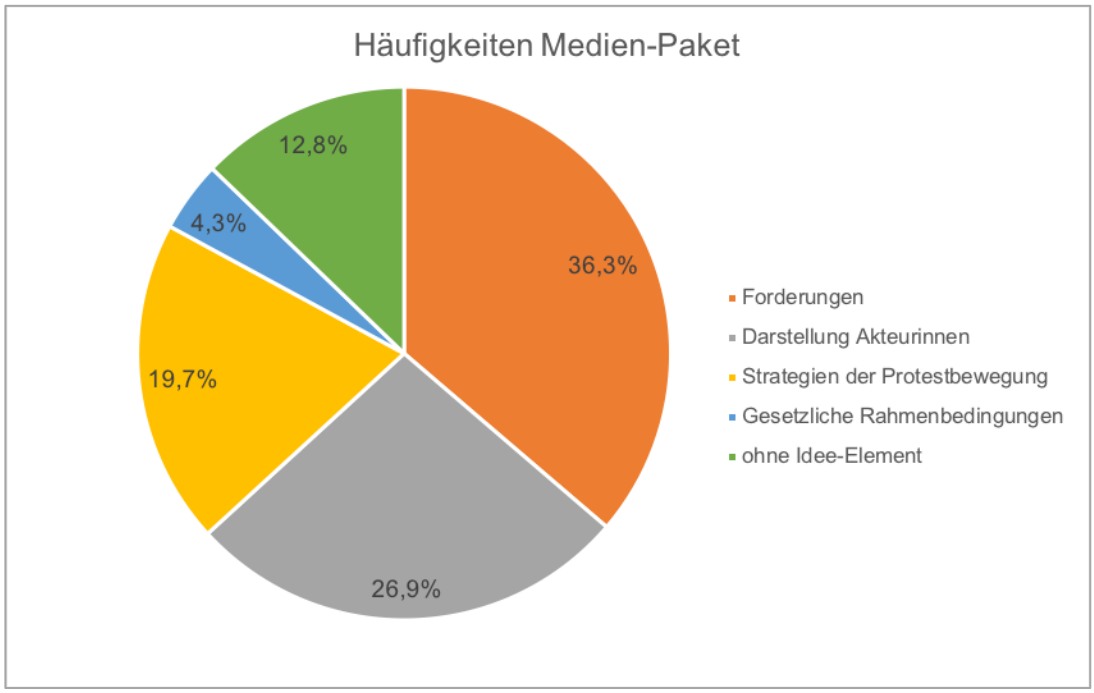
9.3. Untersuchungsergebnisse Frames

Bisher wurde in der Ergebnispräsentation auf die Berichterstattungsstruktur sowie die Akteurs-Präsenz eingegangen. An dieser Stelle wird das Framing der Refugee-Debatte analysiert. Die inhaltsanalytische Untersuchung geht der Frage nach, welche Argumentationsmuster und Deutungsangebote von welchen Akteuren platziert werden konnten und in welchen gesellschaftlichen Kontexten diese Deutungsangebote diskutiert werden. Die explorativ herausgearbeiteten Idee-Elemente, Frames und Medien-Pakete werden präsentiert. Frames sind dynamisch und können während eines längeren Berichterstattungszeitraums auch angepasst und ausgetauscht werden (vgl. Matthes 2014: 9). Daher wird untersucht, ob Änderungen im Untersuchungszeitraum bei der Nutzung der Frames feststellbar sind. Gesellschaftliche Debatten sind durch journalistische Informationsangebote geprägt (vgl. ebd.: 9). Daher soll abschließend ermittelt werden, ob es Unterschiede im Medienvergleich bei der Nutzung der Frames gibt.

9.3.1. Präsenz Frames

Mittels einer Stichprobe wurden Aussagen zu Idee-Elementen generiert. Die explorativ erarbeiteten und thematisch strukturierten Frames, welche sich aus den Idee-Elementen zusammensetzen, wurden in übergeordneten Medien-Paketen verdichtet. Ein Medien-Paket hat eine interne Struktur und enthält eine zentrale Organisationsidee (vgl. Gamson/Modigliani 1989: 3). Zunächst wird die Präsenz-Häufigkeit der Medien-Pakete und Frames ausgewertet. Summe Idee-Elemente n=2.423.

Abbildung 16: Häufigkeiten der genutzten Medien-Pakete



Prozentuelle Verteilung (n = 2.423) | Prozentuelle Verteilung von Häufigkeiten der Medien-Pakete

Die von den Akteuren etablierten Frames beziehen sich in erster Linie auf das Medien-Paket *Forderungen* (36,3 %). In diesem Paket werden sämtliche Forderungen aller Akteure zusammengefasst, z. B. konkrete Forderungen der Refugee Protestbewegung sowie generelle Forderungen an das Asylsystem, wie beispielsweise Änderungen betreffend Asylgesetz, Grundversorgung oder Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit für Menschen mit Fluchthintergrund. Am zweithäufigsten dominiert das Medien-Paket Darstellung *Akteure* (26,9 %). Die thematisch strukturierten Frames dieses Medien-Pakets umfassen Beschreibungen der einzelnen Akteurssysteme. An dritter Stelle folgt das Medien-Paket *Strategie der Protestbewegung* (19,7 %). An dieser Stelle werden Frames diskutiert, die sich konkret mit der Protestbewegung beschäftigen, z. B die politisch-kommunikative Strategie der Bewegung, aber auch deren Konsequenzen und Auswirkungen. Am seltensten kommt das Medien-Paket *Gesetzliche*

Rahmenbedingungen vor (4,3 %). Dieses Paket umfasst rechtliche Grundlagen, wie beispielsweise die Gesetzgebung des Schlepper-Prozesses (§ 114 FPG Schlepperei) oder die bundesweite Unterbringungsquote. 310 Aussagen konnten keinem Idee-Element zugeordnet werden und sind somit keinem Frame bzw. Medien-Paket untergeordnet (ohne Idee-Element).

Die beschriebenen Medien-Pakete setzen sich aus nachstehenden Frames zusammen. Die vier Medien-Pakete umfassen insgesamt 25 Frame-Pakete, die sich wiederum aus 134 Idee-Elementen zusammensetzen.[27]

Tabelle 12: Häufigkeiten Medien-Pakete und Frames

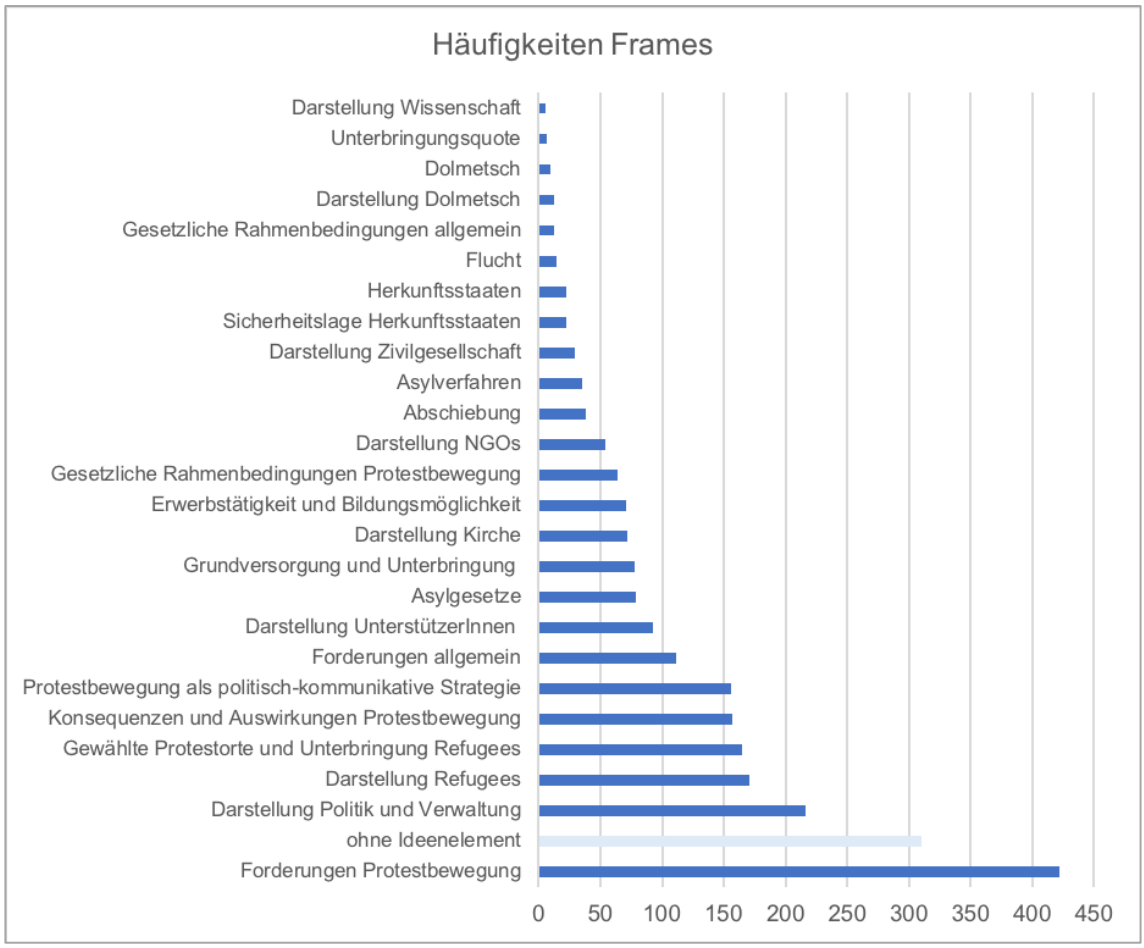
STRATEGIEN DER PROTESTBEWEGUNG	478	
Protestbewegung als politisch-kommunikative Strategie	156	6,4 %
Gewählte Protestorte und Unterbringung Refugees	165	6,8 %
Konsequenzen und Auswirkungen Protestbewegung	157	6,5 %
FORDERUNGEN	879	
Forderungen allgemein	111	4,6 %
Forderungen Protestbewegung	422	17,4 %
Asylgesetze	79	3,3 %
Asylverfahren	35	1,4 %
Grundversorgung und Unterbringung	78	3,2 %
Dolmetsch	9	0,4 %
Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit	71	2,9 %
Herkunftsstaaten	22	0,9 %
Flucht	14	0,6 %
Abschiebung	38	1,6 %
GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	104	
Gesetzliche Rahmenbedingungen allgemein	12	0,5 %
Sicherheitslage Herkunftsstaaten	22	0,9 %
Unterbringungsquote	6	0,2 %
Gesetzliche Rahmenbedingungen Protestbewegung	64	2,6 %
DARSTELLUNG AKTEURE	652	
Darstellung Politik und Verwaltung	216	8,9 %
Darstellung Refugees	171	7,1 %
Darstellung UnterstützerInnen	93	3,8 %
Darstellung NGOs	54	2,2 %
Darstellung Zivilgesellschaft	29	1,2 %
Darstellung Kirche	72	3,0 %
Darstellung Dolmetsch	12	0,5 %
Darstellung Wissenschaft	5	0,2 %
Ohne Idee-Element[28]	310	12,8 %
Total	2.423	100 %

Angabe in absoluten Zahlen (n = 2.423) | Angaben in Prozent | Verteilung Medien-Paketen und Frames nach Häufigkeit

[27] Die vollständige Liste der Medien-Pakete, Frames und Idee-Elemente findet sich im Anhang.
[28] *Ohne Idee-Elemen*t wurde bei Aussagen codiert, in denen die Refugee Protestbewegung zwar erwähnt wurde, jedoch kein codierrelevantes Idee-Element identifiziert werden konnte.

Im nächsten Schritt der Analyse wird auf die Häufigkeitsverteilung der Frame-Nutzung eingegangen, die dominierende Frame-Pakete werden anschließend besprochen:

Abbildung 17: Häufigkeiten Frames



Angabe in absoluten Zahlen (n = 2.423) | Verteilung der Frames nach Häufigkeit der Aussagen

Die massenmediale Debatte wird eindeutig vom Frame *Forderungen Protestbewegung* dominiert (17,4 %). Dieser umfasst sämtliche Forderungen die während der Protestbewegung formuliert wurden, z. B. Forderung an EntscheidungsträgerInnen mit Refugees in Verhandlung zu treten, Forderung nach strukturellen Änderungen im Asylsystem, Forderung Protestaktionen zu beenden, aber auch Aussagen, dass nicht alle Forderungen der Refugee Protestbewegung umgesetzt werden können. Der Frame *Darstellung Politik und Verwaltung* (8,9 %) umfasst etwa Debattenstränge zur Vorgehensweise der Polizei, aber auch Aussagen, ob sich PolitikerInnen an Vereinbarungen mit Refugees halten, oder nicht. Der Frame *Darstellung der Refugees* (7,1 %) umfasst wiederum Aussagen, wie beispielsweise Refugees handeln selbstbestimmt oder Angeklagte Refugees haben (keine) Straftat begangen. Ebenso häufig wird der Frame *Gewählte Protestorte und Unterbringung Refugees* (6,8 %)

diskutiert. In diesem Frame-Paket werden sämtliche Äußerungen zu den Standorten der Protestaktionen bzw. Unterkünften der Refugees gesammelt, so werden die gewählten Orte als (un)geeignet für die Aktionen beschrieben bzw. genannt, ob die Unterbringungsangebote von den Refugees angenommen oder abgelehnt werden. *Konsequenzen und Auswirkungen der Protestbewegung* werden ebenfalls näher diskutiert (6,5 %) sowie die *politisch-kommunikative Strategie der Protestbewegung* (6,4 %). Andere Frame-Pakete wie die *Darstellung der Zivilgesellschaft* (1,2 %), *DolmetscherInnen* (0,5 %) und *Wissenschaft* (0,2 %) sind ebenso kaum präsent, wie vergleichsweise die Forderungen rund um die Zulässigkeit von *Abschiebungen* (1,6 %), die Bewertung der *Sicherheitslage in den Herkunftsländern* (0,9 %) und die Anerkennung von *Fluchtgründen* (0,6 %). Auch den Frames *Asylverfahren* (1,4 %) und *Unterbringungsquote* (0,3 %) wird in der Berichterstattung wenig Beachtung geschenkt.

Bei Betrachtung der Idee-Elementen lässt sich feststellen, dass die fünf am häufigsten verwendeten Idee-Elemente allesamt aus unterschiedlichen Frames stammen:

Tabelle 13: Übersicht fünf häufigsten Ideen-Elemente

Frame	Idee-Element	Häufigkeit
Forderung Protestbewegung	EntscheidungsträgerInnen werden aufgefordert mit Refugees in Verhandlung zu treten und/oder strukturelle Änderungen im Asylsystem vorzunehmen.	139
Protestbewegung als politisch-kommunikative Strategie	Refugees lenken Aufmerksamkeit auf Situation von AsylwerberInnen und zeigen Missstände im Asylsystem auf.	73
Konsequenzen und Auswirkungen Protestbewegung	Hungerstreik führt zu körperlichen Beeinträchtigungen und Folgeschäden.	69
Darstellung Kirche	Kirche unterstützt RPB (z. B gewährt Schutz in Kirche).	61
Darstellung UnterstützerInnen	UnterstützerInnen instrumentalisieren Refugees.	60

Angabe in absoluten Zahlen (n = 2.423) | Übersicht fünf häufigsten Idee-Elemente in Berichterstattung

Am prominentesten ist das Idee-Element *EntscheidungsträgerInnen werden aufgefordert mit Refugees in Verhandlung zu treten und/oder strukturelle Änderungen im Asylsystem vorzunehmen* vertreten. Dies kann voraussichtlich darauf zurückgeführt werden, dass dieses Idee-Element sehr breit angelegt wurde.

Die zuvor herausgearbeitete Prominenz der Frames Forderungen Protestbewegung sowie Gewählte Protestorte und Unterbringung der Refugees soll im Folgenden näher betrachtet werden. Im Mittelpunkt der Analyse steht die Nutzung der Medien-Frames durch die Akteure.

Nachfolgende Tabelle stellt den dominierenden Frame *Forderungen Protestbewegung* und die Nutzung durch die Akteure dar:

Tabelle 14: Nutzung Frame Forderungen Protestbewegung nach Akteuren

Forderungen Protestbewegung	
NGO	115
Refugees	85
Parteien	65
Ministerien und Verwaltung	51
Der Standard	27
Andere Politik	19
Katholische Kirche	18
UnterstützerInnen und AktivistInnen	10
Die Presse	9
Wissenschaft	9
Kurier	8
Andere Zivilgesellschaft	3
SprecherInnen Refugees	2
Islamische Glaubensgemeinschaft	1
Summe	422

Angabe in absoluten Zahlen (n = 422) | Verteilung Frame-Nutzung nach Akteuren

Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass die Forderungen der Protestbewegung fast zu einem Drittel von Seiten der *NGOs* (115 Idee-Elemente), vorwiegend der *Caritas* (87 Idee-Elemente), im medialen Diskurs formuliert werden. Am zweithäufigsten wird dieser Frame von Einzelpersonen aus der *Refugee-Gruppe* etabliert (85 Idee-Elemente). Die *Parteien* sowie *Ministerien und Verwaltung* greifen ebenfalls wiederholt auf den Frame zurück (65 und 51 Idee-Elemente). Hier sticht das Innenministerium, mit der Innenministerin als zentrale Akteurin hervor (18 Idee-Elemente). 19 Aussagen können der Gruppe *Andere Politik* zugeordnet werden, wobei zu erwähnen ist, dass sämtliche geäußerten Forderungen dem Bundespräsidenten Heinz Fischer zugeordnet werden können. Die Tageszeitungen Der Standard (27 Idee-Elemente), Die Presse (9 Idee-Elemente) sowie KURIER (8 Idee-Elemente) diskutieren vermehrt die Forderungen der Protestbewegung in ihrer Berichterstattung, während die Wiener Zeitung nicht auf diesen Frame zurückgreift.

Nachstehend abgebildete Tabelle stellt den Frame *Gewählte Protestorte und Unterbringung der Refugees* nach Akteurs-Nutzung in den Mittelpunkt:

Tabelle 15: Nutzung Frame Gewählte Protestorte und Unterbringung nach Akteuren

Gewählte Protestorte und Unterbringung Refugees	
Refugees	66
NGO	37
Parteien	19
Katholische Kirche	18
Wissenschaft	9
UnterstützerInnen und AktivistInnen	7
Der Standard	5
Ministerien und Verwaltung	2
Evangelische Kirche	1
Andere Politik	1
Summe	**165**

Angabe in absoluten Zahlen (n = 165) | Verteilung Frame-Nutzung nach Akteuren

40 % der identifizierten Aussagen aus dem Frame Gewählte Protestorte und Unterbringung können Einzelpersonen aus dem Bereich *Refugees* zugeordnet werden (66 Idee-Elemente). Dahinter reihen sich Akteure aus dem Bereich *NGOs* (37 Idee-Elemente), sämtliche Aussagen können der Caritas zugeordnet werden. Aus dem Akteurssystem Politik und Verwaltung können 19 Aussagen VertreterInnen von *Parteien* und zwei Aussagen dem Innenministerium zugordnet werden. Auffallend in der Gruppe der politischen Parteien ist der vergleichsweise hohe Anteil an Einzelpersonen aus der SPÖ (9 Idee-Elemente), vor allem Mitglieder des Wiener Gemeinderats werden zitiert, darunter Michael Häupl (Bürgermeister Stadt Wien). Für die Katholische Kirche konnten 18 Statements identifiziert werden. Akteure aus dem Teilsystem *Wissenschaft* wird neun Mal der genannte Frame zugeschrieben, alle Aussagen stammen direkt aus dem Umfeld der Akademie der Bildenden Künste, allen voran Rektorin Eva Blimlinger (8 Idee-Elemente).

Zusammenfassend kann folgendes festgehalten werden: Die von den Akteuren etablierten Frames sind großteils im Medien-Paket *Forderungen* (36 %) verortet. Am zweithäufigsten wird das Medien-Paket *Darstellung Akteure (*27 %) evident und am dritthäufigsten sind die Frames im Medien-Paket *Strategie der Protestbewegung* (20 %) verortet. In der öffentlichen Debatte dominiert der Frame *Forderungen Protestbewegung* (17,4 %), dieser umfasst sämtliche Forderungen, die während der Protestbewegung von VertreterInnen der einzelnen Akteurssysteme formuliert wurden. Verhältnismäßig dominant sind erwartungsgemäß die Darstellungen der Akteurssysteme *Politik und Verwaltung* (8,9 %) und *Refugees* (7,1 %). Ebenso diskutiert werden Frames wie *Gewählte Protestorte und Unterbringung Refugees* (6,8 %), *Auswirkungen der Protestbewegung* (6,5 %) und die *politisch-kommunikative Strategie der Protestbewegung* (6,4 %). Andere Frame-Pakete wie etwa die *Darstellung der Akteursgruppen Zivilgesellschaft* (1,2 %), *DolmetscherInnen* (0,5 %) und *Wissenschaft* (0,2 %) spielen in der Berichterstattung eine untergeordnete Rolle. (Forschungsfrage 3) Für die Untersuchung der Refugee-Berichterstattung wurde die These formuliert, dass Refugees und Einzelpersonen aus dem Bereich NGOs, im Vergleich zu Akteuren aus dem Akteurssystem Politik und Verwaltung, vermehrt auf *Forderungen rund um die Protestbewegung* formulieren. Die Hypothese kann an dieser Stelle bestätigt werden (Hypothese 8). 85 Aussagen von Refugees und 115 Aussagen von VertreterInnen aus der NGO-Szene können diesem Frame zugeordnet werden (insgesamt 200 Idee-Elemente), dem gegenüber stehen 135 Aussagen aus dem Teilsystem Politik und Verwaltung. Die Differenz der Frame-Nutzung zwischen den VertreterInnen der Akteurssysteme ist jedoch gering, daher kann nicht von einem aussagekräftigen Unterschied gesprochen werden. Weiters wurde aufgrund der mehrwöchigen Besetzung der Votivkirche sowie der Unterbringung der Refugees im Servitenkloster die Annahme getroffen, dass der Frame *Gewählte Protestorte und Unterbringung der Refugees* am häufigsten von VertreterInnen der Katholische Kirche besprochen wurde. Diese Hypothese kann nicht bestätigt werden (Hypothese 9). 40 % aller Statements zu diesem Frame stammen direkt von den Refugees (66 Idee-Elemente). Dahinter reihen sich die Aussagen von Akteuren aus dem Bereich NGOs (37 Idee-Elemente), sämtliche Statements können der Caritas zugeordnet werden. Am vierthäufigsten, und noch nach den politischen Parteien, reiht sich erst die Katholische Kirche in der Nutzung des genannten Frames (18 Idee-Elemente). Akteure aus dem Teilsystem Wissenschaft diskutieren den Frame neun Mal in der Berichterstattung.

Wie im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit beschrieben, ist es den Akteuren durch Deutungsangebote möglich ihre Positionen und Bewertungen zu einem Thema zu kommunizieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 123). Nachstehend werden drei Frames aus dem dominierenden Medien-Paket *Forderungen* exemplarisch analysiert, um in weiterer Folge deren gesellschaftliche Kontextualisierung zu besprechen. Die ausgewählten Frames sind *Asylverfahren*, *Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit* sowie *Asylgesetze*.

Insgesamt können dem Frame *Asylverfahren* 35 Idee-Elemente zugeordnet werden. Der Frame setzt sich aus folgenden Idee-Elementen zusammen:

Tabelle 16: Frame Asylverfahren

Idee-Elemente		
Asylverfahren müssen beschleunigt werden.	18	51,4 %
Qualität der Asylverfahren muss verbessert werden.	13	37,1 %
Geschwindigkeit bei Asylverfahren ist ausreichend.	3	8,6 %
Qualität der Asylverfahren ist ausreichend.	1	2,9 %
Summe	35	100,0 %

Angabe in absoluten Zahlen (n = 35) | Angaben in Prozent | Frame Asylverfahren und Idee-Elemente

Der Frame *Asylverfahren* wird eindeutig vom Idee-Element *Asylverfahren müssen beschleunigt* werden dominiert (18 Idee-Elemente). Es fällt auf, dass der Großteil der Aussagen Akteuren aus dem NGO-Bereich zugeordnet werden können (11 Idee-Elemente). Unter den NGO-VertreterInnen befinden sich die Caritas (7 Idee-Elemente), Amnesty International Österreich und die Diakonie Österreich (je 2 Idee-Elemente). Im Akteurssystem Politik und Verwaltung können drei Aussagen der SPÖ, eine Aussage der ÖVP und eine weitere Aussage dem Innenministerium zugeschrieben werden. Alle drei Aussagen der SPÖ stammen von PolitikerInnen auf Landesebene (Michael Häupl, Bürgermeister Stadt Wien; Sonja Wehsely, Sozialstadträtin Wien). Ebenfalls präsent im Frame ist das Idee-Element *Qualität der Asylverfahren muss verbessert werden* (13 Idee-Elemente). Auch hier dominieren VertreterInnen aus dem Bereich NGO (11 Idee-Elemente). Je eine Aussage kann dem KURIER und der SPÖ zugeordnet werden. Nur drei Aussagen werden zum Idee-Element *Geschwindigkeit bei Asylverfahren ist ausreichend* getroffen. Das Idee-Element *Qualität der Asylverfahren ist ausreichend* spielt eine untergeordnete Rolle in der massenmedialen Debatte und wir nur einmal vom Innenministerium genannt.

Für die vorliegende Arbeit wurde die Annahme getroffen, dass rechts-konservative Parteien, wie die FPÖ, in stärkerem Umfang eine Beschleunigung der Asylverfahren in der Medienberichterstattung fordern, als etwa NGOs oder links-liberale Parteien, wie Die

Grünen. Diese Annahme kann an dieser Stelle nicht bestätig werden (Hypothese 10). Weder den Grünen noch der FPÖ konnte der Frame *Asylverfahren* zugeordnet werden. Zutreffend ist, dass VertreterInnen aus dem NGO-Bereich verstärkt die Beschleunigung von Asylverfahren fordern. Die Akteure aus diesem Teilsystem dominieren den Frame in der Berichterstattung wesentlich.

Insgesamt können dem Frame *Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit* 71 Idee-Elemente zugeordnet werden. Der Frame umfasst folgende Idee-Elemente:

Tabelle 17: Frame Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit

Idee-Elemente		
Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss uneingeschränkt bereits in Grundversorgung möglich sein.	56	78,9 %
Die bestehenden Regelungen der Erwerbstätigkeit sind ausreichend.	12	16,9 %
Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss eingeschränkt werden.	-	-
Der Zugang zu Bildungseinrichtungen muss bereits in Grundversorgung möglich sein.	3	4,2 %
Die bestehenden Regelungen betreffend Zugang zu Bildungseinrichtungen sind ausreichend.	-	-
Der Zugang zu Bildungseinrichtungen muss eingeschränkt werden.	-	-
Summe	71	100,0 %

Angabe in absoluten Zahlen (n = 71) | Angaben in Prozent | Frame Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit und Idee-Elemente

Auffallend ist, dass in der Berichterstattung häufiger über den Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen (insgesamt 68 Idee-Elemente) und signifikant selten über deren Zugang zu Bildungseinrichtungen gesprochen wird (3 Idee-Elemente). Nennenswert ist, dass sich niemand dafür ausspricht, dass der *Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. zu Bildungseinrichtungen für AsylwerberInnen eingeschränkt* werden muss. Die drei Aussagen, die sich für den *Zugang zu Bildungseinrichtungen bereits in der Grundversorgung* aussprechen nennen parallel auch die Forderung des uneingeschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt. Diese Forderung äußern in erster Linie Akteure aus dem Akteurssystem Zivilgesellschaft, allen voran VertreterInnen aus der NGO-Szene (25 Idee-Elemente). Dem Akteurssystem Politik und Verwaltung sind 12 Aussagen zuzuschreiben (Die Grünen: 4 Idee-Elemente; SPÖ: 6 Idee-Elemente; Sozialistische Linkspartei: 2 Idee-Elemente), dem Akteurssystem Medien sieben Aussagen (Der Standard: 2 Idee-Elemente; Die Presse: 3 Idee-Elemente; Kurier: 2 Idee-Elemente), der Katholischen Kirche zwei Aussagen, Einzelpersonen aus der Refugee Gruppe sieben Aussagen und dem Akteurssystem Wissenschaft drei Aussagen. In 12 Statements wird die *Regelung der Erwerbstätigkeit für Asylwerber* als ausreichend beschrieben. Besonders das Innenministerium vertritt diese Ansicht (8 Idee-Elemente),

zwei Aussagen sind auf das Sozialministerium, eine davon direkt auf Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) zurückzuführen. Je eine Aussage kann Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) sowie der Journalistin Martina Salomon (KURIER) zugeordnet werden. Die Hypothese, dass links-liberale Parteien, NGOs und AsylwerberInnen häufiger einen raschen Zugang zum Arbeitsmarkt in der Berichterstattung fordern als konservative Parteien, kann an dieser Stelle bestätigt werden (Hypothese 11).

Insgesamt können dem Frame *Asylgesetze* 79 Idee-Elemente zugeordnet werden. Der Frame umfasst folgende Idee-Elemente:

Tabelle 18: Frame Asylgesetze

Idee-Elemente		
Asylgesetze müssen humanitärer gestaltet werden.	56	70,9 %
Bestehende Asylgesetze sind ausreichend.	19	24,0 %
Asylgesetze müssen verschärft werden.	4	5,1 %
Summe	79	100,0 %

Angabe in absoluten Zahlen (n = 79) | Angaben in Prozent | Frame Asylgesetze und Idee-Elemente

Der Frame Asylgesetze wird eindeutig vom Idee-Element *Asylgesetze müssen humanitärer gestaltet werden* dominiert (56 Idee-Elemente). Dem Akteurssystem Zivilgesellschaft können 31 Aussagen zugeschrieben werden (NGOs: 25 Idee-Elemente; UnterstützerInnen und AktivistInnen: 6 Idee-Elemente), dem Akteurssystem Politik und Verwaltung drei Aussagen (SPÖ: 1 Idee-Elemente; Die Grünen: 2 Idee-Elemente), dem Akteurssystem Medien 13 Aussagen (Der Standard: 11 Idee-Elemente; KURIER: 2 Idee-Elemente), dem Akteurssystem Kirchen vier Aussagen (Katholische Kirche: 4 Idee-Elemente) und fünf Aussagen Einzelpersonen aus der Refugee-Gruppe. Beim Idee-Element *Bestehende Asylgesetze sind ausreichend* sind 19 Aussagen verortet. Hier dominiert eindeutig das Innenministerium (17 Idee-Elemente), 13 Aussagen sind direkt der Innenministerin Johanna-Mikl-Leitner zuzuschreiben. Harald Vilimsky (Generalsekretär FPÖ) und Marissa Lobo (Sprecherin Refugees) werden mit je einer zutreffenden Aussage zitiert. Sämtliche Aussagen die dem Idee-Element *Asylgesetze müssen verschärft werden* zugeordnet werden können stammen von der FPÖ (4 Idee-Elemente).

Für die Untersuchung wurde die Hypothese definiert, dass links-liberale Parteien, NGOs und AsylwerberInnen häufiger liberale Asylgesetze in der medialen Debatte fordern, als konservative Parteien wie ÖVP und FPÖ. Diese Hypothese kann bestätig werden (Hypothese 12). Besonders Akteure aus dem Bereich NGO setzten sich signifikant

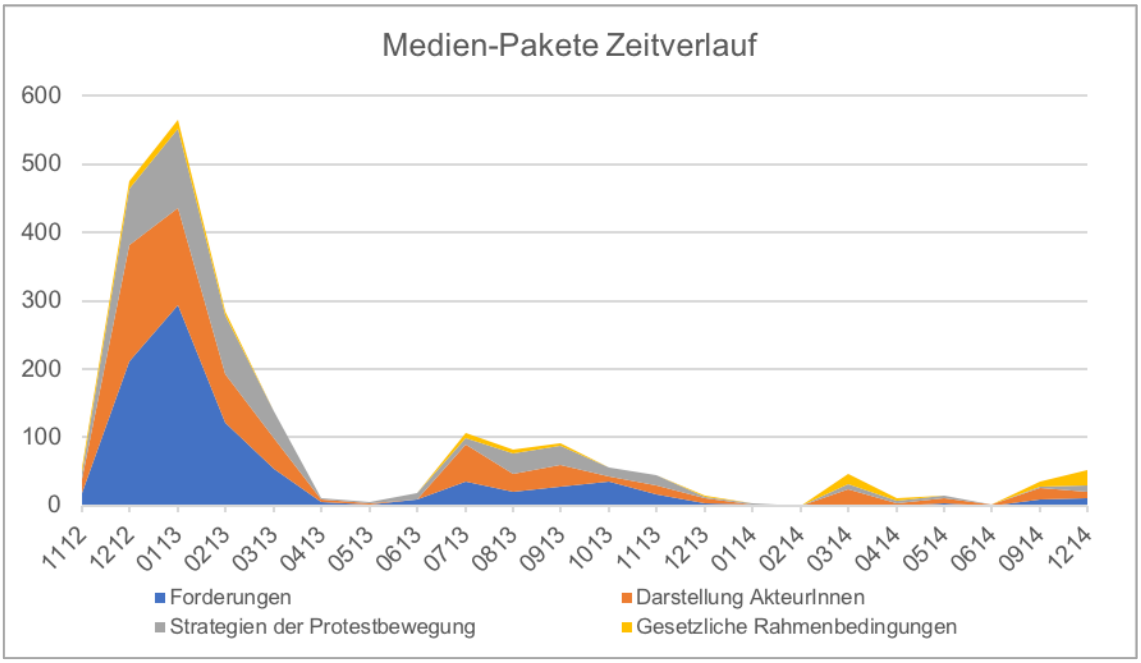
häufig in der Berichterstattung für liberale Asylgesetze ein. Auffallend ist der hohe Anteil an Aussagen im Akteurssystem Medien, die sich für liberalere Asylgesetze aussprechen. Das Innenministerium vertritt die Meinung, dass die bestehenden Asylgesetze ausreichend sind, während VertreterInnen der FPÖ als einzige eine Verschärfung der Asylgesetze fordern.

9.3.2. Frame-Nutzung im Zeitverlauf

Frames sind dynamisch und wandelbar, es kann daher vorkommen, dass sich bei einem umfangreichen Berichterstattungszeitraum die tonangebenden Perspektiven und die vorgebrachte Argumentation der Akteure ändern. (vgl. Matthes 2014: 9, 15; Schulz [3]2011: 149) An dieser Stelle wird der Frage nachgegangen, ob auch bei der Berichterstattung rund um die Refugee Protestbewegung Änderungen im Untersuchungszeitraum feststellebar sind.

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, dass der Höhepunkt der Berichterstattung, gemessen am Umfang der publizierten Artikel, im Zeitraum Dezember 2012 bis März 2013 festzumachen ist. Danach ebbt die mediale Debatte ab und kommt zwischen Juli und November 2013 inhaltlich wieder in Schwung. Die nächsten Höhepunkte der Berichterstattung sind im März, September und Dezember 2014 zu verorten. Dazwischen nimmt die Berichterstattung signifikant ab. In den Monaten Juli, August, Oktober und November 2014 werden keine Artikel zum Thema veröffentlicht. Nachfolgend wird die Medien-Paket-Nutzung im Untersuchungszeitraum betrachtet:

Abbildung 18: Verteilung Medien-Pakete im Zeitverlauf



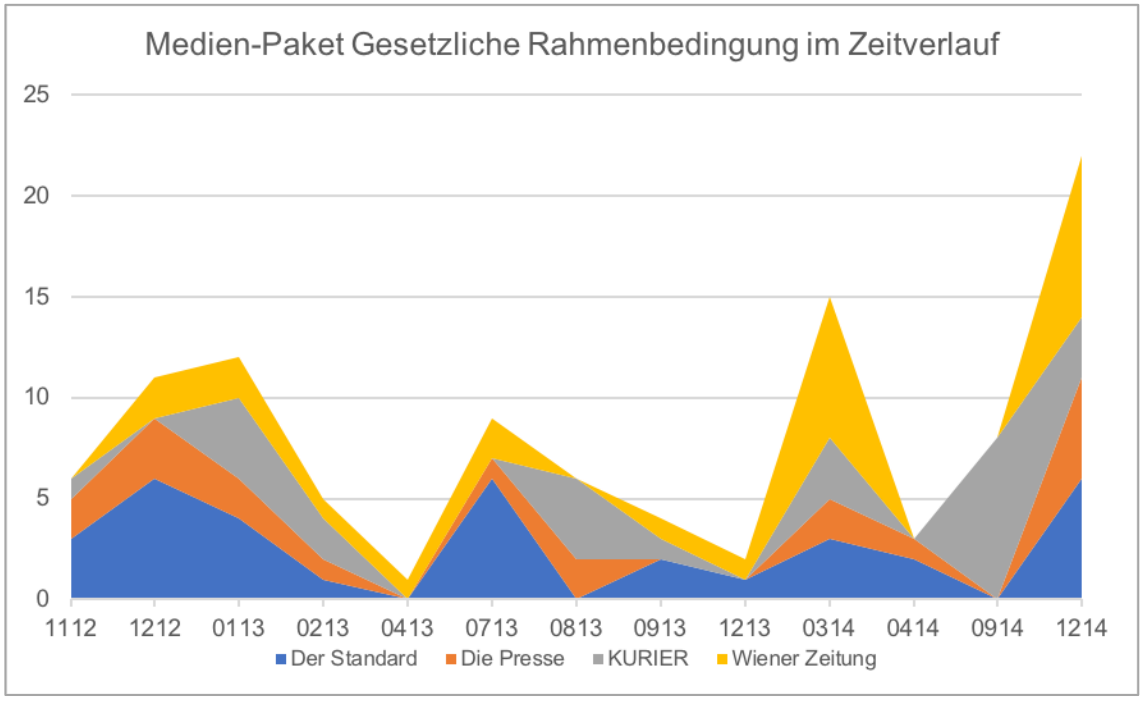
Angabe in absoluten Zahlen (n = 2.423) | Verteilung der Medien-Pakete im Zeitverlauf monatlich

Bei der Verteilung der Medien-Pakete im Zeitverlauf wird ersichtlich, dass die mediale Debatte thematisch breit und vielfältig geführt wird. Das dominierende Medien-Paket Forderungen ist besonders zu Beginn der Protestaktion und während der Besetzung der Votivkirche präsent (Dezember 2012 – inkl. Februar 2013). In den Monaten November

2012 bis inklusive März 2013 können exakt 700 Aussagen diesem Medien-Paket zugeordnet werden (insgesamt 879 Idee-Elemente). In den Monaten Juli bis Oktober 2013 (119 Idee-Elemente) gewinnt das Medien-Paket *Forderungen* inhaltlich nochmals an Präsenz. Ab November 2013 fällt das gesamt dominierende Medien-Paket signifikant ab, im Jahr 2014 wird es in den Monaten September (9 Idee-Elemente) und Dezember (11 Idee-Elemente) nochmals besprochen. Dem Medien-Paket *Darstellung Akteure* können insgesamt 652 Aussagen zugeordnet werden. Die Präsenz ist im gesamten Untersuchungszeitraum verhältnismäßig gleichbleibend. Das Medien-Paket *Strategien der Protestbewegung* (insgesamt 478 Idee-Elemente) findet besonders im letzten Drittel des Untersuchungszeitraums kaum mehr Beachtung, zuvor ist es verhältnismäßig gleichbleibend. Im letzten Monat des Untersuchungszeitraums gewinnt das genannte Medien-Paket vergleichsweise erneut etwas an Präsenz (10 Idee-Elemente). Beim Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingungen* ist auffallend, dass dessen Präsenz im letzten Drittel des Untersuchungszeitraums anteilsmäßig signifikant zunimmt (insgesamt 104 Idee-Elemente).

Nachfolgende Grafik stellt das Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingungen* detailliert im Zeitverlauf dar:

Abbildung 19: Medien-Paket Gesetzliche Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



Angabe in absoluten Zahlen (n = 104) | Medien-Paket Gesetzliche Rahmenbedingungen im Zeitverlauf monatlich

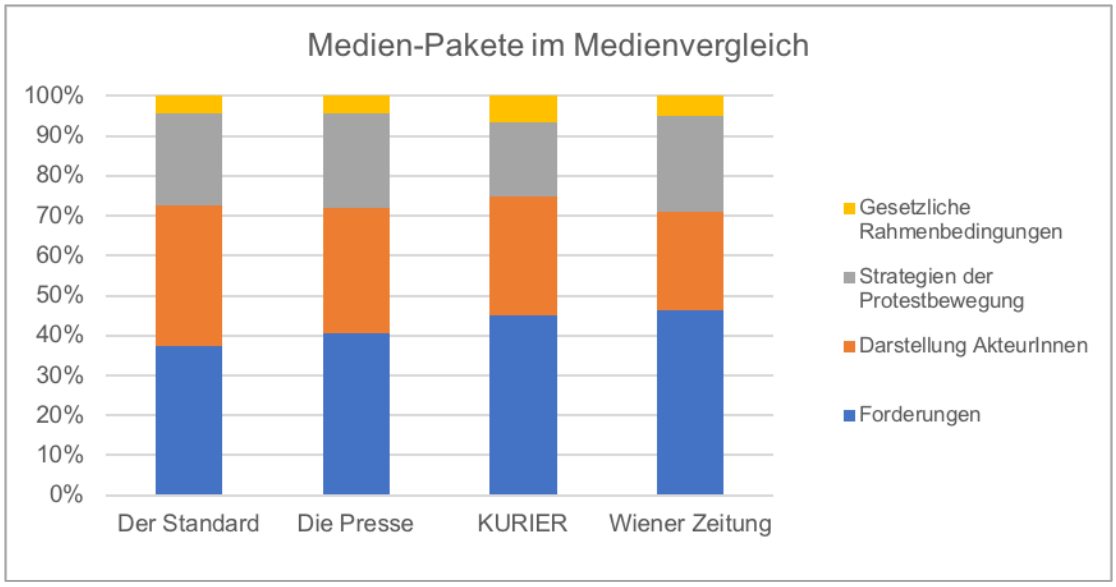
In den Monaten Dezember 2012 und Jänner 2013 werden 23 Aussagen publiziert, die dem Medien-Pakets *Gesetzliche Rahmenbedingungen* zugeordnet werden können. Gemessen an der Gesamtberichterstattung kann von einer hohen Präsenz des Medien-Paket im März 2014 gesprochen werden (15 Aussagen). Der Präsenz-Höhepunkt des Medien-Pakets ist im Dezember 2014 mit 22 Aussagen zu verzeichnen, dieses Paket dominiert im genannten Monat die Medien-Pakete. Alle Aussagen im Dezember 2014 aus dem Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingungen* können dem Frame *Gesetzliche Rahmenbedingungen Protestbewegung* zugeordnet werden, dieses umfasst die Gesetzgebung rund um den Schlepper-Prozess.

Zusammenfassend können die Forschungsfrage 3.3 sowie die Hypothese 13 folgendermaßen beantwortet werden: Die Betrachtung der Medien-Paket-Nutzung im Zeitverlauf zeigt, dass die mediale Debatte in den Monaten November 2012 bis März 2013 sehr breit und vielfältig geführt wurde. Das dominierende Medien-Paket *Forderungen* ist besonders in diesem Zeitintervall präsent (700 von 879 Aussagen). Im Jahr 2014 fällt dieses Medien-Paket signifikant ab, einzig in den Monaten September und Dezember 2014 wird es nochmals medial besprochen. Dem Medien-Paket *Darstellung Akteure* können insgesamt 652 Aussagen zugeordnet werden, die Präsenz ist im gesamten Untersuchungszeitraum verhältnismäßig gleichbleibend. Das Medien-Paket *Strategien der Protestbewegung* findet zum Ende des Untersuchungszeitraums kaum mehr Beachtung (insgesamt 478 Aussagen), nur im Dezember 2014 gewinnt es vergleichsweise erneut an Präsenz. Bei Betrachtung des Medien-Pakets *Gesetzliche Rahmenbedingungen* (insgesamt 104 Aussagen) zeigt sich, dass die Präsenz in den Monaten März 2014 (15 Aussagen) und Dezember 2014 (22 Aussagen) signifikant hoch ist, hier können alle Aussagen dem Frame *Gesetzliche Rahmenbedingungen Protestbewegung* zugeordnet werden, welcher die Gesetzgebung rund um den Schlepper-Prozess umfasst. Die Annahme, dass die Präsenz der Statements aus dem Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingungen* ihren Höhepunkt mit Beginn des Schlepper-Prozesses erreicht kann an dieser Stelle nicht bestätig werden, jedoch kann von einer signifikanten Zunahme des Frames im März 2013, zu Prozessbeginn am Landesgericht Wiener Neustadt gesprochen werden (Hypothese 13). Der Höhepunkt der Präsenz des Medien-Pakets *Gesetzliche Rahmenbedingungen* ist mit Ende des Schlepper-Prozesses und der damit verbundenen Urteilsverkündung zu verorten (Dezember 2014).

9.3.3. Frame-Nutzung im Medienvergleich

Gesellschaftliche Debatten sind durch journalistische Informationsangebote geprägt. JournalistInnen wählen, abhängig von ihrer redaktionellen Ausrichtung, gewisse Fakten für ihre Berichterstattung aus und stellen andere in den Hintergrund. (vgl. Matthes 2014: 9; Scheufele 2003: 46) In diesem Abschnitt der Ergebnispräsentation wird daher der Frage nachgegangen, ob Unterschiede bei der Frame-Nutzung im Medienvergleich feststellbar sind. Nachstehende Grafik stellt den Medienvergleich mittels der Medien-Pakete dar:

Abbildung 20: Medien-Pakete im Medienvergleich

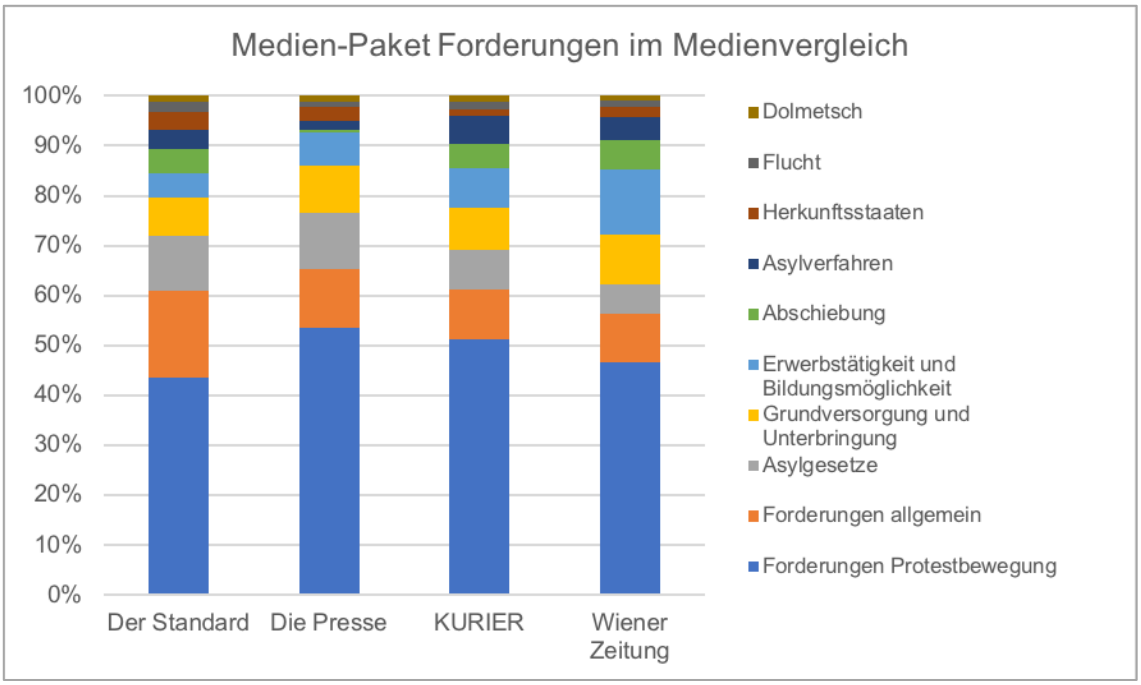


Prozentuelle Verteilung (n = 2.113 | Prozentuelle Verteilung Medien-Pakete im Medienvergleich

Beim Vergleich der Medien-Pakete zwischen den vier Tageszeitungen zeigt sich, dass die inhaltliche Berichterstattung relativ homogen ausfällt. Signifikante Unterschiede können nicht festgestellt werden. Alle vier Medien nutzen das dominierende Medien-Paket *Forderungen* am häufigsten. Am zweithäufigsten wird ebenfalls von allen vier Printmedien das Medien-Paket *Darstellung Akteure* genutzt. Der Standard veröffentlichte 269 Aussagen zum Medien-Paket *Darstellung Akteure*, dem gegenüber stehen 127 Aussagen aus der Wiener Zeitung, auch die prozentuelle Verteilung zeigt, dass Der Standard innerhalb dieses Medien-Pakets dominiert. Das Medien-Paket *Strategien der Protestbewegung* reiht sich bei allen vier Medien auf dem dritten Platz der Häufigkeits-Nutzung. Auffallend beim Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingen* ist, dass die Tageszeitung KURIER, gemessen an der Berichterstattungsfrequenz, am meisten Frames aus diesem Paket nutzt (26 von 104 Idee-Elementen).

Bei detaillierter Betrachtung der Frame-Nutzung der Medien zeigen sich vereinzelt Unterschiede. Zuerst wird das dominierende Medien-Paket *Forderungen* im Medienvergleich betrachtet:

Abbildung 21: Medien-Paket Forderungen im Medienvergleich



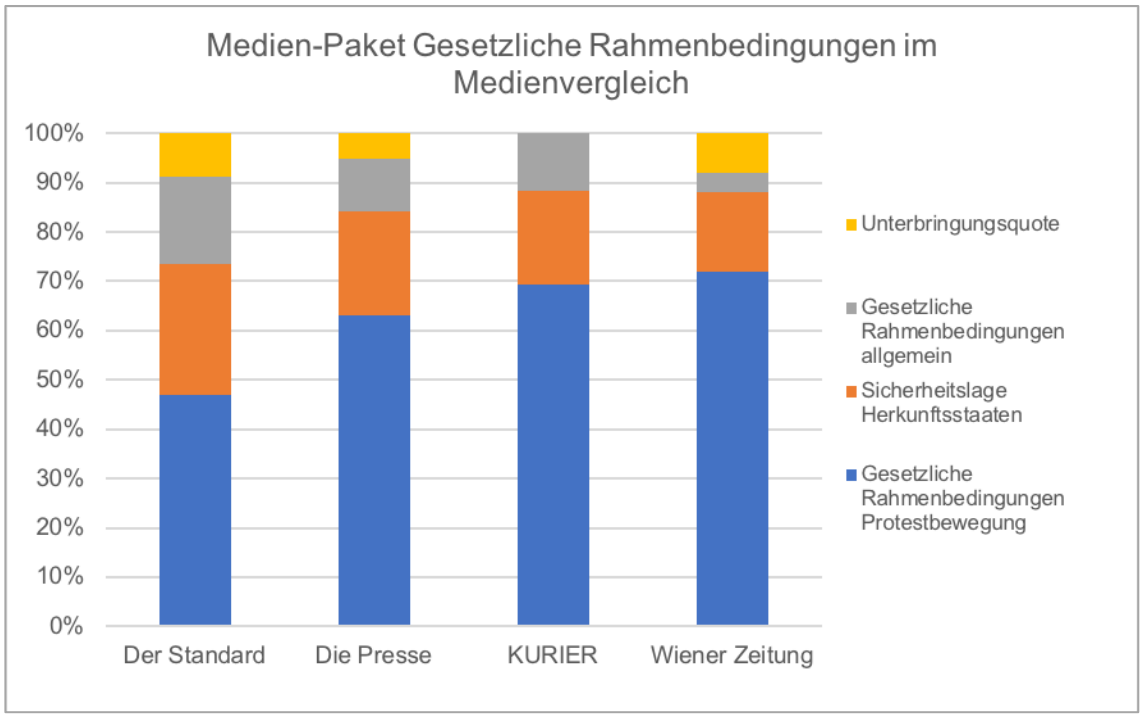
Prozentuelle Verteilung (n = 879 | Prozentuelle Verteilung Medien-Paket Forderungen im Medienvergleich

Wie bereits beschrieben, bestimmt der Frame *Forderungen Protestbewegung* insgesamt die mediale Debatte. Beim Medienvergleich zeigt sich, dass Die Presse verhältnismäßig am häufigsten den Frame in der Berichterstattung unterbringt. Gemessen an den absoluten Zahlen sieht die Verteilung zwischen den Printmedien folgendermaßen aus: Der Tageszeitung Der Standard können 124 Aussagen dieses Frames zugeordnet werden. Am zweihäufigsten greift die Wiener Zeitung diesen Frame auf (111 Idee-Elemente). Die Presse (96 Idee-Elemente) und KURIER (91 Idee-Elemente) sind mehr oder weniger gleich auf. Im Medien-Paket *Forderungen* wird am zweithäufigsten der Frame Forderungen allgemein verwendet (12,6 %). Der Standard nutzt diesen Frame am häufigsten (49 Idee-Elemente), vergleichend wird er am wenigsten von der Wiener Zeitung genutzt (23 Idee-Elemente). Beim Frame Asylgesetze sind gering signifikante Unterschiede zwischen den Medien vorzuweisen (9 % insgesamt). Am häufigsten verwendet Die Presse den Asylgesetze-Frame (20 Idee-Elemente), dem entgegen steht die Wiener Zeitung (mit 14 Idee-Elementen). Bei der Tageszeitung Die Presse zeigt sich, dass der Frame Abschiebung im Vergleich zu den anderen Medien kaum benutzt wird. Lediglich eine Aussage, die in Die Presse publiziert wird beschäftigten sich mit diesem Frame. Am häufigsten wird er in der Wiener Zeitung genutzt (14 Aussagen). Von allen

vier Medien wird der Dolmetsch-Frame am wenigsten genutzt (insgesamt 1 %). Alle vier Medien verwenden sämtliche Frames aus dem Medien-Paket *Forderungen*.

Nachstehende Grafik betrachtet das Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingungen* im Medienvergleich (insgesamt 104 Idee-Elemente):

Abbildung 22: Medien-Paket Gesetzliche Rahmenbedingungen im Medienvergleich



Prozentuelle Verteilung (n = 104 | Prozentuelle Verteilung Medien-Paket Gesetzliche Rahmenbedingungen im Medienvergleich

Mit 61,5 % dominiert der Frame *Gesetzliche Rahmenbedingungen der Protestbewegung* das genannte Medien-Paket (64 Idee-Elemente). Im Medienvergleich fällt auf, dass *Der Standard* am vielfältigsten im genannten Medien-Paket berichtet (insgesamt 34 Idee-Elemente). Neben dem Frame *Gesetzliche Rahmenbedingungen Protestbewegung* (16 Aussagen) diskutiert er die Frames *Sicherheitslage Herkunftsstaaten* (9 Idee-Elemente), *Gesetzliche Rahmenbedingungen allgemein* (6 Idee-Elemente) und *Unterbringungsquote* (3 Idee-Elemente). Wie bereits analysiert nutzt die Tageszeitung *KURIER*, gemessen an der Berichterstattungsfrequenz, das Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingen* im Vergleich zu den anderen Medien am häufigsten (26 Idee-Elemente). Die Tageszeitung KURIER ist das einzige Medium, dass in der Berichterstattung rund um rechtliche Bestimmungen nicht alle vier Frames aus dem Medien-Paket verwendet, der Frame *Unterbringungsquote* wird nicht diskutiert (insgesamt 6 Idee-Elemente). Bei der Wiener Zeitung dominieren die Statements zu *Gesetzliche Rahmenbedingungen der Protestbewegung* im Medienvergleich (18 Idee-

Elemente). Dem gegenüber steht ein deutlich geringer Anteil im Medienvergleich beim Frame *Gesetzliche Rahmenbedingungen allgemein* (1 Idee-Element). Die bisherige Untersuchung hat ergeben, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen besonders zum Ende des Betrachtungszeitraums von den Medien aufgenommen werden, hier sticht die Wiener Zeitung mit acht Statements hervor.

Zusammenfassen können die Forschungsfrage 3.4 sowie die Hypothesen 14 und 15 folgendermaßen beantwortet werden: Der Medienvergleich der Medien-Pakte und Frames zeigt auf, dass die inhaltliche Berichterstattung weitgehend homogen ausfällt. Es können nur wenige Unterschiede festgestellt werden. Die News-Bias-Forschung geht davon aus, dass Medien aufgrund ihrer redaktionellen Linie unterschiedliche Sichtweisen auf ein Thema einnehmen. (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 331; Burkart [4]2002: 278) Darauf aufbauend wurde die Annahme getroffen, dass die liberale Tageszeitung Der Standard im Medienvergleich am ausführlichsten Bezug auf die Forderungen der Protestbewegung nimmt. Gemessen an den absoluten Zahlen der publizierten Berichte kann diese Annahme bestätig werden. Unter Berücksichtig der allgemeinen Berichterstattungsfrequenz zeigt sich jedoch, dass das Printmedium Die Presse verhältnismäßig am häufigsten diesen Frame diskutiert (Hypothese 14). Weiters wurde die These aufgestellt, dass das Mid-Market-Paper KURIER die gesetzlichen Rahmenbedingungen rund um die Refugee Protestbewegung am wenigsten bespricht. Die Hypothese kann an dieser Stelle nicht bestätig werden. Die Tageszeitung KURIER nutzt das Medien-Paket *Gesetzliche Rahmenbedingen*, gemessen an der Berichterstattungsfrequenz, am häufigsten. Der KURIER ist das einzige Medium, dass in der Berichterstattung rund um rechtliche Bestimmungen nicht alle vier Frames aus dem Medien-Paket verwendet, der Frame *Unterbringungsquote* wird nicht diskutiert. (Hypothese 15) Erwähnenswert ist, dass die Wiener Zeitung besonders im letzten Monat des Untersuchungszeitraums die gesetzlichen Rahmenbedingungen ausführlich diskutiert.

10. Interpretation

Das Ziel der Untersuchung war es, herauszufinden, mit welchen Argumentationsmustern die mediale Debatte rund um die Refugee Protestbewegung in Österreich von den Akteuren geführt wurde. Angeknüpft an die Forschungsfragen und Hypothesen werden die Untersuchungsergebnisse in weiterer Folge in den theoretischen Kontext der Arbeit eingebettet und diskutiert.

In medialen Debatten geht es einerseits um die Konstruktion von Realität durch Themen und kollektive Akteure, andererseits um die Durchsetzung von konkurrierenden Argumentationsmustern. Öffentliche Diskussionen und Medienberichte über politische Themen, wie etwa die Refugee Protestbewegung und deren Forderungen nach strukturellen Änderungen im Asylsystem, sind vielschichtig und differenziert. Mit Hilfe von Frames werden Themenaspekte und Deutungsmuster von unterschiedlichen Akteuren selektiert und hervorgehoben. Dadurch werden bestimmte Problemdefinitionen, Ursachenzuschreibungen, moralische Bewertungen oder Lösungszuschreibungen betont. (vgl. Entman 1993: 52; Schulz ^{2}2008: 148f.; Matthes 2014: 11f.) Die Untersuchung widmete sich der Frage, in welche Argumentationsmuster die Refugee Protestbewegung in der medialen Diskussion eingebettet ist und welche Akteure die Frames in welchem Umfang in die Debatte einbringen.

Medien bilden nicht die Wirklichkeit ab, sondern schaffen eine Vorstellung von Realität nach ihren eigenen Regeln. Durch die mediale Informationsverarbeitung wird eine Medienrealität konstruiert. Medien sichten und selektieren Informationen, interpretieren und bewerten sie. Die medial präsentierte Realität wird in Form von Nachrichten vermittelt. Darunter wird ein tatsachenbetonter Journalismus verstanden, der auf aktuelle Ereignisse Bezug nimmt und sich der Objektivität, Relevanz und Wahrheit verpflichtet. Den Ereignissen werden Nachrichtenwerte zugeschrieben, die für die Nachrichtenauswahl von Bedeutung sind. Die Nachrichten werden in den jeweiligen Redaktionen ausgewählt und bearbeitet. Einfluss auf die Auswahl und Platzierung der Nachrichten hat v. a. die inhaltliche Ausrichtung der Medien. (vgl. Schulz ^{3}2011: 68f., 76, 87ff.; Weischenberg 2001: 23ff.; 41ff.) Das Ziel der Analyse der Berichterstattungsstruktur war es, Ähnlichkeiten sowie Unterschiede in der medialen Darstellung der Refugee-Bewegung zwischen verschiedenen Medien deutlich zu machen und so die Rolle der Medien für die Realitätskonstruktion widerzuspiegeln.

10.1. Interpretation Berichterstattungsstruktur

Es wurden 500 Artikel zur Refugee Protestbewegung analysiert. Mit Abstand die meisten Artikel wurden in Der Standard veröffentlicht (39 %). Die Wiener Zeitung weist die zweitstärkste Prominenz der Thematik in der medialen Debatte auf (21,6 %). 19,8 % stammen aus dem KURIER und 19,6 % aus Die Presse. Die Berichterstattungsfrequenz zeigt auf, dass für die Tageszeitung Der Standard die österreichische Refugee Protestbewegung einen besonders hohen Nachrichtenwert hat, dies kann u. a. von der intensiven Berichterstattung in den Monaten Dezember 2012 bis März 2013 abgeleitet werden. Demzufolge profiliert sich Der Standard als Akteur in der medialen Debatte. In 81 % aller untersuchten Artikel ist die Protestbewegung das Haupt- bzw. einzige Thema in der Berichterstattung. Der thematische Stellenwert ändert sich im Jahr 2014 einschlägig, ab diesem Zeitpunkt ist die Refugee-Bewegung nur mehr Nebenthema bzw. wird überhaupt nur mehr erwähnt. Die Änderung des thematischen Stellenwerts lässt sich darauf zurückführen, dass 2014 der Schlepper-Prozess am Landesgericht Wiener Neustadt durchgeführt wurde. Unter den Angeklagten befanden sich Vertreter der Refugee-Bewegung, die zum Zeitpunkt der Festnahme (07.2013) im Servitenkloster gemeldet waren. Im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung stand im Jahr 2014 die Frage des Umfangs der Beteiligung der Angeklagten an einer gewerbsmäßigen Schlepperei, die Gründlichkeit des Anklage-Aktes und die daraus resultierende Handhabe eines seriösen Beweisverfahrens sowie die umstrittene Begründung der Gesetzgebung des § 114 des FPG. Die Refugee Protestbewegung an sich wird in diesem Zeitabschnitt als Randthema in den Artikeln lediglich kurz erklärt, oder gar nur erwähnt.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Medien im Untersuchungszeitraum (11.2012 – 12.2014) weitgehend synchron über die Refugee Protestbewegung berichteten. Dabei lassen sich die Höhepunkte der medialen Debatte auf externe Ereignisse zurückführen. Mit Abstand die höchste Berichterstattungsfrequenz und somit die größte mediale Aufmerksamkeit erreichte die Gruppe der Refugees und ihre UnterstützerInnen zu Beginn der Protestbewegung in den Monaten Dezember 2012, Jänner und Februar 2013. In dieses Zeitfenster fällt die Besetzung der Votivkirche und die damit verbundenen Aktionen der Bewegung. Vordergründig stand das Ziel der Protestbewegung die strukturellen Probleme im Asylwesen für Menschen mit Fluchthintergrund und AsylwerberInnen aufzuzeigen. Der Austausch mit politischen EntscheidungsträgerInnen, wie VertreterInnen des Innenministeriums und dem damaligen Bundespräsidenten, führte aus Sicht der Refugees nicht zum gewünschten Erfolg. Es folgten Hunger- und Durststreiks. Nach Insistieren seitens der Caritas und der

Erzdiözese Wien sowie infolge des politischen Drucks beendeten die Refugees am 03. März 2013 den Protest in der Votivkirche und übersiedelten in das Servitenkloster, welches von der Katholischen Kirche vorübergehend zur Verfügung gestellt wurde. Ein weiterer Häufigkeits-Höhepunkt in der Präsenz stellen die Monaten Juli, August und September 2013 dar. Dieser medienübergreifende Anstieg der Präsenz kann voraussichtlich auf die Nationalratswahl 2013 und den vorhergehenden Wahlkampf zurückgeführt werden. Während des Wahlkampfs wurde von zahlreichen politischen VertreterInnen eine Reformierung der Asyl- und Fremdenrechtsgesetze gefordert. Während rechts-konservative Parteien wie die FPÖ restriktivere Zuwanderungs- und Asylgesetze forderten, sprachen sich beispielsweise Die Grünen und Teile der SPÖ für liberale Gesetze und legale Einreisemöglichkeiten für AsylwerberInnen aus. Die ÖVP, vor allem die damalige Innenministerin Johann Mikl-Leitner, bewertete die bestehenden Asylgesetze in der medialen Debatte als ausreichend. Ein weiterer Höhepunkt in der Berichterstattung lässt sich rund um die Besetzung der Akademie der Bildenden Künste verorten (10. – 11.2013). Die Besetzung war verbunden mit der Forderung eine gemeinsame Unterkunft für die Refugees zu finden. Anhand der Untersuchungsergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Berichterstattungsfrequenz und externen Ereignissen gibt. Die genannten Ereignisse weisen hohe Nachrichtenwerte für Massenmedien auf, wie z. B. Sensationalismus, Relevanz oder Konflikt.

Wichtig für das Framing eines Themas ist die Frage, in welchen Ressorts Themen diskutiert und welche Darstellungsformen genutzt werden. Die Berichterstattung rund um die österreichische Refugee Protestbewegung dominiert über den gesamten Untersuchungszeitraum konstant im Ressort Panorama, Chronik, Lokales, Inland, Stadtleben, Stadtpolitik. Die geografische Nähe zwischen Ereignisort und Redaktionssitz sind wohl ausschlaggebend für die Platzierung (vgl. Burkart [4]2002: 281). Am zweihäufigsten konnte die Platzierung im Ressort Politik, Politik & Recht ermittelt werden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass es sich um ein politisch kontextualisiertes Thema handelt. Besonders in den intensiven Berichterstattungsphasen sticht dieses Ressort, neben der dominierenden Platzierung, hervor. Von einem Zusammenhang zwischen dem bereits erwähnten externen Ereignis, der Nationalratswahl 2013 und dem vorhergehenden Wahlkampf sowie der Ressort-Platzierung in den Monaten Juli bis September 2013 kann ausgegangen werden. Der Anstieg im Ressort Politik, Politik & Recht im Jahr 2014 kann vor allem auf den Teilbereich Recht zurückgeführt werden, was wiederum mit dem Schlepper-Prozess und der Diskussion der gesetzlichen Regelungen rund um den § 114 des FPG zusammenhängt.

Die dominierende Darstellungsform im gesamten Zeitverlauf stellen Nachrichten bzw. Berichte dar, es handelt sich somit in weiten Teilen um eine faktenbasierte Berichterstattung (76,8 %). Dies kann vermutlich u. a. auf den großen Anteil der APA-Berichte zurückgeführt werden, die in den untersuchten Medien veröffentlicht wurden. Insgesamt wurden 194 Artikel direkt von der Presseagentur übernommen bzw. durch die Redaktion bearbeitet (Kürzel: apa + Redaktion/JournalistIn). Im Medienvergleich zeigt sich, dass die Wiener Zeitung verhältnismäßig am häufigsten auf den Nachrichten-Journalismus zurückgreift. Am zweithäufigsten wurde die Darstellungsform Kommentar, Glosse bzw. Leitartikel genutzt. Da das Thema in 13,4 % der Fälle von einer Kommentierung durch die Redaktion begleitet wurde, lässt sich ableiten, dass die Refugee Protestbewegung ein Thema für die Meinungsseiten war. Daraus erschließt sich folgende Interpretation: Die Protestbewegung der Asylwerber und deren Forderungen sind in der öffentlichen Debatte nicht bekannt bzw. nicht akzeptiert, daher wird eine Kommentierung seitens der Medien benötigt. Der Standard veröffentlichte am meisten Artikel in diesem Genre. Der Großteil der Artikel aus dem Genre Kommentar, Glosse bzw. Leitartikel stammt aus dem 4. Quartal 2012 und dem 1. Quartal 2013. Bezugnehmend auf die vorhergehende Interpretation kann betreffend dem Untersuchungszeitraum folgende Auslegung abgeleitet werden:

a. mit Steigerung der Bekanntheit der Refugee Protestbewegung muss weniger auf die Meinungsgenres zurückgegriffen werden
b. nach Beendigung der Besetzung der Votivkirche stoßen die Refugees in der öffentlichen Debatte auf mehr Akzeptanz
c. die Refugees entschwinden weitgehend mit Übersiedelung in das Servitenkloster aus dem medialen Interesse.

Die Tendenz des faktenbasierten Informations-Journalismus spiegelt sich auch bei der generellen Bewertung der Berichterstattung wider. Es fällt auf, dass der größte Anteil der Artikel in der Bewertung neutral ausfällt (37,4 %), dies lässt sich auf die dominierende Darstellungsform Nachrichten bzw. Berichte zurückführen. Zusätzlich werden 23,8 % der untersuchten Artikel der Bewertung ausgewogen zugeordnet. Insgesamt wurden 23,4 % der Artikel mit eindeutig dafür und lediglich 1,4 % mit eindeutig dagegen eingestuft. Wie bereits beschrieben polarisieren die Themen Flucht, Asyl und Migration die Gesellschaft. Die Diskussion rund um die Protestbewegung der Refugees lässt sich in ein klassisches Links-Rechts Schema einordnen. (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 329f.) Die News-Bias-Forschung beschäftigt sich mit den Ursachen der Unausgewogenheit in der Berichterstattung, die u. a. auf unterschiedliche redaktionelle Blattlinien bzw. politische Ausrichtungen zurückgeführt werden kann (vgl. Burkart [4]2002: 278). Aus diesem Grund

wurde für die Untersuchung die Annahme getroffen, dass links-liberale Medien, wie Der Standard, eine befürwortende Position zur Protestbewegung einnehmen, während konservative Medien, wie Die Presse, das Thema grundsätzlich negativer bewerten. Die Untersuchung hat ergeben, dass die liberale Tageszeitung Der Standard deutlich Position für die Refugee Protestbewegung bezieht. Während Die Presse, gemessen an den negativen Bewertungen, einen konservativeren Ansatz im medialen Diskurs einnimmt. Von einem signifikanten Unterschied kann jedoch nicht gesprochen werden. Erwähnenswert ist, dass bei Der Standard der Anteil jener Artikel, die durchwegs positiv bewertet wurden, erkennbar am größten ist und sogar noch vor der Bewertung neutral liegt. Dies lässt die Interpretation zu, dass die Nachrichtenbeiträge in Der Standard meinungsgetrieben sind. Der KURIER gilt als Mid-Market-Paper und enthält sowohl Elemente aus dem Qualitätsjournalismus, als auch Darstellungsformen des Unterhaltungsjournalismus (vgl. Weischenberg 2001: 67). Die Annahme, dass der KURIER, im Vergleich zu den anderen Medien, am häufigsten Contra-Argumente in der Berichterstattung anführt konnte – betrachtet auf sämtliche Darstellungsformen – nicht bestätigt werden. Die Ursachen der Unausgewogenheit in der Berichterstattung, mit der sich die News-Bias-Forschung beschäftigt, können unter anderem auch durch journalistische Bewertungen (z. B. Meinungsbeiträge) oder durch das zitieren diverser Akteure geschehen (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 330). Aus diesem Grund wurden in der Untersuchung zusätzlich die Darstellungsform Kommentar, Glosse, Leitartikel anhand der generellen Bewertung untersucht. Die Bewertung dieser Darstellungsform fällt bei Der Standard signifikant positiv aus. Fast 90 % aller untersuchten Meinungsbeiträge berichten durchwegs positiv über die Protestbewegung. Dem gegenüber stehen 36 % aller meinungsdominierenden Artikel in Die Presse, die die Refugee-Bewegung negativ bewerten. Die Annahme, dass das Mid-Market-Paper KURIER, im Vergleich zu den anderen drei untersuchten Medien, am häufigsten Contra-Argumente verwendet, konnte lediglich bei den Meinungsbeiträgen bestätigt werden. Entgegen der Annahme, dass es signifikante Unterschiede bei der medienspezifischen Analyse der Bewertung gibt, lässt sich festhalten, dass die Positionierung bei allen vier untersuchten Medien signifikant sachlich und nachweisbar positiv ist. Keines der Medien weist eine eindeutig ablehnende Grundhaltung gegenüber der Protestbewegung auf.

Die Untersuchung der Berichterstattungsstruktur hat ergeben, dass obwohl die Themen Flucht, Asyl und Migration die Gesellschaft trennen, der Tenor der Berichterstattung durchwegs sachlich und neutral ist. Insgesamt dominiert der Eindruck einer konsonanten Berichterstattung.

10.2. Interpretation Akteure

Die Untersuchung ging ebenso der Frage nach, welche Akteure die mediale Berichterstattung der Refugee Protestbewegung dominieren. Für die Analyse wurden die vielfältigen gesellschaftlichen Akteure, die in der Refugee-Debatte vorkommen, identifiziert und thematisch zu Akteurssystemen strukturiert. VertreterInnen von Akteurssystemen bringen unterschiedliche Deutungsangebote in die öffentliche Debatte ein und stehen sich in ihrer befürwortenden und ablehnenden Haltung gegenüber. Ihr vordergründiges Ziel ist es, die Deutungshoheit im medialen Diskurs zu erlangen. Die Menge der Zitate, die ihnen zugeschrieben werden kann, zeichnen ihren Erfolg aus, das sog. *Standing*. (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 27, 123; Rhomberg/Kaiser 2015a: 19) Die Akteurssysteme setzen sich aus den Bereichen Ministerien, Verwaltung, politische Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Interessensgruppen, Kirchen, MedienvertreterInnen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen zusammen und decken ein breites Spektrum an Ansichten und Bewertungen ab. 1.508 direkte und indirekte Zitate wurden aus dem Untersuchungsmaterial erhoben.

Auffallend bei der MultiplikatorInnen-Analyse ist, dass vor allem das politische System sowie die Refugee-Interessensgruppen und NGOs die Medien als Forum nutzten. Dem dominierenden Akteurssystem Politik und Verwaltung konnten 529 Aussagen zugeordnet werden, es setzt sich aus den Bereichen Ministerien und Verwaltung, Parteien und Andere Politik zusammen. Dem zivilgesellschaftlichen System, welches die Bereiche NGOs, UnterstützerInnen und AktivistInnen sowie Zivilpersonen umfasst konnten 482 Aussagen zugeordnet werden. Den Refugees, ihren SprecherInnen und RechtsvertreterInnen 261 Aussagen. Zu den Meinungsführern, die in der Diskussion bestimmte Rollen einnehmen und ihre Positionen partiell auch stellvertretend für die übrigen Mitglieder aus ihrem sozialen Teilsystem vertreten (vgl. Burkart [4]2002: 210) zählen in der Refugee-Debatte folgende Personen: Klaus Schwertner (Caritas), Johanna Mikl-Leitner (Innenministerium, ÖVP), Michael Landau (Caritas) sowie Khan Adalat (Refugee) und Mir Jahangir (Refugee). Unter den Opinion Leadern ist der Anteil jener Personen, die sich eindeutig für die Refugee-Bewegung und gegen restriktivere Zuwanderungs- und Asylgesetze ausgesprochen signifikant hoch.

Die Auswertung ergab, dass die Refugees besonders bis Anfang 2014 sehr erfolgreich darin waren, ihre Standpunkte in der öffentlichen Debatte zu vertreten. Das hohe Ausmaß ihrer Sprechrolle kann als Indikator für einen selbstbestimmten Protest gesehen werden. Zwar wurde der Protestmarsch laut Medienberichten auf Initiative von Hans-Georg Eberl durchgeführt und auch das Protest Camp im Sigmund-Freud-Park wurde in

erster Linie von UnterstützerInnen organisiert, und obwohl – vor allem zu Beginn der Protestaktion – die Aktionen, Strategien und Taktiken eng mit den UnterstützerInnen abgesprochen waren, stand das Empowerment der Flüchtlinge im Mittelpunkt. (vgl. Ataç, 02.2013) Dies spiegelt sich auch im direkten Vergleich an absoluten Zahlen bei den publizierten Statements wider. Die Refugees wurden signifikant häufiger in den Medien zitiert, als ihre UnterstützerInnen. Erwähnenswert ist, dass bei knapp der Hälfte der Aussagen, die Refugees mit ihrem Vollnamen zitiert wurden. Dies lässt die Annahme zu, dass die Refugees gleichberechtig zu den anderen Akteuren in der Berichterstattung dargestellt werden. Auffallend ist, dass das Standing der Refugees in der Berichterstattung ab dem Jahr 2014 entscheidend abnimmt. Anhand der analysierten Statements kann von einem Wandel ihrer medialen Rolle ausgegangen werden. Werden sie zu Beginn großteils als selbstbestimmt und eigenverantwortlich dargestellt, ändert sich dies ab 2014 und sie werden in erster Linie als Angeklagte im Schlepper-Prozess zitiert.

Die inhaltsanalytische Untersuchung hat ergeben, dass die öffentliche Debatte wesentlich von politischen Akteuren bestimmt wird. Daraus lässt sich ableiten, dass das politische System einen großen Nachrichtenwert für die Redaktionen aufweist. Dass neben PolitikerInnen der Bundesparteien ausschließlich PolitikerInnen auf Wiener Landesebene zitiert werden, kann einerseits auf die geografische Nähe zur Protestbewegung und anderseits darauf zurückgeführt werden, dass das Land Wien im Untersuchungszeitraum das einzige Bundesland war, das die Unterbringungsquote erfüllte (vgl. Wiener Zeitung, 07.01.2013). Dieser Zusammenhang spiegelt sich auch bei der gesteigerten Nutzung von Argumentationsmustern rund um die Protest- und Unterbringungsorte der Refugees von SPÖ-PolitikerInnen aus dem Wiener Gemeinderat wider. Auffallend ist, dass keine niederösterreichischen PolitikerInnen in der medialen Debatte präsent sind, obwohl Niederösterreich nach Wien am meisten AsylwerberInnen in der Grundversorgung untergebracht hat und der Protest im Erstaufnahmelager Traiskirchen (Niederösterreich) begann. Nennenswert ist die vergleichsweise hohe Anzahl – innerhalb eines kurzen Zeitintervalls – an Wortmeldungen des damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer. Der Bundespräsident wird ausschließlich im Februar 2013 in der Berichterstattung zitiert, dies lässt sich auf ein Antwortschreiben zurückführen, dass der Bundespräsident direkt an die Refugees richtete, in dem er Hilfe im Rahmen der geltenden Gesetze versprach und die Refugees zur Beendigung des Hunger- und Durststreiks sowie zum Verlassen der Votivkirche, im Sinne ihrer Gesundheit, auffordert. Über die österreichische Gesetzeslage oder

Gerichtsentscheidungen könne aber auch der österreichische Bundespräsident sich nicht hinwegsetzen. (vgl. Der Standard, 18.02.2013)

Die politischen Akteure bestimmten die mediale Debatte signifikant während des Nationalratswahlkampfs 2013. Das nachweisebar gesteigerte Standing mag daher kommen, dass die Forderungen der Refugee Protestbewegung nach strukturellen Veränderungen im Asyl- und Migrationsbereich sowie die Konsequenzen und Auswirkungen der Bewegung ein willkommenes Thema für die Parteien darstellte, sich in puncto Fremden- und Asylgesetz auf nationaler Ebene von anderen Parteien zu unterscheiden und sich deutlich zu positionieren. Dass einzelne VertreterInnen der damaligen Oppositionsparteien Die Grünen und FPÖ grundsätzlich präsenter in der medialen Debatte sind, als Einzelpersonen der damaligen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP (Innenministerin ausgenommen) ist ein Indikator dafür, dass sich das Thema insbesondere für die Opposition eignet. Die Berichterstattung rund um die Refugee-Bewegung wird im politischen System in den Monaten Juli bis September 2013 vergleichsweise vermehrt von den Oppositionsparteien besetzt. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass sowohl die FPÖ als auch Die Grünen das Thema als Wahlkampfthema nutzten. Während VertreterInnen von Die Grünen mit sozialer Gerechtigkeit und humanitären Aufnahmeregelungen für AsylwerberInnen warben, forderten VertreterInnen des konservativ-rechten politischen Spektrums restriktivere Zuwanderungs- und Asylgesetze. Das Thema polarisierte im Wahlkampf und wurde mit Emotionen aufgeladen, so sprach Heinz-Christian Strache (FPÖ) beispielsweise von „*Scheinasylanten*“ (Wiener Zeitung, 29.07.2014) und dem „*endgültige[n] Scheitern der österreichischen Asylpolitik*" (Wiener Zeitung, 22.09.2013). Dass vor allem Akteure aus den Bereichen BMI und Polizei die Berichterstattung der Monate Juli bis September 2013 bestimmten, kann unter anderem mit der Abschiebung von acht pakistanischen Votivkirchen-Flüchtlingen und den ersten offiziell geäußerten Anschuldigungen aus dem Innenministerium betreffend Refugee-Beteiligung an organisierter Schlepperei in Verbindung gebracht werden. In Anbetracht des Zeitpunkts, zwei Monate vor der Nationalratswahl, wurden Stimmen laut, die ein politisches Motiv hinter der Abschiebung der Refugees vermuteten. So äußerte beispielsweise Kardinal Schönborn öffentlich Kritik: „*Rechtsstaat und Menschlichkeit dürfen kein Widerspruch sein. Weiters stelle ich die Frage, welche Rolle es gespielt hat, dass Wahlkampfzeit ist?*“ (Kurier, 28.07.2013). Die Wochenzeitung Falter ging diesem Zusammenhang ebenfalls nach, „*denn schließlich wurde noch vor jeder Wahl versucht, rechts dicht zu machen*“ (Tóth/Klenk, 30.07.2013). Im August 2013 spricht Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von einer „*äußerst unmenschlichen Schlepperbande*“ (Wiener Zeitung, 06.08.2013), der auch

Refugees angehörten. Diese Aussagen werden im 4. Quartal 2013 deutlich durch das BMI abgeschwächt. Der Frage, ob dies Wahlkampf-Rhetorik war und dementsprechend überspitzt dargestellt wurde, kann an dieser Stelle nicht nachgegangen werden. Die erhöhte mediale Präsenz von VertreterInnen aus Politik und Verwaltung in der Asyldebatte rund um die Refugee-Bewegung vor der Nationalratswahl 2013 ist jedoch nicht von der Hand zu weisen.

Brunngräber beschreibt NGOs als Advokaten, die all jenen, eine Stimme geben, die keine haben oder sich in der öffentlichen Wahrnehmung kein Gehör verschaffen können. Ebenfalls sind NGOs mit Know-how ausgestattet, das es ihnen ermöglicht sich in (komplexe) Entscheidungsprozesse einzubringen. (vgl. Brunnengräber 2012: 43) Die Medienanalyse hat gezeigt, dass die meisten Statements der Caritas zugeordnet werden können, noch vor jenen des BMI und den Refugees als Interessensgruppe. Auffallend ist, dass andere NGOs, insbesondere andere Menschenrechtsorganisationen, wie UNHCR Österreich, Amnesty International Österreich, Diakonie Österreich etc. aufgrund ihrer geringen Anzahl an Statements in den Medien keine wesentliche Rolle in der öffentlichen Debatte spielten. Lediglich im 1. Quartal 2012 stechen sie in ihrer Gesamtheit hervor. Dass besonders die Caritas die inhaltsanalytische Untersuchung dominiert, kann einerseits auf ihre Rolle als Advokat sowie auf ihre einschlägige Erfahrung im Bereich Asyl, Integration und Menschenrechte zurückgeführt werden, andererseits übernahm die Caritas zu Beginn der Besetzung der Votivkirche die Vermittlerrolle zwischen Refugees und Katholischer Kirche. In dieser Rolle blieb die Caritas über einen langen Zeitraum verhaftet. Auch führte die Caritas stellvertretend für die Refugees die Gespräche mit dem Fonds Soziales Wien (FSW)[29] betreffend Grundversorgung und übernahm die Betreuung im Servitenkloster.

Dass die Präsenz der Katholischen Kirche im Akteurssystem Kirche signifikant dominiert, lässt sich darauf zurückführen, dass mit der Besetzung der Votivkirche im Dezember 2012 und der Übersiedelung in das Servitenkloster im März 2013 die Erzdiözese Wien zwangsläufig in die Protestbewegung eingebunden war. Dieser Zusammenhang spiegelt sich auch im Zeitverlauf wider, nach dem Auszug der Refugees aus dem Servitenkloster Ende 2013 können der Katholischen Kirche keine weiteren Aussagen mehr zugeordnet werden. Das Akteurssystem Kirche ist somit das einzige Teilsystem, das ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr Teil der medialen Debatte ist.

[29] Der FSW organisiert als zuständige Stelle der Stadt Wien die Unterbringung und Betreuung von AsylwerberInnen in der österreichischen Bundeshauptstadt (vgl. Fonds Soziales Wien, o.J.).

Das Akteurssystem Wissenschaft spielt in der überregionalen Berichterstattung eine untergeordnete Rolle, abgesehen vom 4. Quartal 2013. Durch die Besetzung der Akademie der Bildenden Künste durch eine Gruppe von Refugees gewinnt das Teilsystem vorübergehend an Bedeutung. Eine inhaltliche Expertise zu Themen wie Flucht und Asyl kann in dieser Zeit nicht aus den Statements abgeleitet werden. Nur vereinzelt und hauptsächlich zu Beginn der Protestbewegung wurden wissenschaftliche ExpertInnen inhaltlich zur Thematik befragt. So kamen StrafrechtsprofessorInnen, MigrationsforscherInnen oder PolitikwissenschaftlerInnen in geringer Zahl zu Wort. Die Frame-Analyse ergab, dass wissenschaftliche ExpertInnen zu Beginn der medialen Debatte auch zum Thema Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen befragt wurden.

Als unerwartet hat sich in der Analyse herausgestellt, dass der Anteil der Aussagen, die auf zivilgesellschaftliche Akteure zurückzuführen sind, mit nur sieben Aussagen im gesamten Untersuchungszeitraum, sehr gering ist. Dies ist ein Indikator dafür, dass die Rolle der Zivilgesellschaft (z. B. Nachbarn, KirchenbesucherInnen ...) in der öffentlichen Debatte keine maßgebliche Rolle spielt. Die wenigen publizierten Zitate reichen von "*Schmeißt die Scheißmoslems endlich raus!*" (Wiener Zeitung, 04.03.2013) bis "*Einen großen Teil der Forderungen kann ich auch unterstützen*" (Kurier, 06.02013). Medien können bei komplexen Themen bzw. bei solchen, die kaum Überschneidungen mit der eigenen Lebensrealität aufweisen, einen wesentlichen Einfluss auf die Meinung der Bevölkerung haben. (vgl. Gamson/Modigliani 1989: 9) Der geringe Anteil der Sprechrolle der BürgerInnen kann auch darauf zurückgeführt werden, dass bei einem vielschichtigen Thema, wie dem Flüchtlingsprotest, eher inhaltliche ExpertInnen bzw. politische VertreterInnen zitiert werden, um den RezipientInnen eine Bandbreite an Deutungsangeboten und Hintergrundwissen zu vermitteln. Es lässt sich ein kausaler Zusammenhang zwischen der geringen Sprechrolle von BürgerInnen und dem geringen Aufkommen des Frames Darstellung Zivilgesellschaft herstellen.

10.3. Interpretation Frames

Die Untersuchung hat ergeben, dass der Schwerpunkt der massemedialen Debatte eindeutig bei den Forderungen, die rund um die österreichische Refugee Protestbewegung von den verschiedenen Akteuren formuliert wurden, zu verorten ist. Darüber hinaus besprechen die Akteure vorwiegend die Akteurssysteme Politik und Verwaltung sowie Refugees. Deren Darstellung, Beurteilung und Bewertung durch VertreterInnen der einzelnen Teilsysteme steht dabei im Fokus. Ebenso ausführlich werden die gewählten Proteststandorte und die Unterbringung und Betreuung der Refugees sowie die Konsequenzen und Auswirkungen der gesamten Protestbewegung diskutiert. Die Analyse der Argumentationsmuster, die in der Refugee-Berichterstattung genutzt werden, weist erneut darauf hin, dass das Thema stark politisch kontextualisiert ist. Wie die MultiplikatorInnen-Analyse bereits ergab dominieren in erster Linie VertreterInnen des politischen Systems und NGOs sowie die Refugee-Interessensgruppe sämtliche erhobenen Frames. In welcher Gewichtung dies passiert hängt vom jeweiligen Frame ab.

Frames gestalten sich dynamisch und wandelbar, sie werden im Diskurs erkämpft, neu definiert und können im Laufe der Zeit von den Akteuren angepasst und ausgetauscht werden. Wenn ein Thema über einen längeren Zeitraum in der Berichterstattung präsent ist, kann es vorkommen, dass sich die tonangebenden Perspektiven und die vorgebrachte Argumentation ändern. (vgl. Matthes 2014: 9, 15; Schulz [3]2011: 149) Bei Betrachtung der Argumentationsmuster im Zeitverlauf wurde ersichtlich, dass die mediale Debatte thematisch vielfältig geführt wurde. Dies zeigte sich vor allem in den ersten Monaten des Untersuchungszeitraums, welcher einen hohen Grad der Berichterstattungsfrequenz mit sich brachte und dadurch differenzierte Argumentationen erlaubte. Das dominierende Medien-Paket Forderungen ist besonders zu Beginn der Protestaktion und während der Besetzung der Votivkirche präsent (11.12 – 03.13). Dies ist ein Indikator dafür, dass den Forderungen zu Beginn der Protestbewegung viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, da die Zusammenhänge medial eingeführt und diskutiert wurden. Dass die Forderungs-Frames mit der Zeit weniger wurden, kann als Zeichen dafür gesehen werden, dass sich z. B. die konkreten Forderungen der Refugees über den Zeitverlauf hinweg immer mehr verdichteten. Der Ergebnispräsentation ist zu entnehmen, dass die Präsenz des Medien-Pakets Darstellung Akteure im gesamten Untersuchungszeitraum verhältnismäßig gleichbleibend ist. Wie bereits analysiert können kausale Zusammenhänge zwischen den Höhepunkten der Berichterstattung und externen Ereignissen nachgewiesen werden, z. B. Nationalratswahlkampf 2013. Im Zeitverlauf zeigt sich deutlich, dass es im Juli 2013 zu einem signifikanten Anstieg –

gemessen an der Berichterstattungsfrequenz – bei der Nutzung des Frames Darstellung Politik und Verwaltung kommt. Dies lässt sich auf das Idee-Element zurückführen, welches besagt, dass die Vorgehensweise der PolitikerInnen Wahlstimmen sichern soll. Im September 2013 wird das Idee-Element „Einschreiten der Polizei wird benötigt" auffallend häufig in der Medien-Berichterstattung genannt. Dies lässt sich vor allem auf den Versuch einer erneuten Besetzung der Votivkirche durch 17 Refugees und zehn UnterstützerInnen zurückführen. Die Erzdiözese Wien verständigte in diesem Fall die Polizei, die eine Räumung der Kirche durchführte. (vgl. Die Presse, 23.09.2013) Das Medien-Paket Strategien der Protestbewegung ist bis Dezember 2013 verhältnismäßig gleichbleibend in der medialen Präsenz. Der Präsenz-Höhepunkt des Frames ist im Jänner 2013 zu verzeichnen, hier werden signifikant häufig Statements publiziert, die besagen, dass die Refugee-Protestaktion die Aufmerksamkeit auf die allgemeine Situation von AsylwerberInnen in Österreich und der EU lenken und Missstände im Asylsystem aufzeigen. Das Abebben der Präsenz ab 2014 kann darauf zurückgeführt werden, dass keine Protestaktionen seitens der Refugees mehr durchgeführt wurden. Der erneute Anstieg im Dezember 2014 kann wiederum auf den Frame Konsequenzen und Auswirkungen der Protestbewegung zurückgeführt werden und all jene Statements, die einen Zusammenhang zwischen der Teilnahme an der Protestaktion und dem Schlepper-Prozess besprechen. Auffallend ist, dass die Präsenz des Medien-Paketes Gesetzliche Rahmenbedingungen in den Monaten März 2014 und Dezember 2014 signifikant hoch ist. Hier ist ein kausaler Zusammenhang mit dem Schlepper-Prozess und der damit verbundenen Diskussion rund um die Gesetzgebung im Fremdenpolizeigesetz (§ 114) zu verorten. Die Präsenz-Höhepunkte lassen sich einerseits auf den Prozessbeginn am Landesgericht Wiener Neustadt (03.2014) sowie auf die Urteilsverkündung zurückführen (12.2014).

Auf Basis der News-Bias-Forschung war zu erwarten, dass die Medien unterschiedliche Argumentationsmuster der Refugee Protestbewegung in der Berichterstattung aufnehmen, denn das journalistische Informationsangebot folgt der jeweiligen redaktionellen Linie und die Thematik wird entsprechend unterschiedlich beurteilt. JournalistInnen wählen gewisse Fakten für die Berichterstattung aus und andere werden in den Hintergrund gestellt. (vgl. Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 331; Burkart [4]2002: 278; Matthes 2014: 9) Beim Medienvergleich der Medien-Pakete konnten keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden, die inhaltliche Berichterstattung fiel relativ homogen aus. Dies kann vermutlich auf den hohen Anteil der dominierenden Darstellungsform Nachrichten bzw. Berichte und die damit zusammenhängende sachliche und neutrale Berichterstattung zurückgeführt werden.

Öffentliche Akteure nehmen einen spezifischen Blick auf ein Thema ein und versuchen diesen in der öffentlichen Debatte zu platzieren. Das strategische Ziel der KommunikatorInnen ist es, die eigenen Deutungsmuster zu vermitteln und in der öffentlichen Diskussion zu positionieren. (vgl. Matthes 2014: 9, 14f.) Für die Untersuchung wurde u. a. die Annahme getroffen, dass VertreterInnen aus den Teilsystemen Refugees und Zivilgesellschaft häufiger die vielschichtigen Forderungen rund um die Protestbewegung in der massenmedialen Debatte diskutieren, als VertreterInnen aus dem Teilsystem Politik und Verwaltung. Die Analyse zeigt, dass Akteure aus dem Bereich Politik und Verwaltung ebenfalls stark in die Debatte rund um diesen Frame eingebunden sind. Ein signifikanter Unterschied konnte nicht festgestellt werden. Neben VertreterInnen aus dem NGO-Bereich waren es vor allem die Refugees selbst, die ihre Forderungen in den Tageszeitungen platzieren konnten. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass die Refugees ihre Forderungen eigenständig formulierten und im Zuge von Pressekonferenzen und -mitteilungen sowie Gesprächen mit JournalistInnen verbreiteten. Ein Großteil der Statements zu den Refugee-Forderungen aus dem System Politik und Verwaltung kann direkt der damaligen Innenministerin zugeordnet werden. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass das Ministerium für Inneres als zentraler Ansprechpartner für strukturelle Änderungen im Asyl- und Fremdengesetz gilt. So fand ein Runder Tisch mit VertreterInnen aus dem Innenministerium statt (12.2012). Zu einem späteren Zeitpunkt kam es zu einem Treffen zwischen der damaligen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Wolfgang Taucher (Leiter Bundesasylamt) sowie Vertretern aus der Refugee-Interessensgruppe (01.2013). Einzelprüfungen der Refugee-Asylverfahren wurden durch Johanna Mikl-Leitner zugesagt (vgl. Wiener Zeitung, 07.01.13), gleichzeitig wurde medial kommuniziert, dass es keine Garantie auf humanitäres Bleiberecht für die Refugees geben werde und keine strukturellen Änderungen der Gesetze folgen (vgl. Die Presse, 01.03.2013). Auch das Akteurssystem Medien diskutierte die Forderungen der Protestbewegung vergleichsweise umfangreich. Dies lässt sich durch den hohen Anteil an Meinungsbeiträgen erklären, die sich allgemein dem Thema Refugee Protestbewegung widmen und in denen die AutorInnen die Forderungen und deren Zusammenhänge erklären und bewerten.

Durch die Deutungsangebote, die im öffentlichen Diskurs dargestellt werden, ist es den Akteuren möglich ihre Positionen und Bewertungen eines Themas zu kommunizieren und so die Meinung der Zivilgesellschaft, Eliten und EntscheidungsträgerInnen zu beeinflussen. Durch die massenmediale positive oder negative Darstellung eines Themas, wird die Meinung der Öffentlichkeit dahingehend begünstigt. (vgl.

Gerhards/Schäfer 2006: 123) Bei der Analyse des Untersuchungsmaterials hat sich herausgestellt, dass es sich bei der Refugee Protestbewegung und den damit verbundenen Forderungen nach strukturellen Änderungen im Asyl- und Fremdengesetz um ein gesellschaftlich polarisierendes Thema handelt. Die Autorinnen Meyer und Peintinger unterscheiden zwischen pro-immigrantischen und anti-immigrantischen Akteuren. Zu der ersten Gruppe gehören jene Personen und Gruppen, die eine liberale Migrations- und Asylpolitik fordern. Anti-immigrantische Akteure setzen sich für restriktive Zuwanderungs- und Asylgesetze ein. (vgl. 2012: 143f.) Für die Untersuchung wurde die These formuliert, dass links-liberale Parteien, NGOs und Refugees häufiger liberale Asylgesetze in der medialen Debatte fordern, als rechts-konservative Parteien wie ÖVP und FPÖ. Es konnte ermittelt werden, dass sich VertreterInnen des Teilsystems NGO signifikant häufig für liberale Asylgesetze einsetzen. Dies lässt sich auf ihre bereits analysierte Rolle des Advokaten und Experten zurückführen (vgl. Brunnengräber: 2012: 43). Auch UnterstützerInnen der Protestbewegung und die Refugees selbst fordern in der Berichterstattung „*menschenwürdige Bedingungen*" (Der Standard, 22.11.2012). Ebenso PolitikerInnen von Die Grünen, wie beispielsweise die damalige Bundessprecherin Eva Glawischnig, die sich für die „*Beseitigung von Missständen*“ im Asylsystem aussprach (Kurier, 06.01.2013). Auffallend hoch gestaltet sich vergleichsweise der Anteil der Aussagen aus dem Akteurssystem Medien, dies kann voraussichtlich auf den hohen Anteil an Gastkommentaren (Meinungsbeiträge) zurückgeführt werden. Das Innenministerium vertritt führend die Meinung, dass die bestehenden Asylgesetze ausreichend sind. „*Man habe ein gut funktionierendes Asylsystem, das in vielen Bereichen über den europarechtlichen Standards liege (...)*“, so die Innenministerin (Die Presse, 30.12.2012). Eine Novellierung des Asylgesetzes kam für das Innenministerium im Untersuchungszeitraum nicht in Frage. Sämtliche Forderungen, die eine Verschärfung der Asylgesetze umfassten, können der FPÖ zugeordnet werden.

V. Conclusio

11. Resümee

In der Schlussbetrachtung werden abschließend die Analyseergebnisse diskutiert und in Kontext mit bereits bestehenden Studien sowie dem theoretischen Rahmen der Arbeit gestellt, auch werden etwaige Forschungslücken dargestellt. Die formulierten Forschungsfragen werden auf die Frage umgelegt, wie sich die öffentliche Debatte rund um die Themen Asyl und Migration aktuell in Hinblick auf den Nationalratswahlkampf 2019 gestaltet und ob es fünf Jahre nach dem Untersuchungszeitraum evt. gesamtgesellschaftliche politische Änderungen in Bezug auf die formulierten Forderungen der Refugees gibt.

Die vorliegende Magisterarbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, die öffentliche Debatte rund um die österreichische Refugee Protestbewegung aus den Jahren 2012 bis 2014 thematisch zu untersuchen. Der Fokus der Arbeit lag dabei auf der Darstellung von protestierenden AsylwerberInnen in der Berichterstattung der Mehrheitsgesellschaft. Die Studie wollte herausfinden, mit welchen Argumentationsmustern die mediale Debatte von den handelnden Akteuren geführt wurde. Daher wurden die Berichterstattungsstruktur sowie die dominierenden Akteurssysteme in der öffentlichen Debatte erhoben, die verwendeten Argumentationsmuster ausgewertet und in Beziehung mit der Berichterstattungsstruktur und den Akteuren gestellt.

Ziel war es, Aufschlüsse darüber zu erhalten, wie sich die öffentliche Meinung als Resultat medialer Debatten konstruiert. Medial vermittelte Inhalte sind insbesondere bei jenen Themen wichtig, bei denen die RezipientInnen nicht auf eigene Erfahrungen oder persönliche Betroffenheit zurückgreifen können. So beispielsweise bei der österreichischen Refugee Protestbewegung und den artikulierten Forderungen nach strukturellen Änderungen im (europäischen) Asylgesetz. Die Berichterstattung diente einem Großteil der Bevölkerung, so die Annahme, als Grundlage für deren Meinungsbildungsprozess. Denn bei komplexen, politisch kontroversen Themen ist das Publikum auf das medial vermittelte Politikbild und dementsprechend auf die medial konstruierte Realität angewiesen. (vgl. Rhomberg 2009: 22f.; Gamson/Modigliani 1989: 2; Lichtenstein/Rhomberg/Böhme 2016: 326; Schulz ^{2}2008: 75f.) Im öffentlichen Diskurs rund um die Refugee Protestbewegung wurde eine Vielzahl von Argumentationsmustern kollektiver und individueller Akteure präsentiert. Ziel der Akteure ist es, ihre Positionen und Bewertungen rund um das Thema zu kommunizieren und so die öffentliche Meinung zu beeinflussen. (vgl. Entman 1993: 52; Schulz 22008: 148f.; Matthes 2014: 11f.)

Das Ziel der Analyse der Berichterstattungsstruktur war es, Ähnlichkeiten und Unterschiede in der medialen Darstellung der Refugee Protestbewegung zwischen den untersuchten Medien deutlich zu machen und so die Rolle der Medien für die Konstruktion der Wirklichkeit widerzuspiegeln.

Die inhaltsanalytische Untersuchung hat ergeben, dass es zwischen den untersuchten Tageszeitungen (Der Standard, Die Presse, KURIER, Wiener Zeitung) keine signifikanten Unterschiede bei der Darstellung der Protestbewegung gegeben hat. Bei allen vier Medien stand eine objektive Berichterstattung im Mittelpunkt, die Tonalität war grundsätzlich sachlich und tatsachenbetont sowie nachweisbar positiv. Keines der Medien wies eine eindeutig ablehnende Grundhaltung gegenüber der Protestbewegung auf. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Berichterstattung rund um die österreichischen Refugee Protestbewegung im Untersuchungszeitraum (November 2012 – Dezember 2014) stark anlassbezogen war. Die Höhepunkte der medialen Debatte lassen sich auf externe Ereignisse zurückführen. Die größte mediale Aufmerksamkeit erreichten die Gruppe der Refugees und ihre UnterstützerInnen zu Beginn der Protestbewegung mit der Besetzung der Votivkirche (Dezember 2012 - Februar 2013). Ein weiterer Anstieg der Medienpräsenz lässt sich im Zeitraum Juli bis September 2013 feststellen. Dies kann voraussichtlich auf die Nationalratswahl 2013 und den vorhergehenden Wahlkampf zurückgeführt werden. Während des Wahlkampfs wurde von zahlreichen politischen VertreterInnen eine Reformierung der Asyl- und Fremdenrechtsgesetze gefordert. Während rechts-konservative Parteien wie die FPÖ restriktivere Zuwanderungs- und Asylgesetze forderten, sprachen sich beispielsweise Die Grünen und Teile der SPÖ für liberale Gesetze und legale Einreisemöglichkeiten für AsylwerberInnen aus. In der medienvermittelten Diskussion wurden die bestehenden Asylgesetze von der ÖVP als ausreichend bewertet. Die Untersuchungsergebnisse lassen die Interpretation zu, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Berichterstattungsfrequenz und externen Ereignissen gibt. Die genannten Ereignisse weisen hohe Nachrichtenwerte auf wie z. B. Sensationalismus, Relevanz oder Konflikt.

Die Untersuchung ging auch der erkenntnisleitenden Fragestellung nach, welche Akteure die mediale Berichterstattung der Refugee Protestbewegung dominieren. Auffallend bei der MultiplikatorInnen-Analyse war, dass vor allem das politische System sowie die Refugee-Interessensgruppen und NGOs die Medien für die öffentliche Debatte nutzten. Es konnte nachgewiesen werden, dass unter den MeinungsführerInnen der Anteil jener Personen signifikant hoch war, der sich eindeutig für die Refugee-Bewegung und gegen restriktivere Zuwanderungs- und Asylgesetze ausgesprochen hat. Die

Untersuchung hat ergeben, dass die untersuchten Tageszeitungen im schwachen Maße als eigenständige Akteure im Diskurs aufgetreten sind und die Debatte nutzten, um ihre redaktionelle Linie zu schärfen.

Die vorliegende Arbeit beschäftig sich intensiv mit der Rolle der Massenmedien beim Integrationsprozess. Bisherige Studien zeigen auf, dass die mediale Darstellung von Menschen mit Fluchthintergrund vorwiegend fremdbestimmt erfolgt und sie grundsätzlich wenig Möglichkeiten haben, als aktive SprecherInnen in den Medien zu Wort zu kommen. Wie bereits erläutert, ist das Spezifikum der Refugee Protestbewegung, das eigenverantwortliche Auftreten der AsylwerberInnen. Die Analyse trifft die Annahme, dass die Massenmedien durch das direkte Zitieren der Refugees und die Diskussion ihrer konkreten Forderungen ihre Aufgabe der Integration erfüllen. Die Auswertung ergab, dass die Gruppe der Refugees besonders bis Anfang 2014 sehr erfolgreich darin war, ihre Standpunkte und Argumentationsmuster in der öffentlichen Debatte zu vertreten. Das hohe Ausmaß ihrer Sprechrolle kann als Indikator für einen selbstbestimmten und aktiven Protest gesehen werden. Die Refugees wurden häufiger in den Medien zitiert als ihre UnterstützerInnen. Auffallend ist, dass das Standing der Refugees in der Berichterstattung ab dem Jahr 2014 entscheidend abnahm, da bedeutend weniger Statements von ihnen in der Berichterstattung erhoben werden konnten.

Im Untersuchungszeitraum bestimmten die politischen Akteure v. a. während des Nationalratswahlkampfs 2013 die medienvermittelte Debatte. Das nachweisbar gesteigerte Standing mag daher kommen, dass die Forderungen der Refugee Protestbewegung nach strukturellen Veränderungen im Asyl- und Migrationsbereich sowie die Konsequenzen und Auswirkungen der Bewegung ein willkommenes Thema für die Parteien darstellte, sich in puncto Fremden- und Asylgesetz auf nationaler Ebene von anderen Parteien zu unterscheiden und sich deutlich zu positionieren. Dass einzelne VertreterInnen der damaligen Oppositionsparteien Die Grünen und FPÖ grundsätzlich präsenter in der medialen Debatte sind, als Einzelpersonen der damaligen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP (Innenministerin ausgenommen) ist ein Indikator dafür, dass sich das Thema zum damaligen Zeitpunkt insbesondere für die Opposition eignete. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass sowohl die FPÖ als auch Die Grünen das Thema als Wahlkampfthema nutzten.

Die Untersuchung ging ebenfalls der Frage nach, welche Argumentationsmuster von den Akteuren verwendet wurden und welche die Berichterstattung dominierten. So warben Die Grünen beispielsweise mit sozialer Gerechtigkeit und humanitären Aufnahmeregelungen für AsylwerberInnen, während VertreterInnen des konservativ-rechten politischen Spektrums restriktivere Zuwanderungs- und Asylgesetze forderten. Die forschungsleitende Frage der Untersuchung lautet: Wie wird über die Refugee Protestbewegung in österreichischen Tageszeitungen berichtet? Aus diesem Grund war es unumgänglich, sich intensiv mit der Darstellung der Refugees in der Medienberichterstattung zu beschäftigen. Die Untersuchung hat ergeben, dass u. a. die Darstellung, Beurteilung und Bewertung der einzelnen Akteurssysteme – v. a. von Politik und Verwaltung sowie Refugees – im Fokus der Berichterstattung stand. Der Schwerpunkt der massemedialen Diskussion lag eindeutig bei den formulierten Forderungen der einzelnen Akteure. Besonders zu Beginn der Protestaktion wurde den Forderungen in der Berichterstattung viel Aufmerksamkeit geschenkt. Dies kann als Indikator dafür gesehen werden, dass die Zusammenhänge am Anfang medial eingeführt und diskutiert werden mussten. Dass die Forderungs-Frames mit der Zeit weniger wurden, kann als Zeichen dafür gesehen werden, dass sich z. B. die konkreten Forderungen über den untersuchten Zeitraum hinweg immer mehr verdichteten.

Für die Untersuchung wurde die These formuliert, dass links-liberale Parteien, NGOs und Refugees häufiger liberale Asylgesetze in der medialen Debatte forderten, als rechts-konservative Parteien wie ÖVP und FPÖ. Es konnte ermittelt werden, dass sich VertreterInnen des Teilsystems NGO signifikant häufig für liberale Asylgesetze einsetzen. Dies lässt sich auf ihre Rolle des Advokaten und Experten zurückführen (vgl. Brunnengräber: 2012: 43). Auch UnterstützerInnen der Protestbewegung und die Refugees selbst forderten in der Berichterstattung „*menschenwürdige Bedingungen*" (Der Standard, 22.11.2012). Das Innenministerium vertrat führend die Meinung, dass die bestehenden Asylgesetze ausreichend wären. Eine Novellierung des Asylgesetzes kam für das Innenministerium im untersuchten Zeitraum nicht in Frage. Sämtliche Forderungen, die eine Verschärfung der Asylgesetze umfassten, konnten der FPÖ zugeordnet werden.

Die Analyse hat gezeigt, dass es sich um eine stark anlassbezogene Kommunikation handelt. Ausgehend vom Anlassfall der Refugee Protestbewegung wurden weitere Themen diskutiert, die damit in Zusammenhang standen, so z. B. schnellere Asylverfahren, Zugang zum Arbeitsmarkt, Anerkennung von sozioökonomischen Fluchtmotiven etc. Vor allem zu Beginn der Protestbewegung konnten

Hintergrundberichterstattungen in den untersuchten Tageszeitungen erhoben werden. Anders gestaltete sich dies gegen Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2014 rund um den sog. „Schlepper-Prozess“. Es wurde anlassbezogen kaum juristisches Hintergrundwissen für die RezipientInnen zur Verfügung gestellt. War zu Beginn der Protestbewegung die aktive kommunikative Teilhabenchance der Refugees noch recht hoch, so änderte sich dies gegen Ende des Untersuchungszeitraums und den Refugees wurde eine passive Rolle in der Medienberichterstattung zugeordnet. Auffallend ist, dass gegen Ende des untersuchten Zeitraums während des „Schlepper-Prozesses“ eine starke Elitenzentrierung stattgefunden hat. Dies zeigt sich darin, dass in erster Linie juristische VertreterInnen zu Wort kamen und die zitierten Statements der Refugees signifikant rückläufig waren.

Die Analyse hat gezeigt, dass die Refugee Protestbewegung ein politisch kontextualisiertes Thema ist. Dies gilt sowohl für die Ressortplatzierung und den Kontext der Berichterstattung als auch für die Dominanz politischer Akteure in der öffentlichen Debatte. Es lässt sich zusammenfassen, dass das Fallbeispiel der österreichischen Refugee Protestbewegung in der massenmedialen Wahrnehmung eine große Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit erzielte und einen Beitrag zur grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Asylthematik sowie zur Integration in der österreichischen Gesellschaft leisten konnte.

Während der Untersuchung hat sich herausgestellt, dass die Analyse der Frage, welche Deutungsmuster von den handelnden Akteuren nicht in der medialen Debatte platziert werden konnten bzw. welche Positionen und Argumentationen sie noch stärker hätten platzieren wollen, eine Forschungslücke darstellt. Hierfür hätten beispielsweise Pressemitteilungen, Reden oder Dokumente der handelnden Akteure herangezogen werden müssen. Eine Überprüfung dieser Frage mittels Medienresonanzanalyse würde eine zusätzliche Dimension des Standing-Konzepts aufzeigen. Es könnte der Frage nachgegangen werden, wie erfolgreich die Akteure dabei waren, die mediale Hürde zu überspringen und welche konkreten Deutungsmuster sie dabei unterstützten. Auch könnte erhoben werden, welche Akteure in ihren strategischen Bemühungen erfolgreicher waren als andere. Die vorliegende Magisterarbeit untersuchte die Berichterstattung rund um die Protestbewegung nicht aus Sicht der AsylwerberInnen, dies wäre ein weiterer interessanter Aspekt, der in künftigen Publikationen intensiv erforscht werden sollte. Denn die Analyse des Forschungsstandes hat ergeben, dass es aktuell kaum Studien – vor allem qualitativer Natur – zu diesem Thema gibt.

12. Rückblick und Kontextualisierung

Der Diskurs rund um die Flüchtlingsthematik hat sich vor allem nach der Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 und im Vorfeld der Nationalratswahl in Österreich im Jahr 2017 wesentlich geändert. Die realpolitischen Schwierigkeiten, die mit Herbst 2015 öffentlich diskutiert wurden, erreichten hinreichend Platz und Bedeutung in der Medienberichterstattung. Es hat sich gezeigt, dass Menschen mit Fluchthintergrund in der Berichterstattung nicht selbst darüber bestimmten, was und wie über sie berichtet wird, sondern der öffentliche Diskurs von Zuschreibungen, vor allem von Akteuren aus den politischen Lagern, geprägt ist. An dieser Stelle der Arbeit wird festgehalten, wie sich die Debatte rund um die erhobenen Forderungen aus der Studie nach dem Ende des Untersuchungszeitraums weiterentwickelt hat.

Die Analyse hat gezeigt, dass im gesamten Untersuchungszeitraum fortlaufend die Forderung nach einer *Novellierung des Asylgesetz* von den unterschiedlichsten Akteuren erhoben wurde, darunter v. a. die Forderung *Asylverfahren zu beschleunigen*. Diesbezüglich konnten zwei Argumentationsmuster ausgemacht werden: Das Ziel von rechts-konservativen Parteien, wie der FPÖ, ist es die Asylverfahren zu beschleunigen, damit AsylwerberInnen sich weniger lange im Asylsystem aufhalten, somit weniger Kosten anfallen und sie ggf. schneller abgeschoben werden können. VertreterInnen von links-liberalen Parteien, NGOs und die Refugees selbst forderten ebenfalls eine Beschleunigung mit dem vordergründigen Ziel, dass sich Personen mit Fluchthintergrund schneller in die Mehrheitsgesellschaft, z. B. durch Nachgehen einer Lohnarbeit, integrieren können. Noch heute verlangen die handelnden Akteure nach beschleunigten Asylverfahren – noch heute aus den jeweils genannten Gründen.

In der Untersuchung wurde folgende Forderung ebenfalls verhältnismäßig oft erhoben: Bei *Asylverfahren muss es eine einheitliche europäische Lösung geben*. Diese EU-weite Lösung gibt es auch zum aktuellen Zeitpunkt nicht und sie wird von den EU-Mitgliedsstaaten noch immer kontrovers diskutiert. Die beiden Nationen Deutschland und Frankreich setzen sich beispielsweise für eine gerechte EU-weite Verteilung von Geflüchteten ein, die an den EU-Außengrenzen ankommen. Österreich kritisierte diesen französisch-deutschen Vorschlag unter Alt-Kanzler Kurz, der ein „*falsches Signal in Richtung der Schlepper und der Migranten*“ ortet (Der Standard, 23.07.2019).

Damals wie heute wird von unterschiedlichen Akteuren in der öffentlichen Debatte gefordert, dass *sozioökonomische Fluchtmotive als Fluchtgrund anerkannt werden*. Auch dieser Punkt wird auf EU-Ebene nach wie vor diskutiert. Die Mitgliedsstaaten sind uneins darüber, ob beispielsweise Auswirkungen des Klimawandels einen Fluchtgrund darstellen. Eine Einigung in naher Zukunft ist nicht in Sicht.

Die Untersuchung hat ergeben, dass bereits zwischen 2012 und 2014 diskutiert wurde, welche *Herkunftsländer als sicher bzw. unsicher* gelten. Noch heute gibt es keine einheitliche europäische Regelung. Die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bewerten individuell, ob ein Herkunftsland als sicher gilt oder nicht. Mit Stand Juli 2019 gelten in Österreich folgende Herkunftsstaaten als sicher: West-Balkan-Staaten, Marokko, Algerien, Tunesien, Armenien, Georgien, Ukraine, Mongolei, Ghana, Benin, Senegal, Uruguay, Namibia und Südkorea (vgl. asylKoordination, 2019).

Während eines Asylverfahrens ist es AsylwerberInnen nach wie vor nicht gestattet einer *regulären Lohnarbeit* nachzugehen, abgesehen von zeitlich begrenzter Ernte- oder Saisonarbeit bzw. kleineren Aufgaben in der Gemeinde. Eine Ausnahme stellen junge AsylwerberInnen unter 25 Jahren dar. Sie dürfen unter gewissen Voraussetzungen eine Lehre beginnen, es muss sich dabei aber um eine Lehrausbildung in einem Mangelberuf handeln.

13. Ausblick

Abschließend wird den Fragen nachgegangen, wie sich die öffentliche Debatte rund um die Themen Asyl und Migration aktuell in Österreich gestaltet und ob sechs Jahre nach der Nationalratswahl 2013, die im Untersuchungszeitraum stattfand, ein Unterschied zum aktuellen Nationalratswahlkampf 2019 bzw. jenem aus dem Jahr 2017 festgestellt werden kann.

Im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2013 und 2017 stehen die Themen Asyl und Migration im aktuellen Wahlkampf für die Nationalratswahl im Herbst 2019 nicht im Mittelpunkt der politischen Diskussion, ganz im Gegensatz zur Nationalratswahl 2017, als die Themen Migration und Grenzsicherung zu den vorherrschenden Themen zählten. Es lässt sich festhalten, dass sich die faktische Lage grundlegend geändert hat: Die Zahl der Asylanträge[30] in Österreich lag im Jahr 2013 bei 17.503, 2015 bei 88.340 Anträgen (+ 214,78 % zum Vorjahr) und 2017 bei 24.735 (– 41,50 % zum Vorjahr). Mit Stand Juli 2019 liegen die Asylanträge bei 6.979, hier ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 17,61 % festzuhalten. Die Zahlen zeigen auf, dass es seit 2016 zu einem Rückgang bei den Asylanträgen in Österreich gekommen ist.

Bemerkenswert ist die politische Linie der ÖVP rund um Sebastian Kurz. Hat der Parteiobmann im Wahlkampf 2017, nach der Fluchtbewegung im Jahr 2015, die Diskussion fortlaufend auf die Themen *illegale Migration*, *Schließung der Balkanroute* oder *Zuwanderung ins Sozialsystem* gelenkt und restriktivere Asylgesetze, vor allem im Bereich der Zuwanderung, gefordert, ist sein Zugang zu Beginn des Wahlkampfs 2019 zurückhaltender. Beispielsweise wurden im ORF-Sommergespräch 2019 die Themen Asyl und Migration gar nicht thematisiert. Erwähnenswert ist, dass Kurz die Botschaft auf einer Metaebene kommuniziert und von einer „*österreichischen Identität*“ spricht (Sebastian Kurz, 10. 9. 2019). Im aktuellen Wahlkampf sagt Kurz jedoch weiterhin der illegalen Migration den Kampf an und spricht sich für einen Schutz der EU-Außengrenzen aus (vgl. ebd.).

Im Wahlkampf 2017 haben besonders ÖVP und FPÖ die Asyldiskussion vorangetrieben und restriktivere Asylgesetze gefordert, diese wurden in der gemeinsamen Regierungszeit von Dezember 2017 bis Mai 2019 schrittweise umgesetzt. Nach der

[30] Eine detaillierte Übersicht des BMI betreffend der Asylanträge, die in Österreich in den vergangenen Jahren eingebracht wurden, findet sich im Kapitel Theoretischer Rahmen. (siehe Kapitel Theoretischer Rahmen)

Wahl im Jahr 2017 wurde das Innenministerium erstmalig in der zweiten Bundesrepublik nicht mehr von der ÖVP oder SPÖ regiert, sondern von der FPÖ. Die FPÖ bleibt aktuell dem Thema treu, wobei erwähnenswert ist, dass die Art der Kommunikation durch Bundesparteiobmann Norbert Hofer im Jahr 2019 zurückhaltender ist als noch 2017 unter Heinz-Christian Strache. Herbert Kickl, ehemaliger Innenminister und geschäftsführender Klubobmann der FPÖ-Fraktionen, bleibt in seinen öffentlichen Aussagen am extrem rechten Rand des Meinungsspektrum. Die Regierungsparteien aus der Legislaturperiode 2017 bis 2019, ÖVP und FPÖ, verbindet im aktuellen Wahlkampf grundsätzlich das Festhalten an einer restriktiven Asyl- und Sicherheitspolitik.

Die vorliegende Untersuchung hat ergeben, dass im Wahlkampf 2013 die damaligen Oppositionsparteien (FPÖ, Die Grünen) eine höhere Präsenz in der medialen Debatte rund um die Asylthematik aufwiesen, als die damaligen Regierungsparteien (ÖVP, SPÖ). Im aktuellen Wahlkampf zeichnet sich ein anderes Bild ab: Die SPÖ hat als Oppositionspartei das Thema zwar in ihr Wahlprogramm aufgenommen, es ist aber aktuell nicht Teil der Wahlkampfstrategie. Die SPÖ setzt sich für ein europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren ein und fordert standardisierte Leistungen sowie sichere Fluchtwege und einen funktionierenden EU-Außengrenzschutz (vgl. SPÖ-Grundsatzprogramm, 2019).

Auffallend ist, dass im aktuellen Wahlkampf 2019 die Themen Flucht, Asyl und Migration bisher (Stand Mitte September 2019) bei den politischen Akteuren ein nachgeordnetes Thema darstellen. Waren die Forderungen nach restriktiven Asylgesetzen im Wahlkampf 2017 noch das dominierende Thema in politischen Diskussionen und Wahlprogrammen, wurden sie im Wahlkampf 2019 vorläufig von den Themen Klimaschutz und Sicherheit im Allgemeinen abgelöst. Es stellt sich die Frage, ob die einzelnen Parteien, abgesehen von der FPÖ, auch in den letzten Wochen des Wahlkampfs den Themen Flucht, Asyl und Migration weiterhin weniger Aufmerksamkeit schenken werden als in den beiden vorhergehenden Wahlkämpfen, oder ob die ParteistrategInnen die Themen wieder kurzfristig und zum Kulminationspunkt in den Wahlkampf einbringen werden. Dieser Frage kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht mehr nachgegangen werden.

VI. Verzeichnisse

14. Quellenverzeichnis

14.1. Literaturverzeichnis

BONFADELLI, Heinz (2003): Medieninhalte. In: BENTELE, Günter / BROSIUS, Hans-Bernd / JARREN, Otfried (Hrsg.) (2003): Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden. S. 79–100.

BONFADELLI, Heinz (2007): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in den Massenmedien. In: BONFADELLI, Heinz / MOSER, Heinz (Hrsg.) (2007): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum? Wiesbaden. S. 95–108.

BRANTNER, Cornelia / HERCZEG, Petra (2015): Diversität und Radio. Repräsentanz und Framing von MigrantInnen in österreichischen Radionachrichtensendungen. In: MedienJournal 2/2015. Das Radio lebt. Band 39. Nummer 2. Wien. S. 53–72.

BROSIUS, Hans-Bernd / KOSCHEL, Friederike (^{3}2005): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung. Wiesbaden.

BRUNNENGRÄBER, Achim (2012): Ein neuer Bewegungszyklus. Von der NGOisierung zur Occupy-Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. 25. Jahrgang 1 | 2012. Berlin. S. 42–50.

BURKART, Roland (^{4}2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Wien / Köln / Weimar.

CREMER, Hendrik (2016): Menschenrecht Asyl. In: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte. 66. Jahrgang. 10–11/2016. Bonn. S. 40–44.

ENTMAN, Robert M. (1993): Framing. Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: Journal of Communication 43 (4). S. 51–58. http://www.unc.edu/~fbaum/teaching/articles/J-Communication-1993-Entman.pdf. [23.03.2018]

ERTL, Sarah (2015): Protest als Ereignis. Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation. Bielefeld.

FRÜH, Werner (^{7}2011): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz / München.

GAMSON, William A. / MODIGLIANI, Andre (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. In: American Journal of Sociology. Volume 95. Number 1. Chicago. S. 1–37.

GEISSLER, Rainer (2005): Vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland. Herausforderungen an das Mediensystem. In: GEISSLER, Rainer / PÖTTKER, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld. S. 15–24.

GEISSLER, Rainer / PÖTTKER, Horst (2006): Mediale Integration von Migranten. Ein Problemaufriss. In: GEISSLER, Rainer / PÖTTKER, Horst (Hrsg.) (2006): Integration durch Massenmedien. Mass Media-Integration. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld. S. 13–44.

GERHARDS, Jürgen / SCHÄFER, Mike S. (2006): Die Herstellung einer öffentlichen Hegemonie. Humangenomforschung in der deutschen und der US-amerikanischen Presse. Wiesbaden.

GÖTZELMANN, Andrea (2010): Wer macht Asylpolitik? AkteurInnen und ihre Strategien in der österreichischen Asylgesetzgebung. (TÁLOS, Emmrich / FINK, Marcel: Politik und Zeitgeschichte, Band 5). Wien.

GRUBER, Oliver / HERCZEG, Petra / WALLNER, Cornelia (2012): Integration im öffentlichen Diskurs. Gesellschaftliche Ausverhandlungsprozesse in der massenmedialen Öffentlichkeit. Analysiert anhand des Fallbeispiels „Arigona Zogaj“ in den österreichischen Medien. In: MedienJournal 3/2012. Migration, Integration und Medien. Band 36. Wien. S. 16–34.

Gruber, Oliver (2017): Refugees (no Longer) Welcome. Asylum Discourse and Policy in Austria in the Wake of the 2015 Refugee Crisis. In: BARLAI, Melanie et al. (2017): The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses. Zürich. S. 39–50.

HALLER, Michael (2017): Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main.

HAN, Petrus (^{3}2010): Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle. Fakten. Politische Konsequenzen. Perspektiven. Stuttgart.

HERCZEG, Petra (2011): Migration aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive. In: DVORÁK, Johann / MÜCKLER, Hermann (Hrsg.) (2011): Staat – Globalisierung – Migration. Wien. S. 223–235.

HERCZEG, Petra (2012): Geschlossene Gesellschaft: Über Diversität in den Medien, Journalismus und Migration. In: DAHLVIK, Julia / FASSMANN, Heinz / SIEVERS, Wiebke (Hrsg.) (2012): Migration und Integration – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich. Jahrbuch 1/2011. (FASSMANN, Heinz / POTZ, Richard / WEISS, Hildegard: Migrations- und Integrationsforschung. Multidisziplinäre Perspektiven, Band 2). Göttingen. S. 177–192.

HERCZEG, Petra (^{2}2012): Massenmedien und Integration. Kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen und Perspektiven. In: FASSMANN, Heinz / DAHLVIK, Julia (Hrsg.) (^{2}2012): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader. (FASSMANN, Heinz / POTZ, Richard / WEISS, Hildegard: Migrations- und Integrationsforschung. Multidisziplinäre Perspektiven. Band 1). Göttingen. S. 239–261.

HERCZEG, Petra (2016): Migration im öffentlichen Diskurs. In: MINDLER-STEINER, Johannes (2016): Integration nach vor denken. Österreichs Umgang mit dem (noch) Fremden. Wien. S. 107–117.

HOCHGERNER, Josef (2011): Migration ist Mobilität in der Weltgesellschaft. In: DVORÁK, Johann / MÜCKLER, Hermann (Hrsg.) (2011): Staat – Globalisierung – Migration. Wien. S. 16–174.

JARREN, Otfried (2003): Gesellschaftliche Integration durch Medien? Zur Begründung normativer Anforderungen an Medien. In: LANGENBUCHER, Wolfgang R. (Hrsg.): Elektronische Medien, Gesellschaft und Demokratie. (LANGENBUCHER, Wolfgang R. (Hrsg.): Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Band 11). Wien. S. 234–253.

KALTER, Frank (2008): Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. In: KALTER, Frank (Hrsg.) (2008): Migration und Integration. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 48/2008). Wiesbaden. S. 11–36.

KOCH-BAUMGARTEN, Sigrid / VOLTMER, Katrin (2009): Policy matters. Medien im politischen Entscheidungsprozess in unterschiedlichen Politikfeldern. In: MARCINKOWSKI, Frank / PFETSCH, Barbara (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 42/2009. Wiesbaden. S. 299–319.

KÜHNE, Peter (^{2}2010): Politisches Versäumnis und humanitäre Katastrophe: Flüchtlinge – in Deutschland und Europa nicht willkommen. In: HENTGES, Gudrun / HINNENKAMP, Volker /

ZWENGEL, Almut (Hrsg.) ([2]2010): Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion. Biografie, Sprache und Bildung als zentrale Bezugspunkte. Wiesbaden. S. 79–89.

KÜPFER, Adriano Renato (1994): „... darunter zwei Asylwerber.“: Eine quantitative Inhaltsanalyse von Schweizer Tageszeitungen zur Asylthematik. Bern.

LANGTHALER, Herbert / TRAUNER, Helene (2009): Das österreichische Asylregime unter besonderer Berücksichtigung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen. In: SWS-Rundschau, 49. Jg., Heft 4/2009. Wien. S. 446–467.

LANGTHALER, Herbert / SOHLER, Karin (2009): Politische Partizipation und Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU. Forschungsbericht im Rahmen des Programms New orientations for Democracy in Euro >node<.http://archiv.asyl.at/projekte/node/casestudy_fr_2.pdf. [13.09.2019]

LICHTENSTEIN, Dennis / RHOMBERG, Markus / BÖHME, Michaela (2016): Konsonant oder interessengeleitet? Eine Frame-Analyse zur Berichterstattung über die Vermögenssteuer im Wahljahr 2013. In: MACHIN, Amanda / STEHR, Nico (Hrsg.) (2016): Understanding Inequality: Social Costs and Benefits. (zu | schriften der Zeppelin Universität zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik). Wiesbaden. https://www.uni-due.de/imperia/md/content/soziologie/strasser/2016__lange-haupt-nollmann-strasser__armut._in_machin-stehr__hrsg.__understanding_inequality__295-319-e-book.pdf. [09.04.2018]

LUGINBÜHL, Martin (2007): „Fremde“ in den Nachrichten des Schweizer Fernsehens: 1957 – 1999. In: BONFADELLI, Heinz / Moser, Heinz (Hrsg.) (2007): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum? Wiesbaden. S. 53–69.

LUHMANN, Niklas ([3]2004): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden.

MAIER, Michaela (et al.) (2010): Nachrichtenwerttheorie. (RÖSSLER, Patrick / BROSIUS Hans-Bernd: Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Band 2). Baden-Baden.

MALETZKE, Gerhard ([3]2002): Integration – Eine gesellschaftliche Funktion der Massenkommunikation. In: HAAS, Hannes / JARREN, Otfried (Hrsg.): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisazion und Funktion der Massenmedien. (LANGENBUCHER, Wolfgang R. (Hrsg.): Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Band 3). Wien. S. 69–88.

MATTHES, Jörg (2014): Framing. (RÖSSLER, Patrick / BROSIUS, Hans-Bernd: Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Band 10). Baden-Baden.

MAYRING, Philipp ([12]2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim / Basel.

MEYER, Sarah / PEINTINGER, Teresa (2012): Pro-immigrantische Akteure im Nachteil? Zivilgesellschaftliche Gegenmobilisierung im Kontext österreichischer Migrationspolitik. In: DAHLVIK, Julia / FASSMANN, Heinz / SIEVERS, Wiebke (Hrsg.) (2012): Migration und Integration – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich. Jahrbuch 1/2011. (FASSMANN, Heinz / POTZ, Richard / WEISS, Hildegard: Migrations- und Integrationsforschung. Multidisziplinäre Perspektiven, Band 2). Göttingen. S. 143–159.

MÜLLER, Daniel (2005): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: GEISSLER, Rainer / PÖTTKER, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld. S. 83–126.

OSWALD, Ingrid (2007): Migrationssoziologie. Konstanz.

PATSCHEIDER, Markus / PERLOT, Flooh (2016): Politische Partizipation von Migrant/innen. In: MINDLER-STEINER, Johannes (2016): Integration nach vor denken. Österreichs Umgang mit dem (noch) Fremden. Wien. S. 159–174.

POTTHOFF, Matthias (2012): Medien-Frames und ihre Entstehung. Hamburg.

PÜRER, Heinz (2003): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. Konstanz.

RASCHKE, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt am Main.

RHOMBERG, Markus (2009): Politische Kommunikation. Paderborn.

RHOMBERG, Markus / KAISER, Jonas (2015a): Multiplikatorenanalyse zur Untersuchung von transformierenden gesellschaftlichen Strategien. (Climat Change | 21/2015). Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/climate_change_21_2015_multiplikatorenanalyse_zur_untersuchung_von_transformierenden_gesellschaftlichen_strategien_0.pdf. [19.03.2018]

RHOMBERG, Markus / KAISER, Jonas (2015b): Codebuch zur Multiplikatorenanalyse zur Untersuchung von transformierenden gesellschaftlichen Strategien. Friedrichshafen.

RONNEBERGER, Franz (^{3}2002): Funktionen des Systems Massenkommunikation. In: HAAS, Hannes / JARREN, Otfried (Hrsg.): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Wien. S. 61–68.

ROSENBERGER, Sieglinde / WINKLER, Jakob (2013): Anti-Abschiebungsproteste: Mit Empathie gegen die Exklusion. In: ATAÇ, Ilker / ROSENBERGER, Sieglinde (Hrsg.) (2013): Politik der Inklusion und Exklusion. (FASSMANN, Heinz / POTZ, Richard / WEISS, Hildegard: Migrations- und Integrationsforschung Multidisziplinäre Perspektiven, Band 4). Göttingen. S. 111–134.

RÖSSLER, Patrick (^{3}2017): Inhaltsanalyse. Konstanz.

RUHRMANN, Georg / SOMMER, Denise / UHLEMANN, Heike (2006): TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten. In: GEISSLER, Rainer / PÖTTKER, Horst (Hrsg.) (2006): Integration durch Massenmedien. Mass Media-Integration. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld. S. 45–76.

SCHMID-PETRI, Hannah (2012): Das Framing von Issues in Medien und Politik. Eine Analyse systemspezifischer Besonderheiten. Wiesbaden.

SCHEUFELE, Bertram (2003): Frames – Framing – Faming-Effekte. Theoretische und methodische Grundlagen des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion. Wiesbaden.

SCHEUFELE, Bertram / ENGELMANN, Ines (2009): Empirische Kommunikationsforschung. Konstanz.

SCHULZ, Winfried (1989): Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung. In: KAASE, Max / SCHULZ, Winfried (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30/1989. Opladen. 135–149.

SCHULZ, Winfried (^{2}2008): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden.

SCHULZ, Winfried (^{3}2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden.

SCHWENKEN, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierung um irreguläre Migration in die Europäische Union. Bielefeld.

TREBBE, Joachim (2009): Ethnische Minderheiten, Massenmedien und Integration. Eine Untersuchung zu massenmedialer Repräsentation und Medienwirkung. Wiesbaden.

UNHCR (2015): Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951. Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967. https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/GFK_Pocket_2015_RZ_final_ansicht.pdf. [14.09.2019]

UNHCR (02.2015): Subsidiär Schutzberechtigte in Österreich. https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Bericht_subsidiaerer_Schutz.pdf. [14.09.2019]

UNHCR ([5]2017): Flucht und Asyl in Österreich. Die häufigsten Fragen und Antworten. https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/01/AT_UNHCR_Fragen-und-Antworten_2017.pdf. [17.09.2019]

VLASIC, Andreas / BROSIUS, Hans-Bernd (2002): "Wetten dass…" – Massenmedien integrieren? Die Integrationsfunktion der Massenmedien: Zur empirischen Beschreibbarkeit eines normativen Paradigmas. In: IMHOF, Kurt / JARREN, Otfried / BLUM, Roger (Hrsg.) (2002): Integration und Medien. Wiesbaden. S. 93–109.

VLASIC, Andreas (2004): Die Integrationsfunktion der Massenmedien. Begriffsgeschichte, Modelle, Operationalisierung. Wiesbaden.

WEISCHENBERG, Siegried (2001): Nachrichten-Journalismus. Anleitung und Qualitäts-Standards für Medienpraxis. Wiesbaden.

14.2. Internetquellen

asylKoordination (2019): Das Asylverfahren. In: asyl aktuell. Zeitschrift der Asylkoordination Österreich. 1a/2019. https://www.asyl.at/de/information/infoblaetter/. [09.09.2019]

ATAÇ, Ilker (02.2013): Die Selbstkonstituierung der Flüchtlingsbewegung als politisches Subjekt. http://eipcp.net/transversal/0313/atac/de. [21.03.2018]

ATAÇ, Ilker (06.2016): 'Refugee Protest Camp Vienna': making citizens through locations of the protest movement: In: Citizenship Studies 2016. VOL. 20. NO. 5. S. 629–646. https://doi.org/10.1080/13621025.2016.1182676. [17.09.2019]

BRICKNER, Irene (18.11.2013): Flüchtlingsproteste, die offiziell niemand hört. https://www.derstandard.at/story/1381373600724/fluechtlingsproteste-die-offiziell-niemand-hoert. [16.09.2019]

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (o.J.): Rechtliche Grundlagen. https://www.bfa.gv.at/bundesamt/recht/start.aspx. [17.09.2019]

Bundesministerium Inneres (2019): Asylstatistiken. https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/start.aspx. [11.09.2019]

Bundesministerium Inneres (o.J.): Begriffsbestimmungen. https://www.bmi.gv.at/301/Allgemeines/Begriffsbestimmungen/start.aspx#be_08. [17.09.2019]

Fonds Soziales Wien (o.J.): Hilfe für Flüchtlinge in Wien. https://www.fsw.at/p/ueberblick-hilfe-fuer-fluechtlinge-in-wien. [02.09.2019]

KUSTER, Brigitta / TSIANOS, Vassilis S. (2013): Erase them! Eurodac und die digitale Deportabilität. http://eipcp.net/transversal/0313/kuster-tsianos/de.html. [03.09.2019]

MAXQDA (o.J.): Was ist MAXQDA? https://www.maxqda.de/was-ist-maxqda. [22.03.2018]

Media-Analyse (2014): MA 2014. Presse. http://www.media-analyse.at/table/1813. [21.03.2018]

Media-Analyse (2017): MA 16/17. Presse. http://www.media-analyse.at/table/2949. [21.03.2018]

MEINHART, Edith (12.12.2014): Arigona Zogaj: Mensch des Jahres 2009. In: profil. https://www.profil.at/gesellschaft/arigona-zogaj-mensch-jahres-2009-378665. [18.09.2019]

ÖAK (2014): Auflagendetails. http://www.oeak.at/auflagedetails/. [21.03.2018]

Die Presse (25.11.2010): Die Presse – Blattlinie. https://diepresse.com/unternehmen/613276/Die-PresseBlattlinie. [21.03.2018]

Die Presse (19.01.2011): Familie Komani kann in Österreich bleiben. https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/626407/Familie-Komani-kann-in-Oesterreich-bleiben. [16.09.2019]

Die Presse (17.03.2014): Die „Refugee-Bewegung“: Eine Chronologie. https://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/1576006/Die-RefugeeBewegung_Eine-Chronologie. [14.03.2018]

Refugee Protest Camp Vienna (o.J.): Timeline. https://refugeecampvienna.noblogs.org/timeline/ [15.03.2018]

Refugee Protest Camp Vienna (25.11.2012): Forderungen der protestierende Flüchtlinge. https://refugeecampvienna.noblogs.org/post/2012/11/25/bewegungsfreiheit-fur-alle-fluchtlinge-we-will-rise/. [18.09.2019]

Refugee Protest Camp Vienna (18.12.2012): Konkretisierte Forderungen. https://refugeecampvienna.noblogs.org/demands/demands-made-concrete/. [18.03.2018]

SCHIEFER, Petra (12.03.2013): Abschiebungen: Mit Gefühl dagegen. https://medienportal.univie.ac.at/uniview/forschung/detailansicht/artikel/abschiebungen-mit-gefuehl-dagegen/. [16.09.2019]

Sebastian Kurz (10.09.2019): Unsere österreichische Identität bewahren. 100 Projekte – Unser Weg für Österreich. https://www.sebastian-kurz.at/magazin/unsere-oesterreichische-identitaet-bewahren#source. [12.09.2019]

SPÖ-Grundsatzprogramm (2019): Eine solidarische Welt ist möglich. https://www.spoe.at/eine-solidarische-welt-ist-moeglich/. [12.09.2019]

Der Standard (22.09.2013): Chronologie des Refugee-Protests. https://derstandard.at/1379291623945/Chronologie-des-Refugee-Protests. [14.03.2018]

Der Standard (03.12.2014): Blattlinie. https://derstandard.at/2000008949975/Blattlinie-standard. [21.03.2018]

Der Standard (23.07.2019): Macron: 14 EU-Staaten unterstützen Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge. https://www.derstandard.at/story/2000106569602/macron-14-eu-staaten-unterstuetzenverteilungsmechanismus-fuer-fluechtlinge. [12.09.2019]

Statistik Austria (05.04.2019): Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html. [14.09.2019]

UNHCR (19.06.2019a): Weltweit erstmals mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Zahl der Asylanträge in Österreich sinkt weiter. https://www.unhcr.org/dach/at/31645-weltweit-erstmals-mehr-als-70-millionen-menschen-auf-der-flucht.html. [14.09.2019]

UNHCR (19.06.2019b): Zahlen im Überblick. https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/zahlen-im-ueberblick. [14.09.2019]

UNHCR (o.J.a): Flüchtlingsschutz. https://www.unhcr.org/dach/at/was-wir-tun/fluechtlingsschutz. [14.09.2019]

UNHCR (o.J.b): Geschichte von UNHCR. https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/geschichte-von-unhcr. [14.09.2019]

UNHCR (o.J.c): Flüchtlinge. https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/wem-wir-helfen/fluechtlinge. [14.09.2019]

UNHCR (o.J.d): Der Globale Pakt für Flüchtlinge. https://www.unhcr.org/dach/at/was-wir-tun/globaler-pakt. [17.09.2019]

UNHCR (o.J.e): Resettlement und Aufnahmeprogramme. https://www.unhcr.org/dach/at/was-wir-tun/resettlement. [17.09.2019]

UNHCR (o.J.f): Die New Yoerker Erklärung. https://www.unhcr.org/dach/at/was-wir-tun/globaler-pakt/die-new-yorker-erklarung. [17.09.2019]

United Nations (o.J.): Migration. https://www.un.org/en/sections/issues-depth/migration/index.html. [17.09.2019]

Wiener Zeitung (21.05.2014): Anzeigen. https://www.wienerzeitung.at/_em_daten/_wzo/2014/05/21/140521_1646_at_2014_v17_klein.pdf. [21.03.2018]

Wiener Zeitung (07.12.2015): Redaktionsstatuten der Wiener Zeitung. https://www.wienerzeitung.at/unternehmen/redaktionsstatut/789561_Redaktionsstatut-der-Wiener-Zeitung.html. [21.03.2018]

14.3. Zeitungs- und Zeitschriftenquellen

Institut für öffentliche Theologie und Ethik der Diakonie (IöThE) (2017): Flucht und Asyl. Argumentarium Nr. 3. (Diakonische Information 183–1/17).

GROBNER, Claudia (2014): Protest wird kriminalisiert. In: asyl aktuell. Zeitschrift der Asylkoordination Österreich. 2.2014. Wien. S. 34–37.

KLENK, Florian (08.01.2013): Im Kirchenasyl. Die Besetzung der Votivkirche gerät zur großen Stunde der Caritas. Wie es einem Mitarbeiter gelang, Krone, ÖVP und eine neue Generation von Asylaktivisten zusammenzubringen. In: Falter. 02/13.

KREJCIK, Marie-Therese (2015): Mediale Repräsentationen von Asylsuchenden und (Staats-)bürger. In: asyl aktuell. Zeitschrift der asylkoordination österreich 2/2015.

SCHOLZ, Olaf (20.02.2014): Es sind unsere Fremden. Wer nach langen Strapazen nach Deutschland kommt, muss hier leichter arbeiten und bleiben dürfen. In: Die Zeit. Nr. 12.

TÓTH, Barbara / KLENK, Florian (30.07.2013): Abschiebegrund: Wahlkampf. Die Innenministerin schiebt die Votivkirchen-Flüchtlinge ab und bringt den Kardinal in Rage. Rechnet sich das? In: Falter. 31/13.

14.4. Zeitungsquelle der Untersuchung

Kurier (21.12.2012): Lösung für Kirchen-Besetzter in Sicht. Asylgipfel Caritas und Innenministerium kritisieren „Instrumentalisierung“ der Flüchtlinge.
Kurier (03.01.2013): Mikl-Leitner traf Flüchtlinge. Die Innenministerin traf die Asylwerber zum Gespräch – ohne konkretes Ergebnis allerdings.
Kurier (06.01.2013): Hitzige Polit-Debatte um Hungerstreikende. ÖVP-Politiker Karas sprach mit Flüchtlingen und fordert einheitliche EU-Standards, Strache will „Abschiebung“.
Kurier (28.07.2013): Kardinal Schönborn kritisiert Regierung. Acht Kirchenbesetzter aus Pakistan müssen in ihre Heimat zurück. Die Innenministerin dementiert einen Zusammenhang mit der Wahl.

Die Presse (23.12.2012): Votivkirche: Kritik an „Aktivisten“ im Flüchtlingscamp.
Die Presse (29.12.2012): Landau: Regierung „nicht länger erste Reihe fußfrei“.
Die Presse (30.12.2012): Asyl: „Strukturelle Änderungen werden nicht stattfinden“.
Die Presse (20.01.2013): Votivkirche: Asylwerber spenden für Österreicher in Not.
Die Presse (01.03.2013): Festnahme vor der Votivkirche: Gezielte Aktion oder „Routine“?
Die Presse (22.09.2013): Asylkonflikt: Votivkirche geräumt.

Der Standard (22.11.2012): Flüchtlinge planen Protestmarsch von Traiskirchen nach Wien.
Der Standard (26.11.2012): Flüchtlingscamp in Wien: „Wir sind nicht aus Spaß in Österreich“.
Der Standard (26.12.2012): Asyl-Camper in Wien hielten auch über Weihnachten durch.
Der Standard (28.12.2012): Polizei räumte Flüchtlingscamp vor Wiener Votivkirche.
Der Standard (17.01.2013): Asylwerber in Votivkirche: Strache mit der Kirche über Kreuz.
Der Standard (22.01.2013): Flüchtlinge in der Wiener Votivkirche unterbrechen Hungerstreik.
Der Standard (12.02.2013): Protestcamp vor Votivkirche: Räumung für Innenministerium korrekt.
Der Standard (13.02.2013): Was Präsident Fischer den Flüchtlingen schrieb.
Der Standard (18.02.2013): Hungerstreik in der Votivkirche beendet.
Der Standard (26.07.2013): Neue Meldepflicht für Servitenflüchtlinge.
Der Standard (08.08.2013): Mikl-Leitner will Schlepper-Causa nicht dramatisiert haben.

Wiener Zeitung (18.12.2012): „Wir haben ein Recht auf unsere Zukunft“. Flüchtlinge suchen Schutz in der Votivkirche. Pfarrer stellte Ultimatum: Kirche muss bis 18 Uhr geräumt sein.
Wiener Zeitung (28.12.2012): Flüchtlingscamp vor der Votivkirche von Polizei geräumt. Asylwerber noch in der Kirche. SOS Mitmensch protestiert gegen „Zerstörung des Protestcamps“.
Wiener Zeitung (02.01.2013): Unterstützung für Arbeitserlaubnis für Asylsuchende. Mikl-Leitner traf vier Flüchtlinge zum Gespräch – und verblieb ohne Zusagen.
Wiener Zeitung (07.01.2013): Debatte um Votivkirchen-Flüchtlinge erreicht Wiener Rathaus. Opposition kritisierte Grüne im Landtag wegen Unterstützung der Aktivisten.
Wiener Zeitung (22.01.2013): Flüchtlinge setzen Hungerstreik aus. Wollen für Verhandlungen mit Politik Kräfte sammeln und in Votivkirche bleiben. Betrugsvorwurf gegen Diakonie.
Wiener Zeitung (28.01.2013): Schönborn kritisiert Aktivisten in Votivkirche. „Ideologen scheuen vor nichts zurück.“
Wiener Zeitung (04.03.2013): Wiens neueste Klosterbrüder.
Wiener Zeitung (29.07.2013): Polizei-Einsatz gegen Asyl-Aktivisten an der Rossauer Lände.
Wiener Zeitung (06.08.2013): „Keine großen Bosse“ unter Votiv-Schleppern. Staatsanwaltschaft relativiert Vorwürfe der Polizei gegen Flüchtlinge.
Wiener Zeitung (22.09.2013): Votivkirche wurde geräumt. Flüchtlinge besetzten die Kirche erneut. Erzdiözese Wien rechtfertig Räumung durch Polizei und appelliert an Asylbehörden.
Wiener Zeitung (30.10.2013): „Wir müssen zusammenleben“. Akademie-Dozent: Es gibt genug Platz für die 31 Flüchtlinge bei uns.
Wiener Zeitung (27.03.2014): Auf freiem Fuß. Fehlende Stichhaltigkeit, formale Fehler: Der Schlepper-Prozess wurde vertagt.
Wiener Zeitung (26.09.2014): Schlepper-Prozess: Abgebrannte Fingerkuppen. Selbstverletzungen, um Abnahme von Fingerabdrücken zu verhindern.

14.5. Sonstige Quellen

Burg Programm (2015): Votivkirchen-Flüchtlinge. Eine Chronologie. In: Programmheft Burgtheater. Die Schutzbefohlenen. Elfriede Jelinek. Österreichische Erstaufführung. 14/15.

KÄSTNER, Erich (1950): Kurz und bündig. Epigramme. Wien.

15. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Funktionen der Massenmedien 33
Abbildung 2: verschiedene Ansätze der Nachrichtenforschung 45
Abbildung 3: Stellenwert der Refugee Protestbewegung im Medienvergleich 91
Abbildung 4: Thematischer Stellenwert der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf 92
Abbildung 5: Präsenz Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf monatlich 93
Abbildung 6: Ressort-Platzierung der Refugee-Berichterstattung im Medienvergleich 96
Abbildung 7: Ressort-Platzierung der Refugee Protestbewegung Wiener Zeitung 97
Abbildung 8: Ressort-Platzierung der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf 98
Abbildung 9: Darstellungsformen der Refugee- Protestbewegung im Medienvergleich 100
Abbildung 10: Darstellungsformen der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf 101
Abbildung 11: Bewertung der Refugee Protestbewegung im Medienvergleich 103
Abbildung 12: Bewertung der Darstellungsform Kommentar, Glosse, Leitartikel im Medienvergleich 104
Abbildung 13: Bewertung der Refugee Protestbewegung im Zeitverlauf 105
Abbildung 14: Standing nach Akteurssystemen 108
Abbildung 15: Standing Akteurssysteme im Zeitverlauf 114
Abbildung 16: Häufigkeiten der genutzten Medien-Pakete 119
Abbildung 17: Häufigkeiten Frames 121
Abbildung 18: Verteilung Medien-Pakete im Zeitverlauf 130
Abbildung 19: Medien-Paket Gesetzliche Rahmenbedingungen im Zeitverlauf 131
Abbildung 20: Medien-Pakete im Medienvergleich 133
Abbildung 21: Medien-Paket Forderungen im Medienvergleich 134
Abbildung 22: Medien-Paket Gesetzliche Rahmenbedingungen im Medienvergleich 135
Abbildung 23: Inserat FPÖ inseriert in Heute am 14.01.2013 186

16. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Asylanträge in Österreich, ohne Berücksichtigung von Resettlement 18
Tabelle 2: Faktoren für die soziale Integration von MigrantInnen 59
Tabelle 3: Verteilung von Akteurssytemen nach Akteuren 87
Tabelle 4: Beispiel für Medien-Paket, Frame und Idee-Elemente 88
Tabelle 5: Übersicht Artikel in Medien 89
Tabelle 6: Stellenwert der Refugee Protestbewegung in der Berichterstattung 91
Tabelle 7: Präsenz Refugee Protestbewegung im Medienvergleich 95
Tabelle 8: Ressort-Platzierung der Refugee Protestbewegung in der Berichterstattung 96
Tabelle 9: Darstellungsformen der Refugee Protestbewegung in Berichterstattung 99
Tabelle 10: Bewertung der Refugee Protestbewegung in der Berichterstattung 102
Tabelle 11: Standing Akteurssysteme und Akteure 109
Tabelle 12: Häufigkeiten Medien-Pakete und Frames 120
Tabelle 13: Übersicht fünf häufigsten Ideen-Elemente 122
Tabelle 14: Nutzung Frame Forderungen Protestbewegung nach Akteuren 123
Tabelle 15: Nutzung Frame Gewählte Protestorte und Unterbringung nach Akteuren 124
Tabelle 16: Frame Asylverfahren 126
Tabelle 17: Frame Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit 127
Tabelle 18: Frame Asylgesetze 128

VII. Anhang

1. Abstract
2. Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich
3. Codebuch
4. Übersicht ausgewertete Clippings

Abstract

Verfasserin	
Titel	Eine Protestaktion von und mit Flüchtlingen. Frame-Analyse der öffentlichen Debatte rund um die österreichische Refugee Protestbewegung
Umfang	171 Seiten
Typ	Magisterarbeit am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien
Ort, Jahr	Wien, 2019
Begutachter	
Fachbereich	
Schlagwörter	Flucht, Asyl, Migration, Refugee Protestbewegung, Integrationsfunktion Massenmedien, Realitätskonstruktion in Nachrichtenmedien, Frame-Konzept, Inhaltsanalyse
Untersuchungs-gegenstand	Im Zentrum steht die Analyse der öffentlichen Debatte rund um die österreichische Refugee Protestbewegung aus den Jahren 2012 bis 2014. Das Forschungsinteresse bezieht sich auf die mediale Darstellung der Asyldebatte in der Aufnahmegesellschaft. Im Konkreten wird die Darstellung von protestierenden AsylwerberInnen in vier österreichischen Tageszeitungen (Der Standard, Die Presse, KURIER, Wiener Zeitung) untersucht. Die Studie untersucht, mit welchen Argumentationsmustern die

handelnden Akteure die mediale Debatte führen. Die Auswahl der Refugee Protestbewegung begründet sich einerseits daraus, dass die öffentliche Debatte rund um die Themen Flucht, Asyl und Migration grundsätzlich geprägt ist von einer Vielzahl kontroverser Positionen und andererseits, die Protestbewegungen, die in zahlreichen mitteleuropäischen Großstädten stattfanden, zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Thematik des politischen Empowerment von AsylwerberInnen führte.

Das Spezifikum der europaweiten Refugee Protestbewegungen war die selbstständige Konstituierung der Bewegung durch die AsylwerberInnen. Die Asylsuchenden agierten als AktivistInnen, im Zentrum standen ihre politischen Aktionen und selbstartikulierten Forderungen an die politischen EntscheidungsträgerInnen. Die Refugees trugen ihr Ansinnen öffentlich wirksam vor und handelten eigenverantwortlich. Die Protestaktionen stellten eine neue Qualität des selbstorganisierten Widerstandes durch AsylwerberInnen dar. (vgl. Ataç, 02.2013)

Mit Hilfe der Mediendiskursanalyse wird untersucht, welche Akteure sich mit welchen Argumentationsmustern in der medialen Debatte positionieren und welche Änderungen im Untersuchungszeitraum feststellbar sind. Bestehende Ähnlichkeiten sowie Unterschiede zwischen vier österreichischen Tageszeitungen werden herausgearbeitet. Auch die Berichterstattungsstruktur wird analysiert, dies umfasst neben der Darstellungsform und der Ressort-Platzierung auch den Stellenwert und die generelle Bewertung der Thematik.

Theorie

Forschungsleitend ist das Frame-Konzept. Kollektive und individuelle Akteure versuchen ihre spezifische Deutung eines Themas in der Öffentlichkeit zu platzieren. Das strategische Ziel der KommunikatorInnen ist es, die eigenen Deutungsmuster zu vermitteln und auf der gesellschaftlichen Agenda zu positionieren. (vgl. Matthes 2014: 9, 14f.) Akteure beziehen nicht nur Position zu einem Thema, sondern interpretieren dieses auch in spezifischer Weise. Mit Hilfe von Frames werden Themenaspekte und Deutungsmuster selektiert und hervorgehoben, um bestimmte Probleme, Ursachen, moralische Bewertungen oder Lösungen hervorzuheben. (vgl. Entman 1993: 52; Schulz ^{2}2008: 148f.; Matthes 2014: 11f.) Durch die Argumentationsmuster, die im öffentlichen Diskurs dargestellt werden, ist es den Akteuren möglich, ihre Positionen und Bewertungen des Themas zu kommunizieren und so die öffentliche Meinung zu beeinflussen. (vgl. Gerhards/Schäfer 2006: 123)

Ziel | Fragestellung | Hypothese

Das Ziel der Arbeit ist es zu untersuchen, wie über die Refugee Protestbewegung in österreichischen Tageszeitungen berichtet wird. Die forschungsleitende Frage wird durch weitere Forschungsfragen konkretisiert 1.) die Struktur und die dominierenden Akteurssysteme in der untersuchten Refugee-Berichterstattung sowie 2.) die verwendeten Argumentationsmuster und diese in Beziehung mit der Berichterstattungsstruktur und den Akteuren stellen. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 19ff.)

Ziel der Arbeit ist es, die Deutungsrahmen in den Medien über die Protestbewegung von Asylsuchenden festzumachen, mit Akteuren zu verknüpfen und herauszufinden, ob sich diese im Untersuchungszeitraum verändern.

Forschungsdesign

Für die empirische Untersuchung wird eine Kombination von qualitativen und quantitativen Instrumenten herangezogen. Die Grundlage der Untersuchung ist eine induktiv-explorative Inhaltsanalyse, in der die inhaltlichen Charakteristika des Diskurses erfasst werden. Sie bilden den Ausgangspunkt der quantitativen Analyse. Durch den explorativen Ansatz können Medien-Frames direkt aus der Stichprobe des Untersuchungsmaterials herausgearbeitet werden. Da die Frames im Folgenden auf ihre Häufigkeit ausgewertet werden sollen, ist eine systematische Inhaltsanalyse unumgänglich. (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015a: 21ff.)

Die Medienauswahl orientiert sich an den Kriterien Reichweite, gesellschaftliche Relevanz, Abbildung unterschiedlicher politischer Ausrichtungen, Medienvielfalt und überregionale Verfügbarkeit. Um größtmögliche Verfügbarkeit zu schaffen wurden auf die Online-Nachrichtenportale von derstandard.at, diepresse.com, kurier.at und wienerzeitung.at zurückgegriffen. Der Untersuchungszeitraum umfasst 26 Monate. Die Untersuchungseinheit stellt Aussagen von Akteuren innerhalb eines Artikels dar, es kann sich hierbei um direkte und/oder indirekte Zitate handeln. Aussagen werden nach inhaltlich-semantischen Kriterien definiert.

Ergebnisse

Die inhaltsanalytische Untersuchung hat ergeben, dass es zwischen den untersuchten Tageszeitungen keine signifikanten Unterschiede bei der Darstellung der Protestbewegung gibt. Bei allen vier Medien stand eine objektive Berichterstattung im Mittelpunkt, die Tonalität war grundsätzlich sachlich und tatsachenbetont sowie nachweisbar positiv. Kein Medium wies eine eindeutig ablehnende Grundhaltung gegenüber der Protestbewegung auf. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Berichterstattung rund um die österreichische Refugee

Protestbewegung im Untersuchungszeitraum stark anlassbezogen war. Die Höhepunkte der medialen Debatte lassen sich auf externe Ereignisse zurückführen. Die größte mediale Aufmerksamkeit erreichten die Refugees und ihre UnterstützerInnen zu Beginn der Protestbewegung mit der Besetzung einer Kirche in Wien. Ein weiterer Anstieg der Medienpräsenz lässt sich im Zeitraum Juli bis September 2013 feststellen. Dies kann voraussichtlich auf die Nationalratswahl 2013 und den vorhergehenden Wahlkampf zurückgeführt werden. Während des Wahlkampfs wurde von zahlreichen politischen VertreterInnen eine Reformierung der Asyl- und Fremdenrechtsgesetze gefordert.

Die Untersuchung ging auch der Frage nach, welche Akteure die mediale Berichterstattung dominieren. Auffallend bei der MultiplikatorInnen-Analyse ist, dass vor allem das politische System sowie die Refugee-Interessensgruppen und NGOs die Medien für die öffentliche Debatte nutzten. Es konnte nachgewiesen werden, dass unter den MeinungsführerInnen der Anteil jener Personen signifikant hoch war, der sich eindeutig für die Refugee-Bewegung und gegen restriktivere Zuwanderungs- und Asylgesetze ausgesprochen hat.

Auch wurde untersucht, welche Argumentationsmuster von den Akteuren verwendet wurden und welche die Berichterstattung dominierten. Die Untersuchung hat ergeben, dass u. a. die Darstellung, Beurteilung und Bewertung der einzelnen Akteurssysteme – v. a. von Politik und Verwaltung sowie Refugees – im Fokus der Berichterstattung standen. Der Schwerpunkt der massemedialen Diskussion lag eindeutig bei den formulierten Forderungen der einzelnen Akteure. Zu Beginn der Protestaktion wurde den Forderungen in der Berichterstattung viel Aufmerksamkeit geschenkt. Dies kann

als Indikator dafür gesehen werden, dass die Zusammenhänge am Anfang medial eingeführt und diskutiert werden mussten.

Literatur (Auswahl)

ATAÇ, Ilker (02.2013): Die Selbstkonstituierung der Flüchtlingsbewegung als politisches Subjekt. http://eipcp.net/transversal/0313/atac/de. [21.03.2018]

ENTMAN, Robert M. (1993): Framing. Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: Journal of Communication 43 (4). S. 51–58. http://www.unc.edu/~fbaum/teaching/articles/J-Communication-1993-Entman.pdf. [23.03.2018]

FRÜH, Werner (^{7}2011): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz / München.

GERHARDS, Jürgen / SCHÄFER, Mike S. (2006): Die Herstellung einer öffentlichen Hegemonie. Humangenomforschung in der deutschen und der US-amerikanischen Presse. Wiesbaden.

HERCZEG, Petra (2016): Migration im öffentlichen Diskurs. In: MINDLER-STEINER, Johannes (2016): Integration nach vor denken. Österreichs Umgang mit dem (noch) Fremden. Wien. S. 107–117.

MATTHES, Jörg (2014): Framing. (RÖSSLER, Patrick / BROSIUS Hans-Bernd: Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Band 10). Baden-Baden.

RHOMBERG, Markus / KAISER, Jonas (2015a): Multiplikatorenanalyse zur Untersuchung von transformierenden gesellschaftlichen Strategien. (Climat Change | 21/2015). Dessau-Roßlau.

SCHMID-PETRI, Hannah (2012): Das Framing von Issues in Medien und Politik. Eine Analyse systemspezifischer Besonderheiten. Wiesbaden.

SCHULZ, Winfried (^{2}2008): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden.

Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich

An dieser Stelle findet sich ein Überblick der chronologischen Abfolge der österreichischen Refugee Protestbewegung über einen Zeitraum von 26 Monaten (wenn nicht anders angemerkt vgl. Refugee Protest Camp Vienna, o.J.; Die Presse, 17.03.2014; Der Standard, 22.09.2013; Grobner 2014: 34ff.; Burg Programm 2015):

2012

24. November 2012: Protestmarsch vom Erstaufnahmezentrum Traiskichen (Niederösterreich) nach Wien. Zahl der TeilnehmerInnen schwankt, insgesamt marschieren ca. 500 Personen über eine Strecke von 35 Kilometern mit (ca. 100 AsylwerberInnen (Großteils Männer aus den Grenzgebieten von Pakistan und Afghanistan) und ca. 400 UnterstützerInnen). Ziel ist der Sigmund-Freud-Park vor der Votivkirche in Wien; Zwischenstopp für Kundgebung vor dem österreichischen Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße. Die Protest-TeilnehmerInnen skandieren: „*We want our rights! (...) Wir sind nicht aus Spaß in Österreich und hoffen auf Unterstützung. Aber der Staat hat uns bisher nicht gezeigt, dass wir willkommen sind.*“ (Der Standard, 26.11.2012).

Aufbau des Protestzeltlagers Refugee Protest Camp Vienna im Sigmund-Freud-Park. Laut Polizeiangaben verbringen ca. 70 Personen die Nacht im Protestcamp. Das Zeltlanger wird von den Initiatoren bis zum 30. November 2012 angemeldet.

26. November 2012: Pressekonferenz von und mit AsylwerberInnen, bei der die konkreten Anliegen und Forderungen der Protest-Aktion präsentiert werden. Ungefähr 100 AsylwerberInnen sind vor Ort.

In den darauffolgenden Tagen solidarisieren sich zahlreiche österreichische Prominente und Gruppen sowie NGOs mit der Refugee Protestbewegung (u. a. Ute Bock (Flüchtlingshelferin) Josef Hader (Kabarettist) u.v.m.).

27. November 2012: Protestmarsch in Wiener Innenstadt mit ca. 350 Personen.

18. Dezember 2012: [Internationaler Tag der Rechte der MigrantInnen]

30 Refugees suchen in der Votivkirche symbolisch Schutz. "*Wir haben uns bewusst gegen das Wort ‚Besetzung‘ entschieden, denn wir wollen kein Haus Gottes übernehmen.*", so ein Refugee Sprecher. (Wiener Zeitung, 18.12.2012).

Anfänglicher Widerstand durch den Pfarrer der Votivkirche Joseph Farrugia. Caritas-VertreterInnen vermitteln zwischen den Asylwerbern[31] und AktivistInnen sowie der Pfarre.

19. Dezember 2012: Die Caritas und die Erzdiözese Wien sichern den Refugees Schutz zu. Pressekonferenz von Caritas und Katholischer Kirche im Club 4 Stephansplatz, Refugees werden dazu eingeladen, jedoch erscheinen nur vereinzelte VertreterInnen der Protestbewegung bei Pressekonferenz. Von allen Beteiligten wird die Abhaltung eines Runden Tisches mit dem Bundesministerium für Inneres (BMI) gefordert.

21. Dezember 2012: Ein Runder Tisch findet auf Initiative der Caritas, in Anwesenheit von VertreterInnen der Refugee-Aktivisten, Kirchen, NGOs und BMI statt. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ) nehmen nicht persönlich teil. Anwesend sind: drei Refugee-Delegierte, Hilbert Karl (Leiter Abteilung Asyl und Betreuung im BMI), Karlheinz Larcher (Vizedirektor Bundesasylamt), Dariusz Schutzki (Bischofsvikar Erzdiözese Wien), Michael Landau (Direktor Caritas Erzdiözese Wien), Michael Chalupka (Direktor Diakonie Österreich), Christoph Pinter (Büroleiter UNHCR Wien), Heinz Patzelt (Generalsekretär Amnesty International Österreich). Alle Beteiligten äußern sich positiv über das Zusammentreffen. So spricht beispielsweise Muhammad Numan, ein Refugee-Sprecher von einem „konstruktiven Gespräch“ im Anschluss an den Asylgipfel (Kurier, 21.12.2012). Die Caritas unterbreitet den Refugees das Angebot in ein Ersatzquartier auszuweichen. Die VertreterInnen des BMI sagen darüber hinaus zu, dass der Rechtsanspruch auf Grundversorgung jedes einzelnen Refugees erneut und individuell geprüft wird.

23. Dezember 2012: 14 von 30 Refugees aus der Votivkirche treten in den Hungerstreik.

Die Spannungen zwischen VertreterInnen der NGOs und Refugee-UnterstützerInnen intensivieren sich. "*Ein Drittel von ihnen (den BesetzerInnen der Votivkirche, Anm.) ist wirklich in Not; ein Drittel will jenen in Not ernsthaft helfen, aber bei einem Drittel handelt es sich um reine Aktivisten, um Chaoten, die die Not dieser Menschen instrumentalisieren wollen.*", so Michael Landau, Caritas-Direktor in einem Gespräch mit der Tageszeitung Die Presse (Die Presse, 23.12.2012).

[31] Mit Besetzung der Votivkirche sind es ausschließlich Männer, die an der Refugee Protestbewegung aktiv teilnehmen.

24. Dezember 2012: Rund 40 Personen der Protestbewegung nehmen das Angebot der Caritas an und übersiedeln in ein beheiztes Notquartier. Wie sich kurze Zeit später herausstellt, sind keine Refugee-Aktivisten aus der Votivkirche unter diesen Personen. Daher schickt die Caritas diese Personen in ihre vorgesehenen Grundversorgungsquartiere zurück, das Notquartier soll für die Refugees aus der Votivkirche freigehalten werden. Laut Caritas befinden sich zeitgleich zwischen 15 und 20 Personen in der Votivkirche.

In die Grundversorgungsquartiere, welche vom BMI zur Verfügung gestellt werden, übersiedelt keiner der Refugees aus der Votivkirche.

Erfolgloser Versuch von Gruppe rund um Refugees sich Zutritt zum Stephansdom zu verschaffen.

24. bis 26. Dezember 2012: Rund um die Weihnachtsgottesdienste kommt es zu Zwischenfällen in der Votivkirche. Bei den Weihnachtsmetten skandieren AktivistInnen Parolen und verteilen Flugzettel. Die Störaktionen werden von anwesenden Zivilpolizisten beendet.

25. Dezember 2012: Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) sichert bei einem Besuch eines Caritas-Pflegeheims mit Direktor Michael Landau zu, „dass die Politik zu weiteren Gesprächen mit den Refugees bereit sei.“ (Der Standard, 26.12.2012). Der Einladung des Caritas-Direktors, gemeinsam in die Votivkirche zu gehen, folgte der SPÖ-Chef nicht.

28. Dezember 2012: Das Refugee Protest Camp im Sigmund-Freud-Park wird zwischen 04:00 und 07:00 Uhr durch Beamte der Polizei und MitarbeiterInnen der MA 48 geräumt. 19 AktivistInnen werden nach der Kampierverordnung angezeigt, fünf Anzeigen, wegen sonstiger Verwaltungsübertretungen, werden aufgenommen und zwei Asylwerber vorübergehend festgenommen. Bei 20 Personen wurden Identitätsfeststellungen durchgeführt. „*Diese Maßnahme wurde notwendig, da keine wie immer geartete Erlaubnis der Stadt Wien – weder behördlicherseits, noch als Grundeigentümer – vorlag und sämtliche Versuche, die Verantwortlichen zu einem selbständigen Abbau des Zeltlagers und Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes zu bewegen, im Sand verliefen.*", so die Polizei in einer Aussendung (Der Standard, 28.12.2012).

Seitens der AktivistInnen und UnterstützerInnen sind Protest gegen Polizeiwillkür die Folge. Auch die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch spricht sich gegen das Vorgehen der Polizei aus: "*Mit der Zerstörung des Protestcamps wurde auch ein Stück Demokratie zerstört. Hier haben Menschen friedlich gegen die*

österreichische und europäische Abschiebepolitik protestiert. Es wurde ein Raum genutzt, der ansonsten im Winter vollkommen brach liegt. Für alle, die gehofft hatten, dass in Österreich eine demokratische Protestkultur möglich ist, ist die brutale Vorgehensweise der Polizei ein herber Schlag ins Gesicht.", sagte SOS- Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak in einer Aussendung (Wiener Zeitung, 28.12.2012).

Das Vorgehen der Polizei und MA 48 wird zu einem späteren Zeitpunkt vom Unabhängigen Verwaltungssenat als rechtmäßig beurteilt.

35 bis 40 Personen kommen nach der Räumung des Protest Camps im Sigmund-Freud-Park in der Votivkirche unter, der Großteil von ihnen stammt aus Pakistan. Laut Caritas befinden sich zu diesem Zeitpunkt 14 Personen im Hungerstreik, laut einem Aushang der Refugees in der Kirche befinden sich 32 Personen im Hungerstreik.

Dariusz Schutzki (Bischofsvikar Erzdiözese Wien), Michael Landau (Direktor Caritas Erzdiözese Wien), Michael Chalupka (Direktor Diakonie Österreich) und Hansjörg Lein (Superintendent der Evangelischen Kirche Wien) treffen in der Votivkirche zu einer Art ökumenischem Gipfel zusammen.

Privater Sicherheitsdienst in Votivkirche wird durch Caritas, mit Zustimmung der Refugees, eingesetzt.

29. Dezember 2012: Michael Landau (Direktor Caritas Erzdiözese Wien) bittet öffentlich die beiden Staatssekretäre Josef Ostermayer (SPÖ) und Sebastian Kurz (ÖVP) um Vermittlung in der Causa der Refugee Protestbewegung. „*Die Politik spiele derzeit offenbar ‚Mikado', nach dem Motto ‚wer sich zuerst bewegt, verliert'. Dabei wäre ‚das Gegenteil der Fall' (...) Ostermayer habe in der ‚heiklen' Ortstafelfrage bewiesen, dass gute Lösungen möglich sind. Kurz habe beim Thema Integration gezeigt, ‚dass Sachlichkeit möglich ist und zu Ergebnissen führt'. Auch jetzt könnten die beiden Staatssekretäre helfen, den ‚politischen Knoten' aufzulösen.*", wird Michael Landau in der Presse zitiert (Die Presse, 29.12.2012).

Solidaritätsdemonstration in Wien, laut Veranstalter 1.000 TeilnehmerInnen.

29. bis 30. Dezember 2012: Vereinzelte Refugees treten zusätzlich in den Durststreik. Sowohl die Caritas, als auch ÄrztInnen der Johanniter intervenieren. Der Durststreik wird nach kurzer Zeit abgebrochen.

Zehn Personen müssen zwischenzeitlich im Krankenhaus behandelt werden, sie kehren anschließend wieder in die Votivkirche zurück.

31. Dezember 2012: Kardinal Christoph Schönborn besucht die Refugees in der Votivkirche und sagt auch weiterhin die Unterstützung der katholischen Kirche zu.

2013

02. Jänner 2013: Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Wolfgang Taucher (Leiter des Bundesasylamts) treffen sich mit vier Vertretern der Refugee Protestbewegung sowie Klaus Schwertner (Pressesprecher Caritas Erzdiözese Wien) im Innenministerium. Konkrete Ergebnisse werden keine festgehalten. „*Sie (Johanna Mikl-Leitner, Anm.) wiederholte, dass es keine strukturellen Änderungen im Asylwesen geben werde, und dass die Forderungen der Flüchtlinge nach einem Abschiebestopp oder der Löschung von Fingerabdrücken keinesfalls erfüllt würden, da dies EU-Vorgaben widerspreche.*“ (Wiener Zeitung, 02.01.2013).

Vier Refugees werden, während sie sich nicht in der Kirche aufhalten, von Polizeibeamten aufgegriffen und in Schubhaft genommen.

12. Jänner 2013: Sechs Asylwerber werden von Polizeibeamten außerhalb der Votivkirche wegen illegalen Aufenthalts festgenommen. Zwei werden kurze Zeit später freigelassen, die anderen vier in Schubhaft genommen.

Immer mehr Prominente solidarisieren sich mit den Refugees und übernachten teils in der Votivkirche, unter ihnen Jean Ziegler (Soziologe, Globalisierungskritiker), Susanne Scholl (Journalistin, Autorin), Elias Bierdel (Menschenrechtsaktivist), Peter Waterhouse (Schriftsteller), Paul Gulda (Pianist).

14. Jänner 2013: Die FPÖ fordert die Räumung der Votivkirche. So äußert sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache folgendermaßen: „*Allianz zwischen Kirche und Anarchisten. (...) Jeder, der meint, Asylbetrüger unterstützen zu müssen, ist ein Beitragstäter.*" (Der Standard, 17.01.2013). Zusätzlich veröffentlicht die FPÖ in der Gratis-Tageszeitung Heute ein Inserat, in dem Heinz-Christian Strache und sein Stellvertreter Johann Gudenus folgendes fordern: „Schubhaft, zwangsernähren und abschieben!".

Abbildung 23: Inserat FPÖ inseriert in Heute am 14.01.2013



Quelle: ebd.

Michael Prüller, Sprecher der Erzdiözese Wien kontert: „*Wer den Asylwerbern in der Votivkirche beistehe und sie mit dem Lebensnotwendigsten versorge, sei sicher kein Täter.*" (ebd.).

20. Jänner 2013: Bei der Matinee anlässlich der 20-Jahr-Feier von SOS Mitmensch im Wiener Volkstheater wird der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage an Polizist Uwe Sailer verliehen, das Geld (3.000 Euro) spendet er der Refugee Protestbewegung. Die Refugees geben die Spende weiter an die Caritas, damit das Geld „für arme und Not leidende Menschen in Österreich verwendet wird." (Die Presse, 20.01.2013).

Zusätzlich wird den Refugees ein Ute-Bock-Spezialpreis für Menschenrechte übergeben.

Im Anschluss an die Matinee wird eine weitere Solidaritätskundgebung mit ca. 100 TeilnehmerInnen abgehalten. Die Abschlusskundgebung findet vor dem Polizeianhaltezentrum, in dem Refugees festgehalten werden, am Hernalser-Gürtel statt.

22. Jänner 2013: Nach 31 Tagen Hungerstreik entscheiden sich die Refugees ihren Streik für zehn Tage auszusetzen. "*Wir wollen bei Kräften sein, wenn jemand mit uns verhandelt.*" (Wiener Zeitung, 22.01.2013).

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner begrüßt das Aussetzen des Hungerstreiks in einer offiziellen Mitteilung, stimmt jedoch weiteren Austauschtreffen mit den Refugees nicht zu (vgl. Der Standard, 22.01.2013).

25. Jänner 2013: In einem Brief fordert das Innenministerium die Refugees auf, die Votivkirche zu verlassen und an ihren Asylverfahren mitzuwirken. Das Schreiben wurde nach Angaben aus dem BMI auf Ersuchen der Caritas verfasst.

28. Jänner 2013: Kardinal Schönborn übt harte Kritik an den AktivistInnen rund um die Refugee Protestbewegung: „*Die Aktivisten würden ‚die Not der Flüchtlinge in der Votivkirche für ihre Ideologie missbrauchen', sie wollten ‚eine Änderung des Systems um jeden Preis', koste es auch die Gesundheit der Flüchtlinge (...) ‚Diese Ideologen scheuen vor nichts zurück' (...) das sei erschütternd. Bei den Aktivisten handle sich (sic) um Personen, ‚denen es sehr gut geht und die sich nicht die Finger schmutzig machen wollen', konkrete Hilfsdienste würden sie nicht leisten.*" (Wiener Zeitung, 28.01.2012).

30. Jänner 2013: Absage der Refugees an Caritas für Übersiedlung in Notquartier.

01. Februar 2013: Wiederaufnahme des Hungerstreiks. Rund 60 Personen halten sich in der Votivkirche auf. Die Refugees äußern Kritik an der Caritas betreffend der bestehenden Zugangsbeschränkungen in der Votivkirche.

05. bis 06. Februar 2013: Abschiebung nach Dublin II-Verordnung von zwei Refugees, die im Jänner 2013 in Schubhaft genommen wurden, nach Ungarn.

10. Februar 2013: Neun Mitglieder der Identitären Bewegung Wien versuchen die Votivkirche zu besetzen. Nach wenigen Stunden wird die Besetzung unter Schutz der WEGA abgebrochen. Es kommt zu keinen Zwischenfällen.

12. Februar 2013: Veröffentlichung des internen Evaluierungsberichts des BMI zur Räumung des Refugee Protest Camp im Votivpark. Das Einschreiten der Polizei habe den „Grundsätzen der Deeskalation und Verhältnismäßigkeit entsprochen und wurde korrekt vollzogen" (Der Standard, 12.02.2013).

Teilnahme von Refugees am Protestsongcontest refugees of the vienna refugee camp (Song: We love Vienna/Je t'aime Vienne).

13. Februar 2013: Antwortschreiben von Bundespräsident Heinz Fischer auf E-Mail der Refugees. „*Er appelliert an sie (die Refugees, Anm.), die Kirche zu verlassen (...) ‚Menschen, die all das auf sich nehmen, was Sie auf sich sich (sic) nehmen, verdienen es, ernst genommen zu werden' (...) Unmöglich, so der Bundespräsident, sei es, ‚sich über die Gesetzeslage, über Gerichtsentscheidungen oder über die Abgrenzung verschiedener Verantwortungsbereiche in Österreich hinwegzusetzen' (...) ‚Ihre derzeitige gesundheitsgefährdende und in höchstem Maß unbefriedigende Lage zu verbessern und Ihnen im Rahmen der geltenden Gesetze zu helfen.' Eine Übersiedlung in das von der Erzdiözese Wien angebotene Klosterquartier würde die Grundlage für ‚individielle' (sic) Perspektivenabklärung' bieten (...) Denn weder könne sich der Bundespräsident ‚in einzelne Verfahren einschalten', noch gebe es in Österreich ‚so etwas wie ein allgemeines Bleiberecht'.*" (Der Standard, 13.02.2013).

16. Februar 2013: Solidaritätsdemonstration in Wien mit 2.000 TeilnehmerInnen. Aufgrund des schlechten Gesundheitszustands der Refugees wegen des Hungerstreiks nimmt nur eine sehr kleine Gruppe der Refugees am Demonstrationszug teil.

Drei Refugees übersiedeln im Rahmen der Grundversorgung von der Votivkirche in betreute Flüchtlingsquartiere.

18 Februar 2013: Der Hungerstreik wird erneut unterbrochen, die Forderungen der Refugees sind weiterhin aufrecht.

22. Februar 2013: Eine weitere Person aus der Refugee-Gruppe wird in Schubhaft genommen.

28. Februar 2013: Nahe der Kirche wird einer der Refugee-Sprecher, Khan Shahjahan, festgenommen. Über ihn wird Schubhaft verhängt. Der Refugee-Sprecher tritt in der Haft erneut in Hunger- und Durststreik.

Strafanzeige wegen schwerer Körperverletzung gegen einen Refugee-Unterstützer. UnterstützerInnen/ZeugInnen wehren sich gegen Vorwurf der schweren Körperverletzung.

01. März 2013: Bestätigung durch Wiener Polizei und BMI, dass die Möglichkeit besteht, dass der Refugee-Sprecher Khan Shahjahan nach Pakistan abgeschoben werden könnte, da ein rechtskräftig negativer Asylbescheid vorliegt.

03. März 2013: Der Protest in der Votivkirche wird beendet. 63 Personen ziehen nach 76 Tagen des Protests aus der Votivkirche aus und Übersiedelung in das, von der Caritas zur Verfügung gestellte, Quartier im Servitenkloster (1090 Wien). Die Refugees unterzeichnen eine Vereinbarung, dass sie bei ihren Asylverfahren kooperieren und ihrer Melde- und Mitwirkungspflicht nachkommen. Im Gegenzug versichert das BMI, dass über jene Refugees, deren Asylantrag bereits rechtskräftig abgelehnt wurde, keine Schubhaft verhängt wird. Ca. 26 Personen sind davon betroffen. Das BMI sichert weiter zu, dass die noch laufenden Asylverfahren der Refugees weitergeführt werden. Auch jene, bei denen Fristen versäumt wurden. Davon sind ca. 34 Personen betroffen.

05. März 2013: Khan Shahjahan wird aus der Schubhaft entlassen und zieht im Servitenkloster ein. Als Grund der Enthaftung wird seitens der Behörden genannt, dass die Flüchtlinge gleichzeitig mit der Übersiedelung ins Kloster auch ihre Kooperation in den Asylverfahren zugesagt haben. Da sie ihrer Melde- und Mitwirkungspflicht nachkommen, besteht kein Grund für die Aufrechterhaltung der Schubhaft.

9. März 2013: Im Servitenkloster kommt es zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Refugees. Die Caritas verhängt für beide Männer ein befristetes Hausverbot.

26. März 2013: 27 Refugees haben seit Einzug ins Servitenkloster einen negativen Asylbescheid erhalten. 53 der 60 Refugees, die im Servitenkloster untergebracht sind, werden in die Wiener Grundversorgung durch den Fonds Soziales Wien (FSW) aufgenommen.

15. Mai 2013: Die Caritas gibt bekannt, dass die Refugees Ende Juni 2013 in ein neues Quartier übersiedeln müssen. Grund sind Umbauarbeiten im Servitenkloster, da dieses künftig als Caritas-Unterbringungsquartier für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dienen soll.

Juni 2013: Der FSW stimmt einer Verlängerung der Grundversorgung der Refugees im Servitenkloster bis Ende Juli 2013 zu.

24. Juni 2013: Die Übersiedelung von Refugees in andere Einrichtungen hat begonnen. 50 Personen befinden sich nach wie vor im Servitenkloster.

04. Juli 2013: Die Sanierungsarbeiten im Wiener Servitenkloster werden auf Oktober 2013 verschoben, die Refugees erhalten die Zusage, dass sie solange im Kloster bleiben können.

26. Juli 2013: Über 20 der im Servitenkloster gemeldeten Asylwerber wird gelinderes Mittel verhängt, sie müssen sich nun täglich bei der Polizei melden. Laut Fremdenrecht stellt das gelindere Mittel „eine Alternative zur Schubhaft (dar), wenn diese nicht als nötig erachtet wird" (Der Standard, 26.07.2013).

28. Juli 2013: Inschubhaftnahme durch Polizei von acht pakistanischen Refugees, nachdem ihre Asylbescheide negativ beschieden wurden. Kardinal Schönborn zeigt sich bestürzt und stellt die Frage nach einem Zusammenhang mit der Nationalratswahl im Herbst 2013: „*Rechtsstaat und Menschlichkeit dürfen kein Widerspruch sein. Weiters stelle ich die Frage, welche Rolle es gespielt hat, dass Wahlkampfzeit ist?"* (Kurier, 28.07.2013).

30. Juli 2013: Abschiebung der ersten acht Flüchtlinge der Refugee Protestbewegung nach Pakistan.

Eine Protestkundgebung mit ca. 80 bis 100 UnterstützerInnen wird vor dem Polizeianhaltezentrum Rossauer Lände (1090 Wien) abgehalten. Dabei kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen einer Refugee-Unterstützerin und einem Polizeibeamten. Der Verein Resistance for Peace bringt daraufhin bei der Staatsanwaltschaft Wien eine Sachverhaltsdarstellung wegen Körperverletzung ein.

30. Juli 2013: Verdacht auf Beteiligung an Schlepperei von Refugees. Drei Personen, mit Meldeadresse Servitenkloster, werden festgenommen; insgesamt werden sechs Personen in Österreich und Italien verhaftet. Die Refugee-Aktivisten werden in Untersuchungshaft genommen.

Anfang August 2013: Gefälschtes Schreiben der ÖVP wird in mehreren Wiener Bezirken verteilt, indem zu lesen ist, dass „*die Abschiebungen der Flüchtlinge aus dem Servitenkloster als ‚Fehler' bezeichnet werden. Weiters wird darin angekündigt, alle Hebel für ihre Rückholung nach Österreich in Bewegung zu setzen. Mikl-Leitner wird als*

Hauptverantwortliche für die ‚unchristliche Vorgangsweise' mit ‚Beginn der nächsten Woche ihres Amtes enthoben' (...)." (Der Standard, 08.08.2013).

06. August 2013: Ministerin Johanna Mikl-Leitner spricht davon, dass die Schlepper „äußerst unmenschlich" agiert hätten (Wiener Zeitung, 06.08.2013).

09. September 2013: Protestaktion von Resistance for Peace vor Innenministerium.

22. September 2013: 17 Refugees und zehn UnterstützerInnen kehren kurzfristig in die Votivkirche zurück und versuchen diese erneut zu besetzen. Die Erzdiözese Wien duldet ihre Anwesenheit diesmal nicht und verständigt die Polizei, die anschließend die Räumung der Votivkirche durchführt.

23. September 2013: Kranzniederlegung in Servitenkirche durch Refugee-Aktivisten für 81 Tote bei Terroranschlag in Pakistan (Peschawar), viele der im Servitenkloster weilenden Asylwerber stammen aus der Stadt Peschawar.

24. September 2013: Spontan einberufene Pressekonferenz der Refugees auf den Stufen vor dem Parlament in Wien.

29. September 2013: Österreichische Nationalratswahl

Ende September 2013: Jahn Agha Markaz aus Afghanistan erhält als erster Refugee aus dem Servitenkloster eine positive Aufenthaltsgenehmigung, ihm wird subsidiärer Schutz gewährt.

11. Oktober 2013: Schriftliche Anfrage der Caritas bei anderen NGOs, politischen Entscheidungsträgern und UnternehmerInnen betreffend Ausweichquartier für 21 Refugees, drei Refugees stimmen Umzug in andere Grundversorgungsquartiere zu. Sanierungsarbeiten im Servitenkloster sollen am 30. Oktober 2013 beginnen.

24. Oktober 2013: Refugees wenden sich mit einem öffentlichen Schreiben an die österreichische Bevölkerung, mit der Bitte um Unterstützung bei ihrer Quartiersuche.

29. Oktober 2013: 24 Refugees suchen nach einer Diskussionsrunde mit ca. 200 TeilnehmerInnen in der Akademie der Bildenden Künste Schutz.

30. Oktober 2013: Pressekonferenz der Refugees in der Akademie der Bildenden Künste, bei der mitgeteilt wird, dass die Refugees bis auf weiteres in den Uni-Räumen bleiben wollen, bis eine Unterkunft gefunden wird, in der sie zusammenleben können. Caritas räumt ein, dass alle Refugees über den FSW einen Unterbringungsplatz zugesichert bekommen, ein gemeinsames Quartier kann die Caritas nicht anbieten, ein Versammlungsraum wird zur Verfügung gestellt (vgl. Wiener Zeitung, 30.10.2013). In der Akademie der Bildenden Künste werden Arbeitsgruppen gemeinsam mit den Refugees, ProfessorInnen und StudentInnen abgehalten.

31. Oktober 2013: Rektorin Eva Blimlinger spricht Frist bis 04. November 2013 für Duldung der Besetzung durch Refugees in der Akademie der Bildenden Künste aus.

04. November 2013: Frist für Auszug aus Akademie der Bildenden Künste wird von Rektorin Eva Blimlinger verlängert auf 05. November 2013, 12:00 Uhr.

05. November 2013: Auszug der Refugees aus Akademie der Bildenden Künste.

Protestaktion bei Prälat-Leopold-Ungar-Journalisten-Preis, Brunnenpassage. Refugees werden von Klaus Schwertner (Geschäftsführer Caritas Wien) eingeladen ihre Anliegen auf der Bühne vor den anwesenden JournalistInnen zu äußern, Einladung wird von Refugees nicht angenommen. JournalistInnen berichten von Beschimpfungen seitens UnterstützerInnen der Refugees gegenüber der Caritas. Ein Flyer mit Kritik an Caritas wird verteilt.

24. November 2013: Jahrestag Refugee Protestbewegung: Ein Jahr nach dem Protestmarsch setzen Refugees und UnterstützerInnen ein Zeichen und demonstrieren erneut vor dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen. Ca. 40 Personen sind anwesend.

Votivkirche wird mit politischen Parolen beschmiert ("Refugees Welcome?", "Bleiberecht überall").

10. Dezember 2013: Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt erhebt Anklage gegen acht Personen wegen gewerbsmäßiger Schlepperei, darunter sind auch Refugee-Aktivisten.

2014

17. März 2014: Prozessbeginn am Landesgericht Wiener Neustadt. Sechs von acht Beschuldigten sind am ersten Prozesstag teilgeständig, voraussichtliches Prozess-Ende nach 14 Verhandlungstagen am 06. Mai 2014.

27. März 2014: Die Staatsanwältin im Schlepper-Prozess beantragt die Enthaftung aller Angeklagten nach acht Monaten Untersuchungshaft.

Vorläufiges Aus für Schlepper-Prozess in Wiener Neustadt. Richterin Petra Harbich begründet: „*Es gebe ‚Faktenidentitäten und -überschneidungen' (...), so könne sie mit dem Fall nicht mehr weitermachen.*" (Wiener Zeitung, 27.03.2014). Der Prozess wird vertagt und soll am 06. Mai 2014 fortgeführt werden.

06. Mai 2014: Wiederaufnahme Schlepper-Prozess am Landesgericht Wiener Neustadt.

09. Mai 2014: Freispruch für Refugee-Unterstützerin, die am 28. Februar 2013 versuchte die Festnahme eines Refugees vor der Votivkirche zu verhindern, dabei attackierte sie einen Polizeibeamten.

Anfang September: Khan Adalat, Refugee-Sprecher erhält positiven Asylbescheid.

08. September 2014: Der Schlepper-Prozess am Landesgericht Wiener Neustadt wird fortgesetzt.

Die Angeklagten zeigen sich teilgeständig, jedoch nicht im Sinne der angeklagten Straftat. Sie hätten nicht als Schlepper agiert, sondern „*Ich habe wie ein echter Bruder geholfen.*" (Wiener Zeitung, 26.09.2014).

04. Dezember 2014: Nach 43 Verhandlungstagen kommt es zur Urteilsverkündung im Schlepper-Prozess. Sieben Angeklagte werden der Schlepperei schuldig gesprochen; ein Freispruch. Teilbedingte Freiheitsstrafen zwischen sieben und 28 Monaten werden verhängt. Keiner der Angeklagten muss erneut ins Gefängnis, da bereits der unbedingt verhängte Teil der Strafe durch Untersuchungshaft verbüßt wurde.

CODEBUCH[32]

Inhaltsanalyse

Öffentliche Debatte

Österreichische Refugee Protestbewegung

[32] Das Codebuch basiert auf der Studie „Multiplikatorenanalyse zur Untersuchung von transformierenden gesellschaftlichen Strategien“ (Rhomberg/Kaiser 2015b). Die Autoren haben dieses auf Nachfrage zur Verfügung gestellt.

CODEBUCH, 1. Teil

Systematische Inhaltsanalyse

[siehe Excel-Datei: Codierblatt 1_RPB]

Die Analyse zur medialen Berichterstattung der österreichischen Refugee Protestbewegung (RPB) untersucht den Zeitraum 22.11.2012 bis 29.12.2014.

Es werden sämtliche redaktionellen Artikel (keine Leserbriefe, keine Werbung, keine Fotostrecken) aus den Online-Outlets folgender Tageszeitungen herangezogen: **Der Standard, Die Presse, KURIER** und **Wiener Zeitung**. Bildunterschriften kommentierter Fotostrecken werden nicht untersucht, da keine Bildanalyse durchgeführt wird.

In den Online-Archiven der angeführten Zeitungen wird nach folgenden Schlagworten in der Überschrift oder im Artikel gesucht:

> **Flüchtling** OR **Refugee** OR **Asylwerber** *AND*
> **Votiv** OR **Servitenkloster** OR **Protest** OR **Schlepper**

Das Untersuchungsmaterial bezieht sich auf einen Zeitraum von 26 Monaten, die RPB war in dieser Zeit von verschiedenen Höhepunkten geprägt [vgl. Chronologie Refugee Protestbewegung in Österreich], aus diesem Grund musste eine umfangreiche Suchsyntax angewendet werden. Zu beobachten war u. a., dass im Laufe der Berichterstattung in den untersuchten Medien von der Begrifflichkeit *Flüchtling* häufig auf *Refugee* umgestellt wurde. Der Begriff *Votiv* umfasst die Begriffe *Votivpark* und *Votivkirche*, der Begriff *Protest* umfasst die Begriffe *Protest*, *Protestbewegung* und *Protestcamp*.

In die Analyse gehen nur jene Artikel ein, die sich
1.) mit der österreichischen RPB beschäftigen und
2.) in denen direkten und/oder indirekten Zitaten von Akteuren zum genannten Thema vorkommen.

1. Aussagenebene

Aussagen von Akteuren (direkte und/oder indirekte Zitate) stellen die zu untersuchende Einheit dar.

Was ist eine Aussage?
Die Codiereinheit *Aussage* lässt sich nicht vorweg eindeutig nach formalen Kriterien festlegen. Aussagen werden nach inhaltlich-semantischen Kriterien definiert. Dementsprechend gilt als Aussage ein Bedeutungs- oder Sinnzusammenhang, vorgetragen von einem Akteur. Jeder Akteur macht eine Aussage in einem Artikel, die über den Artikel verteilt sein kann.
Aussagen können **direkte Zitate** (in Anführungszeichen) oder **indirekte Zitate** (im Konjunktiv) sein. Grammatikalische Zweifelsfälle verbaler Äußerungen werden als indirekte Zitate codiert (z. B. das Vergessen des Konjunktivs). Nicht als Aussagen gelten einzelne kurze Labels in Anführungszeichen.

Was ist ein Akteur?
Akteure sind identifizierbare (meist namentlich genannte) Individuen oder Kollektive, über die im Artikel nicht nur berichtet wird, sondern die über direkte oder indirekte Zitate die Chance bekommen, ihre Ansicht zu kommunizieren. Es kann sich dabei um **Personen, Gruppen, politische Parteien, Ministerien, Organisationen** oder **Institutionen** handeln. Auch **JournalistInnen** werden als Aussageträger codiert, wenn Aussagen über die österreichische RPB erkennbar von ihnen stammen (z. B. Meinungsbeiträge). Nicht alle Akteure, die in den zu analysierenden Artikeln zu Wort kommen, sind für die vorliegende Untersuchung relevant. Es sind jene Akteure relevant, die sich in ihren eigenen Aussagen zum Thema österreichische RPB äußern. Akteure werden über ihre Aussagen für die Untersuchung relevant.

Spezielle Regeln:
1. Diffuse Akteure, also nicht bestimmbare und nicht eindeutig zu identifizierende Akteure, die keine Aussagen machen können, werden nicht als eigenständige Akteure codiert (z. B. „die Mehrheit der ÖsterreicherInnen“, „WissenschaftlerInnen berichten“ ...).
2. Äußerung innerhalb verbaler Äußerungen: Wenn Akteur A in einer verbalen Äußerung die Aussage von Akteur B direkt oder indirekt zitiert, dann wird dieses Zitat Akteur A zugeordnet und nicht Akteur B. Denn nur jene Person, die zitiert, hat als Akteur die Möglichkeit, in den Medien zu sprechen.
3. Sonderfall Dokumente: Wenn ein Akteur auf ein Dokument verweist (z. B. Gesetz, (Rechts-) Urteile, Konzepte ...) es aber nicht direkt oder indirekt zitiert, wird der jeweilige Akteur als Aussageträger codiert. Die Person wird dann als das Dokument interpretierender Akteur verstanden. Der/die VerfasserIn des Dokuments ist nur dann Aussageträger, wenn die Person direkt zitiert wird. Wenn ein Gesetzestext zitiert wird, wird als Aussageträger immer die aus dem Gesetz zitierende Person codiert.
4. Mehrere unterschiedliche Akteure – auch von gleichen Organisationen, Institutionen ... – die, die gleiche Aussage bzw. gleichen Aussagen treffen, werden jeweils gesondert als Aussageträger codiert. Es gibt jedoch eine wichtige Unterscheidung: Repräsentation kollektiver Akteure durch individuelle Akteure: Wenn ein individueller

Akteur als Repräsentant eines kollektiven Akteurs spricht, so wird nur der individuelle Akteur als Aussageträger codiert (z. B. Johanna Mikl-Leitner für die ÖVP).

Vorgehen beim Codieren von Akteuren und Aussagen:
Zunächst muss der Artikel vor der Akteurs- und Aussagencodierung gelesen werden. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen:

1. Welche Akteure sind relevant?
   Es werden jene Akteure identifiziert, die sich zur österreichischen RPB äußern. Dazu müssen den Akteuren all ihre Aussagen, die über den Artikel verstreut sind, zugeordnet werden.

2. Ein solcher Bezug kann hergestellt werden:
   - **direkt**, durch explizite Erwähnung der RPB
   - **indirekt**, durch Erwähnung von umfassenderen Themenbereichen, wenn klar ist, dass die RPB in diese subsumiert wird.

3. Jeder codierte Artikel muss mindestens einen Akteur enthalten, der sich zur österreichischen RPB äußert, ansonsten ist der Artikel nicht relevant. Diese Akteure werden nacheinander und umgehend inkl. ihrer Aussagen codiert.

Folgende Variablen werden auf der **Aussagenebene** codiert:

V1 Aussagennummer

Hier wird die Aussagennummer codiert, die notwendig ist, um Aussagen im Datensatz eindeutig und schnell identifizieren zu können. Die Aussagennummer ist vierstellig, beginnend mit *0001, 0002* ...

V2 Name Akteur

Hier werden der Nachname und der Vorname der Akteure eingegeben:

Nachname, Vorname

V3 Organisation Akteur

Hier wird die Organisation, für die der Akteur in der Aussage spricht, eingegeben. Wird aus dem Artikel nicht klar, welche diese Organisation ist, wird die Organisation zusätzlich recherchiert:

Name der Organisation

V4 Funktion Akteur

Hier wird die Funktion des Akteurs eingegeben:

Funktion von Akteur

2. Artikelebene

Folgende Variablen werden auf der **Artikelebene** codiert:

V5 Artikelnummer

Hier wird die Artikelnummer codiert, die notwendig ist, um Aussagen im Datensatz eindeutig und schnell identifizieren zu können. Die Artikelnummer ist vierstellig, beginnend mit *0001, 0002* ...

V6 Medium

Hier wird das Medium codiert, in dem die Aussage publiziert wurde. Es werden ausschließlich Artikel codiert, die online veröffentlicht wurden.

01 Der Standard

02 Die Presse

03 KURIER

04 Wiener Zeitung

V7 Datum

Hier wird das Datum der Veröffentlichung des Artikels angegeben (Tag/Monat/Jahr):

DD/MM/YY

V8 Ressort

Die Codierung Ressort folgt den Angaben der Medien:

01 Politik / Politik & Recht

02 Feuilleton / Kultur / Gesellschaft

03 Panorama / Chronik / Lokales | Inland | Stadtleben | Stadtpolitik

04 Wirtschaft

05 Wissenschaft / Bildung

06 Meinung / Kommentar / Porträt

07 Sonstiges (Menschen | Medien | Blog | Sport / Reisen / Vermischtes ...)

08 Dossier

09 Nicht eruierbar

V9 Darstellungsform

Die Einschätzung des Genres obliegt in der Regel der Codiererin. In vielen Fällen gibt es Hinweise im Artikel selbst:

01 *Nachricht* | *Bericht*
(sachliche, tatsachenbetonte Information ohne persönliche Färbung oder Kommentierung, Wichtigstes zu Beginn, meist aufgrund eines aktuellen Ereignisses)
02 *Kommentar* | *Glosse* | *Leitartikel*
(meinungsbetonter, kommentierender Text, Meinungsbildung im Mittelpunkt)
03 *Interview*
(Dialog eines Redaktionsmitglieds mit einer oder mehreren Personen)
04 *Reportage* | *Feature*
(tatsachenbetonter Text mit persönlicher, subjektiver Färbung, meist umfassendere Behandlung eines Ereignisses, oft szenischer Einstieg, eigene Perspektive als Stilmittel, meist namentlich gezeichnet)
05 *Service* | *Ankündigungen* | *Porträt* | *Glossar*
(dienstleistende Texte: entweder nicht bzw. kaum redaktionell bearbeitete Informationen oder erklärende Texte zu Personen oder Themen)
06 *Rezension*
(subjektiv angelegte Besprechung eines Werkes, z. B. Buch, Film, Fernsehsendung, Theater usw.)
07 *Sonstige* (z. B. Chat mit UserInnen)

V10 Thema

Hier wird codiert, ob die RPB Hauptthema des Artikels ist. Das Augenmerk richtet sich darauf, welchen Stellenwert die Artikelteile, in denen es um die RPB geht, im gesamten Artikel haben. Dies soll im Wesentlichen eine quantitative Entscheidung sein. Bei Unklarheiten kann aber auch die Artikelüberschrift in Betracht gezogen werden.

01 RPB ist einziges oder Hauptthema

02 RPB ist Nebenthema (Kontext ist gegeben)

03 RPB wird nur erwähnt (Nennung ohne Information oder Deutung)

04 Nicht eindeutig entscheidbar

V 11 Bewertung

Hier wird codiert, wie Akteure die RPB bewerten. Diese Bewertung muss im Text des Artikels deutlich werden. Für Artikel, in denen sich nur sehr indirekt und „zwischen den Zeilen“ eine positive, negative oder ambivalente Position erkennen lässt, wird die Variable *00* verwendet.

Es werden all jene Aussagen in einem Artikel, in denen die RPB eine Rolle spielt, angesehen. Zunächst wird aufgrund der Länge der jeweiligen Aussagen und der Durchschlagskraft der unterschiedlichen Argumente auf die Bewertung der RPB im gesamten Artikel geschlossen. Ist auf dieser Basis noch nicht klar über den Hauptfokus zu entscheiden, sind eine Erwähnung in der Überschrift oder im ersten Absatz eine Entscheidungshilfe. Ist auch auf dieser Basis nicht klar zu entscheiden, dann wird der erstgenannte Hauptfokus codiert.

01 neutral (Faktenbasiert, ohne Pro- und Contra-Zuschreibung)

02 eindeutig dafür (nur positive Argumente): PRO

03 dafür mit Contra-Argumenten

04 ausgewogen (Pro und Contra genannt)

05 dagegen mit Pro-Argumenten

06 eindeutig dagegen (nur negative Argumente): CONTRA

07 unklar

CODEBUCH, 2. Teil

Explorative Inhaltsanalyse

[siehe Excel-Datei: Codierblatt 2_RPB_Frames]

Der zweite Teil des Codebuchs baut auf den codierten Aussagen aus dem ersten Teil auf. Im Mittelpunkt steht die Identifizierung von **Idee-Elementen** (IE). Diese werden anschließend explorativ **Frames** zugeordnet. Die Frames werden wiederum in **Medien-Paketen** zusammengefügt.

In einer explorativen Analyse einer Stichprobe[33] des Materials werden in induktiven Schritten einzelne **IE** aus den Aussagen identifiziert. Daraus wird eine Liste von IE erstellt. Jedes IE erhält einen vierstelligen Code. [siehe Liste Medien-Pakete, Frames und Idee-Elemente] Im Anschluss folgt die systematische Codierung von IE, hierfür werden den Aussagen der Akteure identifizierte IE zugeordnet.

> *„Idee-Elemente (IE) sind gerichtete, inhaltlich voneinander abgrenzbare Element der Aussagen der Akteure. Sie sind der Kernbestandteil der Codierung der inhaltlichen Dimension des Diskurses.“*
>
> (Rhomberg/Kaiser 2015b)

Die IE werden im nächsten Schritt inhaltlich zusammengezogen und es werden daraus **Frames** formuliert. Eine Liste von Frames wird erstellt. Jeder Frame erhält einen vierstelligen Code. [siehe Liste Medien-Pakete, Frames und Idee-Elemente]

In einem nächsten Schritt werden **Medien-Pakete** geschnürt. Hierfür werden die inhaltlich zusammengehörenden Frames (inkl. den jeweiligen IE) einem Medien-Paket zugeordnet. Es wird eine Liste für die Medien-Pakete erstellt. Jedes Medien-Paket erhält einen einstelligen Code. [siehe Liste Medien-Pakete, Frames und Idee-Elemente]

[33] Mittels einer geschichteten Stichprobe von 10 % wurden für 151 Aussagen *Idee-Elemente* formuliert (vgl. Rhomberg/Kaiser 2015b). Die Grundgesamtheit sind 1.508 Aussagen.

V12 Idee-Element

Die Aussagen der Akteure werden auf enthaltene IE untersucht, findet sich in einer Aussage ein IE, dann wird der jeweilige Code im Codierblatt eingegeben. Alle IE, die Akteure benutzen, werden codiert, es können also theoretisch unendlich viele IE innerhalb einer Aussage codiert werden. Aus diesem Grund werden im Codierblatt vier zusätzliche Spalten für die Codierung der IE für die Aussagen der Akteure eingefügt (V12b, V12c, V12d, V12e).

Die Codes der IE sind vierstellig, beginnend mit *1001* ...

Es ist aber auch möglich, dass in einer Aussage die RPB zwar erwähnt wird, jedoch kein codierrelevantes IE identifiziert werden kann. In diesem Fall wird nur eine Aussagenvariable codiert:

Idee-Element 9999

V13 zusätzliches Idee-Element

Durch das explorative Vorgehen kann es möglich sein, dass bestimmte Aussagen sich nicht einem der definierten IE zuordnen lassen, dennoch als wichtig betrachtet werden. Diese Aussagen werden als neues IE in einem offenen Feld eingetragen. Diese IE werden anschließend nicht in die weitere Codierung eingebracht.

V14 Frames

Die Codes der Frames sind vierstellig, beginnend mit *1000* ...

V15 Medien-Pakete

Die Codes der Medien-Pakete sind einstellig, beginnend mit *1* ...

1 STRATEGIEN DER PROTESTBEWEGUNG

1000 Protestbewegung als politisch-kommunikative Strategie

1001 Protestaktionen dienen Refugees als politische Bühne.

1002 Refugees lenken Aufmerksamkeit auf Situation von AsylwerberInnen und zeigen Missstände im Asylsystem auf.

1003 Refugee Protestbewegung wird politisch missbraucht.

1004 Refugee Protestbewegung wird NICHT politisch missbraucht.

1005 Schlepper-Prozess wird politisch missbraucht.

1006 Schlepper-Prozess wird NICHT politisch missbraucht.

1100 Gewählte Protestorte und Unterbringung Refugees

1101 Gewählter Ort ist geeignet für Protestaktion.

1102 Gewählter Ort ist NICHT geeignet für Protestaktion.

1103 Protest scheitert mit Abbruch der Protestaktion (z. B. Verlassen der Votivkirche, Beendigung Hungerstreik).

1104 Protest scheitert NICHT mit Abbruch der Protestaktion (z. B. Verlassen der Votivkirche, Beendigung Hungerstreik).

1105 Angebot zur Unterbringung wird von Refugees angenommen.

1106 Angebot zur Unterbringung wird von Refugees NICHT angenommen.

1200 Konsequenzen und Auswirkungen Protestbewegung

1201 Protestaktionen werden durch Repression versucht zu zerschlagen (z. B. Personenkontrollen).

1202 Hungerstreik führt zu körperlichen Beeinträchtigungen und Folgeschäden.

1203 Protestaktionen haben POSITIVEN Einfluss auf den von Refugees geforderten Ausgang der Asylverfahren

1204 Protestaktionen haben NEGATIVEN Einfluss auf den von Refugees geforderten Ausgang der Asylverfahren.

1205 Protestaktionen haben KEINEN Einfluss auf das Asylverfahren.

1206 Es besteht ein Zusammenhang zwischen Teilnahme an Protestaktionen und Schlepper-Prozess.

1207 Es besteht KEIN Zusammenhang zwischen Teilnahme an Protestaktionen und Schlepper-Prozess.

1208 Durch Teilnahme an Protestaktionen sind Refugees in ihren Herkunftsländern zusätzlich gefährdet.

2 FORDERUNGEN

2000 Forderungen allgemein

2001 Menschen in Not brauchen Hilfe.

2002 Menschenrecht auf Asyl.

2003 Genfer Menschenrechtskonventionen müssen eingehalten werden.

2004 Flüchtlinge müssen sich an Gesetze halten, sonst drohen Konsequenzen (z. B. Abschiebung).

2005 Bei Asylfragen muss es eine einheitliche europäische Lösung geben.

2100 Forderungen Protestbewegung

2101 EntscheidungsträgerInnen werden aufgefordert mit Refugees in Verhandlung zu treten und/oder strukturelle Änderungen im Asylsystem vorzunehmen.

2102 EntscheidungsträgerInnen dürfen sich NICHT von Refugees erpressen lassen.

2103 Refugees müssen sich an Gesetze und Fristen halten, sonst drohen Konsequenzen (z. B. negativer Asylbescheid, Abschiebung).

2104 Forderung nach individueller Prüfung der Asylverfahren für Refugees.

2105 Es soll KEINE individuelle Prüfung der Asylverfahren für Refugees geben.

2106 Forderung nach Zusicherung einer Form des Aufenthaltsrechts für Refugees.

2107 Es kann KEINE Garantie für eine Form des Aufenthaltsrecht für Refugees geben.

2108 Forderung Refugees nicht an ein anders EU-Land auszuliefern.

2109 Forderung Refugees sollen in einem anderen Land um Asyl ansuchen können (inkl. Löschung der Fingerabdrücke aus System).

2110 Forderung Dublin II-Verordnung einzuhalten.

2111 Alle Forderungen der RPB können unterstützt werden.

2112 NICHT alle Forderungen der RPB können unterstützt werden.

2113 Forderung Protestaktion soll beendet werden (z. B. Besetzung, Hungerstreik).

2114 Forderung Protestaktion soll NICHT beendet werden (z. B. Besetzung, Hungerstreik).

2115 Forderung Refugees abschieben.

2116 Forderung Refugees NICHT abschieben.

2117 Forderung nach Gruppenlösung für Refugees bei Unterkunft.

2118 Forderung individuelle Unterbringungslösungen für Refugees anzunehmen.

2200 Asylgesetze

2201 Asylgesetze müssen humanitärer gestaltet werden.

2202 Bestehende Asylgesetze sind ausreichend.

2203 Asylgesetze müssen verschärft werden.

2300 Asylverfahren

2301 Asylverfahren müssen beschleunigt werden.

2302 Geschwindigkeit bei Asylverfahren ist ausreichend.

2303 Qualität der Asylverfahren muss verbessert werden.

2304 Qualität der Asylverfahren ist ausreichend.

2400 Grundversorgung und Unterbringung

2401 Die Regelungen der Grundversorgung sind ausreichend (z. B. Höhe Tagsatz, bundesweite Unterschiede bei Personen mit negativem Asylbescheid).

2402 Die Regelungen der Grundversorgung sind NICHT ausreichend (z. B. Höhe Tagsatz, bundesweite Unterschiede bei Personen mit negativem Asylbescheid).

2403 Die Unterbringungsstandards in der Grundversorgung müssen verbessert werden.

2404 Die Unterbringungsstandards in der Grundversorgung sind ausreichend.

2405 Forderung nach Überprüfung der Unterbringungsstandards von Quartieren.

2406 Forderung nach freier Wahl des Aufenthaltsortes in Österreich.

2407 Forderung nach Unterbringung von AsylwerberInnen in nicht ländlichen Gebieten.

2500 Dolmetsch

2501 Die Standards für Dolmetsch müssen verbessert werden.

2502 Die Standards für Dolmetsch sind ausreichend.

2600 Erwerbstätigkeit und Bildungsmöglichkeit

2601 Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss uneingeschränkt bereits in Grundversorgung möglich sein.

2602 Die bestehenden Regelungen der Erwerbstätigkeit sind ausreichend.

2603 Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss eingeschränkt werden.

2604 Der Zugang zu Bildungseinrichtungen muss bereits in Grundversorgung möglich sein.

2605 Die bestehenden Regelungen betreffend Zugang zu Bildungseinrichtungen sind ausreichend.

2606 Der Zugang zu Bildungseinrichtungen muss eingeschränkt werden.

2700 Herkunftsstaaten

2701 Die Sicherheitslage in gewissen Herkunftsländern muss neu geprüft werden (z. B. Pakistan).

2702 Es benötigt Form von Aufenthaltsrecht für AsylwerberInnen aus bestimmten Herkunftsländern (z. B. Pakistan).

2800 Flucht

2801 Sozioökonomische Fluchtmotive stellen einen Asylgrund dar.

2802 Sozioökonomische Fluchtmotive stellen KEINEN Asylgrund dar.

2803 Es benötigt legale Einreisemöglichkeiten nach Österreich, um Flüchtlinge zu entkriminalisieren.

2900 Abschiebung

2901 Abschiebungen in gewisse Herkunftsländer sind zulässig (z. B. Pakistan).

2902 Abschiebungen in gewisse Herkunftsländer müssen ausgesetzt werden (z. B. Pakistan).

2903 Abschiebungen nach Ausstellung von rechtskräftig negativen Asylbescheiden sind umgehend durchzuführen.

3 GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

3000 Gesetzliche Rahmenbedingungen allgemein

3001 In Österreich gibt es keinen rechtlichen Anspruch auf Kirchenasyl.

3002 AsylwerberInnen haben Recht auf freie Meinungsäußerung.

3003 AsylwerberInnen haben Versammlungs- und Demonstrationsrecht.

3100 Sicherheitslage Herkunftsstaaten

3101 Herkunftsland wird als sicher eingestuft (z. B. Pakistan).

3102 AsylwerberInnen aus gewissen Herkunftsländern erhalten in Österreich verhältnismäßig selten positive Asylbescheide (z. B. Pakistan).

3103 Die Sicherheitslage in gewissen Herkunftsländern wird in der Länderanalyse anderer Aufnahmestaaten (z. B. Deutschland) schlechter beurteilt, als in Österreich.

3200 Unterbringungsquote

3201 Es gibt bundesweit Unterschiede in der Erfüllung der Unterbringungsquote.

3202 Es gibt bundesweit KEINE Unterschiede in der Erfüllung der Unterbringungsquote.

3300 Gesetzliche Rahmenbedingungen Protestbewegung

3301 Die Räumung des Refugee Protest Camp im Votivpark muss evaluiert bzw. auf Rechtmäßigkeit geprüft werden.

3302 § 114 FPG Schlepperei ist erfüllt.

3303 § 114 FPG Schlepperei ist NICHT erfüllt.

3304 Gesetzgebung § 114 FPG Schlepperei muss reformiert werden.

3305 Gesetzgebung § 114 FPG Schlepperei muss NICHT reformiert werden.

3306 Gesetzgebung § 114 FPG Schlepperei muss abgeschafft werden.

3307 Ein seriöses Beweisverfahren im Schlepper-Prozess ist möglich (z. B. Beweismaterial vorhanden, keine Übersetzungsfehler).

3308 Ein seriöses Beweisverfahren im Schlepper-Prozess ist NICHT möglich (z. B. Beweismaterial NICHT vorhanden, Übersetzungsfehler).

4 DARSTELLUNG AKTEURE

4000 Darstellung Politik und Verwaltung

4001 VertreterInnen aus Politik/Verwaltung halten sich an Vereinbarungen, die mit Refugees getroffen wurden (z. B. Runder Tisch).

4002 VertreterInnen aus Politik/Verwaltung halten sich NICHT an Vereinbarungen, die mit Refugees getroffen wurden (z. B. Runder Tisch).

4003 PolitikerInnen reagieren auf Druck anderer politischer Lager.

4004 PolitikerInnen fordern die Einhaltung der Gesetze ein.

4005 Vorgehensweise der PolitikerInnen soll Wahlstimmen sichern (z. B Abschiebung).

4006 Aufgabe der Verwaltung ist es, Gesetze und zu exekutieren.

4007 Die Vorgehensweise der Polizei ist verhältnismäßig.

4008 Die Vorgehensweise der Polizei ist unverhältnismäßig.

4009 Die Vorgehensweise der Polizei ist rechtmäßig.

4010 Die Vorgehensweise der Polizei ist NICHT rechtmäßig.

4011 Einschreiten der Polizei wird benötigt.

4012 Einschreiten der Polizei wird NICHT benötigt.

4100 Darstellung Refugees

4101 Refugees handeln gesetzeswidrig.

4102 Refugees handeln NICHT gesetzeswidrig.

4103 Angeklagte Refugees haben Straftat begangen (z. B. Teil einer kriminellen Schlepper-Organisation, haben sich am Leid anderer (finanziell) bereichert).

4104 Angeklagte Refugees haben KEINE Straftat begangen (z. B. KEIN Teil einer kriminellen Schlepper-Organisation, haben sich NICHT am Leid anderer (finanziell) bereichert).

4105 Tat der angeklagte Refugees war ein Freundschaftsdienst.

4106 Es liegen KEINE einschlägigen Fluchtgründe bei Refugees vor.

4107 Es liegen einschlägige Fluchtgründe bei Refugees vor.

4108 Refugees handeln selbstbestimmt.

4109 Refugees handeln NICHT selbstbestimmt.

4110 Refugees nutzen UnterstützerInnen aus.

4111 Refugees sind enttäuscht/haben Vertrauen verloren.

4112 Refugees halten sich an Vereinbarungen, die mit Akteuren aus Politik/Verwaltung/NGOs getroffen wurden (z. B. Runder Tisch).

4113 Refugees halten sich NICHT an Vereinbarungen, die mit Akteuren aus Politik/Verwaltung/NGOs getroffen wurden (z. B. Runder Tisch).

4200 Darstellung UnterstützerInnen

4201 UnterstützerInnen unterstützen RPB.

4202 UnterstützerInnen instrumentalisieren Refugees.

4203 UnterstützerInnen handeln gesetzeswidrig.

4204 UnterstützerInnen handeln NICHT gesetzeswidrig.

4300 Darstellung NGOs

4301 NGOs unterstützen RPB.

4302 NGOs unterstützen RPB NICHT (z. B. lassen sie im Stich).

4303 NGOs handeln gesetzeswidrig.

4304 NGOs handeln NICHT gesetzeswidrig.

4400 Darstellung Zivilgesellschaft

4401 Zivilgesellschaft unterstützt RPB.

4402 Zivilgesellschaft reagiert ablehnend auf RPB.

4500 Darstellung Kirche

4501 Kirche unterstützt RPB (z. B gewährt Schutz in Kirche).

4502 Kirche unterstützt RPB NICHT.

4503 Kirche handelt gesetzeswidrig.

4504 Kirche handelt NICHT gesetzeswidrig.

4600 Darstellung Dolmetsch

4601 DolmetscherInnen übersetzen professionell.

4602 DolmetscherInnen übersetzen NICHT professionell, kann Auswirkungen auf Asylverfahren haben.

4700 Darstellung Wissenschaft

4701 Akteure der Wissenschaft unterstützen RPB.

4702 Akteure der Wissenschaft unterstützen RPB NICHT.

9999 ohne Ideenelement

V16 Akteurs-Liste

Die einzelnen Akteure wurden Überkategorien zugeordnet. Die Codes der Akteurs-Liste sind fünfstellig, beginnend mit *10000* ...

10000	**Politik und Verwaltung**
11000	*Ministerien und Verwaltung*
11010	Bundeskanzleramt
11020	Innenministerium (BMI)
11021	Bundesamt Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
11022	Bundeskriminalamt (BKA)
11023	Bundesasylamt
11030	Außenministerium
11040	Justizministerium
11050	Sozialministerium
11060	Wissenschaftsministerium
11070	Polizei
11080	Fonds Soziales Wien (FSW)
11090	Arbeitsmarktservice (AMS)
12000	*Parteien*
12010	SPÖ
12020	ÖVP
12030	FPÖ
12040	Die Grünen
12050	BZÖ
13000	*Andere Politik*
13010	Bundespräsidentenamt
13020	Volksanwaltschaft
13030	Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH)
13040	Studienvertretung
13050	Sozialistische Linkspartei
13060	Sozialistische Jugend
13070	Gewerkschaften und Sozialpartnerschaften

20000	**Zivilgesellschaft**
21000	*NGO*
21010	Refugee Protest Bewegung
21020	Caritas
21030	Diakonie Österreich
21040	Amnesty International Österreich
21050	UNHCR Österreich
21060	Die Johanniter
21070	SOS Mitmensch
21080	Asylkoordination Österreich

21090 Asyl in Not
21100 Identitäre Bewegung Wien
21110 Andere NGOs
22000 UnterstützerInnen & AktivistInnen
23000 Andere Zivilgesellschaft

30000 Refugees
31000 *Refugees*
32000 *SprecherInnen Refugees*
33000 *RechtsvertreterInnen*
33010 RechtsvertreterInnen Refugees
33020 RechtsvertreterInnen Schlepper-Prozess

40000 Medien
41000 *Der Standard*
42000 *Die Presse*
43000 *Kurier*
44000 *Wiener Zeitung*
45000 *Falter*
46000 *Kronen Zeitung*
47000 *wien.orf.at*
48000 *unzensuriert.at*

50000 Wissenschaft

60000 Kirchen
61000 *Katholische Kirche*
62000 *Evangelische Kirche*
63000 *Israelitische Kultusgemeinde*
64000 *Islamische Glaubensgemeinschaft*

70000 Sonstige
71000 *Dokumente*
72000 *DolmetscherInnen*

Übersicht ausgewertete Clippings

Übersicht untersuchte Artikel		
MM.YYYY	**YYMMTT Medium Zusatz**	**Anmerkung**
11.2012		
	121122_Der Standard APA	
	121122_Die Presse APA	
	121124_Der Standard 1 APA	
	121124_Der Standard 2	
	121124_Die Presse APA	
	121124_Kurier	
	121125_Der Standard APA	
	121125_Die Presse APA	
	121126_Der Standard 2	
	121126_Der Standard 3	
	121126_Die Presse APA	
	121126_Kurier	
	121126_Wiener Zeitung	
	121127_Der Standard 1	
	121128_Der Standard	
	121128_Kurier 1	
	121128_Kurier 2 APA	
	121130_Der Standard 1	
	121130_Der Standard 2	
12.2012		
	121201_Der Standard	
	121207_Der Standard 2	
	121211_Die Presse	
	121218_Der Standard APA	
	121218_Kurier APA	
	121218_Wiener Zeitung 1	
	121218_Wiener Zeitung 2	
	121219_Der Standard 1 APA	
	121219_Der Standard 2	
	121219_Die Presse 1 APA	
	121219_Die Presse 2 APA	
	121219_Die Presse 3	
	121219_Wiener Zeitung 1	
	121219_Wiener Zeitung 2	
	121219_Wiener Zeitung 3	
	121220_Der Standard APA	
	121220_Kurier	
	121220_Wiener Zeitung 1	

121220_Wiener Zeitung 2
121220_Wiener Zeitung 3
121221_Der Standard 2
121221_Die Presse APA
121221_Kurier
121222_Der Standard
121222_Der Standard 2 APA
121222_Die Presse
121223_Der Standard 1 APA
121223_Der Standard 2 APA
121223_Die Presse 1 APA
121223_Die Presse 2 APA
121223_Wiener Zeitung
121224_Der Standard APA
121224_Die Presse APA
121224_Kurier APA
121224_Wiener Zeitung
121225_Der Standard APA
121225_Die Presse 2 APA
121225_Die Presse 3
121226_Der Standard APA
121226_Die Presse 1
121226_Die Presse 2
121226_Wiener Zeitung
121227_Der Standard 1
121227_Der Standard 1 APA
121227_Der Standard 2
121227_Die Presse 1
121227_Die Presse 2
121227_Die Presse 3
121227_Die Presse 4
121227_Die Presse 5
121227_Kurier
121228_Der Standard 1 APA
121228_Der Standard 2
121228_Der Standard 2 APA
121228_Der Standard 3
121228_Der Standard 5 APA
121228_Die Presse 1 APA
121228_Die Presse 2 APA
121228_Die Presse 3
121228_Die Presse 4
121228_Die Presse 5
121228_Die Presse 6 APA
121228_Kurier 1

	121228_Kurier 2
	121228_Kurier 3
	121228_Kurier 4
	121228_Wiener Zeitung 1
	121228_Wiener Zeitung 2
	121228_Wiener Zeitung 3
	121229_Der Standard
	121229_Der Standard 2 APA
	121229_Der Standard 3 APA
	121229_Der Standard 4 APA
	121229_Die Presse 1 APA
	121229_Die Presse 2 APA
	121229_Die Presse APA
	121229_Kurier 1
	121229_Kurier 2
	121229_Kurier 3
	121229_Wiener Zeitung
	121230_Der Standard 1 APA
	121230_Der Standard 2 APA
	121230_Die Presse 1 APA
	121230_Die Presse 2 APA
	121230_Die Presse 3 APA
	121230_Die Presse 4
	121230_Wiener Zeitung
	121231_Die Presse APA
	121231_Kurier
	121231_Wiener Zeitung
01.2013	
	130101_Der Standard
	130101_Wiener Zeitung
	130102_Der Standard
	130102_Der Standard 2 APA
	130102_Die Presse 1
	130102_Die Presse 2
	130102_Kurier 1
	130102_Kurier 2 APA
	130102_Wiener Zeitung
	130103_Der Standard 1
	130103_Der Standard 2
	130103_Der Standard 3
	130103_Der Standard 4 APA
	130103_Der Standard 5 APA
	130103_Der Standard 5
	130103_Die Presse 1 APA
	130103_Die Presse 2

130103_Die Presse 3
130103_Kurier
130103_Wiener Zeitung
130104_Der Standard 1
130104_Der Standard 2
130104_Die Presse APA
130104_Kurier 1
130104_Kurier 2
130104_Kurier 3
130104_Kurier 4
130104_Wiener Zeitung
130105_Der Standard
130105_Die Presse
130105_Kurier
130106_Der Standard APA
130106_Die Presse APA
130106_Die Presse 2
130106_Kurier
130106_Wiener Zeitung
130107_Der Standard 1
130107_Der Standard 2
130107_Der Standard 2 APA
130107_Der Standard 3
130107_Die Presse APA
130107_Wiener Zeitung
130108_Der Standard
130108_Die Presse 1 APA
130108_Die Presse 2
130108_Kurier
130108_Wiener Zeitung
130109_Die Presse
130111_Kurier
130112_Der Standard
130112_Kurier
130113_Die Presse APA
130115_Die Presse APA
130115_Wiener Zeitung
130116_Der Standard APA
130116_Die Presse APA
130116_Kurier
130116_Wiener Zeitung
130117_Der Standard
130117_Der Standard 2 APA
130117_Der Standard 3 APA
130117_Die Presse APA

130117_Kurier
130117_Wiener Zeitung
130118_Der Standard
130118_Der Standard 1 APA
130118_Der Standard 2 APA
130118_Die Presse 1 APA
130118_Die Presse 2
130118_Wiener Zeitung
130119_Der Standard
130119_Die Presse APA
130119_Wiener Zeitung
130120_Der Standard APA
130120_Die Presse APA
130120_Kurier 1 APA
130120_Kurier 2
130120_Wiener Zeitung
130121_Wiener Zeitung
130122_Der Standard APA
130122_Wiener Zeitung
130123_Der Standard
130123_Die Presse APA
130123_Kurier 1 APA
130123_Kurier 2 APA
130123_Kurier 3 APA
130123_Wiener Zeitung 1
130123_Wiener Zeitung 2
130125_Die Presse APA
130125_Kurier
130127_Die Presse
130128_Der Standard
130128_Die Presse 1 APA
130128_Die Presse 2
130128_Wiener Zeitung
130129_Der Standard 1 APA
130129_Der Standard 2
130129_Kurier
130129_Wiener Zeitung
130130_Die Presse APA
130130_Kurier
130130_Kurier 1
130131_Der Standard 1
130131_Der Standard 2 APA
130131_Der Standard 3
130131_Die Presse APA
130131_Wiener Zeitung

02.2013	
	130201_Der Standard
	130201_Der Standard 1 APA
	130201_Die Presse APA
	130201_Kurier 1 APA
	130201_Kurier 2
	130201_Wiener Zeitung
	130202_Der Standard
	130204_Der Standard
	130205_Der Standard
	130205_Der Standard 1 APA
	130205_Kurier
	130205_Wiener Zeitung 1
	130205_Wiener Zeitung 2
	130206_Wiener Zeitung
	130207_Der Standard
	130210_Der Standard APA
	130210_Die Presse APA
	130210_Kurier
	130210_Wiener Zeitung APA
	130211_Der Standard
	130212_Der Standard APA
	130213_Der Standard 1
	130213_Der Standard 2
	130213_Der Standard 2 APA
	130213_Kurier 1 APA
	130213_Wiener Zeitung 1
	130213_Wiener Zeitung 2
	130214_Der Standard 1
	130214_Der Standard 2 APA
	130214_Der Standard 3
	130214_Die Presse 1 APA
	130214_Die Presse 2 APA
	130214_Kurier
	130214_Wiener Zeitung 1
	130214_Wiener Zeitung 2
	130215_Kurier
	130216_Der Standard
	130216_Die Presse APA
	130217_Kurier
	130218_Der Standard
	130218_Der Standard 1 APA
	130218_Der Standard 2 APA
	130218_Der Standard 3
	130218_Die Presse APA

	130218_Kurier
	130218_Kurier 1 APA
	130218_Kurier 2
	130218_Wiener Zeitung 1
	130218_Wiener Zeitung 2
	130219_Der Standard 1
	130219_Der Standard 2
	130219_Der Standard 3
	130219_Der Standard 3 APA
	130220_Wiener Zeitung
	130221_Der Standard 1
	130221_Der Standard 2
	130221_Wiener Zeitung 1
	130224_Der Standard
	130225_Der Standard APA
	130225_Die Presse APA
	130225_Kurier APA
	130225_Wiener Zeitung
	130227_Der Standard
	130227_Wiener Zeitung
03.2013	
	130301_Der Standard 1 APA
	130301_Der Standard 2
	130301_Der Standard 3 APA
	130301_Die Presse 1 APA
	130301_Die Presse 2
	130301_Kurier 1
	130301_Kurier 2 APA
	130301_Wiener Zeitung
	130303_Der Standard 1
	130303_Der Standard 2
	130303_Der Standard 3
	130303_Die Presse 2
	130303_Die Presse 3 APA
	130303_Kurier
	130303_Wiener Zeitung
	130304_Der Standard 1
	130304_Der Standard 2
	130304_Die Presse APA
	130304_Wiener Zeitung 1
	130304_Wiener Zeitung 2
	130305_Der Standard APA
	130305_Kurier 1
	130305_Kurier 2 APA
	130305_Wiener Zeitung

	130309_Wiener Zeitung
	130310_Kurier
	130312_Der Standard
	130321_Der Standard
	130326_Der Standard APA
	130326_Wiener Zeitung
	130327_Kurier APA
04.2013	
	130402_Kurier
	130405_Der Standard
	130405_Die Presse
	130424_Der Standard APA
	130424_Wiener Zeitung
05.2013	
	130507_Der Standard
	130515_Der Standard
	130515_Kurier APA
06.2013	
	130620_Wiener Zeitung
	130627_Der Standard
	130627_Der Standard 1 APA
	130627_Die Presse
	130627_Wiener Zeitung 1
	130627_Wiener Zeitung 2 APA
	130628_Wiener Zeitung
	130628_Wiener Zeitung
07.2013	
	130702_Der Standard
	130704_Der Standard APA
	130704_Kurier
	130713_Der Standard APA
	130726_Der Standard
	130726_Die Presse APA
	130726_Kurier
	130728_Der Standard
	130728_Kurier
	130728_Wiener Zeitung
	130729_Der Standard 1
	130729_Der Standard 2
	130729_Der Standard 2 APA
	130729_Der Standard 3 APA
	130729_Kurier
	130729_Wiener Zeitung 1
	130729_Wiener Zeitung 2

	130730_Der Standard 1 APA
	130730_Der Standard 2
	130730_Der Standard 3
	130730_Der Standard 3 APA
	130730_Die Presse APA
	130730_Wiener Zeitung
	130731_Der Standard
	130731_Kurier
	130731_Wiener Zeitung 1
	130731_Wiener Zeitung 2
	130731_Wiener Zeitung 3
08.2013	
	130801_Der Standard 1
	130801_Der Standard 2
	130801_Der Standard 3
	130801_Der Standard 5
	130801_Kurier
	130802_Der Standard 1
	130802_Kurier 1 APA
	130802_Kurier 2
	130802_Kurier 3
	130803_Der Standard
	130804_Die Presse
	130805_Der Standard
	130805_Der Standard 2 APA
	130805_Kurier APA
	130806_Der Standard
	130806_Die Presse
	130806_Wiener Zeitung 1
	130806_Wiener Zeitung 2
	130807_Der Standard APA
	130807_Kurier APA
	130807_Wiener Zeitung 1
	130807_Wiener Zeitung 2
	130808_Der Standard APA
	130808_Wiener Zeitung
	130830_Der Standard
09.2013	
	130911_Der Standard APA
	130911_Kurier APA
	130920_Kurier
	130922_Der Standard 1 APA
	130922_Der Standard 2
	130922_Die Presse APA
	130922_Wiener Zeitung 1

	130922_Wiener Zeitung 2
	130923_Die Presse
	130923_Kurier 1
	130923_Kurier 2
	130924_Der Standard APA
	130924_Kurier APA
	130925_Die Presse APA
	130927_Wiener Zeitung
	130928_Der Standard
10.2013	
	131010_Der Standard
	131011_Der Standard APA
	131011_Die Presse APA
	131017_Der Standard
	131022_Die Presse
	131022_Kurier
	131024_Die Presse APA
	131028_Die Presse APA
	131028_Wiener Zeitung 1
	131028_Wiener Zeitung 2
	131029_Wiener Zeitung
	131030_Der Standard 1 APA
	131030_Der Standard 2
	131030_Die Presse APA
	131030_Kurier 1 APA
	131030_Kurier 2
	131030_Wiener Zeitung
	131031_Der Standard 1
	131031_Der Standard 1 APA
	131031_Der Standard 2
	131031_Kurier APA
	131031_Wiener Zeitung
11.2013	
	131101_Wiener Zeitung
	131103_Der Standard
	131104_Der Standard 1
	131104_Der Standard 2 APA
	131104_Die Presse APA
	131104_Kurier
	131104_Wiener Zeitung 1
	131104_Wiener Zeitung 2
	131105_Der Standard 1 APA
	131105_Der Standard 2
	131105_Der Standard 3 APA
	131105_Kurier APA

	131106_Der Standard
	131106_Die Presse APA
	131106_Wiener Zeitung
	131112_Der Standard
	131117_Der Standard
	131123_Der Standard APA
	131124_Der Standard APA
	131127_Der Standard APA
12.2013	
	131210_Der Standard
	131210_Wiener Zeitung
	131214_Wiener Zeitung
	131219_Der Standard
	131228_Die Presse
01.2014	
	140114_Der Standard
02.2014	
	140207_Der Standard APA
03.2014	
	140305_Wiener Zeitung 1
	140306_Wiener Zeitung
	140313_Die Presse APA
	140313_Kurier APA
	140313_Wiener Zeitung 1
	140313_Wiener Zeitung 2
	140316_Der Standard
	140316_Kurier
	140317_Der Standard 1
	140317_Der Standard 2
	140317_Wiener Zeitung
	140319_Der Standard APA
	140319_Kurier APA
	140320_Der Standard APA
	140327_Der Standard 3 APA
	140327_Die Presse
	140327_Wiener Zeitung 1
	140327_Wiener Zeitung 2
	140328_Der Standard APA
	140328_Kurier
04.2014	
	140401_Der Standard
	140401_Die Presse
	140401_Kurier
	140402_Die Presse
	140423_Der Standard

05.2014		
	140505_Der Standard	
	140506_Der Standard 3 APA	
	140506_Der Standard APA	
	140506_Wiener Zeitung	
	140508_Wiener Zeitung	
	140509_Der Standard	
	140521_Wiener Zeitung	
06.2014		
	140612_Kurier APA	
	140620_Wiener Zeitung	
09.2014		
	140911_Der Standard APA	
	140911_Kurier APA	
	140911_Wiener Zeitung	
	140913_Der Standard APA	
	140917_Kurier 2	
	140917_Kurier 3 APA	
	140917_Kurier 4 APA	
	140917_Kurier 5 APA	
	140917_Kurier 6 APA	
	140917_Kurier 7	
	140924_Kurier APA	
	140925_Kurier APA	
	140926_Wiener Zeitung APA	
	140929_Wiener Zeitung	
12.2014		
	141204_Wiener Zeitung	
	141205_Der Standard 1	
	141205_Der Standard 2 APA	
	141205_Der Standard 3	
	141205_Der Standard 4	
	141205_Die Presse 1	
	141205_Die Presse 2	
	141205_Kurier	
	141205_Wiener Zeitung 1 APA	
	141205_Wiener Zeitung 2 APA	
	141211_Wiener Zeitung	
ohne Zitate		
	121122_Kurier APA	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	121126_Der Standard 1	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	121127_Der Standard 2 APA	kein direktes oder indirektes Zitat
	121127_Kurier	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB

	121206_Wiener Zeitung	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	121221_Der Standard 1	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	121223_Der Standard 3 APA	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130122_Die Presse 1 APA	ohne direktes oder indirektes Zitat
	130207_Wiener Zeitung	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130208_Wiener Zeitung	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130213_Kurier 2	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130221_Kurier APA	ohne direktes oder indirektes Zitat
	130502_Kurier	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130627_Kurier	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130701_Die Presse APA	ohne direktes oder indirektes Zitat
	130718_Der Standard	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130801_Der Standard 4	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130801_Der Standard 6	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130801_Die Presse	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130808_Die Presse	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130828_Kurier	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	130910_Wiener Zeitung	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	131110_Der Standard	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	131124_Kurier	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	131213_Der Standard APA	ohne direktes oder indirektes Zitat mit direktem Bezug zu RPB.
	140204_Wiener Zeitung	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	140305_Wiener Zeitung 2	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	140314_Kurier	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB, da Bilderstrecke
	140506_Der Standard 2 APA	kein direktes oder indirektes Zitat mit direktem Bezug zu RPB
	140611_Die Presse APA	kein direktes oder indirektes Zitat in Bezug auf RPB
	141022_Kurier APA	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	141119_Wiener Zeitung	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	141124_Der Standard	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB
	141229_Wiener Zeitung APA	kein direktes oder indirektes Zitat zu RPB